

PUBLICATIONES

UNIVERSITATIS MISKOLCIENSIS

SECTIO PHILOSOPHICA

TOMUS VI. – FASCICULUS 1.

FASCICULUS SPECIALIS

NATIONALE UND EUROPÄISCHE IDENTITÄT

Herausgegeben von

Gerhard Göhler
und
Ferenc L. Lendvai

E TYPOGRAPHEO UNIVERSITATIS

MISKOLC 2000

PUBLICATIONES UNIVERSITATIS MISKOLCIENSIS
SECTIO PHILOSOPHICA

REDEGIT CONSILIIUM MODERATORUM FACULTATIS
PHILOSOPHICAE UNIVERSITATIS MISKOLCIENSIS

PRAESES CONSILII MODERATORUM:
FERENC L. LENDVAI

SECRETARIUS CONSILII MODERATORUM:
SÁNDOR KOVÁCS

SOCII CONSILII MODERATORUM:
ERZSÉBET BÖLKEI
NOÉMI KERTÉSZ

EDITOR:
SAROLTA SIMIGNÉ-FENYŐ

Kiadja a Miskolci Egyetem
A kiadásért felelős: Dr. Patkó Gyula rektorhelyettes
Miskolc-Egyetemváros, 2000
Megjelent a Miskolci Egyetemi Kiadó gondozásában
Felelős vezető: Dr. Péter József

Technikai szerkesztő: Kovács Tünde
Példányszám: 200

Készült Develop lemezzről, az MSZ 5601-59 és 5602-55 szabványok szerint
Miskolci Egyetem Sokszorosító Üzeme
A sokszorosításért felelős: Kovács Tiborné, üzemvezető
TU – 2000 – 420 – ME

Vorwort

In diesem Sonderheft des Bandes VI. unseres Periodikums *Publicationes Universitatis Miskolciensis – Sectio Philosophica* veröffentlichen wir die Beiträge einer Konferenz von deutschen und ungarischen Politikwissenschaftlern und Philosophen, die vom 13 bis zum 15 Mai 1999 an der Universität Miskolc stattfand. Den Veranstaltern der Tagung haben neben der Universität Miskolc auch die Ungarische Akademie der Wissenschaften sowie das Ministerium für Unterrichtswesen der Republik Ungarn Unterstützung gewährt.

Die Teilnehmer der Konferenz waren Mitarbeiter des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin, sowie der Universität Miskolc - Fakultät für Humanitäten bzw. der Universität Gödöllő. Das Gesamtkonzept der Tagung: "Nationale und europäische Identität" wurde hauptsächlich von Herrn Professor *Dr. Gerhard Göhler* (Otto-Suhr-Institut) im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojekts deutscher und osteuropäischer (vor allem ungarischer) Wissenschaftler entwickelt. Organisator der Konferenz war Professor *Dr. Ferenc L. Lendvai* (Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie der Universität Miskolc).

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Arbeit und publizieren die Beiträge in der Hoffnung, dass sie über den relativ engen Kreis von Fachleuten hinaus auch für manche interessierte Leser von Nutzen sein werden, und zwar besonders in den Ländern, die gerade dabei sind, sich auf den Eintritt in die Europäische Union vorzubereiten.

Miskolc, im Jahre 2000

Die Herausgeber

GERHARD GÖHLER

FAKTOREN DES INSTITUTIONENWANDELS IN UMBRUCHPROZESSEN

Die gesellschaftlichen und politischen Transformationen der postkommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa seit den späten achtziger Jahren sind inzwischen durch eine Fülle von empirischen Studien untersucht, die zur Verfügung stehende Datenmenge wächst geradezu exponentiell.¹ Trotzdem hat die Transformationsforschung bisher noch nicht zu einer integrativen Sicht gefunden. Diese müßte drei Aspekte aufeinander beziehen:

Verlauf und Ergebnisse des *institutionellen Wandels* mit seinen strukturellen Voraussetzungen und Eigendynamiken,
die beteiligten *Akteure* mit ihren Interessen, Orientierungen und mentalen Prädispositionen,
die *historischen Voraussetzungen* und *Konditionierungen* als restriktive und ermöglichende Faktoren der institutionellen Umbruchprozesse.

Erst die konzeptuelle Zusammenführung von Institutionentheorie, akteursorientierter Prozeßanalyse und historischer Perspektive wird die theoretischen Blindstellen überwinden, die bei einseitig modernisierungs-, system- oder handlungstheoretisch ansetzenden Untersuchungen des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa derzeit zu beobachten sind.

In diesem Rahmen geht mein eigenes Forschungsinteresse darauf, den Institutionenwandel in Umbruchprozessen theoretisch und systematisch zu untersuchen. Ich arbeite diejenigen Faktoren heraus, welche die Veränderung der Beziehungen zwischen politischen Institutionen und ihren Adressaten beeinflussen und somit Institutionenwandel anzeigen und auch bewirken. Dadurch soll in der Politischen Theorie - in Auseinandersetzung mit neo-institutionalistischen, modernisierungstheoretischen, akteurszentrierten und systemtheoretischen Angeboten - ein empirisch anschußfähiger Ansatz zur Erfassung institutioneller Umbruchprozesse entwickelt und erprobt werden. Grundlage ist das von mir in früheren Veröffentlichungen vorgelegte Konzept der *institutionellen Konfiguration*. Institutionenwandel wird in der institutionellen Konfiguration dadurch sichtbar

GERHARD GÖHLER

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft: Universitätsprofessor

¹ Vgl. die von Merkel und Sandschneider herausgegebenen Bände *Systemwechsel* (Opladen 1994 ff) sowie die Vielzahl weiterer, hier nicht einzeln zu benennender Titel. Für eine zusammenfassende Bewertung siehe Helmut Wiesenthal: „Erntezeit der Sozialwissenschaft? Die Transformationsprozesse in Osteuropa stellen ein politikwissenschaftliches Paradigma in Frage“, Berlin 1998 (<http://spez1.sowi.hu-berlin.de/sub3/erntezt.htm>).

und bestimmbar, daß sich die Beziehungen zwischen den politischen Institutionen und ihren Adressaten, den Bürgern, verändern. Funktional gesehen haben die Institutionen gegenüber ihren Adressaten bestimmte Leistungen zu erbringen, und entsprechend verändern sich auch diese. Bisher wurde vornehmlich die Steuerungsleistung politischer Institutionen untersucht, weniger aber ihre Integrationsleistung, die darin besteht, die Werthaltungen der Bürger symbolisch zu repräsentieren. Es geht nun darum, die Veränderung der institutionellen Konfiguration in beiden Dimensionen und vor allem in der letzteren zu verorten.

Wie das geschehen soll und wie es begründet ist, möchte ich im folgenden vorstellen. Ich entwickle zunächst aus der begrifflichen Bestimmung von Institutionen das Konzept der „institutionellen Konfiguration“ (1) und diskutiere sodann, wie sich auf diese Weise Institutionenwandel bestimmen läßt (2).

1. Institutionen und das Konzept der „institutionellen Konfiguration“

1.1. Soziale Institutionen

Institutionen sind zuallererst soziale Gebilde, die auf *Dauer* abstellen. Wie auch immer naturwüchsig entstanden oder bewußt errichtet, sind sie auf Kontinuität hin angelegt, ohne zeitliche Limitierung und mit der Suggestivkraft unveränderlichen Bestehens, selbst wenn sie historischem Wandel unterliegen. Institutionen stehen in doppeltem Sinne für Stabilität: Zum einen sind sie selbst stabil, und zwar mindestens so stabil, daß sie sich weniger verändern als die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie strukturieren. Institutionen „leben“ gewissermaßen davon, daß sie eine solche Stabilität für sich erfolgreich in Anspruch nehmen können. Zum anderen haben sie auf diese Weise eine stabilisierende Wirkung. Wie die Menschen handeln, wie sie in bestimmten Situationen reagieren, hängt jeweils von den Umständen ab: ändern sie sich, und das geschieht grundsätzlich in jeder neuen Situation, so ändern sich auch die erforderlichen Reaktionsweisen. Das Zusammenleben der Menschen wäre in der Vielfalt verschiedener Situationen extrem unstabil, wenn es nicht Mechanismen gäbe, die eine gewisse Verhaltenssicherheit gewährleisten. Die Sicherheit besteht darin, daß das Handeln anderer in einer bestimmten Situation bis zu einem gewissen Grade erwartbar und damit berechenbar wird. Wenn mir ein Fahrzeug entgegenkommt, so gibt mir die Einrichtung des Rechtsverkehrs (oder des Linksverkehrs) eine gewisse Sicherheit, daß das Fahrzeug rechts (oder eben links) an mir vorbeifahren wird – ich muß es nicht immer wieder austesten. Die Institution des neuzeitlichen Staates gibt mir mit dem erfolgreich beanspruchten Monopol legitimen physischen Zwangs (Max Weber) eine gewisse Sicherheit, daß ich nicht bei jeder mir entgegenkommenden

Person überlegen muß, ob ich das Schwert ziehen soll – ich kann damit rechnen, daß die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gegen mich gerichtete Attacken von Entgegenkommenden sehr unwahrscheinlich macht. Das ist die stabilisierende Leistung von Institutionen: Sie strukturieren die vielfältigen Situationen des menschlichen Zusammenlebens soweit vor, daß die Handlungen der Beteiligten bis zu einem gewissen Grade erwartbar werden, und zwar dadurch, daß die Strukturierung über die Einzelsituation hinaus besteht und für die wechselnden Beteiligten stets gemeinsam gilt.

Was bisher eher abstrakt als „Strukturierung“ bezeichnet wurde, ist in vielen Fällen, so auch in den benannten Beispielen, nichts anderes als eine *Regelung* des menschlichen Zusammenlebens. Regeln besagen, wie man sich verhalten und wie man sich nicht verhalten soll. Die Einhaltung von Regeln wird zumeist nicht belohnt, ihre Nichteinhaltung jedoch mit Sanktionen bedroht. Institutionen stehen dafür, daß die Verletzung von Regeln mit Nachteilen verbunden ist und daß auch jeder weiß, worauf er sich einläßt, wenn er sich nicht an die Regeln hält. Eine Regel ist noch keine Institution. Von Institutionen können wir in diesem Zusammenhang erst sprechen, wenn grundsätzlich drei Bedingungen erfüllt sind: daß es Regeln gibt, daß sie in Kraft sind und angewendet werden und daß die unmittelbar Beteiligten und Betroffenen, im Gemeinwesen die Bürger, dies auch wissen (oder zumindest wissen müßten). Solche Regeln können formell oder informell sein. Sind sie formell, so sind sie normiert, wie etwa in Form von Gesetzen oder Verwaltungsvorschriften; auch Sanktionen (oder Gratifikationen) sind normiert. Formelle Regeln gehören vor allem zu politischen Institutionen. Viele gesellschaftliche Strukturierungen bestehen jedoch aus informellen Regeln, „ungeschriebenen Gesetzen“, und sie brauchen deshalb nicht minder wirksam zu sein, ganz im Gegenteil. Gesellschaftliche Institutionen wie etwa das Grüßen, aber auch die Familie, beruhen auf Gewohnheiten, die gewissermaßen „objektiviert“, vergegenständlicht, nämlich von den handelnden Personen abgekoppelt und auf Dauer gestellt sind. Sie sind mit bestimmten Verhaltensanforderungen und Verhaltenserwartungen verbunden, die in der Form von Konventionen, Sitten oder Gebräuchen auftreten. Wenn und solange sie in Kraft sind, enthalten sie Sanktionsmechanismen, etwa in Form der gesellschaftlichen Ausgrenzung, die eine Regelverletzung ebenso riskant und in den Folgen vielleicht schwerwiegender macht als die Zuwiderhandlung gegen formale Vorschriften.

Die Regelbefolgung bedeutet nur in seltenen Fällen äußeren Zwang. Nur sehr vorübergehend kann Zwang für das individuelle Verhalten Entlastung bringen, die extrinsische die intrinsische Motivation ersetzen. Zwang mag hilfreich sein, um individuelle Entscheidungen zu stützen, er kann aber nicht an ihre Stelle treten. Institutionen wirken daher nur partiell von außen auf die Individuen ein. Ihre Kraft erhalten sie erst, wenn sie aus den Individuen selbst gestützt, von ihnen

internalisiert werden. Insbesondere politische Institutionen können sich allein durch Zwang nicht am Leben erhalten, sie müssen in den Bürgern selbst verwurzelt sein. Zwang wird zweifellos respektiert, wo er wirksam angewendet werden kann; jedes Zwangsregime setzt aber zugleich eine Vielzahl von Mechanismen in Gang, um den Zwang zu umgehen und zu unterlaufen. Zu Recht hat Hannah Arendt darauf hingewiesen, daß die Macht der Institutionen nicht, jedenfalls nicht auf Dauer, auf Gewalt beruhen kann: „Politische Institutionen [...] erstarren und verfallen, sobald die lebendige Macht des Volkes nicht mehr hinter ihnen steht und sie stützt.“²

Es kommt ein weiterer, häufig übersehener Aspekt hinzu: Gesellschaftliche Strukturierung durch Institutionen erfolgt nicht nur durch Regulierung, sondern auch durch *Orientierung*. Regeln machen Vorgaben, welche Verhaltensweise geboten oder verboten, akzeptabel oder nicht akzeptabel ist. Institutionen wirken auf diese Weise verhaltensteuernd, indem sie ein bestimmtes Verhalten zulassen und ein anderes mehr oder weniger ausschließen. Aber Institutionen stehen nicht nur für Regeln, sie bringen auch Werte, nämlich Sinnvorstellungen über eine gelungene Lebensführung in der Gesellschaft zum Ausdruck. Religiöse Institutionen, seit Religion nicht mehr staatlich verordnet wird, bieten naheliegende Beispiele. Aber auch die bereits genannten Institutionen haben diese Funktion. Im Grüßen wird Achtung entsprechend den gesellschaftlichen Statusvorstellungen zum Ausdruck gebracht. Die Familie steht für eine aus Verwandtschaftsbezügen sich ergebende Solidarität. Gewerkschaften stehen für Solidarität der abhängig Beschäftigten. Als eine der wichtigsten Institutionen unserer modernen Gesellschaften steht der Markt für Wettbewerb und Effektivität. Die politischen Institutionen schließlich bringen die grundlegenden Werte und Ordnungsprinzipien des Gemeinwesens zum Ausdruck. Solche Objektivationen von Sinnvorstellungen in den Institutionen bedeuten nicht, daß alle Beteiligten sich genau nach ihnen richten müssen oder auch nur tatsächlich sich nach ihnen richten. Sie vermitteln Orientierung, weil sie deutlich machen, welche Handlungsmotive in dieser Gesellschaft sinnvoll sind. Wenn Institutionen gesellschaftlich in Kraft sind, bringen sie auf diese Weise symbolisch zum Ausdruck, welche Werte und Sinnbezüge in einer Gesellschaft bestehen und für diese wichtig sind. Sie sind gewissermaßen Wegweiser, nach denen sich das individuelle Handeln richten kann, und es wird sich umso mehr nach ihnen richten, wie es die in Institutionen objektivierten und zum Ausdruck gebrachten Werte und Sinnvorstellungen als die eigenen, als für die persönliche Lebensführung maßgeblich akzeptiert. Entscheidend ist, daß die Gesellschaft solche Werte und Sinnbezüge symbolisch anbietet und daß sie in ihren Institutionen glaubwürdig zum Ausdruck kommen. Institutionen einer Gesellschaft einschließlich ihrer

² Hannah Arendt: *Macht und Gewalt*, München 1970, S. 42.

politischen Institutionen erodieren, wenn sie gerade dies nicht mehr leisten, sie verlieren ihre gesellschaftliche Kraft.

Was soziale Institutionen in ihrem Kern ausmacht, läßt sich nun wie folgt zusammenfassen: *Soziale Institutionen sind relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion.*

1.2. Politische Institutionen

Politische Institutionen haben die genannten Mechanismen und Funktionen, die soziale Institutionen allgemein ausmachen; zugleich sind sie „politisch“ und somit durch die spezifischen Bedingungen von Politik geprägt, sie erhalten dadurch auch eine besondere Konfiguration.

Geht es in der Politik grundsätzlich um verbindliche Entscheidungen für das Gemeinwesen, so liegt die Leistung, welche die politischen Institutionen auf diese Weise erbringen, zunächst in der Funktion der *Steuerung*. Über Anreiz- oder Sanktionsmechanismen werden erwünschte Verhaltensweisen der Bürger gefördert und unerwünschte behindert. Es war die Illusion der Steuerungs- und Planungseuphorie der 70er Jahre, die Politik könne auf diese Weise unmittelbar und eindeutig zu den gewünschten Ergebnissen gelangen. Politische Steuerung wirkt, wenn überhaupt, so vor allem indirekt, indem sie einen institutionellen Rahmen schafft, innerhalb dessen dann von anderer, etwa ökonomischer Seite die konkreten Entscheidungen getroffen werden. Immerhin bleibt es die Aufgabe politischer Institutionen, Handlungsspielräume für die Bürger zu eröffnen oder einzuschränken – ganz abgesehen von der Vielzahl direkter Eingriffe in das alltägliche Leben, mit denen politische Institutionen insbesondere des Wohlfahrts- und Sozialstaates nach wie vor beschäftigt sind.

Politische Institutionen haben zudem eine weitere Funktion, ganz analog zu der Doppelfunktion, welche soziale Institutionen generell kennzeichnet. Hierbei handelt es sich um ihre *Integrationsleistung*. Die verbindlichen Entscheidungen, welche die Politik vermittels der politischen Institutionen zu fällen hat, sind in der Neuzeit nur auf der Grundlage möglich, daß sie im Namen der Bürger erfolgen und damit auch die Wertvorstellungen der Bürger im Gemeinwesen zum Ausdruck bringen. In der Auseinandersetzung der Parteien wird häufig verdeckt, daß diese Auseinandersetzungen, die in der Regel zu Mehrheitsentscheidungen führen, nur möglich sind, wenn sie grundsätzlich, trotz aller interessenbedingten Ausformung, auf den tragenden Wertvorstellungen der Bürger beruhen. Ist diese Grundlage gegeben und einsichtig, so können umgekehrt die Bürger, trotz abweichender Interessen im einzelnen, erkennen und sicher sein, daß es ihre Wertvorstellungen

sind, die für die Entscheidungen leitend sind, welche die politische Institutionen fällen. Sie mögen damit konkret nicht zufrieden sein, aber sie brauchen sich nicht grundsätzlich gegen sie zu wenden. In diesem Sinne können und müssen sie darauf vertrauen, daß es ihre Institutionen mit ihren Wertvorstellungen sind, die die Entscheidungen treffen. Es kommt also weniger darauf an, ob die Politiker Entscheidungen im Sinne spezifischer Interessen der Bürger fällen (was stets eine Frage von Mehrheit und Minderheit ist), als vielmehr darauf, daß sie auf der Grundlage eines Wertekonsenses gefällt werden. Dies besagt der häufig mißbrauchte Begriff des „Gemeinwohls“. Und da schwerlich in jeder politischen Einzelentscheidung dingfest gemacht werden kann, ob sie im Sinne des Gemeinwohls gefällt wurde oder nicht, kommt es darauf an, daß die politischen Institutionen generell im Sinne der Wertvorstellungen der Bürger handeln. Solches kommt in ihren Symbolen, insbesondere im Verhalten ihrer Amtsträger zum Ausdruck. Indem und sofern die politischen Institutionen diese Gemeinsamkeit jenseits von Interessenkonstellationen zum Ausdruck bringen, integrieren sie, was die Belange des Gemeinwesens betrifft, die Bürger: Diese sehen sich nicht nur rational, sondern auch emotional in ihren grundlegenden Wertvorstellungen im Gemeinwesen präsent. Zugleich können sie sich in ihrem Handeln, soweit erforderlich, auf das Gemeinwesen orientieren. Auf diese entscheidende Bedingung hat Rudolf Smend³ aufmerksam gemacht: Ein Gemeinwesen mit seinen Institutionen hat nur Bestand, wenn es auf diese Weise die Bürger normativ integriert.

Politische Institutionen sind deshalb an ihren Steuerungsleistungen wie an ihren Integrationsleistungen zu bemessen. Sie sind *Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft*.

Institutionen sind nicht ohne handelnde Personen, ohne *Akteure* vorstellbar. In der Institution des Grüßens sind es stets Personen, die grüßen und begrüßt werden (deshalb ist im „Wilhelm Tell“ die Aufforderung, lediglich Geßlers Hut zu grüßen, so provokativ⁴). Die Familie ist durch die Familienmitglieder bestimmt usw. Aber man kann nicht generell sagen, daß Institutionen aus handelnden Personen bestehen, die unmittelbar angebar sein müssen, um ein Verständnis einer bestimmten Institution und ihrer Mechanismen zu erhalten. Tatsächlich können Institutionen sehr eng, aber auch nur mittelbar und eher indirekt mit

³ Siehe das nach wie vor lesenswerte Hauptwerk von Rudolf Smend: „Verfassung und Verfassungsrecht“ (1928), in *Staatsrechtliche Abhandlungen*, 2. Aufl., Berlin (West) 1968, S. 119-276.

⁴ Genauer genommen können anstelle von Personen auch Symbole begrüßt werden, etwa eine Fahne. So besehen liegt bei Geßlers Hut der Fall vor, daß stellvertretend für die Person ein Symbol der Herabwürdigung und Unterdrückung begrüßt werden muß.

handelnden Personen verbunden sein. Soziale Institutionen wie das Grüßen oder die Familie oder der Markt haben ihre Akteure, aber sie sind nicht durch eine abzählbare Menge angegebbarer Personen bestimmt. Bei politischen Institutionen ist das Verhältnis diffiziler, denn solch augenfällige politische Institutionen wie etwa das Parlament bestehen aus einer feste Anzahl von Mitgliedern, deren Aktivitäten die Institution ausmacht. Auf der anderen Seite ist die Verfassung, in unserer Zeit die wohl wichtigste politische Institution überhaupt, ihrem ganzen Sinn nach überpersönlich. Hier ist eine Einteilung von Maurice Hauriou hilfreich. Hauriou unterscheidet zwischen Personen-Institutionen (*institutions-personnes*) und Sach-Institutionen (*institutions-choses*).⁵ Entsprechend gibt es politische Institutionen mit Akteuren und solche ohne Akteure, ohne daß ihre Mechanismen grundsätzlich verschieden wären. Politische Institutionen mit Akteuren sind durch die in ihnen handelnden Personen bestimmt: Parlament, Regierung, Gerichte usw., und sie sind zugleich Organisationen. Politische Institutionen ohne Akteure sind Normsysteme, insbesondere die Verfassung, und als solche personen-unabhängig. Erst in zweiter Linie ist von Belang, daß sie selbstverständlich von Personen gemacht worden sind (sie stellen „geronnenes Handeln“ dar) und daß sie für ihr Wirksamwerden wiederum handelnder Personen bedürfen, die uns organisiert in Institutionen mit Akteuren entgegentreten (so gehören zur Verfassung die „Verfassungsorgane“).

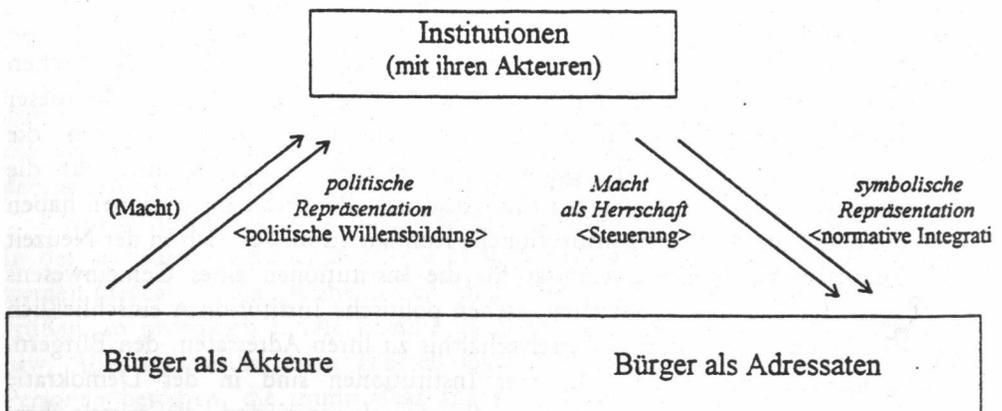
Mindestens ebenso wichtig für politische Institutionen sind ihre *Adressaten*. Das sind alle diejenigen, die von den politischen Institutionen zu Leistungen (etwa Steuern) verpflichtet werden oder die von ihnen etwas zu beanspruchen oder zu erwarten haben (wie insbesondere im Sozialstaat). Im modernen demokratischen Gemeinwesen sind freilich die Adressaten immer auch Träger all dieser Institutionen. Nicht die Bürger sind für die Institutionen, sondern die Institutionen sind für die Bürger da. Das kommt in den Wahlen für die Volksvertretungen am sinnfälligsten zum Ausdruck. Politische Institutionen haben dadurch eine ganz spezifische institutionelle Konfiguration. Seit sich in der Neuzeit der Grundsatz der Volkssouveränität für die Institutionen eines Gemeinwesens herausgebildet und durchgesetzt hat, stehen politische Institutionen einschließlich ihrer Akteure stets in einem Wechselverhältnis zu ihren Adressaten, den Bürgern. Die Bürger als Adressaten politischer Institutionen sind in der Demokratie grundsätzlich auch Akteure, und die politischen Institutionen, die mittels ihres eigenen Personals den Bürgern gegenüber handeln, sind ihrerseits grundsätzlich auch Adressaten. Das ist das normative Fundament unserer Demokratien. Es genügt also nicht, Institutionen als Gebilde oder auch institutionelle Mechanismen nur für sich selbst zu betrachten, wir müssen die Bürger einbeziehen. Um politische

⁵ Maurice Hauriou: *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze*, Berlin 1965, (frz. 1925). S. 34 f.

Institutionen angemessen zu begreifen, müssen wir uns der institutionellen Konfiguration vergewissern, innerhalb derer sie wirken. Das ist das Wechselverhältnis zwischen politischen Institutionen und den Bürgern im Gemeinwesen. Ist dieses Verhältnis nicht in Ordnung, so haben wir es mit Krisen der politischen Institutionen zu tun. Verändert sich dieses Verhältnis, so verändert sich die institutionelle Konfiguration, und hieran wird Institutionenwandel ablesbar.

1.3. Die institutionelle Konfiguration

In der institutionellen Konfiguration, im Wechselverhältnis von politischen Institutionen und den Bürgern, sind zwei Beziehungen besonders wichtig: Macht und Repräsentation. Sie sind zueinander weitgehend komplementär (siehe Schaubild).⁶



⁶ Ausführlicher dazu Gerhard Göhler: „Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation“, in Göhler u.a.: *Institution - Macht - Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden 1997, S. 11-62.

Macht bedeutet nach der berühmten Definition von Max Weber die Chance, seinen eigenen Willen gegen den Willen anderer auch bei Widerstreben durchzusetzen.⁷ Politische Institutionen üben gegenüber den Adressaten Macht aus, indem sie politische Entscheidungen durchführen und durchzusetzen versuchen. Indem die Macht im institutionellen Rahmen eines Gemeinwesens ausgeübt wird und Legitimität beanspruchen kann (wofür in den modernen Demokratien die Verfassung steht), handelt es sich um *Herrschaft*. Auch die Bürger, als Herrschaftsunterworfenen, üben Macht aus. Sie sind in dieser Hinsicht nicht nur Adressaten, sondern auch Akteure gegenüber den politischen Institutionen. Sie versuchen ihren Willen, d.h. vor allem ihre Interessen, auf vielfältige Weise bei den für sie wichtigen Institutionen durchzusetzen: über unmittelbare persönliche Einflußnahme, Druck der öffentlichen Meinung, über Interessengruppen, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt auch über die Wahl von Abgeordneten. Für alle Prozesse politischer Willensbildung gilt in den modernen Demokratien normativ das Prinzip der Repräsentation. Ganz allgemein bedeutet Repräsentation, daß etwas Abwesendes zur Präsenz gebracht, etwas Unsichtbares sichtbar gemacht wird. Der Wille der Bürger ist etwas, das auf diese Weise präsent und sichtbar gemacht werden muß, er ist alles andere als eine feststehende und vorgegebene Größe. Es gibt zunächst nur eine Vielzahl von Einzelinteressen und höchst unterschiedliche Meinungen darüber, was im Gemeinwesen mit Verbindlichkeit für alle gelten muß und durchgeführt werden soll. Es bedarf deshalb politischer Institutionen, die am Ende eines Willensbildungsprozesses entscheiden, und zwar so, daß sie im Namen der Bürger handeln – nämlich so, als ob diese selbst es seien, welche entscheiden. Das ist das Prinzip der Repräsentation, und es ist ein nicht gering zu schätzendes Kunststück politischer Ordnung, wenn durch Repräsentation auf diese Weise die Macht der Bürger mittels politischer Institutionen in akzeptierte Entscheidungen umgesetzt wird. Im Modell der Repräsentativdemokratie sieht das folgendermaßen aus: Die verschiedenen Meinungen und Interessen werden entweder soweit ausgehandelt, bis bei den Repräsentanten ein hinreichend breiter Konsens erreicht ist, oder sie werden soweit gebündelt, bis Alternativen entstehen, über die von den Repräsentanten mit Mehrheit entschieden werden kann. Dabei ist es grundsätzlich unerheblich und hängt vielmehr von der jeweiligen Verfassung ab, ob die Repräsentanten im Auftrag ihrer Wähler („imperatives Mandat“) oder unabhängig von ihnen („freies Mandat“) oder in Mischformen mit direktdemokratischen Elementen, etwa unter dem Einschluß eines Referendums, entscheiden. Wichtig ist, daß die Entscheidungen letztlich von den Repräsentanten auf der Grundlage allgemein akzeptierter Wertvorstellungen und

⁷ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922), 5. Aufl., besorgt von J. Wickelmann, Tübingen 1972 I §16.

Verfahrensprinzipien getroffen werden, so daß die politischen Institutionen in diesem Sinn (und genau nur in diesem Sinn!) für den Willen der Bürger stehen.

Repräsentation hat aber noch eine weitere Dimension. Sie wird deutlich, wenn wir die berechnete Frage stellen, warum denn Bürger Entscheidungen politischer Institutionen akzeptieren und ob und wie lange sie diese auch akzeptieren, wenn sie im Einzelfall anderer Meinung sind oder wenn sie ihren persönlichen Interessen zuwiderlaufen. Sehen wir von einer gewissen Hinnahme („die da oben“) oder von Zwangsmechanismen ab, welche auf Dauer ein Gemeinwesen nicht stabilisieren können, so muß die Akzeptanz auf grundlegenden Wertvorstellungen („Metapräferenzen“) beruhen, die den Bürgern bis zu einem gewissen Grade gemeinsam sind. Wenn diese in den politischen Institutionen zum Ausdruck kommen, und zwar in der Art und Weise, wie sich die Institutionen den Bürgern präsentieren, wie glaubwürdig sich ihre Amtsträger verhalten – also symbolisch: dann entsteht Vertrauen gegenüber den politischen Institutionen, welches auch einzelne Differenzen und die Kritik an einzelnen Politikern überdauert. Entscheidend ist nur, daß Vertrauen keine Ressource ist, die einfach gewohnheitsmäßig besteht. Vertrauen kann enttäuscht werden, es kann auch allmählich verlorengehen. Weniger in Einzelentscheidungen als vor allem in der symbolischen Selbst-Präsentation der politischen Institutionen und ihrer Akteure liegt die Grundlage für die Akzeptanz durch die Bürger. Dazu gehört, daß die Politiker keine eklatanten Selbstbedienungen vornehmen und daß die Bürger, wenn politische Entscheidungen der Repräsentanten ihren Vorstellungen nicht entsprechen, immer noch die Chance sehen, nicht auf Dauer in der Minderheit zu bleiben.

Diese Dimension der Repräsentationsbeziehung zwischen Bürgern und politischen Institutionen ist *symbolische Repräsentation*. Gemeint ist damit eine Beziehung, die nicht in Willensentscheidungen, sondern symbolisch ihren Ausdruck findet.⁸ Das Unsichtbare, welches durch Repräsentation sichtbar werden soll, ist nicht nur der Wille der Bürger, der sich in konkreten Entscheidungen niederschlägt. Repräsentation bringt auch die grundlegenden Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien zum Ausdruck, auf denen das Gemeinwesen aufbaut und stets aufbauen muß. Da sie schwerlich in jeweils konkrete Entscheidungen umzusetzen sind – sie sind vielmehr die Grundlage und ihr Maßstab –, können sie auch nur symbolisch präsent sein. Moderne Demokratien, die auf dem Prinzip der

⁸ Die symbolische oder, wie sie auch häufig genannt wird, „existentielle“ Repräsentation wird v.a. in der deutschen Tradition betont, vgl. Carl Schmitt: *Römischer Katholizismus und politische Form*, 2. Aufl., München 1925 (Stuttgart 1984); ds.: *Verfassungslehre*, Leipzig 1928; Siegfried Landshut: „Der politische Begriff der Repräsentation“, in H. Rausch (Hg.): *Zur Theorie und Geschichte der Repräsentation und der Repräsentativverfassung*, Darmstadt 1968, S. 482-497; Eric Voegelin: *Die neue Wissenschaft der Politik*, München 1959, 1991, Freiburg 4. Aufl.

Volkssouveränität beruhen, leben davon, daß die Bürger ihr Gemeinwesen als das ihre ansehen. Und da im modernen Staat die Autonomie des Individuums vorausgesetzt wird, bedeutet dies, daß in den politischen Institutionen gemeinsame Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien der Bürger für diese stets sichtbar zum Ausdruck kommen. Sie müssen nicht nur irgendwo und irgendwie zugrunde liegen, was im einzelnen für den Bürger überhaupt nicht nachvollziehbar ist, sie müssen ihm immer wieder symbolisch entgegentreten. Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der wie jeder deutsche Bundespräsident über wenig reale Macht verfügte, konnte durch das gezielt eingesetzte Instrument der öffentlichen Rede Wertvorstellungen präsent machen, die das „bessere Deutschland“ verkörpern. Auf diese Weise konnte er den Bürgern eine weithin anerkannte Orientierung geben – und damit zugleich erheblich zum Vertrauen in das Institutionensystem der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Gelingende symbolische Repräsentation der grundlegenden Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien im Gemeinwesen ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von politischer Repräsentation, d.h. daß verbindliche Entscheidungen für das Gemeinwesen in den Verfahrensweisen moderner Repräsentativdemokratien *legitim* erfolgen. All das mag sehr abstrakt und normativ-abgehoben klingen, meilenweit entfernt von unserer politischen Realität. Dieser Schein trägt, wir erhalten auf diese Weise recht präzise Kriterien, um *Krisen* der politischen Institutionen zu bestimmen.

Politische Institutionen, so wurde festgestellt, haben eine Doppelfunktion, analog zur Leistung von Institutionen allgemein: Die regulierende Funktion von Institutionen verlangt für das Gemeinwesen von politischen Institutionen Steuerung, die orientierende Funktion von Institutionen Integration. *Steuerung*, so läßt sich nun genauer sagen, gehört zur Seite der Macht: Macht in Form von Herrschaft, die von den politischen Institutionen ausgeübt wird, und die sich in modernen Demokratien wieder auf die Macht der Bürger in Form der politischen Repräsentation stützt, mit ihr verbunden und von ihr mehr oder weniger abhängig ist. Da es der Bürger in der Massendemokratie sehr schwer hat, stets und unmittelbar Einfluß zunehmen, und da er dies zumeist auch als unrealistisch ansieht, kommt es darauf an, daß seine Erwartungen nicht enttäuscht werden. Im Falle der Steuerung kann und wird er erwarten, daß dort, wo politische Steuerung angesichts von Globalisierung und abnehmender Regierungsfähigkeit überhaupt möglich und sinnvoll ist, Entscheidungen effektiv und insgesamt für ihn nachvollziehbar erfolgen. Er ist unwillig, wenn politische Entscheidungen der erkennbaren Problemlage offenkundig unangemessen sind, und er ist ebenso unwillig, wenn gar nichts geschieht. Wenn es z.B. in Deutschland derzeit offensichtlich und unumstritten ist, daß eine grundlegende Steuer- und Rentenreform überfällig wird, so geraten die politischen Institutionen in ihrer

Steuerungsfunktion in eine Krise, wenn Entscheidungen auf unabsehbare Zeit aufgeschoben werden, weil die von der Verfassung vorgesehenen Einigungsmechanismen angesichts der Parteinteressen versagen. Die Folge ist Politikverdrossenheit. Sie wird dann sehr schnell zu einem Problem der Integration, und hier liegen die größeren Krisenpotentiale. Dem Bürger wird es schwermgemacht, im Verhalten der politischen Institutionen, in ihrem ganzen Habitus, seine Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien wiederzuerkennen, von denen er annehmen kann, daß sie gemeinsam sind oder sein sollten. Fehlverhalten von Institutionen wird stets in Einzelfällen sichtbar, aber indem es Grundvorstellungen über das angemessene Verhalten demokratischer Institutionen berührt, wirkt es symbolisch über den Einzelfall hinaus. In symbolischer Repräsentation drücken die politischen Institutionen nicht mehr das aus, wofür sie eigentlich stehen, nämlich die Vorstellungen der Bürger über ein gut geordnetes Gemeinwesen. Das ist die Krise in der Integrationsfunktion politischen Institutionen, sie bewirkt eine Erosion der Institutionen, und sie kann sehr weitreichende Folgen haben – nicht zuletzt Institutionenwandel.

Institutionen können sich wandeln, man kann sie reformieren oder durch andere ersetzen. Nur einfach ersatzlos abschaffen kann man sie nicht. Eine Gesellschaft kann persönliche Zusammengehörigkeiten anders strukturieren als durch Familien, ein Gemeinwesen kann sich eine neue Verfassung geben, die auf anderen politischen Ordnungsprinzipien beruht. Aber keine Gesellschaft kann auf Strukturierung verzichten. Es würde unser Leben unsäglich erschweren, wenn wir immer wieder neu festlegen müßten, wie wir uns in den alltäglichen Dingen zu verhalten haben; ein Gemeinwesen ohne politische Ordnung wäre im Chaos von Interessenkonflikten ohne jede Sicherheit und Berechenbarkeit. Thomas Hobbes hat diese Situation im 17. Jahrhundert für das England der religiösen Bürgerkriege als „Krieg aller gegen alle“ drastisch und auch heute noch einprägsam beschrieben. Jede Gesellschaft ist strukturiert, um zu bestehen, und indem sie sich strukturiert, hat sie ihre Institutionen. Nicht jede Strukturierung muß die Form einer Institution erhalten – Geschlecht, Alter, Klassenzugehörigkeit sind selbst noch keine Institutionen. Institutionen sind vielmehr jene Strukturierungen, durch die das Zusammenleben gewissermaßen „handhabbar“ gemacht, nämlich bis zu einem gewissen Grade geregelt wird. Kein Wunder, daß solche Einrichtungen häufig als Zwang empfunden werden und daß jeder Versuch, Gesellschaften zu verändern, in erster Linie gegen ihre Institutionen gerichtet ist. Institutionen geben der Gesellschaft ihre „Normalität“, ihre Alltäglichkeit, ganz gleich, ob sie diese ohne viel Aufhebens strukturieren oder ob sie ihrerseits, wie vor allem die politischen Institutionen, eigens herausgehoben sind.

2. Die „institutionelle Konfiguration“ und die Bestimmung des Institutionenwandels

Offensichtlich ist Institutionenwandel besonders häufig eine Folge der Erosion bestehender Institutionen, aber wir sollten den Blick nicht vorschnell verengen, wenn wir von Institutionenwandel sprechen. Wenn bestehende Institutionen so sehr erodieren, daß sie schließlich aufgehoben und durch neue ersetzt werden, so haben wir es in der Tat mit einer spektakulären Form von Institutionenwandel zu tun, wir haben den Eindruck eines revolutionären Institutionenwandels. Die Systemumbrüche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, die aus dem Niedergang des real-existierenden Sozialismus und seiner Institutionengefüge resultierten, stehen sogleich vor Augen. Aber Institutionenwandel kann sich auch langsam und ganz allmählich, in kleinen Schüben vollziehen, so daß die Auswirkungen nur teilweise sichtbar werden, obwohl sie sehr gravierend sein können. Hier handelt es sich eher um „schleichenden“ Institutionenwandel. Der Prozeß der europäischen Integration ist ein gutes Beispiel. Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, daß auf europäischer Ebene neue Institutionen entstehen, denen ein Teil der nationalstaatlichen Souveränität übertragen wird – aber wieviel im alltäglichen Leben bereits durch Brüssel geregelt wird, dürfte der Bevölkerung wenig klar sein. Und wenn dann als gemeinsame Währung der EURO eingeführt werden soll, so erhebt sich in Deutschland ein Wehgeschrei über den Verlust der guten alten DM. Die Politiker, die sich über die Symbolkraft der DM anscheinend nicht klar waren, erheben nun – und inzwischen wider die ökonomische Vernunft – ihre Bedenken. Da hätten sie über die Bedingungen von Institutionenwandel ein wenig früher nachdenken sollen. Schleichenden Institutionenwandel gibt es übigens allenthalben. Soziale Institutionen scheinen sich vor allem auf diese Weise zu verändern, was sich etwa am vielbeklagten Niedergang (oder nur Wandel?) der Institution „Familie“ in der modernen Gesellschaft ablesen läßt.

Wie läßt sich Institutionenwandel erfassen, ohne nur einfach in Klagen auszubrechen oder isolierte Vorgänge zu rekonstruieren? Die Wissenschaft ist ein wenig ratlos, ob es mit einzelnen Großtheorien gelingt, den Wandel analytisch einzufangen. Was Institutionen betrifft, so können die benannten Faktoren der institutionellen Konfiguration ein wenig zur Klärung verhelfen. Ich konzentriere mich daher auf die politischen Institutionen und versuche anhand dieser Faktoren einige Fallunterscheidungen vorzunehmen. Sie sollen deutlicher machen, was eigentlich vor sich geht, wenn wir es mit Institutionenwandel zu tun haben.⁹

⁹ Ausführlicher bei Gerhard Göhler: „Wie verändern sich Institutionen? Revolutionärer und schleichender Institutionenwandel“, in *Institutionenwandel*, Leviathan-Sonderheft 16 (1996), Opladen 1997, S. 21-56.

Was also ist unter Institutionenwandel zu verstehen? Daß sich hierbei Institutionen verändern, bisweilen sogar aufhören zu bestehen und durch neue ersetzt werden, ist ebenso richtig wie trivial. Weniger trivial wird die Betrachtungsweise, wenn wir nun bei der *institutionellen Konfiguration* ansetzen und feststellen, was sich in dieser Konfiguration verändert. Die Ausweitung des Blicks von den Institutionen als Gebilden oder Mechanismen zu ihren Adressaten, den Bürgern, die zu den politischen Institutionen in Macht- und Repräsentationsbeziehungen stehen, ergibt eine interessante Einsicht. Im Institutionenwandel verändern sich zumeist nicht sämtliche Faktoren, jedenfalls nicht auf einmal und zugleich, sondern in den Beziehungen von Macht und Repräsentation bleiben wichtige Faktoren zumindest vorübergehend auch erhalten. Wir haben es also zumeist mit einer Mischung aus Wandel und Kontinuitäten zu tun – nicht nur für die Historiker ein faszinierendes Ergebnis. Was also verändert sich und was bleibt konstant und was bedeutet das im Institutionenwandel? Hierfür die folgenden Fallunterscheidungen:

2.1. *Institutionenwandel in der Dimension der Steuerung*

Ich gehe davon aus, daß eine Vermehrung von politischer *Macht* auf Seiten der politischen Institutionen auch eine Verstärkung ihrer Steuerungsleistung erbringt (ohne Macht keine Steuerung, ohne Steuerung auch keine Macht). Ich gehe weiter davon aus, daß mit der Verstärkung von *Repräsentation*, also einer Erweiterung und Intensivierung der Möglichkeiten realer Einflußnahme für den Bürger, auch eine Erhöhung der Legitimation politischer Institutionen verbunden ist. Dann tritt Institutionenwandel in unterschiedlicher Form ein, je nachdem in welche Richtung sich die Gewichte verschieben.

Eine *Vermehrung der Macht politischer Institutionen gegenüber der Repräsentation* führt zur **Verselbständigung der Institutionen**. Wachsende Macht der Institutionen kann sehr problematisch werden. Wie Karl Deutsch treffend festgestellt hat, ist Macht die Fähigkeit, in gewissem Sinne „nichts lernen zu müssen“.¹⁰ Dadurch wird die Außenabhängigkeit entscheidend verringert, zugleich kann aber die Lernfähigkeit insgesamt verloren gehen, wenn eine Institution sich übermäßig abschottet: ihre Machtausübung wird „pathologisch“.¹¹ Solche Verselbständigungstendenzen politischer Institutionen sind an der Tagesordnung. Im Prozeß der europäischen Integration ist die „Eurokratie“ der Brüsseler Behörden, verbunden mit der nach wie vor geringen Macht des Europäischen

¹⁰ Karl Deutsch: *Politische Kybernetik* Freiburg/Br. 1969, (am. 1963), S. 171.

¹¹ Deutsch, S. 300.

Parlaments, ein vielbeklagtes Folgeproblem der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte. Im „real-existierenden“ Sozialismus verminderte die Abschottung der Bürokratien zunehmend die Systemstabilität. Die Zunahme der Macht politischer Institutionen kann, wenn sie den Einflußmöglichkeiten der Bürger nicht Rechnung trägt, bestandsgefährdend werden. Wenn nämlich die Repräsentation der Bürger mit der Machtvermehrung der politischen Institutionen nicht Schritt hält, wachsen auch die Kosten für die Aufrechterhaltung der Macht, bis sie die Bürger möglicherweise nicht mehr bezahlen.

Eine *Verminderung der Macht politischer Institutionen gegenüber der Repräsentation* kann sehr unterschiedliche Ergebnisse haben. Ist sie das Ergebnis einer Verstärkung der Repräsentation, also der realen Einflußmöglichkeiten Bürger, gegenüber einer eher verringerten Macht der Institutionen, so haben wir es mit **Demokratisierung** zu tun, einer der positiven Varianten des Institutionenwandels. Die Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten geht, wenn auch mit vielen Mühen, überwiegend diesen Weg. Wenn dagegen die politischen Institutionen *an Macht und Steuerungsfähigkeit verlieren, ohne daß sich an der Repräsentation etwas ändert*, so haben wir Institutionenwandel in der Form von **Machtverlust**. Die „realsozialistischen“ Systeme in Europa waren nicht in der Lage, ihre Steuerungsfähigkeit in der Konkurrenz mit dem Westen aufrechtzuerhalten und der ökonomischen und technischen, aber auch der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung anzupassen. Einer Erhöhung der Repräsentation, also der realen Einflußmöglichkeiten der Bürger, waren im „demokratischen Zentralismus“ ebenfalls systembedingte Grenzen gesetzt. Das Ergebnis ist bekannt. Aber Institutionenwandel in der Form von Machtverlust ist – unter anderen Vorzeichen – auch ein Phänomen der westlichen Industriegesellschaften, er wird von ihnen nur weniger wahrgenommen. Sie stehen vor dem Problem, daß eine Steuerung durch zentrale politische Institutionen angesichts einer zunehmend komplexer werdenden gesellschaftlichen Problemlage und angesichts der ökonomischen Eigenlogik der Märkte immer mehr in Frage gestellt ist. Der Machtverlust politischer Institutionen zeigt sich einerseits in einer deutlichen Machtverlagerung in dezentrale Verhandlungssysteme, andererseits in einer abnehmenden Gestaltungskraft infolge ökonomischer Sachzwänge mit ihren äußerst negativen sozialen Folgen, die durch die Globalisierung noch verschärft werden.

2.2. Institutionenwandel in der Dimension der normativen Integration

Veränderungen in der normativen Integration durch politische Institutionen zeigen stets Institutionenwandel an, auch wenn der Befund zunächst überrascht. Wenn sich hier nämlich die Beziehung zu den Bürgern ändert, so können die politischen

Institutionen als Gebilde durchaus unverändert geblieben sein, was Institutionenwandel nicht unbedingt nahelegt. Wird allerdings die gesamte institutionelle Konfiguration in den Blick genommen, so läßt sich dort ein Institutionenwandel feststellen, der sonst möglicherweise verborgen bliebe. Die Ausgangslage wurde bereits beschrieben. In der normativen Integration machen politische Institutionen der Demokratie symbolisch sichtbar, wofür sie stehen: nämlich für die grundlegenden Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien ihrer Adressaten, der Bürger. Die gemeinsame Basis kommt in der symbolischen Repräsentation auf Seiten der Institutionen zum Ausdruck. Zumindest dem Anspruch nach, denn die symbolische Repräsentation kann die normative Basis, die sie hier zum Ausdruck bringen soll, auch verfehlen. Wenn die Diskrepanz offenkundig wird, droht eine Krise. Die Diskrepanz ist Anzeichen dafür, daß die politischen Institutionen nicht nur in ihrem symbolischen Ausdruck, sondern auch in ihrer Substanz sich von den Bürgern entfernt haben. Der Grund kann nun sowohl auf Seiten der Institutionen als auch auf Seiten der Bürger liegen. Entweder sind es die politischen Institutionen, die ihre leitenden Wertvorstellungen von den Bürgern abgekoppelt haben, oder die Wertvorstellungen der Bürger entwickeln sich in eine Richtung, welche die politischen Institutionen nicht nachvollziehen.

Wenn politische Institutionen *durch symbolische Repräsentation gemeinsame Wertvorstellungen zum Ausdruck bringen, die nicht mehr diejenigen der Bürger sind*, so haben wir es mit einer pathologischen Beziehung oder sogar einer Krise aufgrund von Institutionenwandel zu tun. Die Stabilität der Institution ist in Frage gestellt. Wenn die Diskrepanz von ihnen verursacht ist, werden sie es selbst so nicht sehen. Hier handelt es sich, analog zur Steuerungsdimension, um eine **Verselbständigung** der Institutionen. Sie ist uns von autoritären und totalitären Regimen her geläufig. Formal mögen sich die Institutionen nur wenig verändert haben, aber ihre Symbolik erhält eine andere Ausrichtung, ihre Integrationsmechanismen sind verändert. Es geht ihnen nicht mehr darum, die grundlegenden Wertvorstellungen der Bürger zum Ausdruck zu bringen, um sie zu integrieren; vielmehr sollen diese so ausgerichtet und umgewichtet werden, daß sie sich den Institutionen, tatsächlich den Herrschaftsinteressen ihrer Akteure anpassen. Der Nationalsozialismus hat es in dieser Hinsicht mit dem Tag von Potsdam, den Reichsparteitagen oder der Berliner Olympiade 1936 zur Meisterschaft gebracht. Auf einer ganz anderen Ebene, aber mit ähnlichen Problemen behaftet, liegen Probleme des Institutionenwandels im Prozeß der europäischen Integration, wenn neue Institutionen durch Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf übergeordnete Instanzen entstehen. Sie mögen im technischen Sinne effektiv arbeiten, aber sie haben keine hinreichende symbolische Repräsentation, da die kollektive Identität der Bürger noch weitgehend auf die Nationalstaaten fixiert ist. Die Europäische Union kann sich daher nur

schwer im Wertebewußtsein ihrer Bürger verankern, weil ihr – mit Ausnahme der Europa-Fahne und vielleicht später einmal des EURO – in ihren Institutionen keine integrative, die Nationalstaaten ablösende Symbolik zur Verfügung steht.

Die symbolische Repräsentation der Institutionen kann auch deshalb mißlingen, weil sie infolge einer Veränderung der Wertvorstellungen der Bürger **unangemessen** wird. Die Veränderung grundlegender politischer Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien auf Seiten der Bürger wird sichtbar, wenn überkommene Identifikationsmuster im bestehenden Institutionengefüge nicht mehr ausreichen und öffentlich umgedeutet werden. Dies ist der Fall, wo in den Nachfolgestaaten des früheren Ostblocks alte partikuläre Nationalismen ausbrechen, oder wo der islamische Fundamentalismus einen folgereichen Wertewandel bewirkt. In vergleichsweise geringerem Maß hat ein postmaterialistischer Wertewandel in den westlichen Industriegesellschaften die Orientierungslinien verändert. Politische Institutionen sehen sich Bürgerbewegungen und den Subkulturen neuer sozialer Bewegungen gegenüber, auf die ihre Integrationsleistung ursprünglich nicht zugeschnitten war. Diese hat sich nun aber ihrerseits, wie bei der Integration der Partei der Grünen zu sehen, erstaunlich angepaßt.

Es gibt in diesem Zusammenhang noch eine andere und potentiell positiv zu bewertende Form des Institutionenwandels. Die beschriebene Diskrepanz wird aufgelöst durch *Anpassung*, entweder *der politischen Institutionen an die Wertvorstellungen der Bürger* oder *dieser an die politischen Institutionen und ihre symbolische Repräsentation*. Entweder also werden politische Institutionen durch die Bürger so verändert, daß eine bestehende Diskrepanz abgemildert oder aufgehoben ist. Dieser Institutionenwandel kann graduell und partiell verlaufen oder aber abrupt und umfassend sein. Im ersten Fall handelt es sich um **Reform**, im zweiten Fall um **Revolution**. In beiden Fällen, sieht man einmal vom Gewaltproblem bei Revolutionen ab, erhalten die veränderten politischen Institutionen durch die Anpassung der von ihnen symbolisch ausgedrückten Werte an die Wertvorstellungen der aktiv werdenden Bürger ein bisher nicht verfügbares Integrationspotential. Reformen dieser Art sind die erfolgreiche Integration der Arbeiterbewegung in die westlichen Repräsentativdemokratien; Revolutionen dieser Art, bei der es im Institutionenwandel kein ausgesprochenes Gewaltproblem gab, hatten wir in der DDR und der damaligen Tschechoslowakei. – Oder ein Institutionenwandel erfolgt dadurch, daß politische Institutionen zunehmend integrative Kraft gewinnen, indem ihre Orientierungsleistungen von den Bürgern mehr und mehr akzeptiert werden. Bestes Beispiel für diesen auf den ersten Blick nicht ersichtlichen Institutionenwandel ist die institutionelle Entwicklung der deutschen Verfassung. Das „Grundgesetz“ wurde auf Weisung der Alliierten ohne großes Interesse der Bevölkerung formuliert und dieser auch nicht zur Abstimmung

vorgelegt. In der Entwicklung der Bundesrepublik hat es allerdings eine geradezu überraschende integrative Kraft gewonnen. Der symbolische Verbund mit dem Wirtschaftswunder und der DM hat zunehmend auch zur Verinnerlichung seiner politischen Werte bei den Bürgern geführt. Die Institution „Verfassung“ ist damit in ihrer Konfiguration eine andere geworden.

Es sollte selbstverständlich sein, daß es sich bei den Fallunterscheidungen nur um – wie man so schön sagt – „analytische“ Trennungen handelt, also um Trennungen zum Zweck der wissenschaftlichen Analyse. Tatsächlich sind Prozesse des Institutionenwandels viel komplexer, und die analytisch säuberlich getrennten Fälle gehen in der Realität ineinander über. Die analytischen Trennungen werden darum nicht unsinnig, sie verhelfen vielmehr dazu, die komplexen Vorgänge ein wenig klarer zu erfassen.

Jedenfalls läßt sich auf diese Weise mit dem Konzept der „institutionellen Konfiguration“ der Institutionenwandel in Mittel- und Osteuropa im Vergleich zu bisherigen Ansätzen aus einer umfassenderen Perspektive untersuchen, weil er die Faktoren systematisch neu bestimmt, welche Institutionenwandel anzeigen und bewirken.

MATTIAS ISER*

VERFASSUNGSPATRIOTISMUS ERNSTGENOMMEN**

Dem modernen Vernunftrecht liegt die Vorstellung zugrunde, eine politische Ordnung sei nur dann legitim, wenn alle Bürger ihr als Freie und Gleiche zustimmen könnten. Diese Idee findet ihren Niederschlag nicht nur in den frühen Vertragstheorien bei Hobbes, Locke, Rousseau und Kant, sondern wird ebenso in der gegenwärtigen politischen Philosophie von Denkern wie Dworkin, Rawls oder Habermas vertreten. Wenn der Staat aber für alle seine Bürger zustimmungsfähig sein soll, darf er sich bei all jenen Fragen des guten Lebens, die unter den Bürgern „vernünftige Meinungsverschiedenheiten“¹ konstituieren, nicht auf die eine oder andere Seite schlagen. In dem Maße nämlich, in dem er in solchen Fragen Partei ergreifen würde, wäre er nicht mehr für die Gesamtheit seiner Bürger zustimmungsfähig. Um dem neuzeitlichen Legitimationsmodus zu entsprechen, ist der Staat deshalb dazu aufgerufen, sich gegenüber Fragen der Religion und der angemessenen Lebensführung *neutral* zu verhalten.² Diese Legitimation trägt gleichzeitig zu einer erhöhten Integration des Gemeinwesens bei – denn es ist unter diesen Umständen einem jeden Bürger möglich, den Staat als *seinen* Staat anzusehen, sich in ihm gleichberechtigt repräsentiert zu fühlen. Ein Staat, der in seine Grundstruktur umstrittene Wertungen inkorporieren würde, behandelte alle übrigen Gruppen (wenn überhaupt) als bloß Geduldete.

Mit dieser anspruchsvollen Form der Legitimation geht unter Bedingungen des modernen Pluralismus freilich ein Verzicht auf ethisch dichte Wertungen einher, die das politische Gemeinwesen als Ganzes bestimmen würden – der Verzicht auf ein gemeinsames Projekt ‘guten Lebens’. Mit dem Verzicht auf solch affektiv besetzte Identifikationsobjekte wird die Integrationsfähigkeit des Staates nunmehr wieder unterlaufen. Die politische Philosophie muß aber allein deshalb schon eine plausible Antwort auf das Integrationserfordernis geben können, weil das aufgeklärte Eigeninteresse des einzelnen allein *nicht* ausreicht, um die Bürger auch jenseits zwangsbewehrter Sanktionen dazu zu bewegen, die Rechte des jeweils anderen zu achten, sich gemeinwohlorientiert am demokratischen Prozeß zu beteiligen und solidarisch die Lasten eines Sozialstaats zu tragen, der die

* MATTIAS ISER

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft: wissenschaftlicher Mitarbeiter

** Ich danke Bernd Ladwig und David Strecker für Kritik und hilfreiche Anregungen.

¹ Siehe zu diesem Begriff J. Rawls: „Der Bereich des Politischen und der Gedanke eines übergreifenden Konsenses“, in *Die Idee des politischen Liberalismus*, Frankfurt 1992, S. 336ff.

² Eine der interessantesten Kritiken am Neutralitätsideal hat vorgelegt J. Raz: *The Morality of Freedom*, Oxford 1986, Kap. 5 und 6.

Grundbedingungen eines guten Lebens für jeden Bürger sichern soll. Nicht zufällig ist John Rawls, der mit seiner 1971 veröffentlichten *Theorie der Gerechtigkeit* den wohl bekanntesten modernen Versuch unternommen hat, den Sozialstaat normativ zu begründen, vorgeworfen worden, er setze ein Maß an Solidaritätsempfinden unter den Bürgern voraus, das innerhalb seiner Theorie gar nicht mehr erklärbar sei, weil hinter dem 'Schleier des Nichtwissens' von jeglichen ethisch dichten Werten abstrahiert würde.³

Die Weise, in der Rawls auf diesen Einwand reagiert hat, steht exemplarisch für eine universalistisch-liberale Antwort auf diese Herausforderung. Rawls und andere Liberale verweisen nämlich zu Recht darauf, daß der 'Schleier des Nichtwissens' selbst bereits moralische Annahmen enthält, die unseren Intuitionen von Unparteilichkeit und Fairneß entsprechen. Aus dieser Perspektive sollten Bürger sich am Gemeinwohl und an gegenseitiger Solidarität orientieren, weil sie sich *moralisch* verstehen.

Für die Notwendigkeit, solch einen Gerechtigkeitssinn⁴ in Richtung eines genuinen Patriotismus zu transzendieren, wird nun vor allem eine *empirische* These angeführt. Diese besagt, daß es dem Menschen schlicht unmöglich ist, mit allen Menschen in ausreichendem Maße⁵ Solidarität zu empfinden, sondern diese nur für partikuläre Gruppen aufbringen kann. Ich kann diese These im Folgenden nicht überprüfen.⁶ Aber *wenn* es Menschen unmöglich sein sollte, sich mit allen übrigen Menschen hinreichend zu solidarisieren, stellt sich für eine normative politische Philosophie die Frage, auf welche Eigenschaften der Patriotismus Bezug nehmen sollte, um eine solidaritätsstiftende Integration zu ermöglichen, die

³ Am einflußreichsten ist diese These von Michael Sandel vertreten worden. M. Sandel, „Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst“, in A. Honneth (Hg.): *Kommunitarismus*, Frankfurt–New York 1993 sowie ausführlicher ders., *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge 1982.

⁴ Der Gerechtigkeitssinn bezeichnet bei Rawls die Internalisierung jener Gerechtigkeitsprinzipien, auf die sich die Parteien im Urzustand einigen würden. Er bezeichnet somit eine genuin moralische Haltung.

⁵ Mit Formulierungen wie „in ausreichendem Maße“ oder „hinreichend“ ist in der Folge jenes Maß an Solidarität gemeint, das für die Aufrechterhaltung eines gerechten demokratischen Sozialstaats erforderlich ist.

⁶ Offensichtlich macht es einen Unterschied, wie man diese These begründet: durch Verweis auf eine anthropologisch gegebene Reichweitenbeschränkung solidarischer Gefühle oder durch die Notwendigkeit, eine jede Form von Solidarität bedürfe einer als fremd oder gar feindlich konstruierten Gruppe als Kontrast. Gleich, welchem Begründungspfad man zu folgen geneigt ist; jeweils muß diese These eine Antwort dafür bereithalten, warum es in der modernen Staatsnation möglich war, Solidarität über unmittelbar erfahrbare Face-to-face-Gemeinschaften hinaus zu erweitern (in Benedict Andersons Sinne von „vorgestellten Gemeinschaften“; vgl. B. Anderson: *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt–New York 1993, S. 15), diese Erweiterungsfähigkeit aber just an den Grenzen des Nationalstaats ihr Ende finden soll.

zugleich dem staatlichen Neutralitätsgebot (zumindest so weit wie möglich) entspricht.

Das hiermit angesprochene (moralpsychologische) Problem einer mangelhaften Integrationsleistung wurde in der 'Theorie der Gerechtigkeit' schon deshalb nicht berührt, weil diese als Bezugspunkt *ein und nur ein* abgeschlossenes Gemeinwesen aufwies. Erst durch den Einbezug einer Pluralität politischer Gemeinwesen wäre die Frage aufgeworfen worden, ob und wenn aufgrund welcher Argumente der einzelne gegenüber seinen Mitbürgern ein größeres Maß an Solidarität aufbringen *darf bzw. sollte* als gegenüber Bürgern anderer Staaten. So schreibt der kanadische Sozialphilosoph Charles Taylor: „[...]wir dürfen nicht vergessen, daß der Patriotismus mehr beinhaltet als konvergierende Moralprinzipien: er ist die gemeinsame Treue zu einer bestimmten historischen Gemeinschaft. Diese zu ehren und zu bewahren muß ein gemeinsames Ziel sein. [...] So fordert der Patriotismus [...] eine Liebe des Besonderen“.⁷

Der Patriotismus behauptet somit eine größere Bindung eines jeden an *sein* Land und damit einhergehend eine größere Solidaritätsverpflichtung gegenüber seinen Mitbürgern als gegenüber allen anderen Menschen (auch wenn man nicht so weit gehen muß, nach dem Motto 'right or wrong – my country' zu behaupten, die nationale Verpflichtung übertrumpfe – gleichsam als *summum bonum* – alle anderen möglichen Verpflichtungen). Soll dies aber mehr als eine unbegründete Behauptung darstellen (oder bloße Rhetorik, um das funktionale Integrationserfordernis zu befriedigen), muß der Patriot aufzeigen, *warum* diese besondere Bindung besteht. Er muß getreu der Forderung des Aristoteles aufzeigen, in welcher Hinsicht ein *Mitbürger* einem 'bloßen' *Mitmenschen* ungleich ist, um eine ungleiche Berücksichtigung auch rechtfertigen zu können. (Der Verweis, er gehöre nun einmal zu meinem Land, setzt nur als *petitio principii* das voraus, was zu beweisen wäre.) Dementsprechend werden voneinander abweichende Theorien des Patriotismus jeweils andere Eigenschaften als relevante Ungleichheiten beschreiben. Auf welche Eigenschaften kann sich aber ein Patriotismus, diese 'Liebe des Besonderen', berufen, um stark genug zu sein, solidarische Bindungen zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern zu erzeugen, und gleichwohl durch die Betonung des Besonderen nicht wieder bestimmte Gruppen auszuschließen, die sich diesem Besonderen nicht subsumieren lassen?

Eine vieldiskutierte Antwort auf diese Problemstellung beschwört mit dem Begriff des 'Verfassungspatriotismus' eine Form der Identifikation mit dem Gemeinwesen, die die *spezifische Einbettung* universalistischer Prinzipien betont. Aber gerade diese Betonung universalistischer Prinzipien, so lautet der Standardeinwand, stellt eben doch nur ein rhetorisches Vehikel für einen

⁷ Charles Taylor: „Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus“, in Axel Honneth (Hg.): *Kommunitarismus*, a.a.O., S. 123.

Gerechtigkeitssinn im Rawlsschen Sinne dar, also gerade keinen Patriotismus. Tatsächlich scheint bereits im Begriff des Verfassungspatriotismus eine Spannung angelegt zu sein: Denn während das Prinzip der (demokratischen und rechtsstaatlichen) Verfassung der Intention nach auf alle politischen Ordnungen gleichermaßen Anwendung finden soll, betont der Patriotismus doch gerade das Partikulare des jeweiligen politischen Gemeinwesens.

In diesem Aufsatz werde ich daher versuchen, das Wort ‚Patriotismus‘ im Begriff des Verfassungspatriotismus ernst zu nehmen und diesen vor allem auf seine Bezüge zur jeweiligen Partikularität des Gemeinwesens befragen. Dabei stelle ich in einem ersten Schritt dar, in welchem Kontext und mit welchen Gründen Dolf Sternberger diesen Begriff in die öffentliche Debatte eingeführt hat (I). Sodann wende ich mich der Ausarbeitung dieses Begriffs im Werk von Jürgen Habermas zu, der gegenwärtig wohl als der prominenteste Vertreter dieser Position gilt (II). Hier vertrete ich die These, daß Habermas bei seinen Interventionen in die Auseinandersetzung um ein angemessenes deutsches Selbstverständnis (insbesondere im ‚Historikerstreit‘) implizit noch stark von der Vorstellung einer durch gemeinsame Traditionen geprägten Gesellschaft ausgeht, für die sich das Bild einer *authentischen* Selbstverständigung anbietet (II.1). Angesichts eines zunehmenden Multikulturalismus wird dieses Modell des ethischen Diskurses, das bei Habermas an einen geteilten Hintergrund von Werten gebunden ist, jedoch problematisch (II.2). Illustrieren lassen sich diese Probleme anhand der Beschreibung, die Michael Walzer von der gegenwärtigen US-amerikanischen Gesellschaft gibt und der zufolge das patriotische Band durch die klare Trennung von kultureller und politischer Identität äußerst dünn und fragil ausfällt (III). Freilich lassen sich m.E. bei Walzer Anknüpfungspunkte für ein Verständnis von Verfassungspatriotismus finden, das die ‚Liebe des Besonderen‘ in der *politischen* Geschichte des jeweiligen Gemeinwesens verortet. Aber auch dieses Konzept eines *gemeinsamen Narrativs bewältigter Herausforderungen* enthält keinen Bezug auf ‚dicke‘, ethische Werte. Obgleich es hierdurch anwendbar ist auf multikulturelle Gesellschaften, bleibt somit letztlich offen, ob die vorgeschlagene Lesart des Verfassungspatriotismus als Quelle von Solidarität ausreicht. Sollte er nicht ausreichen, wäre je nach Kontext abzuwägen zwischen dem normativen Gebot strikter Neutralität und den Imperativen gelingender Integration (IV).

I. Die Einführung des Begriffs 'Verfassungspatriotismus' durch Dolf Sternberger

Nach dem nationalen Wahn, der Deutschland in die Katastrophe eines millionenfachen Mordes an unschuldigen Menschen und eines verheerenden Weltkrieges getrieben hatte, schien der Begriff des Patriotismus oder der Vaterlandsliebe gründlich diskreditiert zu sein. „Der erste ernsthafte Ansatz in der Nachkriegszeit, die Diskussion ausdrücklich beim Wort 'Patriotismus' wiederaufzunehmen und voranzubringen“, so Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, „stammt von Dolf Sternberger.“⁸

Freilich will Sternberger den Begriff des Patriotismus nicht nur der Konnotation des aggressiven Nationalismus entkleiden. Er will ihm auch den Bezug auf eine *vorpolitische* nationale Identität oder ein bestimmtes Territorium nehmen. Ohnehin schien in der Situation der Bundesrepublik nach 1945 angesichts eines geteilten Deutschlands der Bezug auf eine nationale Identität im Sinn einer Kulturnation⁹ oder mit Bezug auf ein bestimmtes, nicht bloß willkürlich festgesetztes Territorium als wenig aussichtsreich, um eine affektive Bindung an die neugeschaffene demokratische Ordnung zu erzeugen. Welche Art von Patriotismus, so Dolf Sternbergers Frage, wäre dem westlichen Teil des *geteilten* Deutschland angemessen?

In dieser Situation besinnt sich Dolf Sternberger auf die republikanische Tradition des Patriotismusbegriffs, die in diesem kein naturwüchsiges Konzept sieht, sondern ein genuin politisches: „Das Vaterland ist die Republik, die wir uns schaffen. Das Vaterland ist die Verfassung, die wir *lebendig* machen.“¹⁰ So bereits 1959 formuliert, prägt Sternberger erst 1979 explizit den Begriff des 'Verfassungspatriotismus'. Was Sternberger mit diesem Begriff meint, ist nun nicht nur die Folgebereitschaft gegenüber den spezifischen Artikeln des deutschen Grundgesetzes, sondern die affektive wie verstandesmäßige Zustimmung zur freiheitlichen Verfaßtheit des Gemeinwesens als solcher. Diese Art des Patriotismus scheint ihm denn auch exemplarisch verwirklicht zu sein in den national heterogenen Staaten der Schweiz und der USA. Hier verbindet die Bürger weder eine angeblich gemeinsame Abstammung noch die Zugehörigkeit zu einer

⁸ R. v. Weizsäcker: „Anstelle eines Vorworts“, in D. Sternberger: *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt 1990, S. 7.

⁹ Die Unterscheidung von Friedrich Meinecke zwischen (von ihm durchaus positiv konnotierter) vorpolitischer Kulturnation und genuin politischer Staatsnation wurde lange Zeit als idealtypische Differenz zwischen ost- und westeuropäischem Nationenverständnis angeführt. In letzter Zeit mehren sich freilich die Zweifel, ob diese Unterscheidung analytisch angemessen ist.

¹⁰ D. Sternberger: „Das Vaterland“, in *Verfassungspatriotismus*, a.a.O. S. 12.

homogenen Kultur, sondern die Teilnahme an einem gemeinsamen *politischen* Projekt.

Dem Verdacht, die von ihm vorgeschlagene Bestimmung des (Verfassungs-) Patriotismus fungiere lediglich als Notbehelf in einer deutschen Sondersituation, in welcher der Rekurs auf Nation oder Territorium versperrt ist, tritt Sternberger jedoch vehement entgegen. Der Patriotismus sei ursprünglich ohnehin viel enger mit dem Republikanismus als mit dem Nationalismus verknüpft gewesen. Als Kronzeugen führt Sternberger Thomas Abbt an, der in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts sich des (offensichtlich nicht selbstverständlichen) Versuchs annimmt nachzuweisen, daß *selbst* in Monarchien Patriotismus möglich sei. Folgerichtig gilt auch Abbt die Freiheit als notwendige Vorbedingung patriotischen Gefühls: "Die Stimme des Vaterlandes kann nicht mehr erschallen, wenn einmal die Luft der Freiheit entzogen ist."¹¹

Jedoch fordert der Vorschlag, Patriotismus als die Verbundenheit gegenüber der freiheitlichen Verfassung zu beschreiben, geradezu den Einwand heraus, dies könne den spezifischen Bezug auf das je *unsrige* 'Vaterland' nicht hinreichend erklären. Und diese zu große Abstraktheit wird auch Jürgen Habermas, dem gegenwärtig wohl prominentesten Vertreter dieses von Sternberger geprägten Konzepts, immer wieder angelastet.

II. Verfassungspatriotismus bei Habermas

II.1. Verfassungspatriotismus und Selbstverständigung

So fragt denn auch J. M. Ferry in einem Interview mit Habermas: "Verzichten Sie etwa lediglich auf jede Art nationalgeschichtlicher Identitätsbildung zugunsten einer rein formalpraktischen, die grundsätzlich den Bezug auf die eigene Tradition nicht länger braucht?"¹² In seiner Antwort verneint Habermas dies und weist darauf hin, daß Identitäten – ob individuell oder kollektiv – stets „etwas Konkretes, etwas Partikulares“¹³ seien. Verfassungspatriotismus erschöpft sich bei Habermas nicht in der *Anerkennung* der Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als moralisch-politischem Imperativ. Auch Habermas zufolge kann eine Identität „niemals nur aus allgemeinen, moralischen, sozusagen von allen geteilten Orientierungen und Merkmalen bestehen“.¹⁴ Vielmehr geht es darum, im

¹¹ Zitiert nach D. Sternberger: „Verfassungspatriotismus“, in *Verfassungspatriotismus*, a.a.O., S. 21.

¹² J. Habermas – J. M. Ferry: „Grenzen des Neohistorismus“, in Habermas: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt 1990, S. 151.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

(erhellenden und teilweise auch erbarmungslosen) Lichte universaler Prinzipien die eigene identitätsprägende Geschichte zu rekonstruieren und dabei jene Traditionen und Einflüsse als *nicht* fortführens-wert zu selektieren, die den moralisch-politischen Standards *nicht* zu genügen wissen. Der Verfassungspatriotismus bezeichnet demnach nicht nur eine Ergänzung der bisherigen Identität, ohne diese selbst zu verändern. Vielmehr führt die Anerkennung universaler Prinzipien (die für sich genommen aufgrund ihrer Universalität noch gar keinen Verfassungspatriotismus konstituieren können) dazu, daß wir unsere *gesamte* Identität neu verstehen.

So ist die den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg angemessene Selbstbeschreibung Habermas zufolge „der Stolz darauf, daß es uns gelungen ist, den Faschismus auch auf Dauer zu überwinden, eine rechtsstaatliche Ordnung zu etablieren und diese in einer halbwegs liberalen politischen Kultur zu verankern“. ¹⁵ Damit avanciert Auschwitz zu *dem* – gerade in seiner Negativität so prägenden – Schlüsselerlebnis der deutschen Identität. Konnte vorher das westeuropäische Demokratie- und Verfassungsverständnis auf deutschem Boden nie so recht Fuß fassen, ist der deutsche ‘Sonderweg’ mit jener humanitären Katastrophe, in der er endet, gründlich diskreditiert. ¹⁶

Nun wird immer wieder behauptet, aus psychologischen Gründen ließen sich kollektive Identitäten gerade nicht über Negativ-, sondern nur über Positiverlebnisse ausbilden und stabilisieren. Diesem Einwand kommt sicherlich einiges an Plausibilität zu, aber er verfehlt das Spezifische am Habermasschen Verfassungspatriotismus. Denn die Deutschen sollen nicht stolz darauf sein, daß es Auschwitz gab, sondern daß sie es dauerhaft zu überwinden vermochten. Aus eben diesem Grunde dürfte es auch kein Zufall sein, daß sich ein Begriff wie der des Verfassungspatriotismus erst verhältnismäßig spät in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit durchsetzte. Sicherlich konnten die deutschen Bürger kurz nach Kriegsende nicht hoffen, *durch* Auschwitz eine neue tragfähige Identität auszubilden. Vielmehr galt es zu verdrängen, um angesichts der Abgründigkeit der eigenen Identität diese nicht zu gefährden. Erst nach einer gewissen Zeit half dann die Betonung jener Widerstandsgruppen, die dem nationalsozialistischen Terror unter Aufbietung ihres Lebens getrotzt hatten, sowie die Erinnerung an verschüttete Traditionen deutschen Demokratieverständnisses, sich mit der eigenen Identität auch kritisch auseinanderzusetzen. Eine schonungslose Aufarbeitung der Vergangenheit war von einem Volk, das in seiner Mehrheit zumindest durch Duldung in den nun klar vor Augen tretenden Zivilisationsbruch ganz individuell

¹⁵ Ebd., S. 152.

¹⁶ Vgl. J. Habermas: „1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik“, in *Die Normalität einer Berliner Republik*, Frankfurt 1995, S. 170.

verstrickt gewesen war, schon aus Gründen der Identitätswahrung nicht zu erwarten.¹⁷

Aber in dem Maße, in dem die kollektive Identität sich positiv aus einer Phase zu speisen vermochte, auf die 'man zu recht stolz sein' konnte, stellte und stellt Auschwitz insofern ein zentrales Moment der eigenen Selbstverständigung dar, als sich erst im Umgang mit diesem Schlüsselerlebnis beweist, wie ernst es der kollektiven Identität mit ihrem Anspruch ist, eine moralisch integre zu sein. Gerade weil wir Deutschen *insbesondere* aus der Erfahrung von Auschwitz (bzw. des langen Weges dorthin) lernen können, welche der uns prägenden Traditionen einer verfassungspatriotischen Identität *nicht* zuträglich sind, dürfen wir dieses Datum weder verdrängen noch bloß routinemäßig erinnern. Neben der moralischen Verpflichtung zum anamnetischen Gedenken der Ermordeten muß Auschwitz immer wieder reflektiert werden, um als Stachel im Fleische einer Identität, die sich durchaus mit Stolz demokratisch nennen darf, falsche Selbstzufriedenheit zu verhindern.

„Erst die Sensibilität gegenüber den Unschuldigen Gemarteten, von deren Erbe wir leben, erzeugt auch eine reflexive Distanz zu eigenen Überlieferungen, eine Empfindlichkeit gegenüber den abgründigen Ambivalenzen der Überlieferungen, die unsere Identität geformt haben. Aber unsere Identität ist nicht nur etwas Vorgefundenes, sondern eben auch gleichzeitig unser eigenes Projekt. Wir können uns unsere Traditionen nicht aussuchen, aber wir können wissen, daß es an uns liegt, *wie* wir sie fortsetzen.“¹⁸

Diese Lesart des Verfassungspatriotismus, die Habermas vor allem im Historikerstreit der 80er Jahre vertreten hat, kann mit der Vergewisserung einer ganz spezifisch (in diesem Fall durchaus fatalen) *unsrigen* Traditionslinie dem Anspruch gerecht werden, innerhalb des Verfassungspatriotismus das Partikulare herauszuarbeiten. Indem Habermas Fragen der Vergangenheitsbewältigung explizit unter der Rubrik *ethisch-politischer* Selbstverständigungsdiskurse behandelt,¹⁹ entsteht jedoch der Verdacht, die kollektive Selbstverständigung würde trotz aller

¹⁷ Hierauf weist auch hin B. Ladwig: „Politische Selbstverständigung im Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit“, in G. S. Schaal – A. Wöll (Hg.): *Vergangenheitsbewältigung*, Baden-Baden 1997, 60ff.

¹⁸ J. Habermas – J. M. Ferry: „Grenzen des Neohistorismus“, a.a.O., S. 155.

¹⁹ Bei Habermas beziehen sich moralische Fragen auf den (gerechten) Ausgleich konfligierender Interessen, während sich ethische Fragen im Lichte eines geteilten Horizonts von Werten als Fragen danach darstellen, wer wir eigentlich sind und sein wollen. Vgl. u.a. J. Habermas: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt 1992, S. 223ff. Die Unterscheidung zwischen Moral und Ethik, die Habermas von Bernard Williams übernimmt (*Ethics and the Limits of Philosophy*, Cambridge/Mass. 1985), gehört wohl zu den umstrittensten Teilen der Habermasschen Theorie.

gegenteiliger intersubjektivistischer Beteuerungen letztlich doch analog des Modells individueller Selbstverständigung verstanden. Damit aber geht Habermas von einem ausreichend homogenen Kollektiv aus, für das sich die *authentische* Verständigung über *seine* Geschichte, *seine* Lebensform und *seine* Traditionen als sinnvolle und mögliche Aufgabe stellt. Als Illustration dieses Problems mag folgende Passage dienen, die bei Habermas sowohl für individuelle sowie für kollektive Identitäten gilt: Demnach sind im Selbstverständnis „beide Komponenten verwoben: die deskriptive der lebensgeschichtlichen Genese des Ich und die normative des Ich-Ideals. Darum verlangt die Klärung des Selbstverständnisses oder die klinische Vergewisserung der eigenen Identität ein *aneignendes* Verstehen – die Aneignung der eigenen Lebensgeschichte wie auch der Traditionen und Lebenszusammenhänge, die den eigenen Bildungsprozeß bestimmt haben“.²⁰

II.2. Die Herausforderung des Multikulturalismus

Problematisch wird diese Lesart aber in dem Moment, da man sich einem pluralistischen oder gar multikulturellen Gebilde gegenüberieht. Je heterogener die Gesellschaft, desto stärker schrumpft der Bezugspunkt auf gemeinsame Traditionen, aus denen sich die Fortschreibung der kollektiven Identität speisen soll. Die patriotische Komponente in jenem Verfassungspatriotismus, den Jürgen Habermas im Kontext der Debatte um die deutsche Identität vertreten hat, ergibt sich ja aus der Zugehörigkeit zu einer Identität, die weitaus substantieller ist als die Verpflichtung auf universale Prinzipien. Die hier thematisierte Identität ist nicht nur geprägt durch die politische, sondern eben auch kulturelle Tradition der deutschen Bevölkerungsmehrheit der Bundesrepublik. Damit aber trifft das folgende Diktum von Jürgen Habermas seinen eigenen Ansatz:

„In einer kulturell und weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft darf [die Bürde der sozialen Integration] nicht von den Ebenen der politischen Willensbildung und öffentlichen Kommunikation auf das scheinbar naturwüchsige Substrat eines vermeintlich homogenen Volkes verschoben werden. Hinter dieser Fassade verbirgt sich doch nur eine hegemoniale Mehrheitskultur. Diese muß sich aber aus ihrer Fusion mit der von allen Staatsbürgern geteilten politischen Kultur lösen, wenn

²⁰ J. Habermas: „Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der Vernunft“, in: *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt 1991, S. 104. An anderer Stelle spricht Habermas gar von dem „Entschluß zu einer Lebensform“: *Faktizität und Geltung*, a.a.O., S. 223f.

innerhalb desselben Gemeinwesens verschiedene kulturelle, religiöse und ethnische Lebensformen gleichberechtigt sollen neben- und miteinander existieren können.“²¹

Was aber geschieht, wenn man Ernst macht mit der klaren Trennung von Subkulturen und einer „von allen geteilten politischen Kultur“? Ist nicht eine jede politische Kultur das Schlachtfeld subkultureller Deutungsleiten, die ihre kulturellen Vorstellungen dem ganzen Gemeinwesen imprägnieren wollen, also eine Frage von Machtkämpfen? Man mag dies in Anlehnung an Pierre Bourdieus Studien zugestehen. Aber ohne das normative Postulat, der Staat *solle* neutral sein, ließen sich solche Vorgänge gar nicht mehr als illegitime Phänomene diskursiver Macht kritisieren. Obgleich deshalb ein *vollkommen* neutraler Staat nicht mehr als eine regulative Idee darstellen dürfte, muß das Gemeinwesen aus den genannten normativen Gründen eine Sensibilität für Vorgänge der Hegemonialisierung ausbilden und bewahren. Nicht umsonst spricht Habermas in obigem Zitat von der Mehrheitskultur, die sich hinter der Fassade einer angeblich „allen gemeinsamen politischen Kultur“ verstecken kann. Aus diesem Grund muß die Öffentlichkeit insbesondere jenen Stimmen Gehör schenken, die in einem ‘Kampf um Anerkennung’²² die gleichberechtigte Berücksichtigung ihrer kulturellen Vorstellungen einklagen. Auch dann stellt sich freilich noch die Frage, welche Form eine solch *wirklich* allgemeine politische Kultur überhaupt annehmen könnte.

Habermas gebraucht den Terminus ethisch-politischer Selbstverständigung im Kontext der Debatte um Multikulturalismus und die Neutralität des Staates in diesem strikt politischen Sinn. Aber *wie ethisch* wird dieses ethisch-politische Selbstverständnis ausfallen, wenn es für alle kulturellen Gruppen gleichermaßen akzeptabel sein soll? Die Vorstellung mag sein, es lebten ja nicht alle möglichen Kulturen innerhalb ein und derselben Gesellschaft zusammen. Der ethisch-politische Konsens, der keine gesellschaftliche Gruppe ausschließen darf, müßte folglich nur als Schnittmenge konzipiert werden. So würde ein ethisch-politisches Selbstverständnis, das die Unterstützung der Gruppen A, B und C benötigt, sicherlich anders ausfallen können als eines, das sich der Zustimmung der Gruppen C, D und E vergewissern muß. Das den *Verfassungspatriotismus* tragende partikulare Selbstverständnis eines politischen Gemeinwesens müßte demzufolge zwar abstrakt genug sein, um die Akzeptanz *aller* in dieser Gesellschaft vertretenen Gruppen finden zu können, nicht aber so abstrakt, daß er für eine jede *denkbare* Gesellschaft Gültigkeit besäße. Die spezifische Tonlage, die sich durch das Miteinander verschiedener kultureller Stimmen ergeben würde, machte dann das

²¹ J. Habermas: „1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer Berliner Republik“, a.a.O., S. 181.

²² Vgl. zu diesem Begriff insbesondere A. Honneth: *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt 1992.

Partikulare gerade dieses Gemeinwesens aus, auf das sich ein Patriotismus stützen könnte.

Das Problem, das freilich auch diesem Einwand anhaftet, läßt sich am besten veranschaulichen, wenn wir uns eines Argumentationszugs erinnern, mit dem deontologische Theorien seit jeher den altherwürdigen Einwand aristotelischer Tugendtheorien kontern, substantielle Bestimmungen dessen, was jeweils gerecht sei, ließen sich nicht unabhängig von Fragen des guten Lebens zufriedenstellend beantworten.²³ Die deontologische Erwiderung auf diese Art von Einwand führt die Notwendigkeit an, auf höhere Abstraktionsebenen auszuweichen. Sollte man sich nicht darüber verständigen können, welches die richtige oder wahre Religion ist, geht man zu solch einer höheren Abstraktionsebene dadurch über, daß man allen das formale Recht der Religionsfreiheit (bzw. das Recht, keiner Religion anzugehören) zuerkennt.²⁴

Diese Strategie ist in der Moralthorie von einiger Plausibilität, auch wenn dadurch der Bereich *moralisch* beantwortbarer Fragen kleiner wird. Aber für politische Gesellschaften hat dies zur Folge, daß es immer weniger Referenzpunkte für *gemeinsame* Identifikationen gibt. Das Ergebnis ethischer Auseinandersetzungen ist dann kein neues ethisches Selbstverständnis als Produkt einer Verschmelzung aller ethischen Identitäten zu einer neuen, sondern ein *abstrakteres* Selbstverständnis. Damit aber verfehlt diese Ausweichstrategie in der uns hier beschäftigenden Frage des Verfassungspatriotismus ihr Ziel, weil die für Solidarität so notwendige Substantialität verlorengeht. Habermas selbst gesteht zu:

„Je größer diese Vielfalt [der Lebensformen und -entwürfe], eine um so abstraktere Gestalt müssen die Regeln und Prinzipien annehmen, welche die Integrität und gleichberechtigte Koexistenz der füreinander immer fremder werdenden, auf Differenz und Andersheit beharrenden Subjekte und Lebensweisen schützen. Gewiß schrumpft das Universum derjenigen Fragen, die sich unter dem moralischen Gesichtspunkt rational beantworten lassen, im Zuge einer Entwicklung der multikulturellen Gesellschaft im Innern [...]“²⁵

²³ Siehe für eine interessante Variation dieses Themas aus einer immanent diskurstheoretischen Perspektive T. McCarthy: *Ideale und Illusionen*, Frankfurt 1993, S. 303-331.

²⁴ Vgl. die gleichlautende Antwort von Habermas auf die Kritik von McCarthy in J. Habermas, „Erläuterungen zur Diskursethik“, a.a.O., S. 199-202. Es sei jedoch auf den (vor allem von kommunitaristischen Denkern vorgebrachten) Einwand zumindest hingewiesen, hinter dem angeblich neutralen Gerechtigkeitsideal versteckte sich letztlich doch nur eine weitere, konkurrierende Vorstellung des guten Lebens. Siehe exemplarisch hierfür A. MacIntyre, „Die Privatisierung des Guten“, in A. Honneth: *Pathologien des Sozialen*, Frankfurt 1994.

²⁵ J. Habermas: „Erläuterungen zur Diskursethik“, a.a.O., S. 202.

Die patriotische Komponente des Verfassungspatriotismus verflüchtigt sich bei diesem Vorschlag, weil als gemeinsamer Bezugspunkt nur noch jene universalen Prinzipien zurückbleiben, von denen zuvor gesagt wurde, sie allein reichten gerade nicht aus für einen Patriotismus, der diesen Namen verdient. Damit aber reduziert sich die Substantialität des für einen Verfassungspatriotismus nötigen *ethisch-politischen* Selbstverständnisses zu einer Menge *moralisch-politischer* Prinzipien, die auf der ganzen Welt gelten. Der Verfassungspatriotismus schrumpft zusammen zu einem Miniaturabbild *kosmopolitischer* Verpflichtung.

Da es sich angesichts des Neutralitätsgebots normativ jedoch verbietet, die vielfältigen Perspektiven, die der Etablierung eines substantiellen Selbstverständnisses im Wege stehen, gewaltsam (sei es offen oder subtil) zu vereinheitlichen, scheint vorerst keine Route erkennbar, auf der wir zwischen der Scylla zu abstrakter Neutralität und der Charybdis Differenz unterdrückender oder zumindest ausschließender Integration hindurchzusteuern vermochten. Höchstens ließe sich ein Argument entwickeln, ein weitgehend homogener Nationalstaat könne die Einwanderung kulturell differierender Gruppen mit dem Verweis ablehnen, die für ein demokratisches Gemeinwesen funktional notwendige Solidarität werde zu stark untergraben.²⁶ Gegen solch ein Argument spricht allerdings, daß die Rede von 'weitgehend' homogen bereits verrät, daß *kein* gegenwärtiger Staat auf ein einheitliches Selbstverständnis aller seiner Bürger zurückgreifen kann. Und da es für die Frage der Neutralität des Staates aus deontologischer Perspektive unerheblich ist, *wieviele* Bürger von einem durch eine hegemoniale Kultur geprägten Staat ausgeschlossen werden, scheint auch dies kein gangbarer Weg zu sein.²⁷

Illustrieren lassen sich diese Probleme an der Beschreibung, die der Sozialphilosoph Michael Walzer von seiner eigenen, US-amerikanischen (Einwanderungs-)Gesellschaft und der in ihr anzutreffenden Form von Patriotismus gibt.

²⁶ Für ein in diese Richtung weisendes Argument siehe M. Walzer: *Sphären der Gerechtigkeit*, Frankfurt-New York 1994, Kap. 2 sowie ders.: „Für eine Politik der Differenz“, in *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Frankfurt 1996, S. 238f. Walzer führt hier an, alteingesessene Mehrheiten hätten ein größeres Recht, ihre kulturell-ethischen Vorstellungen dem Staat aufzuprägen (solange sie Minderheitenrechte gewähren) als Mehrheiten in Einwanderungsgesellschaften.

²⁷ Allerdings kann ein Abweichen vom strikten Neutralitätsgrundsatz dann legitim sein, wenn der (wie zu Beginn ausgeführt ebenfalls moralisch relevante) Stabilitätsgewinn dies (gegenüber *allen*) rechtfertigt. Auf diese Möglichkeit komme ich am Ende dieses Artikels noch einmal zurück.

III. Michael Walzers Beschreibung der USA als "politische[r] Nation kultureller Nationalitäten"²⁸

Michael Walzer geht von der Feststellung aus, die politische Kultur der USA als einem Einwanderungsland sei niemals durch eine einzelne kulturelle Gruppe derart geprägt worden, daß andere Gruppen ausgeschlossen worden seien. Den skeptischen Einwand, der auf die anglo-amerikanische Dominanz in der Frühphase der Vereinigten Staaten verweist, glaubt Walzer mit dem (durchaus problematischen) Hinweis entkräften zu können, der Versuch, alle nicht anglo-amerikanischen Einwanderer zu assimilieren, habe sich als nicht realisierbar erwiesen. "Die schiere Anzahl nicht angelsächsischer Einwanderer war zu groß."²⁹ Gleichwohl sei der Vision eines amerikanischen Schmelztiegels keine neue nationale Identität entstieg, sondern die USA seien in nationaler Hinsicht namenlos. Stärker als der Wahlspruch *e pluribus unum* entspreche die Darstellung des Großsiegels dem genuinen Charakter der USA: Hier trägt ein Adler ein Bündel Pfeile in den Krallen.³⁰ In der politischen Nation der USA seien die kulturellen Gruppen wie ein Bündel Pfeile zusammengefaßt worden, ohne daß diese ihre kulturelle Selbständigkeit verloren hätten und zu einem "Gesamtpfeil" verschmolzen wären.³¹ Die meisten Amerikaner verstünden sich ganz explizit als Menschen mit Bindestrichidentitäten, bei denen vor dem Bindestrich die kulturelle Identifikation mit dem ursprünglichen Herkunftsland stehe und erst nach dem Bindestrich die politische Zugehörigkeit zu den Vereinigten Staaten.³² Welche Bedeutung kommt laut Walzer nun dieser politischen Identität 'amerikanisch' zu? Den kulturell, ethnisch oder religiös verschiedenen Gruppen gilt Walzer zufolge das politische Gemeinwesen als ein "Rahmen für ihre Koexistenz. Aber sie sind nicht ihre Teile".³³ Aus diesem Grund sei die politische Ideologie auch weder ethnisch, kulturell oder religiös imprägniert, sondern kreise einzig und allein um die abstrakten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Republikanismus. Hierbei leugnet Walzer keineswegs Einflüsse der verschiedenen Gruppen auf die politische Kultur:

²⁸ M. Walzer: "Für eine Politik der Differenz", a.a.O., S. 235.

²⁹ M. Walzer: "Was heißt es, 'Amerikaner' zu sein?", in *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, a.a.O., S. 203.

³⁰ Ebd., S. 200.

³¹ In der Forschungsliteratur wird als Gegenmodell zum Schmelztiegel statt des Pfeilbündels oftmals der Begriff der Salatschüssel (salad bowl) verwendet.

³² Interessanterweise läßt der US-amerikanische, aber auch der kanadische Zensus 'US-amerikanisch' oder 'kanadisch' nicht als ethnische Zugehörigkeit gelten. Aus diesem Grund verfolgte ein mir bekannter Kanadier seinen Stammbaum bis ins 18. Jahrhundert zurück, um einen Urahn zu finden, der nicht US-amerikanisch oder kanadisch, sondern deutsch war. Ethnisch, so erzählte er amüsiert, gelte er also als deutsch.

³³ M. Walzer: „Was heißt es, 'Amerikaner' zu sein?“, a.a.O., S. 201.

aber es waren seiner Ansicht nach *so viele* Einflüsse, daß die politische Sphäre gegenüber jedem einzelnen Einfluß ihre Unabhängigkeit bewahrte.³⁴

Freilich verkürzt sich der affektiv aufgeladene Verfassungspatriotismus unter dem Zwang zur Abstraktion von ethisch dichten Beschreibungen zu einer Dankbarkeit gegenüber den Vorzügen eines politischen Systems, das unter Bedingungen des gesellschaftlichen Pluralismus am ehesten das friedliche und tolerante Zusammenleben ermöglicht und damit für den einzelnen von Vorteil ist oder moralischen Forderungen am ehesten entspricht.³⁵ Die Verpflichtung auf das Gemeinwesen ist in dieser Deutung „mit Gefühlen von Dankbarkeit, Loyalität, selbst Patriotismus einer bestimmten Art vereinbar, aber sie führt nicht zu einem Gefühl von Zusammengehörigkeit. Es gibt tatsächlich eine *Vereinigung* in der Politik (und Wirtschaft), doch ist es eine Vereinigung, die Intimität ausschließt“.³⁶

Aus diesem Grund nimmt der Patriotismus Walzer zufolge mitunter pathologische Züge an, weil es eine Substanz, auf die er sich sinnvoll beziehen ließe, eigentlich gar nicht gibt. Deshalb wechseln sich – so Walzer – hypertrophierende patriotische und interessenorientierte Phasen innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit ab. Resümierend erteilt Walzer all jenen, die für substantiellere Werte eintreten, eine klare Absage: „Unter diesen Umständen ist der Republikanismus ein Wahn und der amerikanische Nationalismus oder Kommunitarismus keine vernünftige Wahl.“³⁷

Auch in dieser (eher liberalen) Lesart Walzers wird nicht so recht deutlich, wo in der Dankbarkeit gegenüber den Vorzügen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der spezifische Bezug auf *mein* Gemeinwesen liegt. Für diesen bedarf einer stärker republikanischen Komponente, ohne daß hiermit die übertriebene Vorstellung einhergehen müßte, das Leben verwirkliche sich ausschließlich oder auch nur primär in der politischen Beteiligung. Ein fruchtbareres Verständnis deutet Walzer an, wenn er schreibt: „Auch Amerikaner der ersten und zweiten Generation haben [...] Gräber, die sie besuchen, und ein Heim und Nachbarschaften, an die sie sich erinnern, und zwar in diesem Land, auf dieser Seite der Meere, die ihre Vorfahren überquerten, um hierher zu kommen.“³⁸

Auf was die Gräber 'auf dieser Seite der Meere' hindeuten, ist trotz aller subkulturellen Unterschiede eine Geschichte, die die einzelnen Bürger innerhalb Amerikas erlebt haben. Diese *teilen* sie zudem in einer besonderen Weise *mit*

³⁴ Ebd., S. 206.

³⁵ Die hiermit angedeuteten zwei Lesarten entsprechen dem, was Rawls als den Unterschied zwischen einem bloßen 'modus vivendi' und der Einsicht in die moralische Vorzüglichkeit des politischen Liberalismus beschreibt. Vgl. J. Rawls: *Political Liberalism*, New York 1993, S. 159ff.

³⁶ M. Walzer: „Was heißt es, ‚Amerikaner‘ zu sein?“, a.a.O., S. 214.

³⁷ Ebd., S. 224.

³⁸ Ebd., S. 218.

anderen Amerikanern, wenn es sich nicht um irgendwelche Gräber handelt, sondern z.B. um Gräber von in Vietnam gestorbenen Soldaten. Trotz aller kulturellen Differenzen – gleich ob der gefallene Sohn einer alteingesessenen anglo-amerikanischen oder einer gerade eingebürgerten Familie aus Taiwan entstammt – verweist dieses geteilte Schicksal auf eine gemeinsam zu verantwortende politische Geschichte.

IV. Patriotismus aufgrund eines *Narrativs gemeinsam bewältigter Herausforderungen*?

Deontologische Prinzipien Kantischer Provenienz verpflichten alle politischen Gemeinschaften auf das Projekt einer gerechten, d.h. für alle zustimmungsfähigen Ordnung. Wie bereits gesehen, gilt dies aber für alle Staaten, und aus solch einer moralischen Mindestanforderung an kollektive Identitäten läßt sich daher nicht die besondere verfassungspatriotische Bindung an *mein Land* erklären. Auch können wir angesichts des modernen Pluralismus und Multikulturalismus nicht mehr auf geteilte ethische Projekte rekurrieren, die unserer Politik ein substantielles Telos verleihen würden.

Nun bieten sich zwei weitere Deutungen des Verfassungspatriotismus jenseits eines ethischen Monismus an, nämlich (1) die Vorstellung einer inhaltlichen Kontextualisierung der Gerechtigkeitsprinzipien sowie (2) der Hinweis auf die spezifische institutionelle Struktur (z.B. das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative, die Stellung des Staatsoberhauptes, zentralistische vs. föderale Struktur) oder das jeweilige Politikverständnis (z.B. Konkurrenz- vs. Konkordanzdemokratie).

Was freilich ist mit der inhaltlichen Kontextualisierung gemeint? Versteht man ‚inhaltliche Kontextualisierung‘ als Einfärbung der Gerechtigkeitsprinzipien durch die je vorfindlichen ethischen Überzeugungen³⁹, so sieht sich dieser Vorschlag dem bereits diskutierten Problem gegenüber, unter Bedingungen des Multikulturalismus auf diese Einfärbung immer stärker verzichten zu müssen. Der Bezug auf die differierenden institutionellen Strukturen sieht sich m.E. zwar nicht diesem Problem gegenüber, wohl aber der Skepsis, ob hiermit wirklich die motivationalen Quellen erschlossen werden können, auf die ein affektiv besetzter Patriotismus angewiesen ist.

Etwas günstiger sieht es freilich aus, wenn die institutionelle Struktur in ihrer geschichtlichen Gewordenheit in den Blick genommen wird. Was Bürger eines Gemeinwesens trotz aller divergierenden ethischen Auffassungen nämlich teilen, ist ein *Narrativ gemeinsam bewältigter Herausforderungen*. Was ist mit diesem Konzept gemeint? Beibehalten wird die Vorstellung, das politische Gemeinwesen sei dem Ziel der Gerechtigkeit verpflichtet. Das Partikulare hält seinen Einzug nun durch die *spezifischen* Herausforderungen, denen sich das jeweilige politische Gemeinwesen im Laufe seiner Geschichte auf dem Weg zu einer immer inklusiveren und gerechteren Gesellschaft konfrontiert sah. Auch hier werden die Gerechtigkeitsprinzipien in einem gewissen Sinn kontextualisiert, weil sie *im Zusammenhang* mit gesellschaftlichen Kämpfen und Einigungsprozessen erinnert

³⁹ In dieser Weise läßt sich Michael Walzers Hauptwerk *Sphären der Gerechtigkeit*, a.a.O. lesen.

werden. Und die institutionellen Strukturen lassen sich innerhalb dieser Konzeption als je divergierende Antworten auf die erinnerten Herausforderungen begreifen.

Um genuin *politische* Herausforderungen handelt es sich dann, wenn sich begründet zeigen läßt, daß sie zu den Aufgaben gehören, die das politische Gemeinwesen als ganzes zu lösen hat.⁴⁰ Nun liegt es nahe, nach den *angemessenen* Kriterien für relevante Herausforderungen zu fragen. Hängt es nicht von dem geteilten Wertehintergrund ab, was überhaupt als Herausforderung angesehen wird?⁴¹ *Faktisch* wird sicherlich eher das als Herausforderung wahrgenommen, was im Lichte der Mehrheitskultur als eine solche erscheint. Dann kann die Schwulen- und Lesbenparade als öffentliches Ärgernis gelten, die zu untersagen ist. Gleichwohl läßt sich zeigen, daß die Schwulen- und Lesbenparade *nicht in diesem Sinne* eine Herausforderung für einen der Neutralität verpflichteten Staat sein kann, weil sich die Beschreibung der Parade *als Herausforderung* nur mit Bezug auf ethische Werte leisten läßt. Gerade der Rekurs auf ethische Werte ist dem Staat aufgrund des Neutralitätsgebots aber untersagt. Als Herausforderungen in dem hier beschriebenen Sinn gelten deshalb nur solche, die vor dem Hintergrund *moralischer Standards* als Herausforderungen des *politischen* Gemeinwesens für *alle* Bürger nachvollziehbar sind.

Ein zweiter Einwand setzt hier an: Können nicht Herausforderungen retrospektiv nur dann als *bewältigt* eingeschätzt werden, wenn auch gemeinsame Antworten gefunden wurden? Der *gescheiterte* Versuch, eine Herausforderung zu bewältigen, mag durch den weiterhin schwelenden Konflikt lediglich die Uneinigkeit der Bevölkerung dokumentieren und die Desintegration des Gemeinwesens befördern. Für die Beantwortung dieser Frage ist es wichtig, sich nochmals die Art der gemeinten Herausforderung zu vergegenwärtigen. Weiter oben habe ich bereits darauf hingewiesen, daß unter Bedingungen des modernen Pluralismus der Bereich der „vernünftigen Meinungsverschiedenheiten“ zunimmt oder, anders gewendet, die Menge der moralisch beantwortbaren Fragen schrumpft. Bei genuin moralischen Herausforderungen (z.B. die Unterdrückung der Frau, die Diskriminierung homosexueller Orientierungen oder Rassismus, aber auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft im Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts)

⁴⁰ Diese Definition fordert natürlich die Nachfrage heraus, welche Probleme legitimerweise in den Kompetenzbereich des Staates fallen. Dies berührt die prekäre Grenzziehung von öffentlich und privat, bei der ich die Habermassche Auffassung teile, dies könne – jenseits sehr allgemeiner Bestimmungen – nicht durch den Philosophen entschieden werden, auch wenn er die Kämpfe und Argumentationen innerhalb der Öffentlichkeit (und ihrer Suböffentlichkeiten) kritisch zu begleiten hat.

⁴¹ Ich danke David Strecker für seine Skepsis, die mich dazu zwang, diesen Punkt näher (und vielleicht immer noch nicht zufriedenstellend) auszuführen.

besteht die Bewältigung in der Überwindung der Ungerechtigkeit. Nun können auch genuin ethische Fragen (an welchen Gott soll ich glauben? welche Art der Lebensführung mache ich mir zu eigen?) eine politische Gemeinschaft in widerstreitende Lager spalten und damit eine Herausforderung darstellen. Eine Bewältigung würde *rein formal* dann vorliegen, wenn sich die Gemeinschaft bezüglich dieser Frage einigt. Da dies unter Bedingungen des Pluralismus aber nicht mehr möglich scheint, gilt diese Herausforderung als bewältigt, wenn diese Bereiche vernünftigen Dissenses als solche von allen anerkannt werden, das Toleranzprinzip auf sie angewandt wird und der Staat aufgrund des Neutralitätsgebots von staatlicher Intervention absieht.

Natürlich gibt es auch Herausforderungen, bei denen *prima facie* gar nicht klar ist, zu welcher der beiden Kategorien sie eigentlich zu zählen sind. Während die einen aus moralischen Gründen eine bestimmte, eben einzig gerechte Regelung fordern, verweisen die anderen mit Bezug auf die ethische Natur des Problems darauf, dessen Lösung müsse dem einzelnen überlassen bleiben. Solche Streitigkeiten stellen Herausforderungen dar, die in keiner der beiden oben genannten Weisen bewältigt werden können, weil mit der Natur des Problems auch die Art der Bewältigung zur Diskussion steht. Ein ausgezeichnetes Beispiel stellt die Debatte um die Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsabbruchs dar. Hier ist der Status des Problems umstritten, weil der moralische Status des Fötus jeweils anders bestimmt wird. Auch wenn sich auf solche ‚hard cases‘ die obigen Bewältigungsweisen nicht anwenden lassen, besteht ein großer Schritt bereits darin, eine *Zivilisiertheit* der Diskussion zu erreichen, die sich dadurch auszeichnet, dem anderen den guten Willen zuzusprechen, zur Lösung des gemeinsamen Problems (wenn auch anders) beitragen zu wollen. In diesem Fall können zwar nicht die *Ergebnisse* solch öffentlicher Debatten (und nicht einmal retrospektiv) von *allen* als moralischer Fortschritt gewertet werden, zumindest aber die *Weise der Auseinandersetzung*.⁴²

Aber sind moralische Herausforderungen nicht *per definitionem*

⁴² Eine eingehendere Analyse müsste angesichts der Frage notwendiger gemeinsamer Antworten zudem unterscheiden zwischen Fragen auf der Verfassungsebene und solchen auf der Ebene politischer Programme bzw. einfachen Rechts. U.U. darf ein Staat auf der zweiten Ebene das Ziel vollständiger Neutralität verlassen und sich auf die Mehrheitsregel als einziger Möglichkeit berufen, *überhaupt* noch zu einem Ergebnis kommen zu können. Allerdings basiert die normative Begründung der Mehrheitsregel jenseits solcher Effektivitätsüberlegungen *auch* auf der Vorstellung, Mehrheiten würden sich aufgrund von überzeugenden Argumenten bilden, und die Unterlegenen könnten darauf hoffen, beim nächsten Mal die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben (so z.B. John Dewey). In einer kulturell fragmentierten Gesellschaft, in der Argumente sich vor allem an der Kompatibilität mit bestimmten Weltbildern bemessen, mag der Wechsel von Mehrheiten über kulturelle Abgrenzungen hinaus schwerer fallen. Angesichts kultureller Fragmentierung müsste der Staat sich dann noch stärker enthalten, was wiederum seine Handlungsfähigkeit einschränken würde.

Herausforderungen für *alle* politischen Gemeinschaften gleichermaßen? Sicherlich erheben moralische Standards den Anspruch, für alle möglichen Gesellschaften zu gelten. Aber Herausforderungen treten als Instanzen von Ungerechtigkeit stets als spezifische Herausforderungen in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten auf. Geht man daher davon aus, daß sich bestimmte Herausforderungen als moralische erkennen lassen, weil sie unter bestimmte Oberkategorien von moralisch relevanten Tatbeständen fallen, so ist es *der spezifische Kontext*, der sie zu *genuin unsrigen* Herausforderungen macht, weil nur wir, die Bürger *unseres* Gemeinwesens sie zu lösen haben. Es ist dann im emphatischen Sinn *unsere* Herausforderung und die Erinnerung an bewältigte Herausforderungen *unsere* Erinnerung. Für dieses Verständnis von Verfassungspatriotismus bedarf es meiner Ansicht nach auch keiner bestimmten Vorstellung eines guten Lebens, die alle Gesellschaftsmitglieder zu teilen hätten. Gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen sind u.a.

- die als gemeinsame Aufgabe begriffene solidarische Linderung von unverschuldetem Leid (hervorgerufen durch Naturkatastrophen wie z.B. Überschwemmungen, Wirbelstürme, aber auch Kriegsverwüstungen), die die als gerecht etablierten Ressourcenverteilungen aus dem Gleichgewicht bringen,
- die durch Anerkennungskämpfe wahrgenommene Schere zwischen Verfassungsideal und -wirklichkeit, deren Angleichung idealiter zur 'Versöhnung' führt oder auch
- die Aufdeckung des Mißbrauchs staatlicher Institutionen (Watergate- und Flick-Affäre).

Ein weiterer Zweifel regt sich: Kommt diese Argumentation nicht einem Zirkelschluß gleich? Auf die Frage, *warum* wir eine besondere Bindung an unser Land haben sollten, werden geschichtliche Erfahrungen angeführt, in denen *genuin moralische* Herausforderungen innerhalb *eines* Landes thematisiert werden. Ausgelassen werden damit aber von Anfang an Herausforderungen, die sich nationenübergreifend stellen, z.B. die Aufgabe, das globale Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd auszugleichen. Zugegebenermaßen hat die Betonung des geschilderten Narrativs primär die Aufgabe, eine patriotische Bindung zu erzeugen und anschaulich werden zu lassen. Begründet wird sie damit noch nicht. Hierfür bedarf es vielmehr einer Antwort in zwei Schritten:

(1) *Noch* ist die globale politische Ordnung vor allem durch Nationalstaaten geprägt. Wenn wir nun davon ausgehen, daß einer politischen Ordnung nicht nur faktisch bestimmte Funktionen zukommen, sondern normativ gesehen auch zukommen sollten (z.B. Wahrung der inneren Sicherheit, Gewährleistung von Grundrechten sowie die Bereitstellung einer gerechten Grundstruktur im Rawlsschen Sinne⁴³), so ergibt sich, daß in der gegenwärtigen Welt die

⁴³ Die Grundstruktur als Gegenstand der Rawlsschen *Theorie der Gerechtigkeit* wird definiert als „die Art, wie die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen Grundrechte und -pflichten und die Früchte

Nationalstaaten diese Funktionen zu erfüllen haben und zwar *jeweils für ihre Bürger*. Dies entspricht dem Kantischen Zug, das Verlassen des Naturzustandes, d.h. die Gründung eines Staates zu einer kategorischen Forderung zu erklären, aber nicht zu verlangen, es solle einen einzigen Weltstaat geben.

(2) Wenn man einen Staat aber (wie es auch Kant schon tat) als Assoziation von Rechtsgenossen versteht, folgt aus der Verpflichtung des Staates gegenüber einem individuellen Bürger B zugleich die Verpflichtung aller anderen Bürger gegenüber B.⁴⁴ Diese Verpflichtung wird dadurch noch verstärkt, daß wir als Bürger einer Demokratie nicht nur Adressaten, sondern auch Autoren von Rechtsnormen und politischen Entscheidungen sind.⁴⁵ Wollen wir diese Vorstellung nicht aufgeben, müssen wir uns (und wenn auch nur kontrafaktisch) nicht nur in besonderer Weise für das verantwortlich fühlen, was das von uns mitgestaltete politische Gemeinwesen entscheidet und tut⁴⁶, sondern auch denjenigen gegenüber, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Unter der Maßgabe, daß die von nationalstaatlichen Regelungen (insbesondere solchen, die die gesellschaftliche Grundstruktur im Rawlsschen Sinn konstituieren) Betroffenen *unsere* Mitbürger sind, folgen besondere Verpflichtungen gegenüber diesen.⁴⁷ Da somit aus der gemeinsamen Teilnahme an und Mitverantwortung für das politische Projekt die spezifische (patriotische) Verpflichtung erwächst, bleibt diese solange auf die einzelnen Staaten und damit auf Mitbürger beschränkt, wie nicht neue politische

der gesellschaftlichen Zusammenarbeit verteilen. Unter den wichtigsten Institutionen verstehe ich die Verfassung und die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. [...] Zusammengenommen legen die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen die Rechte und Pflichten der Menschen fest und beeinflussen ihre Lebenschancen, was sie werden können und wie gut es ihnen gehen wird“. J. Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1975, S. 23.

⁴⁴ Zu einer ebenfalls an Kant anknüpfenden Rechtfertigung einer größeren Verpflichtung gegenüber Mitbürgern als gegenüber ‚bloßen‘ Mitmenschen siehe auch O. Höffe: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München 1999, S. 208.

⁴⁵ Vgl. hierzu insbesondere J. Habermas: *Faktizität und Geltung*, a.a.O.

⁴⁶ Selbst der überzeugteste amerikanische Vietnamgegner wird doch zu den Kriegsfolgen, die er faktisch *nicht* vermeiden konnte, ein anderes Verhältnis haben als ein völlig unbeteiligter Spanier, dem niemals Einflußmöglichkeiten zur Verfügung standen. Auch wenn sich dieser individuelle amerikanische Bürger nicht *direkt* verantwortlich fühlen muß, sind die Folgen doch durch ein politisches Gebilde hervorgerufen worden, für das er zumindest Mitverantwortung trägt, indem er am politischen Prozeß teilnimmt.

⁴⁷ In dem Maße, da diese Prämissen nicht mehr zutreffen, muß auch die Schlußfolgerung einer größeren Verpflichtung gegenüber den nationalstaatlichen Mitbürgern revidiert werden. (Indem z.B. die von nationalstaatlichen Regelungen Betroffenen anderen Staaten angehören bzw. der einzelne indirekt über seine Regierung oder direkt über die Beteiligung an NGO's, international agierenden Verbänden oder einer sich herausbildenden Weltöffentlichkeit auch Einflußmöglichkeiten jenseits des Nationalstaates gewinnt.) Zu den Problemen, die sich der Demokratietheorie angesichts der Globalisierung stellen, siehe exemplarisch M. Zürn: *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt 1998, Teil C.

Gebilde geschaffen werden, die den Kreis der Mitbürger erweitern. Auf die eingangs gestellte Frage, auf welche Eigenschaft sich das hier vertretene Konzept des Verfassungspatriotismus beruft, wenn es eine spezifische Verpflichtung gegenüber dem *Mitbürger* anerkennt, die für den *Mitmenschen* nicht gilt, ist deshalb zu antworten: die gemeinsame Autorenschaft in einer demokratisch sich selbst bestimmenden Gesellschaft.

Sicherlich fällt die hiermit angeführte Gemeinsamkeit nicht viel substantieller aus als die Ausrichtung an universellen moralischen Prinzipien. Aber sie enthält mit dem Verweis auf eine gemeinsam zu tragende Verantwortung und eine gemeinsam erinnerte Geschichte bewältigter Herausforderungen zumindest einen Bezug auf die Spezifität jenes Staates, dem der Patriotismus gelten soll. In diesem Sinne stimme ich Taylor im großen und ganzen zu, wenn er schreibt:

„Der Patriotismus liegt irgendwo zwischen Freundschaft oder Familiengefühl einerseits und altruistischer Hingabe andererseits. Letztere beachtet nicht das Besondere: ich trete für das Wohl eines jeden gleich an welchem Ort ein. Erstere bindet mich an ein bestimmtes Volk. Meine patriotische Treue bindet mich nicht in dieser familiären Weise an bestimmte Leute – ich kenne die meisten meiner Landsleute nicht und möchte sie vielleicht auch gar nicht als Freunde haben, wenn ich sie treffe. Aber die Partikularität tritt hinzu, weil mein Band zu diesen Leuten durch die Beteiligung an einem gemeinsamen politischen Projekt verläuft.“⁴⁸

Der Unterschied zwischen dem von mir vorgeschlagenen Verfassungspatriotismus und Taylors Modell dürfte indes darin bestehen, daß dieser weiterhin zu glauben scheint, das politische Projekt könne substantieller bestimmt werden als lediglich durch die Forderung nach Gerechtigkeit. Sicherlich würden ethisch dichte Werte attraktivere Identifikationsangebote darstellen. Aber eine Substantialität selbst dort noch zu fordern, wo sie sich aufgrund des modernen Pluralismus bzw. tiefgreifender kultureller Verschiedenheit *zwanglos* nicht mehr einstellen kann, scheint mir den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. In die durch fehlende Substantialität aufgerissene Lücke springt in meinem Vorschlag stattdessen der gemeinsame Bezugspunkt eines *Narrativs gemeinsam bewältigter Herausforderungen*. Ein ähnlicher Gedanke findet sich bereits bei Taylor: „In dieser wesentlichen Hinsicht sind funktionierende Republiken wie Familien, insofern ein Teil dessen, was Menschen aneinander bindet, ihre gemeinsame Geschichte ist. Die Intensität von Familienbanden oder alten Freundschaften speist sich aus dem, was man zusammen durchlebt hat, und Republiken sind zeitlich und durch einschneidende Veränderungen verbunden.“⁴⁹

⁴⁸ Charles Taylor: „Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus“, a.a.O., S. 111.

⁴⁹ Ebd.

Reicht diese patriotische Komponente des Verfassungspatriotismus aus, um eine Gesellschaft zu integrieren und die erforderliche Solidarität unter Mitbürgern zu erzeugen? Dies ist eine empirische Frage, die ich hier nicht beantworten kann.

Um die fehlende Substantialität auszugleichen, mag man jedoch zusätzlich auf Symbole rekurren, die nicht nur durch ihre emotionale und appellative Kraft integrativ wirken, sondern insbesondere durch ihre Deutungsoffenheit manch Disparates zusammenzubinden vermögen.⁵⁰ Aber trotz aller Vagheit muß dem Symbol doch etwas korrespondieren, was die Identifikation des Bürgers normativ zu rechtfertigen mag. Meiner Ansicht nach sollte dies die vorgetragene Lesart des Verfassungspatriotismus sein, wobei das Symbolisierte nicht hinter der affektiven Wucht des Symbols verschwinden darf, sondern in seinem Inhalt immer wieder öffentlich artikuliert werden muß (auch wenn zudem noch vieles andere in die individuellen Interpretationen des Symbols einfließen mag). Symbole geben diesem Vorschlag zufolge den abstrakten Idealen eine sinnliche und komprimierte Form, während das Narrativ gemeinsam bewältigter Herausforderungen sie einbettet in die spezifische Geschichte des jeweiligen Gemeinwesens. Auch Walzer betont die Bedeutung von Symbolen für den US-amerikanischen Verfassungspatriotismus: „Die amerikanischen Symbole und Zeremonien sind in kultureller Hinsicht namenlos. Sie wurden eher erfunden als ererbt, ihrem Stil nach sind sie voluntaristisch, ihrem Gehalt nach strikt politisch: die Flagge, das Gelöbnis, der vierte Juli, die Verfassung. [...] Die Flagge und das Gelöbnis sind gewissermaßen alles, was wir haben.“⁵¹

Vielleicht wäre es wünschenswert, wenn sich demokratische Gemeinwesen auch in der Moderne noch auf mehr stützen könnten. Aber solange der Versuch, dieses 'Mehr' an sozial verbindlichen Werten zu erzeugen, notwendig damit einhergeht, kulturelle Gruppen entweder gegen ihren Willen zu assimilieren oder sie als Quasi-Fremde innerhalb der eigenen Bürgerschaft auszuschließen, ist er normativ nicht zu rechtfertigen.

Es kann durchaus sein, daß diese vor allem normativ motivierte Position aus integrationstheoretischer Perspektive scheitert. Aber mehr an Patriotismus läßt sich m.E. aus dem Begriff des Verfassungspatriotismus nicht gewinnen, soll nicht wiederum der Begriff der Verfassung gegenüber dem des Patriotismus ins Hintertreffen geraten. Sollte tatsächlich ein Mehr an substantiellem Patriotismus erforderlich sein, so wird man je nach Kontext abzuwägen haben zwischen dem normativen Gebot staatlicher Neutralität und den Imperativen gelingender Integration. Auch in diesem Fall müßte sich das Ergebnis der Abwägung freilich daran messen lassen, ob es *für alle prinzipiell zustimmungsfähig* ist. Eine solche Zustimmungsfähigkeit könnte dann vorliegen, wenn sich anders als durch eine

⁵⁰ Vgl. hierzu den Beitrag von Gerhard Göhler in diesem Band.

⁵¹ M. Walzer: „Was heißt es, 'Amerikaner' zu sein?“, a.a.O., S. 211.

ethische Imprägnierung des Staates seine rechtlichen, demokratischen und sozialstaatlichen Errungenschaften nicht bewahren ließen. Unter diesen Bedingungen könnte eine Lesart des Liberalismus zum Zuge kommen, die auf der Gewährleistung grundlegender Rechte für alle Individuen besteht, die Verletzung unbedeutenderer Rechte im Namen eines bestimmten Ethos aber ebenso zulässt wie eine staatliche Symbolik, in der sich lediglich die hegemoniale Mehrheitskultur wiederzufinden vermag.⁵² Aber selbst wenn solche Abwägungen unter bestimmten Umständen legitim sein mögen: Allzu schnell sollten wir die Hoffnung nicht aufgeben, staatliche Neutralität und gelingende gesellschaftliche Integration ließen sich letztlich doch noch miteinander vereinbaren.

⁵² Zu einer solchen Variante des Liberalismus vgl. Ch. Taylor: „Die Politik der Anerkennung“, in *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt 1993, S. 53: „Dieser Auffassung zufolge zeichnet sich eine liberale Gesellschaft dadurch aus, wie sie mit Minderheiten umgeht, auch mit denen, die sich die öffentlich akzeptierten Definitionen des Guten nicht zu eigen machen, und vor allem dadurch, welche Rechte sie allen ihren Angehörigen einräumt.“

TAMÁS TÓTH

NATION UND TRANSFORMATION

Ethnisch-nationale Identität im postkommunistischen Europa

I.

Die im Titel meines Beitrages angegebene Problematik geriet das erste Mal 1989, also vor genau zehn Jahren in mein Blickfeld, und zwar anlässlich eines niederländisch-ungarischen Philosophentreffens in Leyden. An dieser Tagung, deren Teilnehmer m.E. gut beraten waren, als sie sich in jener Periode ungeahnter historischer Umwälzungen vornahm, philosophische Reflexionen über Identität und Rechte von kulturellen bzw. nationalen Minderheiten anzustellen, behandelte ich das Thema „Minderheiten in der Moderne“ aus mitteleuropäischer Sicht.¹ Das zweite Mal wurde ich dann 1990 auf diesen Fragenkreis aufmerksam, als ich an einem weiteren, mit niederländischen Kollegen gemeinsam veranstalteten Symposium in Budapest teilnahm. Mein Titel lautete damals: „Moderne Intoleranz – Intoleranz der Moderne“.²

Vielleicht ist es sogar kein bloßer Zufall, daß ich auch das dritte Mal durch einen Holländer, Herrn Robert Aspeslagh, mit der Identitätsproblematik europäischer Nationen und Nationalitäten, sowie mit der Transformationsproblematik derjenigen europäischen Gesellschaften konfrontiert wurde, welche man vor einigen Jahren gewöhnlich noch als die „staatssozialistischen“ zu bezeichnen pflegte. Diesmal kamen wir allerdings am Rande einer internationalen EU-Tagung ins Gespräch, das 1995 in Berlin stattfand. Unter dem Eindruck der zahlreichen, sich immer mehr zuspitzenden ethnisch-nationalen Konflikte in Süd-, Ost- und Mitteleuropa hat nämlich Herr Aspeslagh, damals Mitarbeiter des Niederländischen Instituts für Internationale Beziehungen, eine Studie mit dem Titel „Politics for Survival“ angefertigt, und

TAMÁS TÓTH

Universität Gödöllő, Lehrstuhl für Philosophie: Universitätsdozent

Institut für Philosophie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften: wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter

¹ Die Beiträge dieser Tagung wurden später in Buchform veröffentlicht. Vgl. dazu Tamás Tóth: „Minorities in Modernity“, in *Perspectives on Minorities, Philosophical Reflections on the Identity and the Rights of Cultural Minorities*, ed. by M.F.Fresco and P.J.M.van Tongeren, Tilburg University Press 1991, S. 35-46.

² Zu einem längeren Aufsatz ausgearbeitet wird dieser Vortrag in einem anderen Konferenzband veröffentlicht.

mich um einige Kommentare zu seinem Text gebeten.

Auf den ersten Blick fand ich seinen Aufsatz gründlich recherchiert, wohltuend differenziert und durchaus überzeugend. So fragte ich mich zunächst wirklich, wieso ich eine so schöne und ausgewogene Studie wie diese, überhaupt kommentieren soll und kann? Nach einigem Zögern kam ich allerdings zum Schluß, daß sein weitgehend universalistisch angelegter Aufsatz vielleicht doch um eine modernisierungs-geschichtliche bzw. um eine geopolitisch-geokulturelle Dimension ergänzt werden könnte und sollte. Und zwar umso mehr, als ich zumindest in dem angedeuteten Problembereich nicht nur bei ihm, sondern auch bei einigen anderen holländischen Kollegen, so etwa bei manchen Philosophen, denen ich zuvor in Leyden begegnet bin, einen mehr oder weniger stark ausgeprägten Universalismus festzustellen glaubte. Rückblickend muß ich allerdings freimütig zugeben, daß mir die interessante Studie von Robert Aspeslagh letzten Endes als geeigneter Aufhänger für breiter angelegtes Nachdenken über Nation und Transformation, Nationalismus und Historismus sowie über nationale und kulturelle Identität diene.

Hinzu kommt, daß ich seit einigen Jahren immer mehr dazu neige, in meine diesbezüglichen Überlegungen auch Gesichtspunkte der historischen, kulturellen bzw. philosophischen Anthropologie einzubeziehen. Eine Gastprofessur in Paris, an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, bot mir dann 1996 die Gelegenheit, diese Überlegungen weiterzuführen.³ Dieser Aufenthalt in Paris machte mich allerdings wieder einmal auf eine gewisse Ambivalenz aufmerksam, die ich bereits anlässlich früherer Besuche bei manchen Vertretern der französischen Eliten feststellen zu können glaubte.

Einerseits war ich natürlich jedesmal von Reichtum und Tiefgründigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung in Frankreich beeindruckt. Andererseits überrascht mich jedoch immer wieder die Selbstverständlichkeit, mit welcher sich dort bekannte Persönlichkeiten von Politik und Publizistik eine zumindest für mein Empfinden durchaus zwiespältige Haltung an den Tag legen. Diese würde ich andeutungsweise wie folgt charakterisieren. Auf der einen Seite treten die meisten von ihnen als engagierte Befürworter der politischen Einigung Europas (also auch der Schaffung einer mehr oder weniger übernationalen Entität) auf, und gebärden sich dementsprechend als strenge, ja unbestechliche Kritiker jeder national-identitären oder partikularistisch-nationalistischer Regung in der westlichen, besonders aber in der nicht-westlichen Welt. Auf der anderen Seite fällt auf, daß sie sich nicht nur (und zwar so gut wie ohne Ausnahme) zu ihrer französischen Identität *als* zu einer nationalen Identität stolz bekennen, sondern manchmal auch

³ So hatte ich z.B. die Möglichkeit, im Seminar von Herrn Professor Marc Augé einen Vortrag mit dem Titel „L'Autre européen et la pluralité des mondes modernes“ zu halten.

und sogar ganz offen zu bestimmten Formen des französischen Nationalismus.⁴

Und erst recht überrascht mich freilich jedes Mal die Selbstverständlichkeit (um nicht zu sagen Blauäugigkeit) mit welcher manche führende Intellektuelle und Wissenschaftler dieses traditionsreichen Landes immer wieder bereit finden, spezifisch Französisches ohne alle Umstände als allgemein Menschliches darzustellen, oder anders formuliert, Erscheinungsformen von französischem Partikularismus bzw. Singularismus kurzerhand in allgemein verbindliche Werte und Normen von europäischem Universalismus umzudefinieren.

Freilich kann Universalismus in der praktischen Philosophie durchaus als eine legitime Auffassung bzw. Einstellung betrachtet werden. Auch ist es ohne weiteres verständlich, daß die seit zwei oder drei Jahrzehnten weltweit zu beobachtende Renaissance ethnisch-nationaler bzw. nationalistisch-fundamentalistischer Bestrebungen, die neue Blüte verschiedener „Partikularismen“, „Kommunitarismen“ und sogar „Tribalismen“ fast überall und ganz besonders in dem europäischen Westen, wiederum die Galionsfiguren eines ethisch-politisch oder kulturell-philosophisch verstandenen „Universalismus“ auf den Plan rief. Dies gilt m.E. besonders für manche Franzosen,⁵ Holländer und Briten.⁶

Was mich in dieser Hinsicht allerdings bedenklich stimmt, ist folgendes. Besonders in den letzten zehn Jahren scheinen zumindest einige Vertreter der eben erwähnten politischen Kulturen immer wieder dazu zu neigen, im Namen „Europas“ und des „Westens“ vor allem den wie auch immer gearteten „Partikularismus“ der jeweils Anderen, also der Nicht-Briten, der Nicht-Holländer oder der Nicht-Franzosen anzuprangern. Wie zufällig wurde auf diese Weise ausgerechnet der tatsächliche oder vermeintliche Nationalismus derjenigen Nationen und Nationalitäten gebrandmarkt, von denen man zu Recht oder zu Unrecht annahm, sie stellten für das Wohl und die Sicherheit der jeweils eigenen Nation zumindest potentiell eine mehr oder weniger ernsthafte Gefährdung, sei es

⁴ So unterscheidet z.B. das *Dictionnaire de la Sociologie* von Larousse zwei Formen des französischen Nationalismus, „un nationalisme[...] révolutionnaire, civil, [...] ancré à gauche“ und „un nationalisme de droite[...], militariste, cocardier“, von denen allerdings nur die zweite klar abgelehnt wird. Vgl. Boudon, R. – Besnard, Ph. – Cherkaoui, M. – Lécuyer, B.-P.: *Dictionnaire de la Sociologie*, Larousse Essentiels 1989, S. 139-140.

⁵ In erster Linie denke ich hier an verschiedene Analysen und Stellungnahmen des bekannten französischen Historikers François Furet. Vgl. z.B. „La Révolution commence“, *Le Nouvel Observateur*, 4-10 janvier, 1990. Wenn auch manchmal anders akzentuiert, findet sich diese universalistische Grundhaltung nicht selten auch in der französischen Publizistik wieder, so z.B. in manchen Artikeln und Leitartikeln der Wochenzeitschrift „*Le Nouvel Observateur*“.

⁶ Mir scheint, daß man zumindest in gewisser Hinsicht auch die einflußreichen, am Ende dieser Studie in einem anderen aber ähnlichen, namentlich „modernisierungstheoretischen“ Zusammenhang angeführten Nationalismus-Analysen von Ernest Gellner und Eric Hobsbawm als „universalistisch angelegt“ beschreiben kann.

von außen oder von innen, dar.

Doch hat nicht auch der Deutsche Jürgen Habermas immer wieder das Problem eines besonderen (und von ihm als besonders gefährlich eingestuften) Partikularismus aufgegriffen und im Geiste eines „westlich“ oder „europäisch“ ausgerichteten Universalismus zu lösen versucht? Nur handelt es sich bei ihm freilich nicht um die Gefährdung der eigenen Nation durch eine andere Nation (oder durch eine als „fremd“ empfundene Nationalität), sondern umgekehrt, um die ernsthafte Bedrohung, welche unter Umständen seine eigene Nation für andere Nationen, ja, für Europa als eine potentiell übernationale Entität, darstellen kann. In erster Linie geht es ihm also um die äußerst kritische Bewertung einer spezifisch deutschen Form des nationalen Partikularismus (oder, wenn sie wollen, einer eher partikularistischen Form der nationalen Identität der Deutschen), um das komplizierte Problem des „deutschen Sonderweges“, des deutschen Nationalstaates und des deutschen Nationalbewußtseins.

Wie wir wissen, stand dieses Problem bereits in dem von Habermas in den achtziger Jahren initiierten deutschen Historikerstreits im Mittelpunkt.⁷ Hinzu kommt, daß er noch früher, bereits in den siebziger Jahren, auch ein weiteres, für die europäische Geschichte höchst bedeutsames Problem aufgeworfen hat, nämlich dasjenige einer vernünftigen Identität von komplexen Gesellschaften.⁸ Da er jedoch seitdem eigentlich keine der historisch gewachsenen nationalen Identitäten mehr als eine wirklich vernünftige gelten lassen will, und erst recht nicht derjenigen Gestalt der kollektiven Identität eine der europäischen Moderne angemessene Vernünftigkeit zu bescheinigen bereit ist, die man gewöhnlich als die „deutsche“ bezeichnet, geriet sein Standpunkt rasch in den Mittelpunkt leidenschaftlicher Diskussionen, vor allem allerdings in seinem eigenen Land. Jedenfalls kann man Habermas im Gegensatz zu manchen Briten, Holländer und Franzosen wirklich nicht den Vorwurf machen, er würde es aus irgendeinem Grunde ablehnen, vor der eigenen zu Tür kehren...

Ob allerdings die überaus klare Antwort, welche Habermas auf die selbstgestellte Frage des deutschen Sonderweges und des deutschen Nationalstaates gibt, wirklich ganz überzeugend ist – das will ich freilich dahingestellt sein lassen. Und genauso wenig bin ich sicher, ob es unbedingt richtig war, sich bei seinen diesbezüglichen Überlegungen vor allem von Vertretern, wenn auch nicht des französischen Nationalismus, so doch des französischen Republikanismus⁹ (also

⁷ Habermas, J.: „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“, in *Die Zeit*, 11. Juli 1986.

⁸ Habermas, J.: „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?“ in *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*, Suhrkamp, Frankfurt 1976.

⁹ Zwischen französischem Republikanismus und habermasianischem Universalismus besteht ein kompliziertes Verhältnis. Während einige Franzosen immer wieder versuchen Habermas einfach zu

einer anderen, aber genauso stark ausgeprägten nationalstaatlichen Ideologie) inspirieren zu lassen? Ob es sich tatsächlich bald als möglich erweisen wird, auch nur diese oder jene der vielen grundverschiedenen nationalen Identitäten durch eine einzige und einheitliche „postnationale Identität“¹⁰ (also etwa die deutsche oder die französische Identität durch eine „europäische“ Identität) zu substituieren? Ob er als deutscher Universalist auch immer der beachtlichen Komplexität gerecht wird, welche die Analysen der amerikanischen Kommunitaristen manchmal aufweisen? Ob die Umwälzungen Osteuropas wirklich als „Revolutionen“, und die so genannten „postkommunistischen“ Revolutionen tatsächlich ohne weiteres als „nachholende“ Revolutionen verstanden werden können,¹¹ und so weiter, und so fort.

Auf einige der vielen Fragezeichen, die eben angedeutet wurden, komme ich in meinen folgenden Ausführungen, wenn auch nur kurz und indirekt, noch zurück. Meines Erachtens bleibt es jedenfalls ein ganz großer Verdienst von Jürgen Habermas, diese und andere Fragen, namentlich diejenigen der persönlichen, der kollektiven und besonders der nationalen Identität suggestiv gestellt und öffentlich diskutiert zu haben.

Es versteht sich allerdings von selbst, daß man den verschiedenen Formen eines wohl spezifisch modernen (und sozusagen aufgeklärten) Nationalismus bzw. Universalismus keineswegs nur in Frankreich oder in Deutschland begegnen kann. Selbst internationale Symposien mit hochqualifizierten Teilnehmern aus aller Herren Ländern zeigen immer wieder, wie schwierig es ist, die jeweils eigenen Vorurteile nationaler (oder sogar nationalistischer) Art auch nur halbwegs zu überwinden, sich seines eigenen (also deutschen oder französischen, tschechischen oder polnischen, ungarischen oder rumänischen, serbischen oder albanischen) Ethnozentrismus¹² bzw. Sendungsbewußtseins¹³ einigermaßen bewußt zu werden.

appropriieren, andere weisen auch auf manche Mängel hin, die seine Auffassung charakterisieren. So stellt z.B. Pierre Bouretz Folgendes fest: „En ce sens, il manque peut-être un maillon entre le 'patriotisme constitutionnel' et la 'citoyenté post-nationale'." Vgl. Bouretz, P.: „Raisons et horizons de la démocratie. Jürgen Habermas face à la question politique“, *Le Débat*, mars-avril 1999, No 104, S. 33-34.

¹⁰ Habermas, J.: „Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik“ (1987), in *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992*, Reclam, Leipzig 1992; S. 213-241; Habermas: „Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie“. in *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Suhrkamp, Frankfurt 1998.

¹¹ Habermas, J.: „Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?“ (1990).

¹² Manche Kultur- und Sozialwissenschaftler sehen „Ethnozentrismus“ als eine anthropologische (zum Wesen des Menschen gehörende) Konstante an. Andere Forscher lehnen diese Argumentation ab, da sie lediglich die in der westlichen Welt historisch gewachsene Vorurteilsstruktur verallgemeinere (oder anthropologisiere). Diese Forscher sehen im „Ethnozentrismus“ ein soziales

Ganz besondere Schwierigkeiten bereitet es gewöhnlich den meisten Vertretern nicht nur dieser sondern auch anderer Völker und Nationen für die geopolitischen, geökonomischen und geokulturellen Belange der jeweils Anderen auch nur ein Minimum an Verständnis aufzubringen.

Und werden von jemandem erst einmal Fragen der nationalen Identität ins Spiel gebracht, da hört doch definitiv der Spaß auf, und zwar erfahrungsgemäß für alle Beteiligten. Nicht einmal die Franzosen konnten es seit einiger Zeit umhin, durchaus schwerwiegende und bis vor einigen Jahren eigentlich ungeahnte Probleme ihrer eigenen nationalen Identität (zumindest intern) kontrovers zu diskutieren, ja sogar altgewohnte und sehr weit verbreitete Formen ihrer kollektiven Selbsteinschätzung einer schmerzhaften Überprüfung zu unterziehen, die gelegentlich einer Selbstzerfleischung gleichkam.¹⁴ Dies erklärt sich z. T. wohl dadurch, daß Auto- bzw. Heterostereotype ethnisch-nationaler Art offenbar besonders tief in Geschichte und Gegenwart der allermeisten menschlichen Gemeinschaften bzw. Gesellschaften verwurzelt sind.

Macht man die Probe aufs Exempel, dann stellt es sich sogar Folgendes heraus: In den Jahren nach der Wende war der Durchschnitt westeuropäischer Beobachter genauso wenig bereit (oder fähig) echtes Verständnis für die ethnischen, nationalen und regionalen Probleme der verschiedenen osteuropäischen Länder aufzubringen, wie umgekehrt der Durchschnitt osteuropäischer Intellektuellen für die durchaus vorhandenen und durchaus unterschiedlichen (ja, oft sogar klar entgegengesetzten) machtpolitischen Interessen der einzelnen westeuropäischen Nationen.¹⁵

Phänomen, das historisch an die Existenz von Nationalstaaten gebunden ist und damit in enger Verwandtschaft zum Nationalismus steht. Vgl. dazu den Artikel „Ethnozentrismus“ von A. Beil in „Encarta 99. Die große Enzyklopädie mit dem Plus an Inhalt und Multimedia“, Microsoft 1999.

¹³ Über Problem, Definition und Zusammenhang von „Ethnozentrismus“ und „Sendungsbewußtsein“ vgl. die ausgezeichnete Studie von Anthony D. Smith: „Chosen peoples: why ethnic groups survive. Inaugural Lecture delivered at the London School of Economics and Political Science“, in *Ethnic and Racial Studies*, 1992 July, vol. 15, no 3, S. 436-454. Nach Smith' überzeugender Darstellung können Formen von „election myths“ bzw. „myths of ethnic election“ praktisch überall in der Welt und natürlich auch in Europa, ja praktisch sogar in allen traditionsreichen Demokratien des europäischen Westens beobachtet werden.

¹⁴ In diesem Zusammenhang genügt es wohl einen Text mit dem doch sehr bezeichnenden Titel „Une identité en désarroi, un État moins légitime“ zu erwähnen, und zwar aus dem Band *Entrer dans le XXI^e siècle, Essai sur l'avenir de l'identité française*, Rapport du groupe 'Horizon 2000' présidé par Emmanuel Le Roy Ladurie, Éditions La Découverte / La Documentation Française, Paris 1990, S. 146-182.

¹⁵ Ein gutes Beispiel liefert dafür die interessante Diskussion, die noch im historischen Augenblick der Wende stattfand und an der Mirju Lauristin, Ernest Gellner, Marcin Król, Michael Stürmer, Karsten D. Vogt und Juri Afanassjew teilnahmen. Vgl. *Transit, Europäische Revue* 1990, Heft 1, S. 142-120. Man könnte aber auch ein anderes Streitgespräch als Beispiel nennen, das etwas später

Was die Osteuropäer betrifft, sie scheinen mir nur allzu oft die Bilderbuchgeschichten für bare Münze genommen zu haben, die ihre westlichen Vettern ihnen immer schon (aber besonders seitdem die neue Zeit des Gemeinsamen Marktes, der Europäischen Gemeinschaften und schließlich der EU angebrochen ist), über „Europa“ und den „Westen“ erzählt hatten. Was wiederum die Westeuropäer betrifft, sie scheinen mir von wenigen Ausnahmen abgesehen (und leider bestätigen da Ausnahmen nur allzu oft die Regel) für unter ihrer Würde gehalten zu haben, sich mit Eigenart und Komplexität des „anderen“ Europas (das immerhin als die andere Hälfte unseres gemeinsamen Kontinents zu betrachten ist) auch nur ernsthaft zu beschäftigen. Oder um es genauer zu formulieren (und hier gleich eine persönliche Beobachtung einzubringen, die ich als Gesprächspartner, Tagungsteilnehmer oder Medienkonsument immer wieder auch selber machen mußte): Selbst wenn manche Briten und Deutschen, manche Franzosen oder Niederländer sich wirklich die Mühe geben, „Osteuropa“ in seiner Eigenart besser zu verstehen, über einen gewissen, individuell freilich sehr unterschiedlichen Punkt geht das praktisch nur selten hinaus.

Denn was geschieht, wenn die osteuropäische Wirklichkeit und dementsprechend auch die Argumentation eines tschechischen, polnischen oder ungarischen Intellektuellen einen Grad an Komplexität und Originalität aufweisen, der von ihren holländischen oder französischen Gesprächspartnern als „zu hoch“ empfunden wird? Oder wenn die Komplexität, die in dem Diskurs eines Osteuropäers durchschimmert auch nur anders gelagert ist, als in Paris oder Amsterdam üblich? Ja, dann löst dies gewöhnlich eine (psychologisch freilich keineswegs unverständliche) Abwehrreaktion der meisten Westeuropäer aus, die nur äußerst selten umzudenken bereit und fähig sind, und die dann oft zu einem methodologischen Kunstgriff Zuflucht zu nehmen versuchen, der in kognitiver Hinsicht wiederum keineswegs unproblematisch ist – nämlich zu demjenigen einer mehr oder weniger radikalen Komplexitätsreduktion. Letztere kann aber zwei verschiedene, scheinbar sogar entgegengesetzte Formen annehmen.

Einerseits kann man z.B. versuchen, gesellschaftliche bzw. politische Phänomene wie „Nation“ und „Religion“, die im Laufe der postkommunistischen Transformation in allen Ländern dieser Region eine gewisse, mitunter sogar sehr wichtige Rolle spielten so darzustellen, als handelte sich bei der Herausbildung eines modernen und massenhaften „Nationalismus“ bzw. einer modernen und massenhaften „Religiosität“ einfach um einen ganz und gar universellen, zu

François Furet, Ralf Dahrendorf und Bronislaw Geremek miteinander führten. Sogar die UNESCO-Tagung, an der man Ende 1996 in Sofia Probleme diskutierte, die mit „Philosophie et Démocratie en Europe“ zusammenhingen, zeugte von der grundsätzlichen Unfähigkeit der anwesenden Franzosen, Serben und Bulgaren, sich auch nur über Wort und Begriff von „Nation“ und „Ethnie“, „Universalismus“ und „Partikularismus“ zu verständigen.

gegebener Zeit in allen Ländern und Regionen der Welt ablaufenden Prozeß, der allerdings in „Osteuropa“, im Gegensatz zu „Westeuropa“, erst um 1989, also mit einer gewaltigen Verspätung von mehreren Jahrzehnten eingesetzt habe, ansonsten aber keine Spezifitäten aufweisen würde – und der folgerichtig unter Zuhilfenahme von den maßgebenden westeuropäischen Nationalismus-, und Religionstheorien im Handumdrehen präzise analysiert, richtig interpretiert und vollständig verstanden werden könnte. Es leuchtet ein, daß die Reduktion von Komplexität von der eben die Rede war, hier vor allem dadurch erfolgt, daß man die Originalität von „Osteuropa“ im Vergleich zu „Westeuropa“ sehr stark unterschätzt, und gleichzeitig über beide geopolitisch-geokulturelle Entitäten ein allzu pauschales Urteil fällt.

Andererseits kann man jedoch auch versuchen, die genannten Phänomene als ganz und gar spezifische, also zumindest in dieser spezifischen Form und zumindest in unseren Tagen nur noch für „Osteuropa“, keinesfalls aber auch für „Westeuropa“ charakteristische Erscheinungen darzustellen. Manche westeuropäischen Experten dieser Richtung haben in den Jahren nach der Wende sogar besorgt zugeben, daß diejenigen Formen von „Nationalismus“ und „Religiosität“ und mehr noch von „Rassismus“ und „Tribalismus“, die heutzutage in praktisch allen osteuropäischen Transformationsgesellschaften um sich greifen würden, eben dermaßen archaisch, irrationell und partikularistisch seien, daß man ihnen nicht einmal mit den modernen, vernünftigen und zumindest im Prinzip allgemeingültigen Mitteln beikommen könne, welche die westlichen Sozialwissenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg den verantwortlichen Politikern und Diplomaten der großen Demokratien zur Verfügung gestellt hätten. Die Reduktion der Komplexität wird hier wiederum dadurch bewerkstelligt, daß man die Originalität von „Osteuropa“ im Vergleich zu „Westeuropa“ sehr stark überschätzt, wobei die Interpretation beider Entitäten für sich allein eigentlich genauso pauschal ausfällt.

Vielleicht wird man mir in diesem Zusammenhang vorwerfen, meine kurze Beschreibung der beiden Denkschulen in Sachen Osteuropa und Westeuropa sei zur Karikatur geraten. Freilich kann ich dabei ein komisches Gefühl des Karikaturenhaften selber nicht ganz unterdrücken. Es könnte aber auch sein, daß das Zerrbild nicht erst in meiner kurzen Beschreibung, sondern bereits in den langen Kommentaren mancher Medien oder sogar in den ausführlichen Gutachten mancher Politikberater angelegt war. Umso mehr, als vor einigen Jahren auch schon der französische Politikwissenschaftler Guy Hermet mit Nachdruck darauf hingewiesen hat,¹⁶ daß die Darstellung des europäischen Ostens nur allzu oft zur

¹⁶ Hermet, G.: *Histoire des nations et du nationalisme en Europe*, Éditions du Seuil, Paris 1996, S. 279–281.

(schlechten) Karikatur wird, und zwar besonders in der internationalen Nationalismuskritik.

All dies hängt wohl nicht nur (wenn auch vor allem) damit zusammen, daß die außerordentlich komplexe Problematik der postkommunistischen Transformationsgesellschaften in der westlichen Literatur sehr oft, und zwar besonders in den ersten Jahren nach der Wende, auf das Rassismus- und Nationalismusproblem reduziert und nur als solches wahrgenommen wurde. Es hängt eindeutig auch damit zusammen, daß Begriffe wie „Ostblock“ und „Osteuropa“ jahrzehntelang synonym gebraucht wurden und, daß gerade in Westeuropa, die in Wirklichkeit außerordentlich stark differenzierte geopolitisch-geoökonomisch-geokulturelle Entität „Osteuropa“ im Laufe der Jahre meistens nur in einer außerordentlich stark entdifferenzierten Form dargestellt und immer wieder nur äußerst pauschal beschrieben wurde. Es versteht sich von selbst, daß es Sachzusammenhänge und Abstraktionsebenen gibt, in und an denen es sich durchaus vernünftig von „Osteuropa“ und „Westeuropa“ im Allgemeinen reden läßt. Innerhalb beider Großregionen lassen sich allerdings nicht nur einzelne Länder, sondern auch mehrere Subregionen unterscheiden, die in mancher Hinsicht sogar grundverschieden sein können. Meiner Meinung nach ist man also gut beraten, so oft wie nötig nicht nur von „Osteuropa“, sondern auch von „Mitteleuropa“, ja von „Südosteuropa“ und „Ostmitteleuropa“ usw. zu reden.

Prallen aber zwei politische, philosophische oder methodologische Kulturen (namentlich die „westeuropäische“ und die „osteuropäische“) auf diese Weise aufeinander, kommt es zu öffentlichen Diskussionen zwischen ihren intellektuellen Vertretern, dann kann eben auch Folgendes passieren. Es kann passieren, daß einer der Kontrahenten, und zwar zumeist derjenige, der sich gegenüber dem anderen im Vorteil fühlt, die kognitive Spannung dadurch zu vermindern versucht, daß er die abweichenden Diskurse in einem ethnozentrischen Sinne hierarchisiert.¹⁷ Da jedoch derjenige, der sich im Vorteil fühlt gewöhnlich der Westeuropäer ist, und zwar darum, weil er über ein geopolitisch-geokulturelles Hinterland zu verfügen glaubt, aus dem sozusagen mehr Nachschub an intellektueller Munition an die symbolische Diskussionsfront bringen läßt, erfolgt diese Hierarchisierung der Diskurse zumeist im Sinne eines westeuropäischen, nicht aber eines osteuropäischen Ethnozentrismus. Sollte es aber einem der Kontrahenten, egal welchem, in der Tat gelingen methodologisch auf diese Weise vorzugehen, dann wäre eben der von vielen empfohlene herrschaftsfreie Dialog zweier politischen Kulturen auch schon zu Ende, und zwar bevor er richtig begonnen hat. Oder

¹⁷ Für die Hierarchisierung des Verhältnisses zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“ im Sinne eines stark ausgeprägten französischen bzw. westeuropäischen Ethnozentrismus führt Dominique Wolton interessante und sehr gut analysierte Beispiele auf. Wolton D.: *La dernière utopie, Naissance de l'Europe démocratique*, Flammarion, Paris 1993, S. 255-281.

salopp gesagt, dann wäre das herbeigesehnte Fest der interkulturellen Kommunikation zwischen den geopolitischen Entitäten „Westen“ und „Osten“, die uns in diesem Sinne übrigens durch den Kalten Krieg überliefert wurden, definitiv im Eimer.

Jedenfalls kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß durch geokulturelle bzw geopolitische Mechanismen dieser Art vermittelt, jeden Tag und in jedem Lande Europas neue Varianten einer spezifischen, stark vereinfachenden Betrachtungsweise entstehen, die man vielleicht als die „westeuropäische Perzeption der osteuropäischen Wirklichkeit“ bezeichnen könnte. Um zu zeigen, wie wenig eigentlich eine solche Perzeption Osteuropas wirklich zufriedenstellend ist, möchte ich hier ein längeres Zitat aus einem Interview bringen, das die Ungarin Agnes Heller, weltweit bekannte Autorin philosophischer Werke, die seit Jahrzehnten zu den führenden Intellektuellen Osteuropas gehört, noch 1993 einer deutschen Zeitschrift gewährt hat.¹⁸ Freilich nimmt sie in diesem Gespräch vor allem zu wichtigen philosophischen und politischen Fragen Stellung, die mit dem komplizierten zwischen der nordamerikanischen und der westeuropäischen Kultur in Zusammenhang stehen. Doch nimmt sie selbstverständlich auch zu manchen Problemen der osteuropäischen Kultur dezidiert Stellung, und zwar, was ich besonders betonen möchte, ohne wiederum die Diskurse dieses Dialogs nun etwa ihrerseits im Sinne eines osteuropäischen Ethnozentrismus zu hierarchisieren.

Vielleicht halte dieses Interview deswegen für so aufschlußreich, weil darin nichtsdestoweniger eine Art Rollentausch stattfand. Anders formuliert, wir haben da ein gutes Beispiel für das Vertauschen der herkömmlichen Rollen des „Osteuropäers“ und des „Westeuropäers“, des „Journalisten“ und des „Philosophen“, vor Augen. Hier kommt nämlich der Interviewer aus dem Westen und die bekannte Persönlichkeit aus dem Osten. Die Osteuropäerin tritt hier mit der ganzen Autorität einer Nachfolgerin von Hannah Arendt als Professorin an der renommierten New School of Social Research in New York auf; der Westeuropäer entpuppt sich hingegen im Laufe des Gesprächs als Lukács-Forscher und Spezialist der Budapester Schule, der als solcher wohl über eine fundierte Kenntnis des sozialen und kulturellen Lebens in Ungarn verfügen muß. Und so wird es denn auch verständlich, wieso dieser Journalist, der seine Fragen hier im Namen einer Zeitschriftenedaktion stellt, öfters die Sprache eines Fachphilosophen zu sprechen beginnt; und wieso die Befragte, die eine bekannte Philosophin ist, hier immer wieder, wenn auch nur implizit, an das Alltagsbewußtsein, ja sogar an den gesunden Menschenverstand appelliert, sich aber gleichzeitig auch im Namen einer ostmitteleuropäischen (und besonders der ungarischen) Lebenswelt äußert, in der

¹⁸ Gespräch mit Agnes Heller. Die neue Völkerwanderung, Europäische Zustände aus amerikanisch-ungarischer Sicht, *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 1993/9, S. 782-796.

sie sich offensichtlich ganz zu Hause fühlt, und die sie freilich in- und auswendig kennt.

Sicher halte ich allerdings dieses Interview auch deswegen für aufschlußreich, weil darin Agnes Heller trotz alledem, und zwar bezeichnenderweise in dem Augenblick als sie mit einer ganz bestimmten Art und Weise des Fragens konfrontiert wird, ein bisschen aus der Haut fährt. Die besagten Fragen, die Rüdiger Dannemann ihr im Namen der Zeitschrift *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* stellt, lauten wie folgt: „Wie schätzen Sie die osteuropäischen neorassistischen Bewegungen ein? Sie selbst haben über das Csurka-Phänomen geschrieben. Gibt es nicht gerade in einem Land wie Ungarn ein antirassistisches Potential auf Grund der Jahrzehnte währenden marxistischen Indoktrination oder besser der marxistischen Sozialisation?“ Darauf erwidert Agnes Heller:

„In Ungarn ist niemand [marxistisch –T.T.] sozialisiert worden, in Ungarn hat seit 30 bis 40 Jahren niemand eine Ahnung, was das heißt. Die Parteiführer waren nicht marxistisch sozialisiert. Das ist eine westliche Perzeption Osteuropas. Marxismus ist ein Wort gewesen, niemand hat es ernst genommen, das war wie eine Formel – niemand wußte, was es bedeutet. Das ist in Ostdeutschland anders gewesen. Dort wurden die Leute marxistisch sozialisiert. Ich glaube, daß der real existierende Sozialismus in Ungarn weder positiv noch negativ (oder: sowohl positiv wie auch negativ – wie Sie es wollen) die heutige Entwicklung beeinflußt hat. Auf der anderen Seite: die ungarische Bevölkerung hat sich durch die spezifische Modernisierung des Kádár-Regimes so entwickelt, daß überhaupt kein Radikalismus, weder ein linker noch ein rechter, keine Revolution toleriert wird. Aber natürlich gibt es das Problem des Rassismus. Wenn etwa ungarische Menschen aus Transsilvanien nach Ungarn kommen, um Arbeit zu finden, die sie zu Hause nicht bekommen, so hat man sie überhaupt nicht gerne; die ungarische Bevölkerung nennt sie die ‘Rumänen’ und lehnt sie ab, weil sie den ungarischen Arbeitern Brot wegnehmen. Es gibt keinen großen ungarischen Nationalismus heute, aber es gibt Rassismus, und es gibt einige Gruppen, die aus dem Rassismus, in erster Linie dem Antisemitismus, ein gesellschaftspolitisches Geschäft machen wollen, bis zum heutigen Tage mit sehr wenig Erfolg. Wenn Sie sich die Meinungsfragen anschauen, werden Sie sehen, daß diese Gruppen überhaupt nicht ins Parlament kommen werden bzw. nur sehr wenige Abgeordnete stellen werden. Um zu Ihrer Frage über Marxismus, Kommunismus und Rassismus zurückzukommen: Es gibt eine kleine rechtsradikale Gruppe um Izabella Király, eine Rassistin in einer sehr extremen Weise; sie ist in der Familie eines Parteifunktionärs aufgewachsen, und ihr Bruder war Parteisekretär gewesen – aber sehen Sie, das heißt überhaupt nichts. Andere Parteisekretäre sind überhaupt nicht antisemitisch. Es gibt überhaupt kein kausales Verhältnis zwischen Rassismus und – wie haben Sie sich geäußert – Assimilation oder Integraton in eine real existierende sozialistische Kultur, anders gesagt: keinerlei Korrelation.“

Mir scheint, daß sich der an sich banale Interpretationsfehler, der hier immerhin auch einem so qualifizierten Wissenschaftler wie Rüdiger Dannemann unterläuft, und der von Agnes Heller sicherlich zu Recht moniert wird, etwa wie folgt vermeiden läßt: Selbst wenn man auf die Anwendung mancher Gemeinplätze soziologischer oder politologischer Natur nicht immer verzichten kann und selbst, wenn die Anwendung solcher Gemeinplätze in diesem oder jenem Lande keineswegs notwendig zu größeren Mißverständnissen oder sogar Ungereimtheiten führen muß, man tut immerhin gut daran, solche überkommene Vorstellungen nicht unbesehen auf weitere Länder oder Regionen zu übertragen und sie gegebenenfalls nur *mutatis mutandis* (also mit den nötigen Abänderungen) zu verwenden. Zugegebenermaßen schlage ich hier nur eine bewährte methodologische Faustregel wieder einmal vor. Seit der Wende im Jahre 1989 haben jedoch so viele Westexperten und Westintellektuelle einen Regelverstoß gegen Faustregel riskiert (und zwar besonders, wenn es um die Erforschung osteuropäischer Gegebenheiten ging), daß ich hoffen darf, mich dadurch nicht der Besserwissererei schuldig gemacht zu haben.

Freilich bin ich wiederum weit davon entfernt zu glauben, man könne durch (womöglich gegenseitige) Schuldzuweisungen den Schaden beheben, der in den Jahren nach der Wende, wenn auch ungewollt, durch das Unverständnis der Publizisten, der Politiker und der Experten Westeuropas den neuen Demokratien Ost- und Mitteleuropas zugefügt wurde. Für theoretisch interessierte Beobachter könnte es sich sogar als durchaus lohnend erweisen, dieses (gegenseitige) Unverständnis zu problematisieren, einmal den Gründen ernsthaft nachzugehen, die erklären oder bewirken, daß es zwischen verschiedenen Nationen und Regionen unseres gemeinsamen Europas immer wieder zu folgenschweren Mißverständnissen kommt, die man, wenn überhaupt, nur sehr mühsam aufklären und beseitigen kann... Allerdings möchte ich keineswegs verschweigen, daß ich in dieser Hinsicht mit denjenigen Intellektuellen unseres Kontinents einverstanden bin,¹⁹ die den „Westen“ schon Anfang der neunziger Jahre vor unüberlegtes Handeln im „Osten“ gewarnt haben, und die da meinten, Arroganz und Kondezdenz gegenüber den Osteuropäern könnte früher oder später auf die Westeuropäer zurückschlagen.

Übrigens kann man bei genauerem Hinsehen sogar den historischen Zeitpunkt ausmachen, zu dem die meisten westeuropäischen Universalisten, Antipartikularisten und Antinationalisten von einer fast schon metaphysischen Angst befallen wurden, die dann in den darauf folgenden Jahren weiter anwuchs, um sich schließlich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf ein sozusagen mittleres Niveau einzupendeln. Dieser Zeitpunkt ist paradoxerweise das Jahr 1989,

¹⁹ Zu diesen Intellektuellen gehörten z.B. Dominique Wolton und Guy Hermet. Vgl. z.B. Wolton, D.: „Gare au boomerang!“, *Le Nouvel Observateur*, juillet 1991; Wolton D.: *La dernière utopie* Hermet, G.: a.a.O.

das Jahr der Wende. Es ist der historische Augenblick, als sowohl das Ende des kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung, wie auch der Beginn eines neuen postkommunistischen Zeitalters eingeläutet wurde. Es ist also das Jahr, als der Zusammenbruch des Ostblocks erfolgte, der Mauerfall in Deutschland stattfand, und sogar die sich freilich erst später voll entfaltenden pluralistisch-demokratischen bzw. liberal-kapitalistischen Revolutionen in Osteuropa zum Ausbruch kamen.

Versucht man nun auf die durchaus berechtigte Frage eine vernünftige Antwort zu geben, wieso ausgerechnet die postkommunistische Wende im Osten Europas einstweilen Ansätze zu einer postnationalen Wende in Westen Europas herbeiführte, und wieso die antipartikularistische Einstellung mancher Eliten des Westens vielfach prouniversalistische Formen annahm, wobei diese Tendenz dann ganz besonders in Frankreich (eigentlich aber auch anderswo) zumeist dahin ging, mehr oder weniger unverblümt die Universalisierung der eigenen nationalen bzw. nationalstaatlichen Partikularitäten zu betreiben, muß man u.a. Folgendes in Betracht ziehen.

Unter der Präsidentschaft de Gaulles und Mitterands scheint sich Frankreich eigentlich recht bequem in der durch den kalten Krieg geschaffenen bipolaren Weltordnung eingerichtet zu haben. Rückblickend sieht es sogar so aus, das Land habe jahrzehntelang über einige geopolitische Trümpfe verfügt,²⁰ die ihm einen vielfach privilegierten Status sicherten, und die es dann verständlicherweise auch in den dramatischen Zeiten des postkommunistischen Umbruchs nicht aus der Hand geben wollte.

So gehörte zwar Frankreich weltpolitisch ganz selbstverständlich der westlichen Welt an, versuchte aber immer wieder erfolgreich, innerhalb dieser eine gewisse Sonderstellung zu erlangen oder zumindest seine Autonomie bzw. Unabhängigkeit zu bewahren. Was nun die französische Europapolitik betrifft, so lag dieser offensichtlich jahrzehntelang die feste Überzeugung zugrunde, „Europa“ müsse auf Westeuropa und Westeuropa eigentlich auf Kerneuropa beschränkt bleiben, weil es sonst aufhören würde, für die Franzosen „beherrschbar“ (*maitrisable*) zu sein. Darüber hinaus müsse Frankreich in allen Formen und Bereichen der übrigens besonders von ihm vorangetriebenen europäischen Integration eine führende Rolle spielen. Und schließlich haben die politischen und diplomatischen Eliten des Landes immer schon das Postulat befolgt, „Europa“ könne zwar nie und nimmer aufgebaut werden, wenn dies nicht auf der festen Grundlage der französisch-deutschen Zusammenarbeit geschieht, was jedoch die deutsch-französische Partnerschaft selbst angeht, dieser müsse wiederum nach wie vor die grundsätzliche „Ungleichheit“ beider Länder zur Grundlage dienen.²¹ Was

²⁰ Moreau Defarges, Ph.: *La France dans le monde au XXe siècle*, Hachette, Paris 1994, S. 148-153.

²¹ Ich übernehme diese Formulierung von Moreau Defarges, wer als den zweiten Trumpf der Geopolitik seines Landes „l'inégalité de la relation franco-allemande“ bezeichnet. Ebenda S. 149.

Wunder, wenn sich diese „Ungleichheit“ beider Länder, besonders freilich aus der Sicht Franzosen, zugunsten Frankreichs auswirken und dies in alle Ewigkeit so weitergehen sollte?

Es leuchtet jedoch unmittelbar ein, daß das Jahr 1989, also das Jahr der Wende unter anderem auch dieser, hier nur andeutungsweise beschriebenen, für die Franzosen allerdings äußerst günstigen geopolitischen Konstellation ein definitives Ende setzen mußte. Die sehr lebhaften aber auch ausgesprochen verunsichert wirkenden Reaktionen der meisten französischen Medien bzw. der sie tragenden Medienintellektuellen erklären sich vor allem hierdurch. Doch fiel es den Franzosen (wie übrigens den Bürgern praktisch aller europäischen Nationen) wohl auch deswegen so schwer, den politischen, intellektuellen und kulturellen Herausforderungen des postkommunistischen Umbruchs gerecht zu werden, weil diese welthistorische Wende eigentlich niemand vorausgesehen, kein westeuropäischer Sowjetologe oder Kommunismusexperte, aber freilich auch kein osteuropäischer Dissident oder Oppositioneller je prognostiziert hat. Für die Komplexität der so entstandenen Situation möchte ich hier nur zwei miteinander eng zusammenhängende und m.E. besonders lehrreiche Beispiele nennen.

Einerseits kam es bereits im Laufe eben dieses schicksalhaften Jahres 1989 dazu, daß man sich auch schon in der östlichen Hälfte des geteilten Deutschlands anschickte, mit tatkräftiger Hilfe der (damals noch durchaus reformkommunistischen) Regierung Ungarns die DDR-Diktatur zu erschüttern, das Machtmonopol der SED zu zerschlagen, die Berliner Mauer abzureißen, ja sogar die deutsche Einheit wiederherzustellen. Das Ergebnis dieses Prozesses war, daß der frühere Einheitsstaat Deutsche Demokratische Republik (genauer gesagt die, auf ihrem Territorium 1952 aufgelösten Länder) durch den Einheitsvertrag in einen Bundesstaat, die Bundesrepublik Deutschland, eingegliedert wurden. Und es war etwa um die gleiche Zeit, daß sich auch schon der unaufhaltsame Zerfall der Weltmacht Sowjetunion, aber auch der damaligen staatssozialistischen Bundesstaaten Tschechoslowakei und Jugoslawien, abzuzeichnen begann. Dem ist es selbst dann so, wenn die jeweiligen Zerfallsprozesse, die übrigens in jedem dieser Länder durchaus eigenartige Formen annahmen, erst etwas später und zu ganz verschiedenen Zeitpunkten definitiv abgeschlossen werden sollten.

Andererseits setzten spätestens 1989 auch schon überall in Osteuropa – und besonders in Ostmitteleuropa – tief greifende postkommunistische Transformationsprozesse ein, die seitdem vor allem in Ungarn, Polen und Tschechien weit fortgeschritten sind. So weit fortgeschritten, daß sie in den eben genannten (und zweifelsohne am meisten erfolgreichen) Transformationsgesellschaften inzwischen einen geordneten Übergang vom Staatssozialismus zum Marktkapitalismus, ja von einer staatssozialistischen Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie ermöglichten. Dadurch wurden

aber diese Länder, zumindest im Prinzip, auch und sogar auf eine glückliche Rückkehr in das freie und reiche Europa ihrer liberalen Träume vorbereitet. Jedenfalls war es zweifelsohne der im Jahre 1989 eingeschlagene postkommunistische und prokapitalistische Weg, derjenige der Privatisierung und der Globalisierung, welcher die genannten Länder ziemlich nahe an die Europäische Union heranführte, so daß diese heute, wenn nicht alles täuscht, bereits auf der Schwelle zur EU-Mitgliedschaft stehen.

Eigentlich handelt es sich hier allerdings nicht um einen einzigen Weg, sondern um drei teilweise voneinander abweichenden Wegen der postkommunistischen Transformation, die von drei verschiedenen Sequenztheorien des wirtschaftlichen und politischen Umbruchs in Osteuropa vorgezeichnet wurden. Diese wurden neulich von Klaus Müller auf eine interessante Weise analysiert und miteinander verglichen.²² Der gemeinsame Nenner dieser Transformationstheorien ist jedoch das anglo-amerikanische und nicht etwa das französische Modell des Neoliberalismus; die verschiedenen Spielarten dieses angelsächsischen Neoliberalismus wurden im Laufe der Globalisierung vor allem in Ostmitteleuropa sehr weitgehend rezipiert. So weitgehend, daß die wiederum für die Bevölkerung dieser Länder ernsthafte Adaptationsprobleme geschaffen hat. Freilich kann man sehr wohl verstehen, daß es die Franzosen gesehen nicht gerade in Begeisterung versetzt hat, als die Ungarn, Polen und Tschechen auch wirtschaftspolitisch nicht ihr Modell, sondern dasjenige anderer westlichen Länder übernommen haben. Was man weniger gut verstehen kann ist, daß die französische Geopolitik dabei offensichtlich jahrelang den Einfluß des angloamerikanischen Modells stark unterschätzt, denjenigen des deutschen bzw. „rheinischen“ Modells hingegen stark überschätzt hat.

Bei vielen der traditionell überwiegend universalistisch eingestellten Franzosen führte allerdings das überaus starke Erlebnis der deutschen Vereinigung (die von Anfang an als *Wiedervereinigung* betrachtet wurde) praktisch zu einem nationalen Trauma. In der öffentlichen Meinung Frankreichs wurden nach der Wende immer wieder Stimmen laut, welche die französische Nation (oder auch nur ihre politische Elite) vor ernsthaften Gefahren warnten, die eine Wiederbelebung des deutschen Partikularismus, Nationalismus und Expansionismus mit sich bringen könnte. Da man das geeinte Deutschland vor allem als einen Wirtschaftskoloß perzipierte, wurde ein etwaiges Erstarken des wirtschaftlichen Expansionismus der Deutschen besonders befürchtet. Manche Geopolitiker der französischen Schule schienen sogar

²² Vgl. dazu die interessante Studie von Klaus Müller: „Sequenztheorien der postkommunistischen Transformation“, *Internationale Politik und Gesellschaft / International Politics and Society*, Nr. 1/1999, S.19-27

anzunehmen,²³ daß die deutschen Wirtschaftskapitäne nach Osteuropa steuerten, und sie fragten sich immer wieder bange, mit welchem politischen Ziel:²⁴

Da jedoch für Frankreich die Vereinigung Deutschlands keineswegs nur eine geopolitisch-geowirtschaftliche, sondern auch eine geopolitisch-geokulturelle Herausforderung darstellte, nahmen auch ihre Philosophen und Politologen dieses Problem unter die Lupe, und stellten besorgt gravierende Unterschiede zwischen der von Renan formulierten „französischen“, und der von Herder oder Fichte ausgearbeiteten „deutschen“ Auffassung der Nation fest. Dabei wurde übrigens die „deutsche“ Theorie der Nation bezeichnenderweise als eine „ethnische“, die französische hingegen als eine „politische“ bezeichnet bzw. dargestellt. Dies ist vielleicht insoweit von Bedeutung als manche Intellektuellen und Politiker aus Frankreich eben auch einigen ostmitteleuropäischen Ländern wiederholt vorgeworfen haben, dem Umsichgreifen „ethnischer“ Nationalismen weder innerhalb, noch außerhalb ihrer Staatsgrenzen Einhalt gebieten zu können oder zu wollen.

In dieser Debatte wiegelten allerdings manche französische Experten der europäischen Ethnologie wieder mit der selbstsicheren Bemerkung ab, man könne zwar die „deutsche“ und die „französische“ Form der nationalen Identität in der Tat klar unterscheiden, es sei jedoch auffalend, wie wenig die Deutschen, auch hierin im Gegensatz zu den Franzosen, ihrer so oft beschworenen Identität denn auch ganz „sicher“ seien.²⁵ Nun, an dieser Feststellung ist m.E. sicher schon etwas daran. Freilich konnte man zu diesem Zeitpunkt wirklich nicht mehr ohne weiteres behaupten, es sei um die französische Identität wesentlich besser bestellt, als um die deutsche Identität. Auch andere Beobachter der internationalen Szene haben jedoch auf folgendes Paradox hingewiesen: Das vereinigte Deutschland ist ein Staat in der Mitte Europas von hoher geopolitischer Geltung, aber ohne geopolitisches Konzept.²⁶

Seit Mitte der neunziger Jahre reifte allerdings die Ahnung immer mehr zur Gewißheit, daß im Laufe der gewaltigen Umbruchprozesse, die um 1989 auf unserem Kontinent einsetzten, Frankreich praktisch alle der oben erwähnten geopolitischen Trümpfe aus der Hand geben mußte, über die es früher verfügte

²³ Darauf weist Markus Bernath in seiner Rezension über ein geopolitisches Nachschlagewerk von Yves Lacoste hin: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4/95, S 417-418.

²⁴ Bernath, ebenda.

²⁵ Vgl. dazu das Vorwort, das Étienne François zu der französischen Übersetzung des interessanten Buches von Aleida Assman, *Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee*, geschrieben hat. Préface in Assmann, A.: *Construction de la mémoire nationale. Une brève histoire de l'idée allemande de „Bildung“*, Éditions de la Maison des sciences de l'homme, Paris 1994, S. VII-IX.

²⁶ Hier gebe ich in abgewandelter Form einen Satz von Markus Bernath wieder.

und die es jahrzehntelang immer wieder nach Belieben ausspielen konnte.²⁷ Dies führte verständlicherweise zu gewaltigen Erschütterungen der französischen Identität. Ja die Franzosen, die ihr Land seit Anfang der II. voller Stolz und ohne Bedenken als die geistig-politische Führungsmacht des sich immer mehr integrierenden Europas betrachteten, mußten am Ende der neunziger Jahre der ernsthaften Gefahr ins Auge sehen,²⁸ Frankreich, das vermeintliche Herzstück der europäischen Union könnte sich bald in eine bloße Provinz derselben verwandeln.

Eigentlich hätte das Jahr 1989 einem damals noch durchaus geläufigen Szenario entsprechend sowohl kulturell wie auch politisch im Zeichen der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution stehen müssen. Statt dessen schien die politisch-kulturelle Entwicklung Europas in jenen unvergeßlichen Herbstmonaten vor genau zehn Jahren an einem historischen Wendepunkt angelangt zu sein. Dieser wurde von vielen Mitwirkenden, Beobachtern und Zeitgenossen der Ereignisse wenn auch nicht unbedingt als das „Ende der Geschichte“, so doch als das „Ende des Kommunismus“ empfunden. Bald wurde von vielen einflußreichen europäischen Intellektuellen sogar darüber ernsthaft nachgedacht, ob die Ereignisse von 1989 als eine Art „Revolution des Ostens“ angesehen werden konnten.²⁹ Man hoffte nämlich inständig, daß eine solche Umwälzung – diesmal freilich als eine stark verspätete „bürgerliche Revolution“ verstanden – zumindest in einigen fortgeschrittenen Ländern Ostmitteleuropas nicht nur den „Abschied vom Sozialismus“ besiegeln, sondern gleichzeitig auch so etwas, wie einen demokratischen Neuanfang ankündigen könnte.

Allerdings berief man sich dabei in Prag, Warschau oder Budapest – wie dies z.B. von dem namhaften französischen Historiker, François Furet auch klar erkannt wurde,³⁰ ganz offensichtlich nicht mehr vor allem auf die Französische Revolution, die damals von vielen Intellektuellen immer noch als eine „klassisch bürgerliche“ angesehen wurde, und erst recht nicht auf das sogenannte „jakobinische Erbe“ dieser Revolution, das ja vom Bolschewismus für Jahrzehnte regelrecht mit Beschlag belegt worden ist. Vielmehr schien damals in der Ahnenreihe kontinentaleuropäischer Politik ein äußerst merkwürdiger Platzwechsel stattzufinden: die Franzosen Mirabeau und Robespierre wurden eben von den Amerikanern Jefferson und Madison verdrängt...

Freilich sollte die äußerst komplexe Problematik der Französischen Revolution auch im Jahre 1989 nicht ohne weiteres auf die diktatorische Tradition des

²⁷ Moreau Defarges, Ph.: ebenda, S. 148-153.

²⁸ Moreau Defarges, Ph.: „La France, province de l'Union européenne?“, *Politique étrangère*, 1996/1, S. 36-48.

²⁹ Vitányi, Iván: „Kelet forradalmi“, *Valóság* 1990/11.

³⁰ Furet, F.: „Les feuilles mortes de l'utopie“, *Le Nouvel Observateur*, 26 avril - 2 mai; Julliard, J.: „L'adieu au XX^e siècle“, *Le Nouvel Observateur*, 28 décembre 1989 - 3 janvier 1990.

politischen Jakobinismus reduziert werden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß manche Beobachter auch schon damals der Affinität bewußt waren, die keineswegs nur zwischen Jakobinismus und Bolschewismus bestand, sondern vielfach auch zwischen zwei historisch sehr einflußreichen und politisch höchst relevanten Modellen des modernen Nationalstaates. Aus heutiger Sicht ist jedenfalls eine gewisse Affinität zwischen diesen, d.h. dem „französischen“ und dem „osteuropäischen“ Modell nationalstaatlicher Politik unbestreitbar und geradezu unübersehbar.³¹ Das eine dieser Modelle entstand nach der Revolution von 1789 im postmonarchistischen Frankreich, das andere nach der Revolution von 1989 in einigen postkommunistischen Ländern unseres lange geteilten Kontinents.

Genauer gesagt wurde das französische Modell eines einheitlichen, zentralisierten und homogenen Nationalstaates, dem man in Südost- und in Ostmitteleuropa spätestens seit dem Ersten Weltkrieg vielfach nacheiferte, um 1989 herum in manchen (ehemals) staatssozialistischen Ländern föderaler Staatsverfassung (wie z.B. in Jugoslawien und der Tschechoslowakei sowie in ihren inzwischen selbständig gewordenen Teilrepubliken) oder aber in manchen ehemaligen Volksrepubliken (wie z.B. Rumänien und Bulgarien) erneut übernommen, geschickt instrumentalisiert und den eigenen, sich wandelnden nationalen Bedürfnissen angepaßt. Zumindest was die Idee eines einheitlichen und ethnisch-kulturell homogenen Nationalstaates anbetrifft, ist es wohl keine Übertreibung zu sagen, daß man sich etwa in Belgrad, Bukarest und Bratislava auch und gerade nach der Wende meist stillschweigend noch jahrelang an französischen Leitbildern, so an dem republikanischen Erbe der französischen Revolution orientierte.

Allerdings haben viele von uns ostmitteleuropäischen Intellektuellen erst in jenen dramatischen Herbsttagen wirklich begriffen, was damals die historische Eigenart unserer Region auszumachen schien. Einerseits war es wohl die ganze, mehrere Jahrzehnte währende und in diesem Sinne eigentlich relativ lange Geschichte des Staatssozialismus – und nicht erst sein plötzlicher Zusammenbruch –, die überall in Ostmitteleuropa einen enormen politisch-sozialen Trümmerhaufen hinterließ. Andererseits blieb jedoch unter diesem staatssozialistischen Trümmerhaufen auch vieles aus der vorkommunistischen Vergangenheit zum Teil unberührt bestehen, so auch der so genannte „alte kollektive Fundus“ ost-, mittel- und ostmitteleuropäischer Gesellschaften.

³¹ Über dieses Problem wurde in den ungarischen Zeitschriften *Valóság* und *Világosság* eine interessante Diskussion geführt. Vgl. dazu Cholnoky, Gy.: „A nemzetállami eszme csödjé: a Párizs környéki békeszerződések tanulságai“, *Valóság* 1994/12; Faragó, B.: „A demokrácia és a nemzeti kisebbségek“, *Világosság* 1995/1; Samu, M.: „A nemzetállam francia modelljének továbbélése“. Reflexiók Faragó Béla tanulmányára, *Világosság* 1995/8-9.

Auf diesen Zusammenhang hat übrigens Jean-Paul Sartre³² in Bezug auf die ehemalige Tschechoslowakei bereits kurz nach 1968 hingewiesen. Zu diesem „alten Fundus“ der europäischen Gesellschaft zählte er dort die Familie, die Kirchen, die alten Sitten, die lokalen und nationalen Traditionen, aber auch eine ganze Anzahl von geistigen Strömungen und politischen Ideologien. Als Beispiel für die daraus erwachsenden Probleme führte er die gespannten Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken auf... Freilich war Sartre zu dieser Zeit noch fest davon überzeugt, daß durch einen „echten“ oder „authentischen“ Sozialismus auch diese ganze archaische Hinterlassenschaft längst überholt und verändert worden wäre. Dies hinderte ihn allerdings keineswegs daran, festzustellen: Unter der etablierten Ordnung eines aus der Sowjetunion zwangsweise importierten Staatssozialismus blieben viele alte Probleme bestehen, ja durch die Verdinglichung der Macht und die radikale Entpolitisierung des Landes wurden sie sogar noch wesentlich komplizierter.

In der Tat kamen in der ostmitteleuropäischen Region nicht nur am Ende der sechziger Jahre, sondern auch am Ende der achtziger Jahre eine beträchtliche Anzahl weit in die Vergangenheit zurückreichender, theoretisch und praktisch aber bis auf den damaligen, ja zum Teil sogar bis auf den heutigen Tag unbewältigter Probleme wieder zum Vorschein. (Wie groß das historisch angesammelte Konflikt- bzw. Gewaltpotenzial damals tatsächlich war, und wie viel davon zumindest in der südosteuropäischen Region bis in das Jahr 1999 übriggeblieben ist, zeigen die drei jugoslawischen Bürgerkriege der zehn letzten Jahre, und ganz besondere die humanitäre Katastrophe in Kosovo.) Versuchte man allerdings, diese schwerwiegenden und sich mitunter dramatisch zuspitzenden Gesellschaftsprobleme auf den gemeinsamen Nenner zu bringen, so wurde es sehr schnell klar, daß sie sich zu einem Gutteil als „Minderheitenprobleme“ – d.h. als Probleme ethnischer, nationaler, kultureller, politischer, und gesellschaftlicher Minderheiten aller Art – begreifen lassen.

Freilich haben diese Gesellschaftsgruppen historisch längst schon überall eigene kollektive Identitäten herausgebildet, welche dann aus der traditionalistischen Vergangenheit über die meisten politischen Zäsuren hinweg in die jeweilige, so auch in die staatssozialistische Zukunft hinübergerettet werden konnten. Dies geschah allerdings zumeist – und zwar besonders in der mittelosteuropäischen Region – in einer klar modernisierten, manchmal aber auch stark verzerrten Form. Was der „real existierende“ Sozialismus dagegen unternehmen konnte, war freilich strategisch gesehen äußerst wenig. Es war oft nur der Versuch, zumindest einige von diesen alten Identitäten gewaltsam aufzubrechen, politisch relevante Minderheiten zu unterdrücken oder gar als solche

³² Sartre, J.- P.: „Der Sozialismus der aus der Kälte kam“ (Le socialisme qui venait du froid), in *Mai '68 und die Folgen. Reden, Interviews, Aufsätze*, Band 2, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 151-184.

auszulöschen – und soweit dies nicht ging, die ganze Problematik unter den ideologischen Teppich zu kehren. Daß eine solche Vorgehensweise zwar aus der Sicht des Einzelnen als äußerst brutal, aus der Sicht der Geschichte jedoch als weitgehend unbeholfen erscheinen mußte, leuchtet ein.

Warum Jakobinismus, Bolschewismus und Stalinismus, also die drei großen ideologischen Traditionen, welche den meisten staatssozialistischen Regimen zur Legitimationsgrundlage dienten gegenüber allen, wie auch immer gearteten Minderheiten höchst intolerant vorgingen, läßt sich soziologisch freilich nicht immer ganz leicht erklären. Auf jeden Fall kann jedoch, wenn auch nur rückblickend, folgendes eindeutig festgestellt werden: Der Staatssozialismus ost- und ostmitteleuropäischer, ganz besonders aber südosteuropäischer Prägung war weder tatsächlich noch grundsätzlich, weder ideologisch noch politisch in der Lage, die überaus brisante Minderheitenfrage zu lösen. So ist es aber auch nicht weiter verwunderlich, daß Probleme und Proteste verschiedenster Minderheiten – aber freilich auch die dadurch nur noch verschärften Reaktionen jeweiliger Mehrheiten – spätestens in der damaligen Umbruchsituation überall in Osteuropa erneut zu „böartigen gesellschaftlichen Prozessen“³³ entarten konnten oder zu entarten drohten.

Als solche würde ich in diesem Zusammenhang etwa folgende Erscheinungen bezeichnen: erstens Tendenzen von Nationalismus und Antisemitismus bzw. von Xenophobie und Rassismus; zweitens militante Schattierungen von Rechts- und Linkspopulismus bzw. von ideologischem und religiösem Fundamentalismus; drittens aber auch andere Formen von Assimilierungs- oder eben Ausgrenzungswut gegenüber Minderheiten. So z.B. die Bestrebung, ethnisch homogene (oder doch hegemoniale) Nationalstaaten einzurichten bzw. Versuche, eine Annexions- oder Sezessionspolitik mit gewaltsamen Mitteln zu betreiben, die jeweilige politische Opposition zu kriminalisieren; und *last but not least* jegliche Form des politischen Terrors, also nicht nur etwa des Gruppenterrors, sondern nachdrücklich auch des so genannten Staatsterrors. Für die Zukunft der Demokratie in Ostmittel- und besonders in Südosteuropa stellten diese neuartigen Tendenzen moderner Intoleranz freilich jahrelang, und in manchen Ländern dieser Regionen sogar bis auf den heutigen Tag eine schwere Hypothek dar.

Merkwürdigerweise ließen sich allerdings ähnliche oder doch vergleichbare Probleme und Prozesse in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht nur – wenn auch vor allem – in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa beobachten.³⁴ Also nicht nur in einer Region, deren bürgerliche Revolutionen zum Teil noch

³³ Csepeli Gy.: „Rosszindulatú társadalmi folyamatok“, *Világosság* 1984/8-9, S. 592-595.

³⁴ Daniel, J.: „Le non de la France“; Julliard, J.: „L'âme en danger“, Joffrin, L.: „Des armes aux citoyens“; *Le Nouvel Observateur*, 17-23 mai, 1990; sowie das Editorial von Peter Glotz und mehrere Aufsätze in *Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 1991/4.

unabgeschlossen waren oder sind, wo grundlegende Prozesse der Demokratisierung und Modernisierung verspätet und verzerrt abliefen, wenn sie nicht überhaupt verhindert wurden. Sondern auch in manchen westlichen Ländern mit längst erfolgreich abgeschlossenen bürgerlichen Revolutionen, wo Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse von Anfang an umfassend waren und heute weit fortgeschritten sind. Dem „alten Fundus“ der europäischen Gesellschaft scheinen also auch in neuesten Zeiten fast überall noch mehr oder weniger akute Minderheiten- und Toleranzprobleme zu entspringen.

Will man diese besser verstehen, so ist es empfehlenswert, sie nicht nur mit offensichtlichen Verspätungen und Defiziten sondern auch mit latenten Ambivalenzen und dramatischen Widersprüchen europäischer Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse in Beziehung zu setzen. Freilich können dabei Modernität, Demokratie und Universalismus genauso wenig einfach mit „Mehrheit“ gleichgesetzt werden, wie auch Partikularismus, Antidemokratismus und Traditionalismus nicht ohne weiteres mit „Minderheit“ gleichgesetzt werden können. Des weiteren ist es zu beachten, daß dieser für die Entstehung von Minderheitenproblemen so günstige Boden nicht nur in Westeuropa einerseits und in Osteuropa andererseits, sondern auch in den einzelnen Staaten und Subregionen beider Hälften unseres Kontinents, und zwar bis auf den heutigen Tag, ein jeweils anders geartetes soziales Relief aufweist. In südosteuropäischen Ländern, wie z.B. Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien zeigte die Entstehung und Handhabung der Minderheitenfrage, sowie die offizielle Einschätzung von Toleranz und Intoleranz nicht nur vor, sondern teilweise auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ein erheblich anderes Bild, als etwa in den ostmitteleuropäischen Ländern Ungarn, Polen und Tschechoslowakei (bzw. nach Auflösung letzterer in Tschechien).

Ganz allgemein formuliert bezeichnet der Ausdruck „Minderheit“ den zahlenmäßig kleineren Teil einer übergeordneten Einheit, d.h. eine – im Vergleich zur jeweiligen „Mehrheit“ – zahlenmäßig schwächere Untergruppe.⁵⁵ Als „gesellschaftliche Minderheiten“ werden im sozialwissenschaftlichen

⁵⁵ Bei dem Versuch, Begriffe wie „Minderheit“ bzw. „Mehrheit“ sowie verwandte Termini zu erläutern, stützte ich mich in den Jahren um die Wende auf folgende Werke: Jäger, Wolfgang: „Mehrheit“, in *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band III, hg. v. Otto Brunner u.a., Klett-Cotta 1975, siehe besonders die Seiten 1045-1062; Beck, Reinhart: *Sachwörterbuch der Politik*, Kröner 1977; W. Fuchs – R. Klima – R. Laufmann, O. – Rammstedt, H. Wienold (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*, Westdeutscher Verlag 1978; G. Rexilius – S. Grubitsch (Hg.): *Handbuch psychologischer Grundbegriffe*, Rowohlt 1981; Scruton, Roger: *A Dictionary of Political Thought*, Pan Books in Association with the Macmillan Press 1982. Von den neueren Nachschlagewerken, die versuchen den Begriff der „Minderheit“ weiter zu differenzieren und zu problematisieren, seien hier z.B. folgende erwähnt: Hillmann, K.H.: *Wörterbuch der Soziologie*, Kröner, Stuttgart 1994; *The Blackwell Encyclopaedia of Political Science*, ed. by Vernon Bogdanor, Blackwell Reference 1993.

Sprachgebrauch vor allem die religiösen, rassischen, ethnischen, sprachlichen und nationalen Minderheiten bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Situation dieser sowie anderer sozio-kulturellen bzw. sozio-politischen Minderheiten einerseits durch Diskriminierungs- und Unterdrückungsversuche der jeweiligen Mehrheit, andererseits aber durch ihr eigenes, ausgeprägtes Minderheitsbewußtsein, bzw. -verhalten gekennzeichnet ist. Die in diesem Zusammenhang entstehende Frage nach Sinn und Bedeutung des Konzeptes „Identität“ möchte ich hier durch zwei kurze, der Soziologie bzw. Sozialpsychologie entlehnten³⁶ Definitionen beantworten.

„Identität“ ist eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Bezeichnung für das dauernde innere Sich-Selbst-Gleichsein, die Kontinuität des Selbsterlebens eines Individuums, „die im wesentlichen durch die dauerhafte Übernahme bestimmter sozialer Rollen und Gruppenmitgliedschaften sowie durch die gesellschaftliche Anerkennung als jemand, der die betreffenden Rollen innehat bzw. zu der betreffenden Gruppe gehört, hergestellt wird“.³⁷ Wenn der von allem während der Pubertät und Adoleszenz stattfindende Prozess der „Identitätsfindung“ bzw. „Identitätsbildung“ aus welchen Gründen auch immer gestört wird, kann es zu schwerwiegenden Problemen und Krisen, so z.B. zu „Identitätsdiffusion“ und „Identitätsverlust“, sowie zur Herausbildung „negativer Identitäten“ kommen.³⁸ Als „Identifikationsgruppe“ oder „Bezugsgruppe“ wird hingegen in der Soziologie eine Gruppe bezeichnet, „mit der sich eine Person identifiziert, an deren Normen und Wertvorstellungen sie ihr eigenes Verhalten mißt und deren Ziele, Meinungen, Vorurteile usw. sie zu ihren eigenen macht. Als Bezugsgruppen von Personen kommen sowohl solche Gruppen in Frage, denen die Betreffenden bereits angehören (Mitgliedschaftsgruppen), als auch solche Gruppen in die das Individuum aufgenommen oder von denen es anerkannt werden möchte“.³⁹

Est ist weiterhin bekannt, daß in der modernen sozialwissenschaftlichen Literatur nicht nur Bezugsgruppen von Personen, sondern auch Bezugspersonen von Gruppen sowie Bezugspersonen von Personen behandelt werden. Ähnlich können wir freilich nicht nur von der Identität einer Person, also eines individuellen Subjekts, sondern auch von derjenigen verschiedener Kollektivsubjekte, also auch von „Gruppenidentität“, „Generationsidentität“, „Klassenidentität“, ja sogar von „Identität“ und „Selbverständnis“ ganzer Regionen, Nationen, oder Kontinenten sprechen. Das heißt aber, „Nationale Identität“ und verwandte Termini (wie z.B. „Nationalbewußtsein“) können m.E. legitimerweise

³⁶ Vgl. die entsprechenden Stichworte in Fuchs W. et al.: *Lexikon der Soziologie*, a.a. O., S. 326-328; sowie den Artikel „Identität“ im *Handbuch psychologischer Begriffe*, a. a. O., S. 474-478.

³⁷ Fuchs W. et al.: S. 327.

³⁸ Vgl. dazu die entsprechenden Stichwörter in Fuchs W. et al., S. 326-328.

³⁹ Fuchs W. et al., S. 113.

sowohl in der Fachsprache der Sozialwissenschaften als auch in der Umgangssprache verschiedener Länder gebraucht werden. Die vor allem in der französischen Mediensprache zu beobachtende Tendenz, Ausdrücke wie „Identität“ mehr oder weniger negativ zu besetzen (und zwar besonders dann, wenn es um die ethnische oder nationale Identität von anderen Großgruppen geht) halte ich eigentlich für bedauerlich, genauso wie die Neigung, das Wort *identitaire* fast schon wie ein Schimpfwort zu benutzen.⁴⁰

Kommen wir jetzt auf das Problem der sogenannten „gesellschaftlichen Minderheiten“ zurück.⁴¹ Diese können als Teilgruppen innerhalb einer umfassenderen Gruppe oder Gesellschaft aufgefaßt werden, die sich von der Majorität – im Sinne einer „herrschenden Gruppe“ – durch bestimmte Merkmale unterscheiden, welche wiederum „von der herrschenden Gruppe als weniger wertvoll im Vergleich zu den entsprechenden eigenen Merkmalen angesehen werden“.⁴² Gesellschaftliche Minderheiten werden also von denjenigen, für die die herrschende Majorität die Bezugs- oder Identifikationsgruppe darstellt, „als Fremdgruppen gewählt und entsprechend diskriminiert“. Da jedoch „in den modernen Gesellschaften die ‘Nation’ als (fiktive) Trägerin der gesamtgesellschaftlich-politischen Macht besonders gern als Identifikationsgruppe gewählt wird, werden nationale, ethnische und rassische Minderheiten besonders intensiv diskriminiert“. Auf diese Weise legt die eben zitierte Ausführung auch schon den Gedanken nahe, neben der „gesellschaftlichen“ Dimension der Minderheitenproblematik auch ihre „politische“ Dimension zu berücksichtigen.

Unter einem methodologischen Gesichtspunkt fand ich es vor einigen Jahren jedenfalls außerordentlich sympathisch, daß Robert Aspeslagh für die dramatischen Nationalen-, Nationalitäten- und Minderheitenprobleme Osteuropas, die in seiner Studie klar gestellt und sachlich untersucht wurden, eben *keine* Patentlösung anbot. Ich war und bin nämlich fest davon überzeugt, daß es solche definitiven Lösungen, seien sie nun von technokratischer, sozialtechnologischer, machtpolitischer oder gar militärisch-strategischer Prägung, grundsätzlich nicht gibt. Und es gibt freilich auch kein (wie auch immer geartetes) „objektives“ Expertenwissen,

⁴⁰ Wie pejorativ das Wort *identitaire* gewöhnlich gemeint ist, kann man daraus ersehen, daß es häufig in Zusammensetzungen wie *crispation identitaire* verwendet wird.

⁴¹ Ich stütze mich hier auf das von Rolf Klima verfaßte Stichwort „Minorität“, in: Fuchs W. et al., S. 507.

⁴² Auf Grund welcher konkreter Merkmale bestimmte Individuen als Minderheiten betrachtet und behandelt werden, hängt nun nach Rolf Klima „größtenteils von den Werten und Normen ab, die von der herrschenden Gruppe mit allgemeinem Geltungsanspruch vertreten werden“, a.a.O. S 507.

aus dem heraus man sie irgendwie deduzieren könnte. So halte ich z.B. die Grenzen Ungarns, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg durch die besten französischen Experten der damaligen politischen Geographie gezogen wurden, für so vollkommen absurd, daß sie m. E. nicht einmal korrigiert werden können und sollen. Man tut also gut daran, nach solchen Zauberformeln gar nicht erst zu suchen.

Ich war und bin allerdings auch davon überzeugt, daß die Intellektuellen West-, Ost- und Mitteleuropas gleichwohl nicht darauf verzichten sollten, das leidige Problem von Nationen, Nationalitäten und Nationalismen usw. immer wieder an die Tagesordnung zu setzen und selbst nach vernünftigen Lösungen zu suchen. Schwerwiegende Fragen wie diese dürfen also von uns, europäischen Intellektuellen weder vereinfacht und ausgeklammert, noch internationalen Experten überantwortet werden. Am schlimmsten wäre es wohl, sie bedenkenlos an Technokraten, Diplomaten oder Eurokraten weiterzuleiten.

Wie falsch es wäre, lebenswichtige Entscheidungen über diese Probleme einfach verschiedenen Eliten anheimzustellen, welche über ein wie auch immer geartetes technokratisches Expertenwissen zu verfügen glauben, ist übrigens leicht einzusehen. In den Krisensituationen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben ja Experten und Eliten aller Art nur zu oft kläglich versagt. Allerdings gebe ich zu, daß ich über dieses Versagen der Experten nicht etwa Genugtuung verspüre, sondern, daß dieses in mir, wie wohl in den meisten von uns, eher ein beklemmendes Gefühl auslöst. Und was vielleicht noch schlimmer, jedenfalls aber ein relativ neues Phänomen ist, zu diesem Versagen der Experten gesellt sich immer mehr das Abdanken der Intellektuellen. Doch dürfen wir das besagte Problem m. E. selbst dann nicht einfach links liegenlassen, wenn viele von uns inzwischen begriffen haben, daß man weder dem „objektiven“ Wissen der Praktiker, noch dem „absoluten“ Wissen der Theoretiker blind vertrauen kann.

Jedenfalls scheinen mir heutzutage selbst die aufgeklärtesten Vertreter geschichtsphilosophisch, gesellschaftstheoretisch bzw. geopolitisch angelegter Universalmodelle mit ihrem Latein am Ende zu sein. Dies gilt für das „französische“ Modell genauso wie für das „deutsche“ Modell, für das „zentralistische“ genauso wie für das „föderalistische“; ja, für das „nationale“ genauso wie für das „postnationale“. Nicht einmal das ansonsten sehr interessante niederländische „Versäulungsmodell“ – das ja nicht so sehr als ein Universalmodell, sondern vielmehr als ein Akkomodationsmodell begriffen werden sollte – läßt sich ohne weiteres auf die Situation anderer Nationen und anderer Minderheiten übertragen.⁴³

⁴³ Darauf präzise hingewiesen zu haben gehört m.E. sicherlich zu den Verdiensten des Aufsatzes von Robert Aspeslagh. (Allerdings habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, daß in einer ungarischen Zeitschrift für Politikwissenschaft bereits früher eine interessante Studie veröffentlicht wurde, die

Daß unter solchen Umständen verzweifelte Versuche, den Begriff „Nation“ (zumal denjenigen der jeweils „eigenen“ Nation) ausreichend zu definieren immer wieder zu ganz besonders problematischen Formen von politisch-ideologischer Mythenbildung führen können, ist unbestreitbar. Daß ich selber für nationale und besonders nationalistische Mythologien aller Art genausowenig übrig habe wie wahrscheinlich die allermeisten Sozialwissenschaftler, steht ebenfalls fest. Dies heißt aber m.E. noch lange nicht, daß man bei einem ernsthaften Versuch, Begriffe wie „Nation“ und „Nationalismus“ zu definieren bzw. zu interpretieren, vorweg darauf verzichten könnte oder sollte, gegebenenfalls auch auf die Erkenntnisse zurückzugreifen, welche in der ernstzunehmenden sozialwissenschaftlichen Literatur über moderne Mythen und Mythologien vorhanden sind.

Letzten Endes können wir jedoch trotz alledem so gut wie nichts an der folgenden und zugegebenermaßen paradoxen Tatsache ändern: In der gesellschaftlichen Realität sind „Nationen“ als historisch-politische Gebilde durchaus vorhanden – es gibt sie eben. Die europäischen Nationen existieren also ganz real, selbst wenn die historisch-kritische Nationalismusforschung auch des demokratischen Westens ihre größten Schwierigkeiten damit hat, einen wissenschaftlichen „Begriff“ der Nation überzeugend zu definieren.⁴⁴ Freilich hat sich es auch Robert Aspeslagh mit diesem leidigen Problem nicht zu leicht gemacht. Doch hat er hier m.E. eigentlich nur soviel gezeigt, daß weder eine „objektivistische“ noch eine „subjektivistische“ Definition dazu ausreichen, um den Begriff „Nation“ exakt zu bestimmen.

Das heißt, er hat überzeugend gezeigt, daß die „ungarische Nation“, die „rumänische Nation“ oder die „slowakische Nation“ weder durch die Aufzählung von sogenannten notwendigen Konstitutionsmerkmalen (wie z.B. Sprache, Kultur, Religion, Territorium, Tradition usw.), noch etwa durch das sozialpsychologische Merkmal „Nationalbewußtsein“ zufriedenstellend definiert werden können. Dies leuchtet mir auch durchaus ein. Doch reichen diese klassischen Strategien der Begriffsdefinition ganz offensichtlich auch dazu nicht aus, etwa die Kollektivitäten „deutsche Nation“, „französische Nation“, oder „amerikanische Nation“ klar zu bestimmen. (Und sie reichen ganz besonders dann nicht dazu aus, wenn man auch noch versucht, diese gegeneinander auszuspielen.) Stellen aber solche – zugegebenermaßen durchaus ernsthafte – Definitionsschwierigkeiten auch schon wirklich einen zwingenden Grund dafür dar, den eben erwähnten (und zweifelsohne real existierenden) historisch-politischen Gebilden die Qualität

gerade dieses Versäulungsmodell (pillarization) ausführlich und mit Sympathie beschreibt): Enyedi, Zs.: „Pillér és szubkultúra“, *Politikatudományi Szemle*, 1993/4.

⁴⁴ Vgl. Sturm, R.: „Nationalismus“ in *Politikwissenschaft. Theorien — Methoden — Begriffe*, hg. v. Dieter Nohlen und Rainer Olaf Schultze, Piepers Wörterbuch zur Politik, München–Zürich 1992, S. 590-594.

„Nation“ schlechthin abzustreiten? Ich glaube kaum. Und erst recht würden so etwas die Amerikaner, die Franzosen oder die Deutschen als eine Zumutung empfinden. Und in der Tat, haben diese mächtigen Kollektivitäten denn nicht längst schon allesamt den gesamtgesellschaftlichen Modernisierungs- und Integrationsprozeß der so genannten „Nationenbildung“ (*nation-building*) durchgemacht und erfolgreich abgeschlossen? Betrachten sie sich nicht alle ganz selbstverständlich als „Nationen“ (und die Franzosen sogar als *grande nation*)?

Nichtsdestoweniger ändert all dies wohl nichts an der Tatsache, daß über eine verbindliche Definition dieses Begriffes nicht einmal in den eben erwähnten Kernländern des demokratischen Westens mit ihren großen und traditionsreichen Nationen (deren allermeisten Bürger übrigens unbestreitbar auch über ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein verfügen), echte Übereinstimmung besteht. Wird es denn nicht je nachdem von „Staatsnation“, von „Kulturnation“ oder sogar von „Volksnation“ usw. gesprochen? Wird dem jeweils eigenen Modell nicht sowohl „Singularität“ wie auch „Universalität“ bescheinigt, und zwar beides zur gleichen Zeit? Bieten uns da nicht auch die großen Demokratien Nordamerikas und Westeuropas das verwirrende Bild rivalisierender Universalismen und konkurrierender Exzeptionalismen? Und gibt es da nicht trotzdem und unbestreitbar ein schwer definierbares Etwas, was man z.B. intuitiv als eine „amerikanische Nation“, eine „französische Nation“ oder eine „deutsche Nation“ begreifen kann?

Freilich will ich hier keinem begriffsfeindlichen Obskurantismus prämoderner oder postmoderner Prägung das Wort reden. Ich weiß sehr wohl, daß man sich z.B. auch und gerade in Frankreich durch ein ganzes Geflecht von politischen und nationalen Mythen bzw. Mythologien durcharbeiten muß,⁴⁵ um an dieses Etwas heranzukommen. Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß die überaus mächtigen ideologischen Strömungen z.B. des spezifisch französischen Nationalismus und Ethnozentrismus, denen ja so viele Franzosen heute noch (bzw. heute schon wieder) anhängen, unter gar keinen Umständen in einem national sozusagen „luftleeren“ Raum hätten entstehen und einflußreich bleiben können. Sie müssen irgendwie schon in historischen, politischen und konstitutionellen Realprozessen verankert sein, die mit der Entstehung europäischer Nationen und moderner Nationalstaaten verbunden sind. Und ähnliches liesse sich wohl auch von den vielfältigen Formen des spezifisch deutschen Nationalismus und Ethnozentrismus sagen, denen ja, wie wir alle genau wissen, gerade seit der Wiedervereinigung Deutschlands wieder viele Menschen nachhängen.

⁴⁵ Vgl. dazu Giradet, R.: *Mythes et mythologies politiques*, Seuil, Paris 1986; Giradet, R.: *Le nationalisme français*, Seuil, Paris 1983; Winock, M.: *Nationalisme, antisemitisme et fascisme en France*, Seuil, Paris 1982; Citron, S.: *Le mythe national. L'histoire de la France en question*, Les Éditions ouvrières / Études et Documentation Internationales, Paris 1991.

Mir scheint übrigens, daß man sich heutzutage nicht nur in Ost- und Mitteleuropa, sondern auch in Westeuropa, also in den Kernländern des modernen und demokratischen Westens, wieder sehr viel mit den zumindest für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung durchaus quälenden Problemen der nationalen Identität beschäftigt. In Frankreich spricht man bereits von einer „Identitätsneurose“. Aber auch die Deutschen befinden sich da – zwischen Historikerstreit und Wiedervereinigung, zwischen Vaterlandsliebe und Fremdenhaß,⁴⁶ zwischen Deutschland und Europa, zwischen Formen von nationaler und postnationaler Identität – in einer prekären Situation.

Doch haben nicht etwa auch die Ungarn und die Polen, die Tschechen und die Slowaken, oder die Serben und die Rumänen den sozusagen „klassischen“ Modernisierungsprozeß der Nationenbildung längst schon hinter sich gebracht? Ein Blick auf die Kriterien dieses Prozesses, wie sie etwa von Karl Deutsch formuliert wurden, genügt durchaus, um diese Frage zu bejahen. Es sei denn, wir beschließen, daß wir nur dann von „Nationen“ sprechen, wenn wir mit größeren, nicht aber mit kleineren Völkern bzw. Ländern zu tun haben. Doch wie groß soll dann eine Gruppe von Menschen sein, damit man sie als „Nation“ anerkennt? Auch halte ich es keineswegs für reinen Zufall, daß z.B. den voluntaristischen Modernisierungsanstrengungen des kommunistischen Rumäniens, das sich ja generell jahrelang weitgehend an das sowjetische Modell angelehnt hat, zumindest in den sechziger Jahren und ganz speziell was den von Ceausescu für strategisch besonders wichtig gehaltenen Prozeß der „Nationenbildung“ angeht, offenbar (wenn auch stillschweigend) ausgerechnet dieses von Karl Deutsch in Nordamerika ausgearbeitete, im wesentlichen aber den Ländern Westeuropas abguckte Modernisierungsmodell zugrunde gelegt wurde.⁴⁷

Freilich handelt es sich in Mitteleuropa (und erst recht in Osteuropa) wenn da von der „Moderne“ die Rede ist, immer von einem verspäteten, eigenartigen und sogar paradoxen Modernisierungsprozeß, den ich hier vereinfachend als die „Gegenmodernisierung von Nachzüglergesellschaften“ bezeichnen möchte. Ganz ähnlich weisen nun in dieser Region auch wichtige Teilprozesse der Modernisierung, wie z.B. derjenige der Entstehung von modernen Nationen bzw. Nationalitäten, einen verspäteten und nachholenden bzw. einen voluntaristischen

⁴⁶ Nerlich, M.: „Der Haß auf Frankreich. Oder: Vom deutschen Veitstanz um die 'nationale Identität'“, in *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 1994/1. – „Fremdenhaß“ kann als eine extreme Form von „Fremdenfeindlichkeit“ aufgefaßt werden. In seinen schlimmsten Formen tritt „Fremdenfeindlichkeit“ (Xenophobie) als „Antisemitismus“ und als „Rassismus“ auf. Begrifflich nicht scharf abgrenzbar, wird übrigens „Fremdenfeindlichkeit“ sowohl als Oberbegriff wie auch als Synonym für „Ausländerfeindlichkeit“ gebraucht. Vgl. das Stichwort „Fremdenfeindlichkeit“ in der CD-Version des Brockhaus Lexikon 1999, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG.

⁴⁷ Gilberg, T.: „Romania: Problems of the Multilaterally Developed Society“, in Gati, Ch.: *The Politics of Modernization in Eastern Europe, testing the Soviet Model*, New York 1976.

und intoleranten, somit aber auch einen eigenartigen und widersprüchlichen Charakter auf. Daß jedoch solche Modernisierungsprozesse trotzdem wirklich stattfanden, kann meiner Meinung nach nicht ernsthaft bezweifelt werden. Genausowenig wie auch die Tatsache, daß hier im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte eine ganze Reihe relativ moderner (oder doch archeo-moderner) Nationen und Nationalitäten entstand. Dies steht auch dann fest, wenn wir auch vor den Problemen und Pathologien (west)europäischer Moderne einfach die Augen schließen, mit denen diese ost- bzw. mitteleuropäische Gebilde nun einmal behaftet sind.

Die Frage ist freilich, was es uns praktisch und theoretisch einbringt, wenn wir also in bezug auf diese Region die Existenz von „Nationen“ (und zwar von ihrem gesellschaftlichen Typ nach „modernen“ Nationen) anerkennen? Ich muß freimütig zugeben, daß es, zumindest unmittelbar, nicht sehr viel einbringt. Zuerst sieht es sogar so aus, daß man sich durch diese Anerkennung auch noch zusätzliche Schwierigkeiten einhandelt.⁴⁸ Mittelbar bringt es uns aber m. E. immerhin soviel ein, daß die Frage der „ungarischen“, „rumänischen“, „polnischen“ usw. Nation dadurch sozusagen auf eine „europäische“ Ebene erhoben wird, wo sie theoretisch zweifelsohne auch hingehört. Jedenfalls bin ich fest davon überzeugt, daß diese Frage außerhalb des gesellschaftswissenschaftlichen Kontextes „europäische Moderne“ genauso wenig gestellt und beantwortet werden kann, wie außerhalb des geopolitischen Kontextes „modernes Europa“.

Freilich bin ich wiederum weit davon entfernt zu galuben, daß die komplizierte Frage moderner ost- oder mitteleuropäischer Nationen, Nationalitäten und Nationalismen einfach nur richtig gestellt zu werden braucht, um auch schon praktisch gelöst werden zu können. Natürlich muß dieses Problem „europäisiert“ werden, weil es sonst einfach unverständlich bleibt. Aber auch für ein „europäisches Problem“ gibt es ja nicht auch schon unbedingt eine „europäische Lösung“. Ich habe sogar seit einigen Jahren immer mehr den Eindruck, daß es für die moderne Nationen- bzw. Nationalitätenproblematik praktisch und politisch vorerst weder eine „europäische“, noch aber eine „nicht-europäische“ Lösung abzusehen ist.

Denn, was würden wir z.B. dadurch gewinnen, wenn wir die Frage der Nationen bzw. Nationalitäten *nicht* „europäisieren“, also *nicht* allesamt im Kontext des modernen Europas und der europäischen Moderne begreifen würden? Ich

⁴⁸ Wohl ist es nicht so, daß sich über kurz oder lang jegliche „Idee“ von einer Nation mit Haut und Haaren in ein „Mythos“ verwandeln muß. Es stimmt jedoch, daß Prozesse der Nationenbildung durchaus Prozesse der Mythenbildung auslösen können. Mit diesen modernen Mythen der modernen Nation müssen wir uns dann aber kritisch auseinandersetzen, was ja ein äußerst schwieriges Unterfangen ist. Umso mehr als manche Mythen – und diejenigen der modernen Nation gehören eben in diese Kategorie – eigentlich nur als spezifisch „moderne“ korrekt analysiert und überhaupt begriffen werden können.

glaube, dies könnte theoretisch und praktisch einen erheblichen Rückfall bedeuten. So haben z.B. in dieser Region vor allem die Marxisten-Leninisten die nationale Dimension der europäischen Geschichte konsequent ignoriert oder einfach ausgeklammert. Sie haben dadurch weitgehend dazu beigetragen, die Nation in einen (vielfach äußerst problematischen) Mythos zu verwandeln. Und zwar gerade dadurch, daß sie „nationale Frage“ und „nationale Ideologie“ einfach gleichgesetzt und beides im Sinne einer klassenkämpferischen Demagogie des historischen Fortschritts als bereits voll und ganz gelöst betrachtet und sozusagen zu den Akten gelegt haben. Sie haben damit die nationale Frage nicht „europäisiert“ sondern vielmehr „sowjetisiert“ Was ihnen ihre modernistische, gleichzeitig aber auch nationen- bzw. minderheitenfeindliche Haltung politisch und ideologisch „eingebracht“ hat, das wissen wir nur zu gut.⁴⁹

Übrigens kann ich den Eindruck nicht loswerden, daß man die Problematik von Nation und Nationalismus oder von Nationalität und Identität manchmal auch in den modernen Demokratien des europäischen Westens jahrelang sträflich vernachlässigt hat.⁵⁰ Nicht einmal das heikle Problem von Minderheiten und Minderheitenschutz wurde in allen demokratischen Ländern rechtzeitig angepackt. Manche Regierungen im Westen glaubten wohl fast genauso naiv wie die meisten im Osten, all diese Fragen seien längst schon „beantwortet“, man könne sie einfach abhaken, eine weitere Diskussion über dieses Problem habe sich erübrigt. Erst seit 1989 sprechen Politiker und Theoretiker wieder öfter von Nationalismus, wenn auch vor allem von Ethno-nationalismus.⁵¹

Allerdings kann diese ganze Nationen- und Nationalitätenfrage m.E. auch dann nicht ohne weiteres „gelöst“ werden, wenn man sie noch so gründlich „europäisiert“. Freilich war diese Problematik auch in Ost- und Mitteleuropa immer schon weitestgehend durch die jeweilige geopolitische und geokulturelle Konstellation in Westeuropa geprägt. Ich würde sogar sagen, daß das Problem des modernen Nationalismus wie es sich heute im Osten Europas stellt, erst am Anfang unseres Jahrhunderts, durch die geopolitischen Rivalitäten der damaligen Großmächte im Westen Europas geschaffen oder zumindest mitgeschaffen wurde. Die Spannungen, die sich im Ersten Weltkrieg entluden und eine internationale Katastrophe herbeiführten, sollten dann nämlich, wie wir es heute nur zu gut wissen, durch eine „Republikanisierung“ Europas im Sinne des französischen Modells überwunden oder doch vermindert werden

⁴⁹ Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang auf meinen oben bereits erwähnten Aufsatz, „Minorities in Modernity“ hinzuweisen, den ich für ein Buch geschrieben habe, das Robert Aspeslagh mehrfach zitiert hat und das in den Niederlanden veröffentlicht wurde. Doch bezieht sich mein Gedankengang dort nicht spezifisch auf die nationalen Minderheiten.

⁵⁰ Vgl. „Nation“, in Lacoste: *Dictionnaire de Géopolitique*.

⁵¹ Smith A.D.: *Ethnic Nationalism*.

Diesen Umstand möchte ich nun zum Anlaß nehmen, um abschließend noch einige Bemerkungen über eben dieses „französische Modell“ zu machen. In seiner Studie sprach Robert Aspeslagh von dem „*unhappy marriage of the civic and ethnic principles*“ in den Verfassungen der neuen Staaten Ostmitteleuropas.⁵² Nun trifft es sicherlich zu, daß diese Kombination von zwei scheinbar so verschiedenen Prinzipien eben auch in Ostmitteleuropa explosiv ist und zusätzliche Probleme schafft. Ich glaube aber wirklich nicht, daß dies als die einzige (oder auch nur hauptsächliche) Quelle des von ihm beschriebenen Dauerkonflikts von mitunter dramatischen Ausmaßen bezeichnet werden könnte. Mir scheint vielmehr, daß keineswegs erst die Kombination dieser beiden Prinzipien als explosiv angesehen werden muß, sondern, daß beide auch schon sozusagen getrennt und jeweils für sich allein, manche Gefahren in sich bergen.

Warum ich das ethnische Prinzip zumindest in seiner extremen und aggressiven Ausprägung – also etwa jede Form von „ethnischer Säuberung“⁵³ – als nicht nur potentiell sondern auch als durchaus aktuell gefährlich bezeichne, leuchtet ein. Es leuchtet ganz besonders in diesen Tagen ein, als in Kosovo das Phänomen von „*ethnic cleansing*“ durch dasjenige von „*identity extinction*“ ergänzt wird.

Wenn auch im Sinne einer politisch, ideologisch und kulturell grundsätzlich anders gelagerten föderalistischen Demokratietheorie westlichen Typs, werden allerdings Ideen wie „Volksnation“ oder „Kulturnation“ – und somit das ethnisch-kulturelle Prinzip wohl auch im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung eine gewisse Rolle gespielt haben. Und doch würde es im Falle Deutschlands wohl kaum ein europäischer Demokrat sich zutrauen, die Legitimität der Wiedervereinigung einer solchen Nation in Zweifel zu ziehen. Freilich heißt es wiederum absolut nicht, daß ich etwa auch eine „ungarische Wiedervereinigung“ mit entsprechender Veränderung der Staatsgrenzen von mehreren Staaten für legitim, möglich oder vernünftig halten würde. Ganz im Gegenteil. Vielmehr wollte ich hier zumindest darauf hingewiesen haben, daß man in diesem Bereich – und zwar weniger aus erhabenen demokratietheoretischen als vielmehr aus handfesten geopolitischen bzw. geökonomischen Gründen – einfach ständig mit zweierlei Maß mißt. Hinzu

⁵² Er stellt unter anderem fest: „The problem of the several constitutions is the uncomfortable combination of ethnic formulations and the aspiration to a unified nation-state based on the French model... The combination of the territorial, constitutional and ethnic principles brings about an unhappy marriage of 'nations', which is an everlasting source of conflict between partners, until one of them has been dissolved.“ (S. 26.)

⁵³ Roux, M.: „La 'purification ethnique', théorie et pratique“, in: *L'Etat du monde 1994*, Editions de la Decouverte, Paris 1993.

kommt, daß sich dabei die Repräsentanten der mittleren Mächte (und erst recht diejenigen der Großmächte) nur äußerst selten darum bemühen, ihre Vorgehensweise auch nur halbwegs zu begründen, geschweige denn demokratisch zu legitimieren.

Vielleicht ist es aber weniger klar, warum ich in dieser Hinsicht auch das Prinzip des Einheits- oder Zentralstaates französischer Prägung als zumindest potentiell problematisch einstufe. Ich tue es deswegen, weil solche unitarisch-republikanische (oder romanisch-republikanische) Staatsauffassungen eine „*republique une et indivisible*“ zum Ideal erheben. Also eine Republik, welche auf die universalistischen, absolutistischen und jakobinistischen Traditionen der französischen Geschichte zurückgeht und autoritäre bzw. plebiszitäre Herrschaftsformen begünstigt. Eine Republik, welche gegenüber jeglichen Autonomiebestrebungen föderaler, territorialer, sprachlicher und kultureller Art feindlich eingestellt ist und in ihrem Homogenisierungs- Assimilierungs- und Integrationsdrang dazu neigt, den nicht integrations- bzw. assimilationsbereiten ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten die politische Anerkennung *als* Minderheiten zu verweigern.⁵⁴ Und schließlich eine Republik, welche kollektive Menschenrechte als solche nicht anerkennt, sich Minderheitsschutzverträgen nicht anschließt oder aber diese einzuhalten nicht bereit ist.⁵⁵

Hinzu kommt, daß das „französische Modell“ m.E. nicht nur in seinen sozusagen nichtklassischen Anwendungsformen wie in der Tschechoslowakei, in Rumänien oder in Jugoslawien – sowie zeitweise in Ungarn, was ich besonders betonen möchte – äußerst negative Folgen haben konnte. Sondern manchmal auch in Frankreich selbst. Es genügt in dieser Hinsicht an das Schicksal der Bretonen und Normannen, der Korsen und Okzitanen, oder aber der Nordafrikaner zu erinnern.⁵⁶ Es genügt, an Begriffe bzw. Erscheinungen wie „*nationalisme ouvert*“ und „*nationalisme ferme*“, „*national populisme*“ und „*radical populisme*“ sowie „*anti-americanisme*“ und „*anti-germanisme*“ hinzuweisen, um einiges von den zahlreichen und schwerwiegenden Problemen dessen mitzubekommen, das man wohl als französischen Nationalismus oder Ethnozentrismus bezeichnen kann.

Auch haben führende französische Sozialwissenschaftler wie z.B. Michel

⁵⁴ Und zwar offensichtlich auch dann, wenn letztere die Forderungen erfüllen, welche ein UNO Ausschuß 1950 in diesem Zusammenhang formuliert hat.

⁵⁵ Über diese „unitarisch-republikanischen“ bzw. „romanisch-republikanischen“ Staatsauffassungen sowie über ihre Minderheiten- und Integrationspolitik gibt es eine umfangreiche internationale Literatur. Vgl. *Pipers Wörterbuch der Politik*: „Einheitsstaat“, „Minderheit“, „Föderalismus“, „Regionalismus“, usw.

⁵⁶ Es ist auch aufschlußreich auf solche äußerst charakteristische Sprüche wie z.B.: „*Nos ancêtres les Gaulois*“ oder „*Vive le Québec libre*“ oder aber, in einem anderen Zusammenhang, an die Problematik des Vichy-Regimes hinzuweisen.

Wieviorka⁵⁷ und andere vor kurzem überzeugend gezeigt, daß das Wiedererstarken von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit heutzutage auch (aber freilich nicht nur) in Frankreich eine massive und durchaus gefährliche Tendenz darstellt. Allein schon Ausdrücke wie „*ethnocentrisme français*“, „*racisme universaliste*“, „*exception culturelle française*“, „*ministre de la francophonie*“ und „*défense de la langue française*“ zeigen an, daß man von dem französischen Modell auch heutzutage kaum behaupten kann, es ermögliche eine staatliche Politik, die über alle Formen von ethnisch-nationaler, national-sprachlicher und sprachlich-kultureller Befangenheit bzw. Voreingenommenheit fraglos erhaben sei.

Wie wenig also dieses „französische Modell“ erst einmal mit dem „ethnischen Prinzip“ kombiniert zu werden braucht damit es ganz große Schwierigkeiten mit der Nationalitäten- bzw. Minderheitenproblematik im allgemeinen (aber eigentlich auch im besonderen) bekommt, kann aus folgendem ersehen werden.

Der französische Zentralstaat ist immer wieder mit den regionalen Autonomiebewegungen (oder doch -bestrebungen) der eigenen, nicht assimilationsbereiten (oder sich doch zumindest teilweise immer wieder „disassimilierenden“) ethnisch-sprachlich-kulturellen Minderheiten konfrontiert, was zum Beispiel von der britischen Presse, etwa von der Wochenzeitschrift *The European*, immer wieder genüsslich vermerkt wurde. All dies schafft der französischen Politik offenbar so beachtliche Schwierigkeiten, daß sie vor einigen Jahren nicht einmal die vom Council of Europe erarbeitete Charte „European Charter for Regional or Minority Languages“ zu unterzeichnen bereit war, was wiederum in Ungarn vielfach auf Unverständnis stieß... Inzwischen hat zwar Frankreich der besagten Charte beigepflichtet, die entsprechende politische Entscheidung hat jedoch auch die zahlreichen und einflussreichen Gegner einer solchen vermeintlichen Aufweichung der französischen Positionen auf den Plan gerufen, und zu einer kontroversen Diskussion geführt.⁵⁸

Mir scheint also, daß dieses Modell auf den spezifisch französischen Traditionen von Aufklärung und Revolution, von Reich und Republik aufbaut, spezifisch französische Tendenzen von Universalismus und Exzeptionalismus kristallisiert, spezifisch französische Formen des nationalen Sendungsbewußtseins zum Ausdruck bringt und nach dem Ersten Weltkrieg dazu herhalten sollte, die Hegemonie des modernen und republikanischen Frankreichs im neuen, nachmonarchischen Europa zu begründen und zu legitimieren. Durch die geopolitische Strategie der „Republikanisierung Europas“⁵⁹ sollten die Grundlagen

⁵⁷ Wieviorka, M. (sous la direction de): *Racisme et Modernité*, Editions de la Découverte, Paris 1993, siehe besonders die interessante „Einführung“ vom Herausgeber des Bandes.

⁵⁸ „Qui a peur des langues minoritaires?“, *Le Nouvel Observateur*, 1 – 7 juillet 1999; Lafont, R.: „Plaidoyer pour les ‘mauvaises langues’“, *Le Nouvel Observateur*, 29 juillet 4 août 1999.

⁵⁹ Fejtő, F.: *Histoire*, S. 305-337.

eines Europas der Republiken, vor allem aber diejenigen einer europäischen Hegemonie Frankreichs oder sogar eines „französischen Europas“ geschaffen werden.

Erst viel später wurde erkannt, daß diese Strategie auf eine Reihe von Illusionen⁶⁰ militärischer, ökonomischer und diplomatischer Natur aufbaute. Vorerst wurde sie jedoch mit den machtpolitischen Mitteln der Friedensverträge erfolgreich durchgesetzt. Wie wenig etwa Ungarn durch den Trianon-Vertrag *wirklich*, wie öfters vorgegeben, wegen seiner weitgehend nationalistisch und antidemokratisch ausgerichteten Minderheitenpolitik sanktioniert bzw. „bestraft“ werden sollte,⁶¹ ist allein schon daraus ersichtlich, daß dieser in der Tat äußerst problematischen ungarischen Minderheitenpolitik lange Jahre ausgerechnet das französische Modell zugrunde lag. Wenn Österreich-Ungarn also sanktioniert wurde, dann folgte dies vermutlich nicht so sehr aus der lobenswerten Absicht, die hehren Ideale der modernen Demokratie, in diesem Fall also die Menschen- bzw. Minderheitenrechte, durchzusetzen, sondern vielmehr aus einem kühlen macht- oder geopolitischen Kalkül.

Die Republikanisierung Ost- und Mitteleuropas im Sinne des französischen Modells mündete jedenfalls bald überall in eine antidemokratische, nationalistische und rassistische Minderheitenpolitik. Ja letzten Endes hat sie wohl (wenn auch nur ungewollt, indirekt und neben zahlreichen anderen Faktoren) sogar zum Sieg des deutschen Faschismus und zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen. Freilich haben István Bibó und Hannah Arendt bereits vor Jahrzehnten die Friedensverträge von Versailles und Trianon sowie die zur Ideologie verkommene Idee des Nationalstaates und der Menschenrechte, aber auch den neuen Nationalismus und Antisemitismus in Europa einer theoretisch anspruchsvollen, gleichzeitig aber politisch vernichtenden Kritik unterzogen.

Jedenfalls ist es klar, daß im Zweiten Weltkrieg nicht nur das faschistische Modell eines „germanischen Europas“ ruhmlos unterging, sondern eigentlich auch dieses freilich grundsätzlich anders geartete neojakobinisch-republikanisch-imperiale Modell eines „französischen Europas“ seine Daseinsberechtigung verlor. Westeuropa wurde „amerikanisiert“; Osteuropa wurde „sowjetisiert“. Erst viel später fing man wieder an, wenn auch eher zaghaft, von einer „Europäisierung Europas“ zu sprechen.

Was wir wiederum seit dem Ende des Kalten Krieges erleben, ist allerdings nicht nur das Ende der sowjetischen und amerikanischen Hegemonie in Europa. Es ist auch die erste große Krise dessen, was man im Französischen manchmal als *Europe européenne* bezeichnet, was aber im Klartext *Europe française* höchstens aber

⁶⁰ Bernard, Ph.: *La fin d'un monde 1914-1929*, Seuil, Paris 1975, S.131-179.

⁶¹ Fejtő, F.: „Magyarország-kép a médiumháború idején“, *Magyar Hírlap*, 16. 4. 1994; Pomogáts, B.: „Nemzet és állam“, *Új Magyarorszag*, 5.3. 1994.

Europe franco-allemande heißt. Freilich wurde diese Krise durch den Untergang des „sowjetischen Europas“ gleichsam mitausgelöst. Sie kommt aber auch davon, daß mit dem Ende des ehemaligen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei nun auch zwei weitere Grundpfeiler der früheren, eigentlich noch französisch inspirierten (inzwischen aber freilich sowjetisch überformten) Friedensordnung in Europa zusammenbrachen.

Die aktuelle Krise, welche die Brisanz der nationalen Frage wieder zum Vorschein brachte, kann also nur als eine „europäische“ bezeichnet werden. Sie ist nicht nur osteuropäisch oder mitteleuropäisch, sondern auch westeuropäisch.⁶² Auf jeden Fall sieht es z.B. nicht so aus, als ob das französische oder das deutsche Einbürgerungsrecht – das erste bis 1993 ein bedingtes *ius soli*, das zweite hingegen nahezu ausschliesslich ein *ius sanguinis* – alle Probleme dieser Art in einem Handumdrehen lösen könnten.

Was die Problematik von Nation und Nationalismus, nationaler und postnationaler Identität betrifft, haben wir also eine gesamteuropäische Krise vor Augen, wobei jedoch offensichtlich kein wie auch immer geartetes „gesamteuropäisches Modell“ vorhanden ist, um sie irgendwie zu lösen. Die Unfähigkeit der Europäischen Union einen neuen Bürgerkrieg in Europa zu verhindern oder auf die Krise in Kosovo sozusagen aus eigener Machtvollkommenheit auch nur entscheidenden Einfluß zu nehmen, spricht Bände.

II.

Zum Schluß möchte ich zuerst eine Arbeitsdefinition des Begriffes „Nationalismus“ einfügen. Am besten entnimmt man diese der elektronischen Version des Brockhaus Lexikons. Nach diesem Werk bezeichnet das Wort „Nationalismus“ eine „auf den Begriff der Nation und den souveränen Nationalstaat als zentrale Werte bezogene Ideologie. Nationalbewusstsein und Nationalismus sind geeignet, soziale Großgruppen zu integrieren und abzugrenzen, wobei der Nationalismus nach außen und nach innen militant auftreten kann; er ist Mittel versch. Bewegungen zur Ausbildung einer eigenen Nation. Der aggressive Nationalismus, der die eigene Nation absolut setzt (Chauvinismus) und damit die Existenz anderer Nationen bedroht, war bes. für die Zeit zw. den beiden Weltkriegen charakteristisch. Die danach in Europa als Folge v.....a. der Weltkriegserfahrungen und der internat. Bündnisbeziehungen relativierte polit. Wirksamkeit des Nationalismus wuchs jedoch wieder seit 1989 mit dem polit. Umbruch in Mittel-, O- sowie SO-Europa und dem damit verbundenen offenen Ausbruch schwelender Nationalitätenfragen, bes. seit dem Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens

⁶² Münch, R.: *Das Projekt Europa*, ebenda, S. 49-90.

(1991). Mit dem Erstarren des islam. Fundamentalismus gewann der Nationalismus bes. im arab. Raum an Bedeutung".⁶³

Weiter oben habe ich bereits darauf hingewiesen, daß ich es für hilfreich halten würde, in die verschiedenen Überlegungen, die man z.B. über Nation und Transformation anstellen will, auch manche modernisierungs-geschichtliche, geopolitisch-geokulturelle bzw. philosophisch-anthropologische Gesichtspunkte, sowie einige der diese formulierenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen mit einzubeziehen. Nur soll man sich keineswegs der Illusion hingeben, dies sei auch schon des Rätsels Lösung.

Freilich verwende ich das Wort „Geopolitik“ hier nicht im Sinne der älteren (deutschen bzw. skandinavischen) Forschung, deren manche Richtungen durch den Faschismus weitgehend kompromittiert wurden, sodaß das Reden über Geopolitik gerade im deutschen Sprachbereich lange Jahre verpönt blieb.⁶⁴ Sondern ich verwende es vielmehr in dem westlich-demokratischen Sinne der neueren (französischen bzw. angelsächsischen) Politikforschung.⁶⁵ Eine imposante Synthese dieses neuen geopolitischen Denkens wurde neulich unter der Leitung von Yves Lacoste in Frankreich durchgeführt.⁶⁶ Da einer der Glaubenssätze dieses umfangreichen Lexikons eben lautet: „Die Geopolitik eines Staates hängt von seinem Verständnis der Nation ab“, ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß es einen relativ langen und ausgewogenen Aufsatz über „Nation“⁶⁷ und verwandte Termini beinhaltet. In diesem Artikel, wie auch in seiner programatischen Einführung will sich Lacoste offenbar „in Gegensatz zu all denen setzen, die innergesellschaftliche wie internationale Konflikte primär als Folge wirtschaftlicher Rivalitäten interpretieren. Die Nationen – so sagt er – bekämpfen sich in Wirklichkeit wegen anderer Werte: historische Gebiete, Teile von Territorien, die

⁶³ Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG 1999

⁶⁴ Dies gilt sowohl für die Bundesrepublik Deutschland wie auch für die DDR, obwohl die Deutschen vierzig Jahre lang an der Demarkationslinie des Kalten Krieges lebten. Diese Feststellung wird von Markus Bernath durch die folgende ergänzt: „Heute ist die 'größter gewordene Verantwortung Deutschlands' das Trapez, auf dem geopolitische Entwürfe in die Medien katapultiert werden – von der Absicherung der 'Ostgrenze' gegen illegale Einwanderer bis zur Forderung nach einem ständigen Sitz im Welticherheitsrat.“ Vgl. Bernaths Rezension über das von Yves Lacoste herausgegebenen „Dictionnaire de géopolitique“, in *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4/95, S. 417-418.

⁶⁵ Parker, G.: „La pensée géopolitique occidentale au XXe siècle: continuité et changements“, in *Revue Internationale des Sciences Sociales*, Février 1991, No 127. Siehe dazu auch die lapidare Formulierung von Bernath: „Über 'Geopolitik' zu sprechen ist Mode geworden, weil sich Grenzkonflikte und blutige Republikgründungen mit den Begriffen des Kalten Krieges nicht mehr recht erklären lassen.“ (Ebenda.)

⁶⁶ Lacoste, Y.: *Dictionnaire de Géopolitique*, Flammarion, Paris 1993.

⁶⁷ Vgl. Lacoste, Y.: „Nation“, in *Dictionnaire de Géopolitique*, a.a. O., S. 1085-1092. Siehe auch Bernath, ebenda.

einen symbolischen Wert besitzen".⁶⁸

Wie wenig allerdings in Sachen Nation, nationale Identität und europäische Integration auch eine so wichtige Disziplin wie Geopolitik, und ein so angesehener Wissenschaftler wie Yves Lacoste gegen (wie mir scheint keineswegs unberechtigte) Vorwürfe eines anderen und nicht weniger angesehenen Wissenschaftlers, des ebenfalls französischen Historikers André Burguière, gefeilt ist, läßt sich aus einem interessanten Artikel dieses letzteren ersehen.⁶⁹ In diesem wird Lacoste wegen mancher Thesen seines Buches „*Vive la Nation*“ rundheraus Simplifikation, ja sogar *simplisme*, also starke und durchaus unzulässige Vereinfachung komplizierter Tatbestände, vorgeworfen. Auch andere Rezensenten dieser wichtigen Veröffentlichung sahen sich übrigens dazu veranlaßt, festzustellen: ganz überzeugend ist das ganze nicht. Ja, daß man von diesem großangelegten Nachschlagewerk (an dem Dutzende von französischen Wissenschaftlern mitgewirkt haben) nicht einmal über das immerhin bevorzugt behandelte Deutschland (bzw. über die Geopolitik der deutschen Vereinigung) spektakuläre Erkenntnisse erwarten kann.⁷⁰

Mir scheint also, daß Geopolitik, wenn überhaupt, auch in ihrer neuen oder erneuerten Form nur unter bestimmten Bedingungen ernsthaft zu einem besseren und ausgewogeneren Verständnis zeitgenössischer Globalisierungs- und Lokalisierungsprozesse, postkommunistischer Auflösungs- und Vereinigungstendenzen (oder in einem Wort: weltpolitischer Umbruchprozesse) beitragen kann. So unter anderem nur dann, wenn ihre Vertreter ernsthaft versuchen das Kunststück fertigzubringen, einerseits ihren geopolitischen Horizont durch Einbeziehung von geoökonomischen und geokulturellen Überlegungen wesentlich zu erweitern, andererseits aber, soweit es geht, auch ihre eigene, unvermeidlich vorhandene (und fast immer kulturell bzw. symbolisch vermittelte) nationale Befangenheit abzulegen oder wenigstens zu relativieren. Bleiben wir diesmal bei der Problematik Nation und Transformation, Nationalismus und nationale Identität, und beschränken wir uns auf wichtige Analysen, die nach der Wende entstanden und veröffentlicht wurden, dann kommen mir vor allem zwei oder drei Bücher in den Sinn, die diesen Kriterien entsprechen.

Es sind dies die eigentlich keineswegs unmittelbar geopolitisch angelegten, m.E. aber auch geopolitisch höchst relevanten Arbeiten von Guy Hermet, Claus Offe und Anthony D. Smith. Der erste hat 1996 eine interessante *Histoire des nation et du nationalisme en Europe* vorgelegt;⁷¹ der zweite 1994 (und zwar unter

⁶⁸ Bernath, M.: ebenda.

⁶⁹ Burguière, A.: „La nation sans frontières. A propos des essais d'Yves Lacoste et de Pierre Birnbaum“, in *Le Nouvel Observateur*, 26 février - 4 mars 1998.

⁷⁰ Bernath, ebenda.

⁷¹ Hermet, G.: *Histoire des nations et du nationalisme en Europe*, Éditions du Seuil 1996.

dem nach meinem Dafürhalten sehr tiefgründigen Titel *Der Tunnel am Ende des Lichts*) einige auch theoretisch sehr anspruchsvolle „Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten“ veröffentlicht;⁷² während der dritte bereits 1991 ein vorzügliches Buch über *National Identity* verfaßt hat.⁷³ (Dieses letztere konnte ich allerdings durch verschiedene Zufälle bedingt erst mehrere Jahre nach seinem Erscheinen zur Kenntnis nehmen.) Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß diese Bücher meine Auffassung von der uns hier interessierenden Problematik wesentlich bereichert haben.

Darüber hinaus wäre es meiner Meinung nach ganz bestimmt hilfreich, auch noch drei weitere Autoren heranzuziehen, die zwar nicht so einfach einzuordnen sind, die ich aber auch und gerade in dem uns hier interessierenden Zusammenhang für sehr interessant halte. Es sind dies die Deutsch-Amerikanerin Hannah Arendt,⁷⁴ sowie die Ungarn István Bibó⁷⁵ und Ferenc Fejtő.⁷⁶

Doch lassen sich auch meine modernisierungstheoretische und modernisierungshistorische Bezugspunkte genauer verorten. In dieser Hinsicht dachte ich vor allem an so verschiedene Theoretiker wie Richard Münch,⁷⁷ Alain Touraine⁷⁸ und Jürgen Habermas,⁷⁹ die jedoch zumindest was die hier anstehenden Probleme angeht, eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit aufweisen. Diese besteht darin, daß die genannten Autoren auch im Rahmen ihrer groß angelegten, der umfassenden Erforschung der westlichen Moderne gewidmeten soziologisch-philosophischen Arbeiten immer wieder einen wichtigen Platz denjenigen

⁷² Offe, C.: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Campus, Frankfurt – New York, 1994.

⁷³ Smith, A.D.: *National Identity*, Penguin Books, London–New York 1991.

⁷⁴ Arendt, H.: *The Origins of Totalitarianism*, Harcourt Brace, New York 1951.

⁷⁵ Bibó, István (1911-1979) hat bereits vor 1945 wichtige Beiträge zu der uns hier interessierenden Problematik geschrieben, von denen einiges neulich auch in deutscher und französischer Sprache erschien. Übrigens nahm auch Habermas in einem Vortrag in Budapest zu den sehr tiefen und sehr skeptischen Einsichten von Bibó Stellung.

⁷⁶ Fejtő, F.: *Requiem egy hajdanvolt bírodalomért, Ausztria-Magyarország szétrombolása*, Minerva-Atlantisz, Budapest 1990. Von dem ungarischen Historiker Ferenc Fejtő auf französisch verfaßt, erschien dieses Buch zuerst in Frankreich: *Requiem pour un empire defunt, Histoire de la destruction de l'Autriche-Hongrie*, EDIMA, Paris 1988.

⁷⁷ Münch, R.: *Die Struktur der Moderne, Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften*, Suhrkamp, Frankfurt 1992; Münch, R.: *Das Project Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt 1993.

⁷⁸ Touraine, A.: *Critique de la modernité*, Fayard, Paris 1992.

⁷⁹ Neben den bereits erwähnten Aufsätzen von Habermas über Probleme der nationalen und der postnationalen Identität, möchte ich hier besonders auf seine modernisierungstheoretischen Schriften hinweisen. Von diesen möchte ich hier allerdings nur die bis jetzt wohl letzte anführen: „Konzeptionen der Moderne, Ein Rückblick auf zwei Traditionen“, in Habermas: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Suhrkamp 1998, S. 195-231.

Gedanken zuweisen, welche um Fragen nationaler Identität und politischer Transformation kreisen. Daß diese Fragen auch und sogar vor allem in postkommunistischen Transformationsgesellschaften gestellt werden müssen, wissen wir nur zu gut. Das heißt aber noch lange nicht, daß man sich mit allen ihrer Ausführungen sozusagen von vornherein für einverstanden erklären könnte und sollte. So habe ich z.B. bereits darauf hingewiesen, daß mich die Stellungnahmen, die Habermas zu Problemen der „nachholenden Revolution“ oder zu denjenigen der „postnationalen Identität“ abgegeben hat, keineswegs ganz überzeugen.

Und erst recht bin ich nicht dazu bereit, mich einfach mit den noch so einflußreichen (und zuweilen sogar als „klassisch“ bezeichneten) modernisierungshistorischen Nationalismusanalysen zufrieden zu geben, die z.B. Ernest Gellner⁸⁰ oder Eric Hobsbawm⁸¹ verfaßt haben. Mir scheint vielmehr, daß es sich theoretisch durchaus lohnen würde, manche noch so produktive Fragestellungen dieser namhaften Wissenschaftler kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls auch richtigzustellen. Wie wenig übrigens die zweifelsohne sehr interessanten Ausführungen von Hobsbawm oder Gellner historisch und soziologisch gesehen auch immer ganz zufriedenstellend waren und sind, wird von mehreren Autoren gezeigt.⁸² Auf die umfassendste und wohl interessanteste Weise wird jedoch diese modernisierungstheoretisch inspirierte Nationalismusliteratur von Anthony D. Smith dargestellt und kritisiert.⁸³

Was nun das sehr interessante Buch von A. D. Smith betrifft, das 1991 unter dem Titel *National Identity* veröffentlicht wurde,

„[...]its underlying assumption is that we cannot understand nations and nationalism simply as an ideology or form of politics but must treat them as cultural phenomena as well. That is to say, nationalism, the ideology and movement, must be closely related to national identity, a multidimensional concept, and extended to include a

⁸⁰ Gellner, E.: *Nationalismus und Moderne*, Rotbuch, Berlin 1991; Gellner, E.: *Nations and Nationalism*, Blackwell, Oxford 1983; Gellner, E.: *Nationalism*, in: *The Blackwell Encyclopaedia of Political Science*, ed. by Vernon Bogdanor, Blackwell Reference 1993, 382-383; Gellner, E.: „Nationalism“, in *The Blackwell Dictionary of Twentieth-Century Social Thought*, ed. by William Outhwaite & Tom Bottomore, Blackwell Reference 1994, 409-411. (Die beiden wichtigen Lexikon-Artikel sind nicht identisch.)

⁸¹ Hobsbawm, E.: *Nations et nationalisme depuis 1780*, Gallimard, Paris 1992

⁸² So z.B. von Branka Magas: „An Exchange with Ernest Gellner“, *New Left Review*, November/Dezember 1991.

⁸³ Smith, A.D.: „Nationalism“, in *Encyclopedia of Government and Politics*, ed. by: Mary Hawkesworth – Maurice Kogan, Routledge, London - New York 1992, Vol. II. 1114-1127. Siehe auch Smith, A.D.: „Ethnic Nationalism“, in *The Blackwell Encyclopaedia of Political Sciences*, 208-209; und freilich Smith, A.D. „National Identity“, ebenda.

specific language, sentiments and symbolism[...]. „While for analytical purposes it is necessary to distinguish the ideological movement of nationalism from the wider phenomenon of national identity, we cannot begin to understand the power and appeal of nationalism as a political force without grounding our analysis in a wider perspective whose focus is national identity treated as a collective cultural phenomenon”.

Fast zehn Jahre nach seiner Veröffentlichung scheint mir dieses Werk von A.D. Smith immer noch von nicht geringer Aktualität zu sein. Um so mehr, als das letzte Kapitel auch noch die Frage aufwirft, wie denn in unseren Tagen die Chancen stünden, eine neue, post-nationale Welt, eine Welt ohne Nationalismus oder sogar ohne Nationen zu errichten, und darauf eine vorsichtige und differenzierte Antwort gibt:

„Nationalism provides perhaps the most compelling identity myth in the modern world, but it comes in various forms. Myths of national identity typically refer to territory or ancestry (or both) as the basis of political community, and these differences furnish important, if often neglected, sources of instability and conflict in many parts of the world. It is no accident that many of the most bitter and protracted ‘inter-national’ conflicts derive from competing claims and conceptions of national identity. An understanding of these ideas and claims is vital if we are ever to ameliorate, let alone resolve, some of these conflicts and create a genuine international community[...] „[...] even the current limitations imposed on multinational corporations, the erosion of power-blocs and the nationalization of global communication networks, the chances of imminent suppression of nationalism look bleak. Nevertheless, signs of regional associations under the cultural auspices of ‘pan’ nationalisms may herald a new stage in collective identifications, at least in some parts of the globe. This will probably be a slow and uncertain process. All that we can say with some degree of certainty is that national identity and nationalism are likely to remain powerful and proliferating forces in the foreseeable future. Hence the urgent need to increase our understanding of so global a condition and so explosive a force.”⁸⁴

⁸⁴ Smith: „National Identity”, S. VII-X.

Schließlich möchte ich noch zwei weitere und für mich besonders wichtige Namen erwähnen. Es handelt sich um die Ungarin Ágnes Heller⁸⁵ und den Franzosen Paul Ricoeur,⁸⁶ also um zwei Denker von Weltgeltung, die unsere Zeitgenossen sind. Sicherlich sind Ricoeur und Heller als Philosophen ebenso ganz große Klasse, wie Habermas freilich auch. Was sie allerdings (zumindest in meinen Augen) auch darüber hinaus noch auszeichnet, ist wohl, daß sie eben nicht nur philosophisch und soziologisch, sondern auch historisch und anthropologisch (ja sogar kulturell und literarisch) stets aus dem vollen schöpfen. Jedenfalls glaube ich aus ihrem großen und zutiefst persönlichen Wissen, aus ihrem gelebten und sogar leidenschaftlich *gelebten Denken* sehr viel gelernt zu haben. Und zwar nicht nur über Identität und Alterität, sondern auch über Nation und Europa.

⁸⁵ Heller, A.: „Die neue Völkerwanderung, Europäische Zustände aus amerikanisch-ungarischer Sicht. Gespräch mit Agnes Heller“, in *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, September 1993; siehe auch Heller, Á.: *Az idegen, Múlt és Jövő*, New York – Budapest – Jeruzsálm 1997.

⁸⁶ Vgl. z.B. Ricoeur, P.: *La critique et la conviction* (Entretien avec François Azouvi et Marc de Launay), Calmann-Lévy, Paris 1995; Ricoeur, P.: *Réflexion faite. Autobiographie intellectuelle*, Éditions Esprit, Paris 1995.

JAN WESSELS

DER EINFLUSS NATIONALER POLITIKKONZEPTE AUF DIE WAHRNEHMUNG EUROPAS

Eine Medienanalyse deutscher und französischer Tageszeitungen

I. Einleitung

Mit der Krise um den Rücktritt der europäischen Kommission im März 1999 stand die europäische Politik für einige Tage im Zentrum der europaweiten Medienberichterstattung. Die Fernsehkanäle zeigten Sondersendungen, die Zeitungen ganzseitige Berichte. Zwei Sorgen bewegten die Kommentatoren: Die Handlungsunfähigkeit der EU und ein sinkendes Vertrauen der europäischen Bevölkerung. Die Einstellung der Gesellschaften zur europäischen Entscheidungsfindung hatte sich seit dem Maastrichter Gipfel 1991 kontinuierlich verschlechtert und erst jüngst etwas erholt.

Im folgenden Artikel wird die Identifikation der Bürger mit Europa gerade vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung untersucht. In dieser Medienberichterstattung spiegeln sich Wahrnehmungsmechanismen, die auch für eine relativ gering ausgeprägte europäische Identität verantwortlich sind. Nationale Politikkonzeptionen bestimmen die europäische Perzeption und führen zu einer geringeren Akzeptanz europäischer Politik. Aus der Sicht der Bürger repräsentieren die europäischen Institutionen nicht die erwarteten Werte und Ordnungsvorstellungen. Eine Voraussetzung für die Akzeptanz europäischer Politik und ihre integrierende Wirkung ist die symbolische Repräsentation grundlegender Wert- und Ordnungsvorstellungen. Diese Überlegung schließt sich an die institutionentheoretischen Vorstellungen von Göhler (1996a) an, die als theoretische Grundlage für das im folgenden beschriebene Forschungsvorhaben¹ dienen. In diesem in den Jahren 1995-1998 realisierten Vorhaben wurden acht deutsche und französische Tageszeitungen auf ihre Europaberichterstattung hin untersucht und diese in einer quantitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die leitende Fragestellung war, ob die Wahrnehmung der EU in den untersuchten Medien Deutschland und Frankreichs von nationalen Politikkonzeptionen geprägt ist und ob dies zu

JAN WESSELS

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft: wissenschaftlicher Mitarbeiter

¹ Der Artikel gibt die wesentlichen Erkenntnisse der Dissertation des Autors wieder, die im Herbst 1998 am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU-Berlin eingereicht wurde. Für die Betreuung dieser Arbeit sei insbesondere den beiden Gutachtern, Prof. Gerhard Göhler und Prof. Dieter Klingemann gedankt.

einer überwiegend negativen Bewertung der EU führt. Im Hintergrund dieser vor allem auf die Realisierbarkeit hin eingeschränkten Fragestellung steht aber das weitere erkenntnisleitende Interesse, warum sich in der EU nicht eine dem nationalstaat ähnliche gesellschaftliche Integration beobachten läßt, wenn die EU doch einen staatsähnlichen Aufbau mit potentiell integrativ wirksamen Institutionen hat.

II. Von der theoretischen Konzeption zur zentralen Untersuchungshypothese

Aus der Einleitung ergibt sich die Frage, ob sich der bisweilen festgestellte „Mangel“ an kollektiver europäischer Identität (Duchesne-Frogner 1995; Angelucci 1993; Wolton 1993: 401ff; Reif 1992) über eine Analyse der europäischen Institutionen deuten läßt. Ausgangspunkt der Überlegung ist die Annahme, daß die Existenz und das Handeln politischer Institutionen unabhängig von ihren instrumentellen Steuerungsleistungen Einfluß auf die Identität einer Gesellschaft hat, da die Institutionengestalt (verstanden als die regelgeleitete innere Ordnung der Institution, Struktur und Funktion derselben) über ihre Wahrnehmung im politischen Prozeß schon eine identifikative Wirkung auf die Gesellschaft selbst ausübt. Für diese Annahme ist ein spezifisches Verständnis des politischen Prozesses wesentlich:

Unterschieden wird zwischen einer *instrumentellen, output-orientierten Politikebene* und der für die vorliegende Untersuchung im Vordergrund stehenden *symbolisch-repräsentativen Ebene*. Diese Zweiteilung fußt auf der Politikkonzeption von Göhler (1994b; 1996a), der *Macht* und *Repräsentation* als zentrale Kategorien für die Beziehung zwischen Gesellschaft und politischem System setzt und sie auf zwei Beziehungsebenen unterschiedlich manifestiert annimmt: Der *Willens-* und der *Symbolebene*. Die Willensbeziehung bezeichnet eine rationale, aktive Kommunikation und *transitive Macht*, verstanden als auf andere bezogene Macht oder die Möglichkeit der Willensdurchsetzung gegenüber anderen (Weber 1922: I§16), sowie eine *Repräsentation* der Willensbeziehung zwischen Repräsentant und Repräsentiertem (Böckenförde 1983). Die Symbolbeziehung vermittelt zwischen *Intransitiver, selbstbezogener Macht*² und ihrer *Symbolischen Repräsentation* (Göhler 1996a, Speth 1996a). Eingebettet sind die Konzepte der Willens- und Symbolebene, der Transitiven und Intransitiven Macht sowie der beiden Repräsentationsformen in ein bestimmtes Verständnis von Politik. Göhler versteht Politik als „*Handlungsraum der Herstellung, Ordnung und Durchführung verbindlicher,*

² Göhler übernimmt hier ein spezifisches Machtverständnis von Hannah Arendt (1970), welches sich von der üblicherweise rezipierten Machtkonzeption Webers (1922) deutlich unterscheidet.

gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen" (Göhler 1996a: 7) und definiert dementsprechend politische Institutionen als die „Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft" (Göhler 1996a: 11).

Die Herstellung und Durchführung sowie die Verbindlichkeit gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen läßt sich nur über *Transitive Macht* als Ausdruck der Durchsetzungsfähigkeit einer Entscheidung sicherstellen. Dabei ist diese Durchsetzungsfähigkeit im Verhältnis von Gesellschaft und politischem System zumindest in einer Demokratie wechselseitig zu verstehen. Das Machtmonopol des Staates, in diesem Fall der politischen Institutionen, stellt die Durchführung und Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidungen, also des Willens der Institutionenakteure, sicher. Politische Institutionen besitzen qua Definition eine exklusive Regelungskompetenz bei Herbeiführung und Durchsetzung politischer Entscheidungen. Jedoch wurde die Regelungskompetenz durch eine Willensentscheidung der Gesellschaft in Form eines akzeptierten Übertragungsmechanismus, in der Regel einer Wahl, an diese Entscheidungsträger delegiert. Repräsentation als zweite Kategorie macht aus der Kategorie Macht also eine wechselseitige Beziehung. Schließlich fußt die Macht politischer Institutionen gerade in der Durchführung einer Entscheidung auf der Akzeptanz dieser Entscheidung und mittelbar auf der Legitimation der Entscheidungsträger. Diese wird vermittelt über die Machtübertragung durch ein akzeptiertes Repräsentationsverhältnis.

Neben der Transitiven Macht direkter und unter Umständen zwangsbewehrter Willensdurchsetzung steht in der Göhlerschen Konzeption die *Intransitive Macht* eines gesellschaftlich akzeptierten und durch Werte und Ordnungsprinzipien abgesicherten Handlungsraumes. Der Handlungsraum der Intransitiven Macht läßt sich als Grunddisposition in langfristigen, wertgebundenen Zielsetzungen der Gesamtgesellschaft verstehen. Nach Göhler „konstituiert" Intransitive Macht „die gesellschaftliche Wirkungseinheit als gemeinsamen, symbolisch präsenten Handlungsraum. Diese Bestimmung stellt zunächst auf Gemeinsamkeit ab: nämlich auf erforderliche Mindestbestimmungen in Form gemeinsamer Orientierungen und gemeinsamen Handelns, die erst menschliches Zusammenleben möglich macht." (Göhler 1996a). Dieser Handlungsraum soll von der politischen Institution symbolisch repräsentiert werden. Das Konzept der Intransitiven Macht entfernt sich vom klassischen Weberschen Machtbegriff, da es nicht mehr um die Durchsetzung eines Willens, sondern die Festlegung eines Handlungsraumes geht. Wird Macht jedoch als das (gegen Widerstände) Machbare verstanden, so zeigt der Handlungsraum der Intransitiven Macht die Möglichkeit der Gesellschaft auf, das Machbare in ihr und für sie zu bestimmen.

Gerade vor dem Hintergrund der Fragestellung ist die *integrative Wirkung* symbolischer Repräsentation als der wichtigste Aspekt der Theorie politischer Institutionen auszuführen. Göhler geht davon aus, daß die Konstitution eines gemeinsamen Handlungsraumes als Intransitive Macht einer Gesellschaft zwar das eigentlich integrationsstiftende Moment darstellt (Göhler 1996a: 40-41). Da dies jedoch auf einer nicht sichtbaren, unbewußten Ebene abläuft, bedarf die Gesellschaft einer Sichtbarmachung über die Symbolische Repräsentation der Intransitiven Macht. Um den Mechanismus der Identifizierung zu verstehen, muß man sich die Konstituenten Intransitiver Macht vergegenwärtigen, nämlich gemeinsame Werte und Ordnungsprinzipien. Identifikationsprozesse verlaufen in der Regel über die Konstruktion einer gemeinsamen Wirklichkeit von sozialen Gruppen. Gemeinsamkeiten rücken in den Mittelpunkt, Unterschiede an den Rand, die Unterscheidung von anderen sozialen Gruppen dient als verstärkende Klammer der Gruppe. Die gemeinsame Sicht der Wirklichkeit bezieht sich sowohl auf die Gruppe selbst als auch auf ihre Umwelt. Die Gemeinsamkeit in einer heterogenen Gruppe wie einer politisch strukturierte Gesellschaft mit unter Umständen mehreren Millionen Mitgliedern liegt vor allem in der Wahrnehmung gemeinsamer Problemlagen von gesamtgesellschaftlichem Maßstab. Zwar wird auch eine Großgruppe nach äußeren Merkmalen suchen, welche die Gemeinsamkeit unterstreichen. Angesichts der Komplexität einer solchen Gruppe ist das äußere Merkmal jedoch zumeist nicht mehr funktional oder konstitutiv für die Gesellschaft. Allerdings werden gemeinsame Problemlagen nicht für die Schaffung einer kollektiven Identität ausreichen. Politische Institutionen schaffen die Möglichkeit für ein Gemeinschaftserlebnis, wenn der Einzelne sie sich selbst zurechnen kann. Sie eröffnen so die Möglichkeit, das Grundbedürfnis nach Identifikation mit einer Gruppe auf ein konkretes Objekt zu richten und mit Inhalten zu füllen, die als Merkmale der Gemeinsamkeit die Abgrenzung nach außen ermöglichen. Damit können politische Institutionen über die Repräsentation gemeinsamer Wertvorstellungen als Symbole für die Gemeinschaft dienen. Zu der Identitätsstiftung mittels der Auswahl und Aneignung gemeinsamer Merkmale einer gesellschaftlichen Problemlage gehört zunächst eine relativ gleichlaufende Umweltwahrnehmung und -einschätzung. Ob die Umwelt subjektiv gemeinsam erlebt wird, hängt von der Koordination der individuellen Perzeption ab. Auch dies ist eine Aufgabe gesamtgesellschaftlicher Institutionen³. Die bloße Perzeption gemeinsamer Problemlagen jedoch reicht nicht für die Konstitution einer Gemeinschaft aus, sie ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung.

³ Dabei sollen Institutionen an dieser Stelle übergeordnet als soziale Institutionen verstanden werden, die gemeinsame Umweltwahrnehmung auf längere Dauer ermöglichen. Die weitere Untersuchung richtet sich hingegen nur auf politische Institutionen, die als Sonderfall der sozialen Institutionen im Sinne der Politikdefinition zu gelten haben.

Ebenso wichtig ist die Dauerhaftigkeit dieser gemeinsamen Situation, also die Annahme, daß eine gemeinsame Problemlage auch über längere Zeit bestehen bleiben wird. Erst in einer solchen Situation lohnt nämlich der Aufbau gemeinsamer Problemlösungsmechanismen.

Die Problemlösungsmechanismen sind bei einer dauerhaften Struktur als eine Art Grundform der politischen Institutionen zu verstehen. Akzeptiert werden sie nur dann sein, wenn sie gemeinsam anerkannten Spielregeln folgen und in eine gemeinsam anerkannte Lösungsrichtung arbeiten, wobei die beiden Variablen *Ordnungsprinzipien* und *langfristigen Zielsetzungen* ins Spiel kommen. Wertung der Umwelt bedeutet dann eine Hierarchisierung in der Wahl potentieller Ziele und Mittel des Handelns zur Kontrolle der Umwelt. Zum Kernbestandteil der Kategorie der Intransitiven Macht oder des Handlungsraumes einer Gesellschaft gehört nun die Notwendigkeit ihrer Vergegenwärtigung durch Symbolische Repräsentation. Intransitive Macht umfaßt abstrakt ausgedrückt die grundlegenden, langfristigen Ziele in einer hierarchischen Ordnung, und ebenso einen Katalog möglicher Mittel zur Erreichung dieser Ziele, ebenfalls hierarchisch nach der Wünschbarkeit ihres Einsatzes geordnet. Aus dieser Strukturierung möglicher Ziele und Mittel ergibt sich der akzeptierte Handlungsraum der Gesellschaft. Können politische Institutionen die Botschaft vermitteln, daß sie sich an den gesellschaftlich konstituierten Handlungsraum halten werden, so repräsentieren sie ihn symbolisch. Diese Repräsentation läuft jedoch nicht auf der bewußten Ebene ab. Vielmehr sind es punktuelle Kommunikationsvorgänge, die als eine Art Flickenteppich das Gesamtbild vermitteln, daß die politische Institution bzw. der politische Akteur die langfristige Ziele und Mittel der Gesellschaft respektieren.

Eliten als besonders einflußreiche Gruppen auch im Sinne der Produktion von Werten und Ordnungsprinzipien werden von besonderer Bedeutung für diesen Prozeß sein. Zum Beispiel können soziale Subgruppen durch den privilegierten Zugang zu Institutionen ihre Deutungsangebote über die Institutionen in den symbolischen Kampf um Deutungshoheit einbringen und versuchen, die Intransitive Macht zu beeinflussen. Unter Umständen wird sich ein Teil der Gesellschaft zu diesem neuen Handlungsraum bekennen. Vielleicht aber wird auch die Akzeptanz des politischen Systems derart abnehmen, daß dies Auswirkungen auf die Ebene der Willensbeziehung hat und damit die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen behindert ist. Für den so indizierten Institutionenwandel gibt es auch eine weitere mögliche Ursache (Göhler 1996a). Statt der politischen Institution bzw. ihren Akteuren könnte sich auch die Grundvorstellung der Gesellschaft, mithin die Intransitive Macht ändern, während die politischen Institutionen und in ihnen die alten Akteure auf „konservativen“ Positionen beharren. Auch hier ist sowohl eine Anpassung der Institutionen als auch eine erfolgreiche Zurückweisung der gesellschaftlichen Wertentwicklung möglich.

Häufiger allerdings, und für das Fallbeispiel der europäischen Integration auch relevanter, sind die Dissonanzen zwischen Gesellschaft und politischer Institution, die durch einen Bewußtseins- und Wertewandel der Institutionenakteure ausgelöst werden und eine hohe Integrationsleistung erfordern.

Um die Institutionentheorie auf das Fallbeispiel der Integration der europäischen Gesellschaften anzuwenden und hieraus einen Erkenntnisgewinn zu ziehen, wird von den folgenden allgemeinen Annahmen ausgegangen: Auf Seiten der europäischen Gesellschaften kann zumindest potentiell eine gemeinsame Basis an Werten und Ordnungsprinzipien erwartet werden. Werden diese gemeinsamen Werte und Ordnungsprinzipien durch die europäischen Institutionen erfolgreich symbolisch repräsentiert, so entfalten sie eine integrative Wirkung auf die europäischen Gesellschaften. Werden die gemeinsamen Werte und Ordnungsprinzipien nicht ausreichend durch die europäischen Institutionen repräsentiert, so behindert dies die gesellschaftliche Integration der EG. Zuletzt sollte hinreichend deutlich werden, daß das Gebilde *sui generis* EG überhaupt mit einer Konzeption untersucht werden kann, die auf (National-)Staaten zielt. Anhand von politikwissenschaftlichen Kriterien wie Regelungsdichte, struktureller Aufbau und inhaltliche Kompetenzen ist ein staatsähnliches Verständnis der EG durchaus zu rechtfertigen. In der weiteren Argumentation wird davon ausgegangen, daß in Hinblick auf die Identifizierung der europäischen Gesellschaften mit der politischen Einheit EG die Anwendung eines aus der Konzeptualisierung des Nationalstaates entlehnten Ansatzes ihre Berechtigung hat und Erkenntnisgewinn verspricht. Solange kein spezifisch supranational orientierter Ansatz als Alternative erfolgversprechender ist, liegt eine nationalstaatsorientierte Vorgehensweise der Untersuchung näher als die Konzeptualisierung der EG als ein Phänomen der Internationalen Politik. Die EG ist, auch in der Wahrnehmung ihrer Bürger, deutlich geprägt von Strukturen, Verfahren und Inhalten der Politik, die stärker an die im nationalen Kontext gewohnten Politikformen erinnern als an außenpolitische Politikformen. Folgt man der Logik der Argumentation, daß sich der Prozeß der Bildung von Nationen als Konstruktion gesellschaftlich geteilter Wirklichkeitssicht vollzieht⁴ und es eine analoge Entwicklung auch auf europäischer Ebene gibt, rechtfertigt sich die Verwendung einer staatsorientierten Theoriekonzeption. Delanty (1995: 3ff) bezeichnet die Idee Europas als eine „Erfindung“ mit dem Ziel, über die Konstruktion einer *social representation* die notwendige regulative Idee für die Bildung einer kollektiven europäischen Identität zu gewinnen. Dabei handelt es sich allerdings um einen hegemonial geführten kulturellen Diskurs (Delanty 1995: 6). Die funktionalen Äquivalente, die sich dabei im Prozeß der kollektiven Identifikation auf nationaler wie europäischer Ebene wiederfinden lassen, rechtfertigen die (noch zu prüfende) Relevanz der

⁴ Siehe auch Anderson (1993).

Göhlerschen Institutionentheorie für die Untersuchung der sozialen europäischen Integration.

Identifikation wurde als Konstruktion einer gemeinsamen Wirklichkeit von Individuum und Gruppe beschrieben. Damit ist Identifikation auf engste mit der Selbstwahrnehmung der europäischen Gesellschaft und ihres gemeinsamen politischen Systems EG in Hinblick auf gemeinsame Werte und Ordnungsprinzipien verbunden. Um zu einer empirisch zugänglichen Analyseebene zu gelangen, bedarf es für die Untersuchung der Selbstwahrnehmung der europäischen Gesellschaften und ihres gemeinsamen politischen Systems EG einer Erfassung der Kommunikation zwischen der gesellschaftlichen und der politischen Ebene. Da die EG in der Regel nicht direkt erlebt, sondern zumeist über Medien vermittelt wahrgenommen wird, ist die Medienanalyse die geeignete Ebene einer empirischen Analyse der Kommunikation. Dieser Argumentationsschritt betrifft die zentrale Rolle der Kommunikation zwischen politischen Institutionen und Gesellschaft als Mittel der Vergegenwärtigung, Stabilisierung und Veränderung der gesellschaftlichen Selbstdefinition, die hier als gesellschaftlicher Handlungsraum bzw. Intransitive Macht bezeichnet wird. Der sonst nur latent angelegte Handlungsraum wird in der Kommunikation manifest und tritt erst so auf die Bühne der Realität. Dies gilt für die Gesellschaft und ihre Mitglieder, die nur über diesen Spiegel sich selbst als kollektive Einheit mit einer eigenen Identität und gemeinsam geteilten Wertvorstellungen wahrnehmen können. Dies gilt für die politischen Institutionen, die nur über die Darstellung oder Symbolische Repräsentation gesellschaftlicher Werte und Ordnungsprinzipien als Institutionen dieser einen Gesellschaft auftreten können und sich damit ebenfalls selbst beschreiben und identifizieren. Dies gilt schließlich für die sozialwissenschaftliche Analyse, im konkreten Fall das vorliegende Forschungsvorhaben, das nur so Zugang zu einem Untersuchungsmerkmal bekommt, das auf den gesellschaftlichen Handlungsraum wie seine Interpretation durch politische Institutionen zurückzuführen ist. Erst durch die Manifestation in der öffentlichen Diskussion ist dieser gesellschaftliche Handlungsraum existent und beobachtbar.

Die Mitglieder der europäischen Gesellschaften werden zu einem überwiegenden Teil noch im Rahmen einer nationalen politischen Kultur sozialisiert. Die maßgeblichen, direkt erlebten politischen Strukturen liegen auf der nationalen Ebene, historische Verhaltensmuster tradieren sich noch aus einer nationalen Geschichte, die dichtesten Kommunikationsströme, die vor allem über Medien verlaufen, findet ihre Strukturen und Bezugspunkte ebenfalls im nationalen Rahmen. Das politische Weltbild, die gesellschaftlich geteilte Konstruktion der politischen Wirklichkeit ist noch hauptsächlich aus dem nationalen Kontext bestimmt. Die grundlegende Frage der Analyse ist nun, ob sich diese nationale Orientierung in der Sicht der politisch strukturierten Welt langsam

ändert und ob die Existenz und gesellschaftliche Wahrnehmung europäischer Institutionen zum Aufbau eines europäischen Koordinationsnetzes von Grundorientierungen der politischen Wirklichkeitssicht beiträgt. Die Realisierung der Untersuchung in Form eines binationalen Ländervergleichs der Medienberichterstattung zu Europa ermöglicht die Analyse verschiedener Bezugsebenen. Unterschiede in der jeweils nationalen Berichterstattung verweisen auf eher national generierte Wirklichkeitszugänge, Gemeinsamkeiten schließen eine europäische Orientierung der Wirklichkeitsperzeption zumindest nicht aus. Da sich die Analyse nicht nur auf die bloßen Wahrnehmung richtet, sondern in Bezug auf grundsätzliche Werte und Ordnungsprinzipien auch die Bewertung europäischer Politik untersucht werden, muß sich auch die in der Einleitung wiedergegebene Arbeitsthese auf diesen Aspekt der Kommunikation hin ausrichten.

III. Von der Untersuchungshypothese zur empirischen Analyse

Die EG wird kaum direkt erlebt, sondern bleibt für den Einzelnen nur über Medienkommunikation zu erfahren (Niedermayer 1994). Auch die Wertkonzeptionen einer europäischen Gesellschaft sind einer Analyse nicht direkt zugänglich, sondern wirken sich auf der Ebene der Medienberichterstattung über Normen auf die Auswahl und Bewertung der europäischen Politik, und auf der Ebene der Gesellschaft auf Einstellungen bei der Bewertung europäischer Politik aus. Neben den bekannten Vermutungen hinsichtlich der Gründe für das Fehlen einer ausgeprägten europäischen Identität (fehlende gemeinsame Geschichte und Sprache der europäischen Gesellschaften, Dominanz der konkurrierenden nationalen Identitäten) ergibt sich als weitere Hypothese aus der vorgestellten Institutionentheorie folgendes: Auf der Grundlage nationaler Gewohnheiten der Politikperzeption werden spezifische Erwartungen an das europäische politische System gestellt. Die medienvermittelte Wahrnehmung desselben kann jedoch nicht mit dieser Erwartung in Übereinstimmung gebracht werden. Damit ist die Akzeptanz der EG als staatsähnlichem politischen System mit einer integrierenden Wirkung nicht hinreichend gegeben. Identifikation mit der politischen Einheit EG wird damit an die positive Bewertung derjenigen Merkmale geknüpft, die nach der jeweiligen nationalstaatlichen Erfahrung zwingend in einem politischen System auch auf europäischer Ebene umgesetzt sein müssen. Wenn in einem ersten Schritt die Variablen in ihrer nationalen Ausprägung auf europäischer Ebene übertragen werden, so ist festzustellen, daß sich nationale Unterschiede ergeben, jedoch auch Gemeinsamkeiten zu beobachten sind. Diese gemeinsamen Variablen Intransitiver Macht, die sich auf der nationalen Ebene zunächst unabhängig voneinander entwickelt haben, bilden den Grundstock für einen gemeinsamen,

gesamteuropäischen Handlungsraum.

Eine Besonderheit europäischer Institutionalisierung manifestiert sich im differenzierten Erscheinungsbild der Einzelinstitutionen. Auch auf der nationalen Ebene kann davon ausgegangen werden, daß sich die Perzeption der Einzelinstitutionen vom Gesamteindruck aller Institutionen unterscheidet. In Hinblick auf die Repräsentation eines gemeinsamen Handlungsraumes ist jedoch anzunehmen, daß sich diese spezifizierten Wahrnehmungen zu einem mehr oder weniger harmonischen Gesamtbild fügen. Der Kommunikationsraum auf nationaler Ebene ist sehr dicht, unterschiedliche Deutungsschemata unterliegen einem intensiven Konkurrenzdruck und sind damit stärker Harmonisierungstendenzen unterworfen. Dies ist im Kontext der EG nicht der Fall. Wie W. Wessels (1994) in der Diskussion einer Institutionentheorie festgestellt hat, bieten die europäischen Institutionen spezifische, sich mitunter ausschließende Leitbilder an, die einer jeweils in sich abgeschlossenen Repräsentation der gesuchten Variablen entsprechen. Die EG-Institutionen lassen sich auch als kollektiv generierte Schemata (Schissler-Tuschhoff 1988: 9) verstehen, die das individuelle Wahrnehmungsverhalten gegenüber Europa auf unterschiedliche Weise beeinflussen. Gerade der dynamische Charakter der EG, also die Entwicklungspotentiale, welche die einzelnen Institutionen besitzen und in ihrem Sinne auch instrumentalisieren, begünstigt eine nach den unterschiedlichen nationalen Handlungsräumen orientierte Perzeption derselben durch die jeweiligen nationalen Gesellschaften. Da die Institutionen der EG in der öffentlichen Aufmerksamkeit kaum präsent sind, unterliegen ihre Wirklichkeitsentwürfe weniger stark dem Korrektiv gesamtgesellschaftlicher Gegenwirklichkeitsentwürfe. Sie bilden sich eher in Subgruppen, die aus den europäischen politischen Akteuren oder Akteuren wissenschaftlicher Beschäftigung mit Europa bestehen. Darüber hinaus bieten die mittlerweile 15 nationalstaatlichen Gesellschaften die verschiedensten Deutungsmuster, an die europäische Institutionen anknüpfen können, so daß fast jeder Wirklichkeitsentwurf sein Äquivalent in einer der nationalen Teilgesellschaften findet. In gewisser Weise befindet sich die EG noch inmitten eines „symbolischen Kampfes“ um eine herrschende europäische Wirklichkeitskonstruktion, der aufgrund des künstlich aufrechterhaltenen Schwebezustandes dieser Auseinandersetzung andauert. Der grundsätzlich ambivalente Charakter Symbolischer Repräsentation unterstützt dieses fragile Gleichgewicht bisher, da er widersprechende Deutungen auf der Grundlage einer einzigen Wirklichkeit durchaus zuläßt.

Die Analysevorgaben der nachfolgend dargestellten Untersuchung sind die folgenden: Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf die Zeit unmittelbar vor und nach Verhandlung, Abschluß und Ratifikation des Maastrichter Vertrages über eine Europäische Union und umfaßt die Jahre 1991 sowie 1992. In der

Diskussion um die Vertragsänderung von Maastricht spielte nicht nur die reale Aus- und Umgestaltung der europäischen Institutionen eine Rolle, auch zukunftsgerichtete, normative Institutionenbilder wurden thematisiert und legten sich möglicherweise über die Perzeption der realen und aktuellen Institutionenbilder. In gewisser Weise bricht sich damit das Institutionenbild, welches Objekt der Analyse ist, doppelt an der Realität. Zum einen als Symbolische Repräsentation Intransitiver Macht, zum andern als zukunftsgerichtetes Leitbild, welches ebenfalls Zielvorstellungen strukturierter Art wiedergibt.

Die Auswahl der untersuchten Quellen muß sich dem Kriterium der Repräsentativität stellen. Ein Indikator für die Relevanz von Medien ist ihre Verbreitung. In Frankreich nimmt der Kauf und damit die Rezeption von Printmedien seit langem ab, in Deutschland haben sich die Verkaufszahlen nach einer Phase der Steigerung seit einiger Zeit stabilisiert (Große-Lüger 1997: 276; Donnat-Cogneau 1990: 20), während in beiden Ländern die Zeit, die vor dem Fernsehen verbracht wird, zunimmt. In Umfragen zum Informationsverhalten wird dieser Trend bestätigt. Allerdings ist der Zugang zu Telekommunikationsmedien und die Auswertung selbst mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Fernsehanstalten geben ihre Nachrichtenmanuskripte nur ungern heraus. Bilder lassen sich schwieriger quantitativ analysieren, da sie weniger eindeutig kodierbar sind. Da die Tagespresse in Deutschland und Frankreich immer noch einen gewissen Teil des Informationsmarktes abdeckt und die Verknüpfung und gegenseitige Bezugnahme aller Medientypen mit- und aufeinander die Wahl des untersuchten Medienausschnitts in ihrer Wichtigkeit relativiert, wurde dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit und Materialgüte größeres Gewicht beigemessen und Tageszeitungen ausgewählt. Ebenso entscheidend für eine Repräsentativität wie die Wahl des Medientyps ist anschließend die Wahl der tatsächlich untersuchten Medien. Es handelt sich pro Land um jeweils eine Boulevardzeitung (Frankreich: *France Soir*, Deutschland: *Bild*) und drei Regionalzeitungen (Frankreich: *Ouest France*, *Sud Ouest*, *Ouest France*; Deutschland: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, *Hamburger Abendblatt*, *Tagesspiegel*). Die Auswahl orientiert sich an der Breitenwirkung der Zeitungen und vernachlässigt damit den Aspekt der Meinungsführung oder -elite, der häufig bei der Wahl von überregionalen Blättern den Ausschlag gibt. Damit soll die Rezeption des durchschnittlichen Franzosen und Deutschen gegenüber der elitenzentrierten Rezeption in den Mittelpunkt gestellt werden (Große-Lüger 1997: 277f; Donnat-Cogneau 1990: 22).

Die so beschriebenen Untersuchungsmaterialien sollen anhand eines Kategorienschemas analysiert werden. Das Kategorienschema gliedert sich in Einzelkategorien, die zu Gruppen zusammengefaßt und nach einem vorher festgelegten Verfahren den Sinneinheiten zugeordnet werden. Das Interesse der Arbeit an der Darstellung von Institutionenhandeln auf europäischer Ebene legt die

Festlegung eines Typs von Kategoriengruppen, der *Akteure*, und insbesondere der *Europäischen Akteure*, als Schlüsselvariablen nahe. Sie werden in acht Gruppen von EG-Akteuren und einer Gruppe von Dritten eingeteilt. Als nächstes muß das Untersuchungsobjekt *Werte und Ordnungsprinzipien* in die Kategoriengruppen Politikziele und Politikstile übersetzt werden. Politikstile zielen auf das Handeln von Akteuren, so daß eine weitere große Kategoriengruppe aus Handlungsbezeichnungen. Die Gruppierung der Kategorien nach Sinnaussagen des Redens und des Handelns, nach konflikt- oder konsensorientierten Handlungsbezeichnungen und anderen Untergruppen spiegelt die Untersuchungshypothesen wieder, ohne alle möglichen Deutungsvarianten schon abschließend vorzustrukturieren. Politikziele bezeichnen Inhalte der Politik, die nach Politikfeldern differenziert werden können und damit auch mit umgangssprachlichen Bezeichnungsgewohnheiten für Politik zusammenfallen. Für die Untersuchung wurden fünf Fallbeispiele von Politikfeldern ausgewählt, die für einen Vergleich der französischen und deutschen Sichtweise ausgeprägte Perzeptionsunterschiede erwarten lassen. Hinzu kommt die im Beobachtungszeitraum aktuelle Reformdebatte und eine Sammelrubrik aller weiteren in der Diskussion relevanten Politikbereiche. Als letzte Gruppe von Kategorien werden Wertungen zusammengefaßt, die entweder als wertende Konnotationen für die Dynamik des Integrationsprozesses, als standardisierte Vorwürfe oder pauschale Vorurteile gegenüber der EG, oder als wertende Aussagen von Berichterstattungsobjekten der Gruppe *Akteure* zu identifizieren sind.

Der Vergleich der beiden nationalen Zeitungsgruppen geschieht im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Merkmalsausprägungen: Die Berichterstattungshäufigkeit der einzelnen Zeitungen von Akteurstypen, Politikfeldern, Handlungstypen und Wertungen werden miteinander verglichen. Ähneln sich die allgemeine Häufigkeit für eine Kategoriengruppe in mindestens drei der vier Zeitungen eines Landes, so wird von einer national ähnlichen Berichterstattung gesprochen und ein Mittelwert errechnet. Ähneln sich auch die Mittelwerte der beiden Zeitungsgruppen, so wird von einem allgemeinen Trend gesprochen. Ähneln sich diese Mittelwerte nicht, so liegt ein nationaler Trend vor. Um schließlich zu Aussagen über die integrative Wirkung der Europaberichterstattung zu gelangen, muß für jedes Merkmal auch die explizite und implizite Wertung durch die untersuchten Zeitungen in die Deutung einbezogen werden. Liegt eine positive Bewertung auf der Grundlage einer dem nationalen Perzeptionsschema entsprechenden Darstellung vor, so wird von einer Abhängigkeit dieser beiden Befunde ausgegangen. Die Übereinstimmung der subjektiven Wirklichkeitsperzeption mit der aus der nationalen Erfahrung gewonnenen Erwartung führt zu einer positiven Bewertung. Eine negative Bewertung hingegen muß als Mißerfolg der Symbolischen Repräsentation gedeutet

werden. Zwar wird die EG als das gedeutet, was sie ist, und nicht in Richtung eines national generierten Politikbildes umgedeutet, jedoch führt die relativ unverfälschte Wahrnehmung nicht zur Akzeptanz des Wahrgenommenen. Es kann auch sein, daß die Berichterstattung weder der rekonstruierten europäischen Realität, noch der aus nationalen Politikerfahrungen resultierenden nationalen Erwartung entspricht, sondern insbesondere durch Nachrichtenfaktoren beeinflusst wird. Läßt sich ein Zusammenhang zwischen Perzeption, Politikkonzeption und Bewertung feststellen, so wird die Annahme bestätigt, daß die politischen Institutionen der EG von Medien dann positiv bewertet werden, wenn sie aus nationalen Konzeptionen von Politik stammende Vorstellungen über europäische Politik aufgreifen und entsprechend von den Medien wahrgenommen werden können.

IV. Deutung der Untersuchungsergebnisse

Im folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zusammengefaßt und in drei Gruppen eingeteilt. Die ersten beiden beziehen sich auf die in deutschen und französischen Zeitungen gleichlautende Berichterstattung, die es auf die direkte Wirkung der *europäischen Realität* und auf die modifizierende Wirkung von *Nachrichtenfaktoren* zurückzuführen gilt. Die dritte Gruppe umfassen die von *nationalen Politikkonzepten* geprägte Berichterstattung. Indem so die verschiedenen Berichterstattungstypen einander gegenübergestellt werden, kann der Stellenwert ermesen werden, den eine nationale Politikkonzeption auf die Berichterstattung insgesamt hat.

Das europäische Geschehen ist als Bezugsebene für alle Beobachter dieselbe, gleich ob sie aus deutschen oder französischen Redaktionen kommen. Daher fällt auch ein großer Teil der Berichterstattung in der Akzentuierung von Akteuren, Politikfeldern und Handlungstypen mehr oder weniger identisch aus und verweist damit auf den Einfluß struktureller Besonderheiten der europäischen Realität. Gleich zu Beginn der Analyse des Medienmaterials konnte festgestellt werden, daß im Grunde eine ähnliche Gewichtung der Akteursnennungen vorlag. Die Häufigkeit der Nennungen war in französischen wie in deutschen Zeitungen für die Kommission, das Europäische Parlament, die mitgliedstaatlichen Akteure, den Europäischen Rat und Dritte signifikant ähnlich, sie unterschied sich nur für die Bürger, den Ministerrat und die EG als Kollektivbezeichnung, und auch hier nur als Akzent, der die grundsätzliche Reihenfolge der Institutionen nach ihrer Nennhäufigkeit nicht in Frage stellte. Die „Realität“ des europäischen Institutionengefüges, die sich aus der rechtlich zugewiesenen Kompetenz der Akteure, vorgegebenen Handlungsmustern und historisch herausgebildeten Interaktionsmustern, vielleicht auch aus nationalstaatsübergreifenden

Deutungsmustern ergibt, hat die Darstellung entscheidend geprägt. Ähnlich wie für die Institutionenstruktur gilt für die inhaltlichen Prioritäten der EG, die in der Analyse in Politikfelder nachgezeichnet wurden, eine relative Homogenität der Berichterstattung in allen deutschen und französischen Zeitungen. Bis auf eher kleine Akzente zugunsten der Agrar- (Frankreich) oder Währungspolitik (Deutschland) stimmen die beiden nationalen Zeitungsgruppen intern und im binationalen Vergleich in der Nennungshäufigkeit der fünf anderen Politikfelder signifikant überein. Bestimmte Unterbereiche eines Politikfeldes waren in der Berichterstattung der beiden Ländern kaum, andere besonders häufig vertreten. In der Umweltpolitik zum Beispiel spielte der Gesundheitsschutz in der deutschen wie der französischen Berichterstattung eine herausgehobene, der Naturschutz eine geringere Rolle. Als letzte allgemeine Kategorie wurden die Handlungspräferenzen der europäischen Institutionen und der weiteren Akteure untersucht, die direkt oder indirekt in eine europäische Politikgestaltung einbezogen waren. Die Beobachtung, daß die Berichterstattung aller Zeitungen überwiegend auf den Handlungstyp Diskurs angelegt war, konnte zum Beispiel ebenfalls auf die Ausstrahlung struktureller Grundzüge der Gemeinschaft zurückgeführt. Politik im allgemeinen und die europäische Politik im besonderen bestehen zu einem großen Teil aus Kommunikation. Entscheidungen sind das Ergebnis eines langen Verhandlungsprozesses, der sich am ehesten kommunikativ darstellen läßt. Die Diskurshaftigkeit zeigt sich auch in weiteren Differenzierungen möglicher Handlungsoptionen. Die folgende Tabelle gibt ein quantitativer Überblick über diejenige Berichterstattung, die dem Einfluß der europäischen „Realität“ geschuldet ist. Ersichtlich wird aus dieser Tabelle, daß vorläufig 25 von 58 untersuchten Kategoriengruppen, also ca. 43% dieser Kategoriengruppen tatsächlich als realitätsnah zu bezeichnen sind.

Tabelle 1: Strukturell bedingte Berichterstattung

| | Akteure allgemein | EP differenziert | Politikfelder allgemein | Politikfelder differenziert | Handlungstypen | insg. |
|----------------|--|--------------------------|---|--|--|--------------------------|
| Insgesamt | 8 Kategoriengruppen (KG) | 3 Kategoriengruppen (KG) | 7 Kategoriengruppen (KG) | 24 Kategoriengruppen (KG) | 16 Kategoriengruppen (KG) | 58 KG |
| „realitätsnah“ | 5 KG Kommission, Parlament, Mitgliedstaaten Europäischer Rat, Dritte | 0 KG | 4 KG Umweltpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Allgemeines Politikfeld, Außenpolitik, Reformpolitik | 8 KG Gesundheit und Kosten im Umweltschutz; nationale, europäische und soziale Aspekte der Arbeitsmarktpolitik; institutionelle, wirtschaftliche und Einflußfragen der Außenpolitik | 7 KG Diskurs, im <i>policy</i> -Zyklus, <i>agenda setting</i> , Entscheidung, Gesetze, Urteil, Vertrag | 25 KG bzw. ca. 43% |

Nicht nur die strukturellen Vorgaben einer europäischen „Realität“, auch Eigengesetzlichkeiten der Medienberichterstattung beeinflussen die untersuchten Zeitungsartikel gleichermaßen. Nach der Theorie der Nachrichtenfaktoren unterliegen alle Träger medienvermittelter Kommunikation einigen wenigen Einflußfaktoren, welche die Abbildung der Realität in eine bestimmte Richtung prägen. Immer dann, wenn sich die deutsche und französische Berichterstattung in spezifischer Weise einig sind, die rekonstruierte europäische „Realität“ aber entgegen dieser Darstellungstrends beschrieben werden müßte, wird die Wirkung von Nachrichtenfaktoren angenommen. Anhand der vier Nachrichtenfaktoren *Aktualität*, *Personalisierung*, *Spannung* und *Konflikt* werden im folgenden Kapitel die Einflüsse von Nachrichtenfaktoren auf die Europaberichterstattung nachgezeichnet. Zusammengekommen *korrigieren* diese *Nachrichtenfaktoren das realitätsnahe Bild*, welches zuvor für einige Kategoriengruppen entstanden war.

Um die Auswirkungen von Nachrichtenfaktoren auf die einzelnen Kategoriengruppen in ihrer Wechselwirkung besser einschätzen zu können, werden diese im folgenden am Beispiel der Kategoriengruppe der Akteure ausgeführt: Das *Europäische Parlament* wurde als strukturell der Kommission und dem Ministerrat nachgeordnet bezeichnet. Die beschriebenen Nachrichtenfaktoren verstärken noch diesen Trend. Langfristig gesehen lag das Europaparlament im Untersuchungszeitraum in einer Phase geringerer Aktualität⁵, hinsichtlich des Personalisierungsfaktors ist das Parlament allgemein relativ unattraktiv, eine

⁵In der Mitte einer Legislaturperiode zwischen den Wahlen 1989 und 1994.

Spannungskurve läßt sich intern kaum, in den extremen Beziehungen des Europaparlamentes nur teilweise aufbauen, und ähnlich steht es mit dem Konflikt. Der schwache Berichterstattungsakzent auf dem Parlament ist also nicht nur Struktur-, sondern auch durch Nachrichtenfaktoren bedingt zu erklären. Im Gegenzug steigert der Aspekt der Personalisierung die Attraktivität von *Kommission* und *Ministerrat*, die beide auch strukturell herausgehoben werden. Für die Konflikthaftigkeit gilt ein Zugewinn an Aufmerksamkeit dem Ministerrat und ein Teilverlust der Kommission. Der *Europäische Rat*, in der Berichterstattung selten genannt, gewinnt durch Personalisierungseffekte, verliert durch den Aktualitätsfaktor und kann in Bezug auf seine Konflikthaftigkeit gewinnen und verlieren, so daß unter dem Strich kein eindeutiger Einfluß von Nachrichtenfaktoren auf die Berichterstattung gefolgert werden kann. Die *mitgliedstaatlichen Akteure* profitieren sowohl von ihrer einfachen Personalisierung wie von ihrer hohen Konfliktfähigkeit. Damit wird ihre schon beträchtliche strukturelle Stellung in der Berichterstattung weiter aufgewertet. Auch kann die *Kollektivbezeichnung EG*, die rein strukturell schwer in ihrer Berichterstattungshäufigkeit zu erklären ist, über den Aspekt einer Personalisierung der Gemeinschaft gedeutet und eine relative Wichtigkeit für die Beschreibung der Gemeinschaft eingeräumt werden. *Bürger* werden dann Teil der Berichterstattung, wenn sie ein gewisses Konfliktpotential mitbringen, was jedoch nur in Einzelfällen zu beobachten war. Im Gegensatz zum Bürger wurde der EuGH nicht untersucht. Wie die Bürger spielt er eine geringe Rolle in der Berichterstattung. Er ließ sich zusätzlich in französischen und deutschen Zeitungen nicht mehr hinreichend unterscheiden und trägt somit nicht zu einer nationalen Charakterisierung bei. Für *Dritte* als Interaktionspartner der Gemeinschaft gelten die selben Argumente einer geringen Aussagekraft für die nationale Differenzierung der Berichterstattung.

Die Auflistung der Nachrichtenfaktoren und ihres Einflusses auf die Europaberichterstattung der untersuchten Medien bildet eine Ergänzung des zunächst als realitätsorientiert entworfenen Bildes der EG in den acht Zeitungen. Wie sich zeigt, ist der Einfluß von Nachrichtenfaktoren auf ca. 43% aller Kategoriengruppen nicht unbedeutend. Er muß auch zu einer Differenzierung des oben skizzierten „realitätsnahen“ Europabildes führen. Schließlich sind ca. 61% der oben als realitätsnah beschriebenen Kategoriengruppen nun von Nachrichtenfaktoren mit beeinflusst.

Tabelle 2: Von Nachrichtenfaktoren beeinflusste Berichterstattung

| Akteure allgemein | Parlament differenziert | Politikfelder allgemein | Politikfelder differenziert | Handlungstypen | insg. |
|---|-------------------------------|---|--|--|-------------------|
| 8 Kategorien- gruppen (KG) | 5 Kategorien- gruppen (KG) | 7 Kategorien- gruppen (KG) | 24 Kategorien- gruppen (KG) | 16 Kategorien- gruppen (KG) | 58 KG |
| 6 KG Parlament, Bürger, EG Kommission, Ministerrat, Mitgliedstaaten | 1 KG Parlamentarier | 7 KG Außenpolitik, Agrarpolitik, Währungsunion, Arbeitsmarktpolitik, Reformpolitik, Allgemeines Politikfeld, Umweltpolitik | 6 KG Naturschutz, Konfliktmanagement und Menschenrechte Agrarreform, nationaler Arbeitsmarkt, Außenwirtschaftspolitik | 5 KG Reden/Handeln Konflikt/Konsens Entscheidungsphase, <i>agenda setting</i> , Umsetzung | 25 KG, ca. 43% |

Ein weiterer Berichterstattungstyp beinhaltet Kategorienausprägungen, die zwar nicht für alle untersuchten Zeitungen, jedoch für die jeweiligen nationalen Zeitungsgruppen innerhalb der festgesetzten Gütekriterien als hinreichend ähnlich bezeichnet werden. Folgende Akzente ließen sich über strukturelle Gegebenheiten der EG oder Nachrichtenfaktoren nicht hinreichend deuten:

In der Außenpolitik akzentuieren französische Zeitungen die Menschenrechtsproblematik, deutsche Zeitungen das Konfliktmanagement. Im Untersuchungszeitraum 1991/1992 waren die wichtigsten Fragen hinsichtlich der Menschenrechte mit dem Jugoslawienkonflikt sowie einem europäischen Konfliktmanagement verbunden. Somit konnte der selbe äußere Anlaß Auslöser für eine im Detail unterschiedliche Akzentsetzung sein, die auf der einen Seite ein stärker normativ geprägtes übergeordnetes Ziel, nämlich die Reaktion auf Verletzungen der Menschenrechte durch die Konfliktparteien auf dem Balkan, verfolgte. In einer Beschreibung der französischen Außenpolitik kann der Aspekt der französischen *mission civilisatrice* festgehalten und argumentiert werden, daß der moralische Anspruch in Frankreich bei einer grundsätzlich pragmatisch und an nationalen Wirtschafts- oder Machtinteressen orientierten Außenpolitik in beiden Ländern u.U. größer ist. Die spezifische geopolitische Situation Deutschlands an der Grenze der Blöcke hat einen geschärften Blick für Konflikte und ein höheres Interesse an einer (multilateralen oder europäischen) Konfliktlösung hervorgebracht. Frankreich betreibt eine eigene, nationale Außenpolitik auch des Konfliktmanagements und ist weniger auf die europäische Ebene fixiert.

Im Allgemeinen Politikfeld verteilen sich die Berichterstattungshäufigkeiten der nationalen Zeitungsgruppen für Wirtschaft, kleine und neue Politikbereich sowie Innenpolitik unterschiedlich. Die Berichte auf französischer Seite verteilen

sich stärker auf die kleinen und neuen Politikbereiche, während deutsche Zeitungen deutlicher die Innenpolitik akzentuierten. Innerhalb der kleineren Politikfelder dokumentierte die Betonung des innenpolitischen Feldes die deutsche Angst vor den negativen Folgen offener Grenzen, die zum einen aus der real angespannten Asylbewerbersituation, aber auch aus irrationalen Ängsten und der Illusion eines starken Ordnungsstaates resultierte. Die französische Betonung der kleinen und neuen Politikfelder resultiert aus einem umfassenderen Politikverständnis, während aus deutscher Sicht viele Aufgaben nicht staatlichen Organen, sondern der vorpolitischen Bürgergesellschaft überlassen werden sollten. In der *Agrarpolitik* läßt sich den beiden nationalen Berichterstattungen der Gegensatz von Reform gegen Routine zuordnen. Reform war als eigene Kategoriengruppe auf die konkrete Reformdiskussion über die Gemeinsame Agrarordnung und damit auf die Zukunft der Agrarpolitik gemünzt, während allgemeine Aspekte, die Auswirkung der europäischen Landwirtschaftspolitik auf die Bauern oder die gegenwärtigen Probleme der Agrarordnung ein eher gegenwartsbezogenes, konkretes Interessensfeld beschrieben. Die höhere Berichterstattungsrate in der Agrarpolitik resultierte auf französischer Seite aus dem höheren Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten und das somit hohe Konfliktpotential. Auch die Akzentuierung der Reformdiskussion mußte in der französischen Presse höhere Wellen schlagen, da die negativen Folgen des Status Quo in Deutschland, die der beabsichtigten Reform in Frankreich höher schienen. Dieser Faktor ließ auch die Konzentration auf deutscher Seite auf die Zustandsbeschreibung der „normalen“ alltäglichen Agrarpolitik erklären. In der *Umweltpolitik* bestanden die Unterschiede aus einer stärkeren Naturschutzberichterstattung auf deutscher gegenüber einer eher auf Umweltschutzgesichtspunkte abzielenden französischen Berichterstattung. Der beschriebene Trend war nur äußerst unscharf zu bestimmen. In der *Arbeitsmarktpolitik* ließen sich keine signifikanten Unterschiede finden. Die fehlende Thematisierung der Arbeitsmarktpolitik und damit auch die fehlende Gelegenheit, nationale Akzente in diesem Politikfeld entsprechend der nationalen Präferenzen zu setzen, könnte jedoch trotzdem Folgen für die Perception der Gemeinschaft gehabt haben. Wenn auch Umfragen hinsichtlich der gewünschten inhaltlichen Schwerpunktsetzung europäischer Politik einbezogen werden, so kann sich aus diesen Daten sehr wohl eine Unterstützung für eine europäische Arbeitsmarktpolitik herauslesen lassen.⁶

Zusammenfassend können in 8 der insgesamt 23 Politikfelddifferenzierungen nationale Unterschiede entsprechend des Berichterstattungstyps 2 ausgemacht werden, die in Tabelle 3.1.1 aufgezeigt und den zuvor beschriebenen Gemeinsamkeiten gegenübergestellt sind. Nimmt man die Politikfelder als

⁶EUROBAROMETER 40 (1993)

übergeordnete Gruppen hinzu, für die 2 der 7 Gruppen national geprägt waren, so sind 10 von 29 Kategoriengruppen, die Politikziele bezeichnen, durch eine nationale Berichterstattung geprägt. Als Fazit kann der Anteil der Kategoriengruppen, die national geprägt sind, mit über 34% als relevant bezeichnet werden. Auch zeigt sich, daß der Wechsel von der Makro- zur Mikroebene den Anteil von 29% auf 35% steigert.

Tabelle 3: National beeinflusst Berichterstattung über Politikfelder

| Politikfelder | Untergruppen von Politikfeldern | Insgesamt |
|---|---|-------------------|
| 7 Kategoriengruppen (KG) | 27 Kategoriengruppen (KG) | 34 KG |
| 2 KG Agrarpolitik Allgemeines Politikfeld | 8 KG Natur- und Umweltschutz; Konfliktmanagement und Menschenrechte; Landwirte, Allgemeines, Probleme, Reformdiskussion, | 10 KG, ca. 34% |

Wie für die Politikziele sollen nun auch für die Politikstile diejenigen Kategoriengruppen ermittelt werden, deren Anteil an der nationalen Berichterstattung signifikant hoch war und die für den Einfluß nationaler Politikkonzepte auf die Berichterstattung sprechen. Dabei lassen sich Politikstile in institutionalisierte Formen als die Kategoriengruppe der Akteure und in die Kategoriengruppe der Politikstile trennen, die als Handlungsstile beschrieben werden können. Ein Merkmal des untersuchten Materials war, daß die Berichterstattungsdichte bezüglich des Europäischen Parlament gering ausfiel. Unter diesen Bedingungen waren nur einige wenige Unterschiede zu verzeichnen, die auf eine spezifisch deutsche oder französische Parlamentskonzeption verweisen konnten. Die Darstellungen in den vier untersuchten französischen Zeitungen sind, verglichen mit den deutschen Berichten, in sich weniger konsistent. Die Berichterstattungsvarianz ist ein Indiz für ein relativ wenig gefestigtes Bild des Europaparlamentes in der kollektiven französischen Wahrnehmung der EG. Konsistente Wahrnehmungsschemata haben sich nicht allgemein durchgesetzt, individuelle Wahrnehmungspräferenzen der Journalisten oder andere externe Faktoren beeinflussen die Berichterstattung maßgeblich. Das Europäische Parlament symbolisiert in Frankreich im Sinne der Institutionentheorie weniger erfolgreich spezifische Werte und Ordnungsprinzipien als in Deutschland, da der symbolische Bezug aus einer heterogenen Berichterstattung nicht ersichtlich werden kann. Auf der Ebene der Akteurskonzepte des Europäischen Parlamentes fanden sich unterschiedliche Gewichtungen aller drei durch das Kategorienschema vorgegebenen Akteurstypen. In Deutschland dominierte ein individuenbezogenes Parlamentsbild, während in Frankreich generell der kollektive Akteur stärker als in

Deutschland war, gerade im Allgemeinen Politikfeld jedoch auch Gruppen als mögliche Akteure des Europaparlamentes auftraten. Aus dieser Akzentuierung ließ sich schließen, daß die Parlamentsberichterstattung in Deutschland binnenorientiert, in Frankreich eher auf die Außenkontakte des Europaparlamentes ausgerichtet ist. Ein individuenzentrierter Blick eröffnet ein eher bürgernahes Parlamentsverständnis, da über die Beschreibung konkreter Parlamentarier, die in Frankreich auch real nicht denselben Status haben wie in Deutschland, das Handeln des Europaparlamentes plastisch wird. Die Innenperspektive ist zudem stärker realitätsorientiert. Über konkrete Kompetenzumsetzungen läßt sich eher innerhalb des Parlamentes berichten, während deklamatorische Kompetenzforderungen eher in den Außenkontakten des Europäischen Parlamentes zu finden sind. Die Zusammenfassung der Politikschwerpunkte zeigt für die deutsche Berichterstattung eben diese Konzentration auf die eigentlichen Entscheidungskompetenzen des Europaparlamentes. Die Außenkontakte sind hingegen sowohl aus der Perspektive des Parlamentes, wie auch als Projektionsfläche für nationale Parlamentsvorstellungen geeignet, Handlungskompetenzen und inhaltliche Schwerpunkte hervorzuheben, in denen das Europaparlament eigentlich wenig Einfluß hat. Dadurch wird die Möglichkeit einer Umdeutung des Europäischen Parlamentes für französische Zeitungen größer, während der Umgang mit den realen Kompetenzen des Parlamentes eher von deutschen Zeitungen und Lesern gefordert wird.

Ein vorwiegend kollektiv beschriebenes Europäisches Parlament tritt nach außen geschlossen, aber durchaus konfliktbereit auf. Binnenorientierte Beschreibungen können je nach Akzent stärker Unterschiede und Konflikte und damit die interne Heterogenität des Europäischen Parlamentes in den Mittelpunkt rücken. Interessanterweise sehen französische Zeitungen das Parlament in ihrer aggregierten Sichtweise eher konfliktuell als deutsche Zeitungen. Die Beobachtung, daß für das größte Politikfeld Allgemeines auch Gruppen eine zwar geringe, aber doch nennenswerte Rolle in der französischen Berichterstattung spielen, legt auch für die Binnensicht des Europaparlamentes ein eher fraktioniertes, konfliktreiches Parlamentskonzept nahe als ein Bild, welches von Individuen beherrscht wird, die konsensorientiert und handlungsbetont zusammenarbeiten. Hier trifft die deutsche Berichterstattung eher die Realität des Europäischen Parlamentes, da nach den obigen Ausführungen zwar eine starke Fraktionierung des Europäischen Parlamentes durch nationale und weltanschauliche *cleavages* angelegt ist, diese im Parlamentsalltag aber durch eine (über-)große Koalition überdeckt wird. Hierbei dürfte die Eingliederung der deutschen und französischen Abgeordneten in die Parteistrukturen des Europaparlamentes, die den französischen Abgeordneten zu ihrem eigenen Nachteil schlechter gelingt, einen weiteren, realitätsbedingten Faktor der Wahrnehmung bilden.

Hauptsächlich unterscheidet sich die deutsche und französische Berichterstattung in ihrer Darstellung des Ministerrates und der Kollektivbezeichnung EG. Nimmt man Ministerrat und Kommission als die beiden anderen Winkel des EG-Entscheidungsdreiecks, so betreffen die angesprochenen Unterschiede auch das Europäische Parlament. Durch eine stärkere Akzentuierung des Ministerrates auf französischer Seite verlieren relativ gesehen die Kommission wie das Europaparlament. Deutsche Zeitungen akzentuieren also stärker das supranationale Element des institutionellen Gefüges der EG, während französische Zeitungen genauer die intergouvermentale Ebene beleuchten. Dies entspricht auch der offiziellen Position deutscher und französischer politischer Akteure sowie eingeschränkt der Einstellung der Bevölkerung. Das Europäische Parlament wird durch die beiden Sichtweisen als genuin europäische Institution mit dem Selbstverständnis und Anspruch einer supranationalen Volksvertretung gestärkt bzw. geschwächt. Die stärkere Version unterstützt das explizit parlamentarische, auf legislative Entscheidungskompetenzen hin angelegte Parlamentsverständnis, die schwächere Version zielt eher in Richtung eines deliberativen, beratenden Gremiums der Völkerverständigung, ohne den Nationalstaaten die letztinstanzliche Entscheidungskompetenz streitig zu machen.

Die Akzentuierung bzw. Vernachlässigung einer bürgerorientierten Berichterstattung, die zwar nicht signifikant ausfiel, kommt insofern einer Deutung der französischen und deutschen Parlamentskonzeption entgegen, als das Bürger- und Gesellschaftsbild unmittelbar mit der Konzeption des Parlamentarismus verbunden ist. Die höhere Erwähnungsraten von Bürger und Parlament in Deutschland wurde schon mit einem bürgernahen, differenzierten und stärker auf Einzelpersonen zugeschnittenen Parlamentsbild in den deutschen Zeitungen verbunden. In Deutschland ergibt sich durch die Vielzahl von parlamentarischen Gremien mit echter Regelungskompetenz auf den unterschiedlichen territorialen Ebenen eine Vertrautheit des Bürgers mit den Mandatsträgern, die sich in der zentralisierten französischen Version bislang nur schwer herstellen ließ. Als Einschränkung muß allerdings das traditionelle, etwas paternalistisch erscheinende Verhältnis des *député maire*, des Abgeordneten und Bürgermeisters zu seiner Gemeinde erwähnt werden. Hier hat sich ein direktes, bürgernahes Vertrauensverhältnis bewahren können, daß das Repräsentationsverständnis auch in Frankreich weiter legitimierte. Die Parteien versuchten jedoch mit der Einsetzung eines Kandidaten von oben, dem *parachutage*, die lokalen Bindungen zu ihren Zwecken zu nutzen und schwächten in der Konsequenz das gewachsene System lokaler Bindungen. Daher waren auch die Dezentralisierungsbemühungen in Frankreich darauf gerichtet, die Entscheidungszentren, unter ihnen die parlamentarischen Gremien, näher zum Bürger zu bringen. Schließlich läßt sich auch die etwas ausgeprägtere französische Elitenorientierung der Politik und die

allgemein deutlichere gesellschaftliche Segmentierung als Indiz für eine aus deutschem Verständnis heraus weniger entwickelte Bürgeröffnung der Politik werten. Dies wirkt sich auch auf die Beziehung zwischen Parlament und Bürger aus.⁷ Die Berichterstattung über die Rolle der Mitgliedstaaten unterscheidet sich in deutschen und französischen Medien kaum. Daraus läßt sich schließen, daß die Gemeinschaft in beiden Ländern als eigenständige Ebene gegenüber der nationalen verankert ist, die Mitgliedstaaten jedoch weiterhin eine dominante Rolle im Leben der EG spielen. Einer der am häufigsten in Frankreich verwendeten Ausdrücke ist *les douzes*, also die Zwölf, wobei das unausgesprochene Bezugswort *pays membres*, Mitgliedstaaten lautet. In der deutschen Berichterstattung ist eine vergleichbare Terminologie so gut wie unbekannt. Die französische Begrifflichkeit bezieht sich auf ein Europakonzept, welches die Gemeinschaft als Vereinigung der zwölf Mitgliedstaaten ansieht, die zwar als Einheit handeln, dennoch als einzelne Mitgliedstaaten identifizierbar bleiben und als solche nicht durch die übergeordnete Einheit ersetzt werden. Der Schritt zur kollektiven Akteursbezeichnung ist damit nicht vollzogen, und auch die Abstraktionsleistung einer autonom bedeutsamen, handelnden Gemeinschaft ist nicht erbracht. Für das Europäische Parlament, welches sich als institutionalisierter Ausdruck der supranationalen Natur der Gemeinschaft versteht, bedeutet die französische Sichtweise in der Konsequenz eine zumindest indirekte Abwertung. In Frankreich verweist die Berichterstattungstendenz auf ein eher intergouvernementales Verständnis der Europäischen Integration, welches sich durch Elitenorientierung und ein wenig parlamentarisches Institutionenbild ergänzen läßt. Der starke Ministerrat, die geringe Rolle der Bürger, das eher diskursive Parlament sind Bausteine zur Konstruktion eines solchen Bildes. Die Medien in Deutschland akzentuieren stärker die supranationale EG, die bürgerorientiert ein parlamentarisches Handlungsverständnis umsetzt.

⁷ Als ergänzende Erklärung muß die Konfliktbereitschaft der französischen Gesellschaft in die Deutung einbezogen werden. Wenn auch der parlamentarische Weg der Bürgerbeteiligung weniger ausgeprägt ist, so führt die französische Protestkultur in Krisensituationen doch zu einer direkten Kommunikation zwischen politischen Akteuren und der Gesellschaft. Französische Regierungen reagieren sehr sensibel auf die zum Teil gewalttätigen Protestbekundungen einzelner Gruppen. Dies gibt solchen Gruppen wiederum eine tendenziell große Einflußmöglichkeit auf die Entscheidungsfindung. Das französische politische System ist also nicht abgeschlossen gegenüber der Gesellschaft, sondern duldet stärker als das deutsche eine spezifische Form der Willensäußerung und Beeinflussung. Dieser direkte Kontakt zwischen Regierung und Volk entspringt einem Politikverständnis, welches indirekt durch die Revolution geprägt ist und sich auch in anderen Bereichen des französischen politischen Systems manifestiert. Die Suche nach der direkten Legitimation der Exekutive durch das Volk drückt sich in der V. Republik durch die Direktwahl des Staatspräsidenten und die Möglichkeit zu Referenden aus.

Tabelle 4: National beeinflusste Berichterstattung über Akteure

| Akteursgruppen | Parlament differenziert | Insgesamt |
|--|---|--------------|
| 9 Kategoriengruppen (KG) | 3 Kategoriengruppen (KG) | 12 KG |
| 3 KG EG als Kollektivbezeichnung Ministerrat Bürger | 3 KG Individuen Gruppen Kollektivbezeichnung | 6 KG, 50% |

Wie die vorhergehenden Ausführungen deutlich machen, stehen alle Akteurskonzepte in einem Wechselverhältnis zueinander, so daß auch Akteure implizit von einer nationalen Berichterstattungsbesonderheit betroffen sind, über die nach den formalen Kriterien einheitlich berichtet wurde. Mit der Hälfte der Kategoriengruppenausprägungen ist der Anteil des vorgestellten Berichterstattungstyps, auch im Vergleich zu den bisher beschriebenen Ergebnissen für die Politikfelder, sehr hoch. Allerdings ist auch hier eine Steigerung beim Wechsel von der Makro- zur Mikroebene festzustellen. Die Bedeutung nationaler Einflüsse für die Berichterstattung steigt außerdem in dem Maße, in dem man qualitativ den Gesamteindruck aller Institutionen berücksichtigt.

Für die Gesamtberichterstattung der untersuchten Zeitungen, also die allgemeine EG-Darstellung, unterscheiden sich die beiden Zeitungsgruppen hinsichtlich der Diskurshaftigkeit, der Akzentuierung von Konflikt und Konsens und der Ergebnisorientierung der Darstellung, wobei diese Unterschiede nicht immer den Signifikanzkriterien entsprachen und sich eher aus der Deutung mehrere Einzelunterschiede ergaben. Der Diskurs bestimmt in allen Zeitungen mehrheitlich die Europaberichterstattung. Dabei gingen französische Zeitungen noch seltener auf konkretes Handeln ein als deutsche Zeitungen und stellen damit den Diskurs noch stärker in den Mittelpunkt. Die französischen Berichte wurden schon in Hinblick auf ihre relative Unabhängigkeit von den strukturell bedingten Handlungskompetenzen und Politikgehalten der europäischen Ebene charakterisiert. Hier fügt sich eine Diskursorientierung ein, welche die breite Palette diskursiv behandelte Themen aufnimmt und dabei den jeweiligen Akteuren wie zum Beispiel dem Europäischen Parlament neben ihren eigentlichen Aktionsfeldern auch diejenigen Politikfelder zuzuordnen vermag, in denen sie nur durch Beteiligung an der innereuropäischen Diskussion um Einfluß bemüht sind.

Das diskursive Element wurde auch grundsätzlich enger mit der französischen politischen Tradition oder politischen Kultur in Verbindung gebracht als mit der deutschen. Die rhetorische Auseinandersetzung hat in Frankreich ein stärkeres Eigengewicht als in Deutschland, wo die Fixierung auf *output*-orientiertes Handeln im Vordergrund steht. Damit kann in Frankreich eine größere Akzeptanz von Konflikten zwischen politischen Akteuren verortet werden als in Deutschland. Die

grundsätzlich konsensueller charakterisierte politische Kultur Deutschlands steht dem Konflikt als Politikstil eher ablehnend gegenüber, während der Kompromiß im Dienste der Sache ein höheres Ideal darstellt. Es war empirisch festzustellen, daß zwischen der Akzentuierung von Konflikt und Diskurs ein Zusammenhang besteht, der sich auch argumentativ gut begründen läßt. Innerhalb eines grundsätzlich ergebnisorientierten politischen Prozesses ist die konflikthafte Auseinandersetzung eher in der Phase der Beratung anzusiedeln, während die eigentliche Entscheidungsfindung auf Dauer auf ein kompromißhaftes Verhalten angewiesen ist. In der französischen Berichterstattung verbinden sich die beide Akzente Konflikt und Diskurs zu einer Betonung der Beratungsphase, während die deutsche Berichterstattung auch die anderen Phasen berücksichtigt, die sich weniger konflikthaft gestalten. Das Ergebnis der politischen Prozesses, also Gesetze oder Verträge, steht in Deutschland stärker im Vordergrund als in Frankreich. Wieder lassen sich die anderen Akzente, Handlungs- und Kompetenzorientierung, konsensbetonte Berichterstattung und „Realismus“ als ergänzende Elemente eines typisch deutschen EG-Bildes anführen.

Tabelle 5: National beeinflusste Berichterstattung über Handlungstypen

| Handlungstypen | insgesamt |
|--|------------------|
| 16 Kategoriengruppen (KG) | 16 KG |
| 7 KG Politikprozeß; Beratung; Umsetzung; offizielle Rechtsaktbezeichnung; Allgemeine Bezeichnung; Vorschläge; Konflikthafte Reden | 7 KG, ca. 44% |

Wenn die einzelnen Handlungstypen nun in Hinblick auf den gesuchten Berichterstattungstyp 2 zusammengestellt werden, so lassen sich 7 der 16 Handlungstypen als national beschrieben bezeichnen. Mit 44% aller Kategoriengruppen ist auch für die Handlungstypen der Anteil des vorgestellten nationalen Berichterstattungstyps relativ hoch. Wieder zeigt die Darstellung, daß neben den direkten, quantitativ meßbaren Ausprägungen qualitative Deutungen angebracht sind, die den Anteil national beeinflusster Berichterstattung noch steigern. Faßt man an dieser Stelle alle Kategoriengruppen (Akteure, Politikfelder und Handlungstypen) zusammen, die von nationalen Berichterstattungstrends geprägt werden, so sind 23 von diesmal 57 Kategoriengruppen oder ca. 40% dieser Gruppen von nationalen Politikkonzepten geprägt.

Zum Schluß läßt sich ein Resümee erstellen, welches sich auf den jeweiligen Anteil der einzelnen Berichterstattungstypen bzw. der soeben vorgestellten vier

Gruppen von Berichterstattung bezieht. Derjenige Teil der Kategoriengruppen, der wesentlich durch die europäische Realität bzw. den Einfluß von Nachrichtenfaktoren geprägt ist und zu einer einheitlichen deutschen und französischen Darstellung führte, macht ungefähr 43% der Gesamtkategorien aus. Der Anteil der national bestimmten Kategoriengruppen liegt mit ca. 40% ungefähr ebenso hoch. Individuelle Berichterstattungstrends betreffen nur einen geringen Teil derjenigen Kategoriengruppen, die bei einer solchen quantitativen Aufrechnung interessieren.

V. Die Beantwortung der Fragestellung sowie empirische und theoretische Implikationen der Forschungsergebnisse

Eingangs wurde die These formuliert, dass die untersuchte Medienberichterstattung in den jeweils vier nationalen Zeitungen hinreichend konsistent sei, um einen nationalen Berichterstattungstrend angeben zu können, und dass sich die so empirisch nachweisbaren nationalen Berichterstattungstrends hinreichend voneinander unterscheiden, um die Wirkung nationaler Einflußfaktoren auf die Berichterstattung annehmen zu können. Für beide Merkmale, die interne Konsistenz wie die externe Unterscheidung, lässt sich die These durch die Untersuchungsergebnisse und ihre Deutung stützen. Es gibt, abgesehen von Gemeinsamkeiten der Berichterstattung, die sich auf Strukturen europäischer Politik mit direkter Wirkung auf Wahrnehmung und Darstellung des untersuchten Objektes EG und auf die Wirkung von Nachrichtenfaktoren zurückführen lassen, spezifische Unterschiede der Berichterstattung. Diese Unterschiede beziehen sich auf die Häufigkeit der Nennung bestimmter Kategoriengruppen und Kategoriengruppenverbindungen. Die Häufigkeitsverteilungen sind nach den aufgestellten Kriterien innerhalb der beiden nationalen Zeitungsgruppen jeweils signifikant ähnlich, unterscheiden sich aber signifikant zwischen den Zeitungsgruppen.

Die spezifischen Ausprägungen ließ sich auf Faktoren zurückführen, die ihren Ursprung in einer deutschen oder französischen politischen Kultur haben. Die Deutung der Berichterstattungsunterschiede auf der Grundlage des Konzeptes einer politischen Kultur blieb dabei im Einzelfall relativ allgemein. Die vorgeschlagene Interpretation ist dennoch plausibel, weil sich ein relativ geschlossenes und widerspruchsfreies Bild der jeweiligen politischen Kultur ergibt, welches sich als dominant und in Anknüpfung an Bourdieu (1989: 42) über Symbolische Macht durchgesetzt bezeichnen lässt. Allerdings haben auch andere Traditions- und Kulturstränge Teil an der französischen und deutschen politischen Kultur, sie sind jedoch nur latent fortdauernd und haben die Berichterstattung über die EG nicht

vorherrschend geprägt. Das französische Parlamentsverständnis wird als ambivalent bezeichnet, wobei sich die dominante Deutungstradition eines schwachen Parlamentarismus relativ deutlich aus der Beobachtung der V. Republik ergibt, ein „starkes“ Parlamentsverständnis hingegen eher latent angelegt bleibt. Auf der Grundlage des oben gesagten läßt sich auch die Arbeitsthese nach dem Einfluß politischer Kultur auf die Wahrnehmung der europäischen Institutionen durch Medien stützen. Politische Kultur strukturiert das Bild, das Medien von der EG zeichnen, in entscheidender Weise mit. Dieses Zwischenergebnis läßt sich auf die Aussage reduzieren, daß Individuen ihre Umwelt auf der Grundlage von Erfahrung wahrnehmen und somit ihre Sicht der Umwelt mitkonstruieren.

Die Untersuchungen ergaben, daß die Darstellung der Akteure der EG in Hinblick auf den Raum, den die ausgewerteten Zeitungen ihnen in ihrer Berichterstattung einräumten, über die nationalen Zeitungsgruppen hinweg relativ konsistent war. Dies betraf auch die Gewichtung der einzelnen Politikfelder in der Darstellung. Geht man alle Gemeinsamkeiten durch und berücksichtigt dabei die Verzerrungen, die sich aus dem Einfluß von Nachrichtenfaktoren ergeben, so sollte am Ende ein Grundbestand an gemeinsamen deutschen und französischen Vorstellungen von Politik stehen. Diese Gemeinsamkeiten werden wiederum von den Gegebenheiten des beobachteten Objektes begrenzt. Sie wirken als Grundvorstellungen von Politik, die sich in noch relativ abstrakten Struktur-, Prozeß und Inhaltsvorstellungen ausdrücken, in Richtung einer gemeinsamen Basisperzeption europäischer Politik in Deutschland und Frankreich. Diese Grundvorstellungen sind Teil eines europäischen Grundkonsenses über Politik, der wohl in allen (aktuellen) Mitgliedsstaaten geteilt wird. Eine zweite Ebene betrifft die Wirkung realer Strukturen selbst und die Grenzen einer freien Interpretation. Der Mechanismus der Uminterpretation wird in der Regel nicht soweit gehen, grundsätzlich neue, in Realität nicht existente Strukturen und Inhalte zu „erfinden“. Es kann im großen und ganzen also nur über das berichtet werden, was da ist. Damit setzt die „Realität“ der Wirklichkeitskonstruktion relativ enge Grenzen. Eine dritte Ebene betrifft des Kommunikationsprozeß: Neben den Einflußfaktoren einer allen Beobachtern bedingt zugänglichen Realität und der Wirkung national übereinstimmender Politikkonzepte müssen die kommunikativen Gegebenheiten der Europaberichterstattung berücksichtigt werden. Sowohl Nachrichtenagenturen als auch Zeitungen haben ihre Europakorrespondenten in der Regel in Brüssel, so daß ein spezifisches Kommunikationsnetzwerk anzunehmen ist, in dem die Beziehungen der einzelnen Korrespondenten zueinander, der persönliche Kontakt zu den jeweiligen Informanten auf europäischer Ebene und die Infrastruktur einer europäischen Informationspolitik die Berichterstattung schon vorstrukturieren. Auch wenn weiterhin mit Recht von einem hauptsächlich national bestimmten

Kommunikationsraum der Berichterstattung ausgegangen werden kann, so trifft dies für die europäische Ebene doch nur noch teilweise zu. Ob die in genuin europäische Kommunikationsstrukturen eingebundenen Berichtersteller wiederum Zugang zu und Einfluß auf die nationalen Medien bekommen, ist hingegen von nationalen Faktoren abhängig. Der *input* in das nationale Kommunikationssystem hat aber auch auf Ebene der Korrespondenten schon einen deutlich europäischen Gehalt.

Ausgehend von institutionentheoretischen Überlegungen wurde angenommen, daß die Wahrnehmung *und* die Bewertung von Institutionenhandeln in Rückkopplung mit Erwartungen geschieht, die auf der Basis einer spezifischen Grundvorstellung von Politik entstehen. Einfacher ausgedrückt sollten sich jedesmal dann, wenn die europäische Realität auf der Grundlage national generierter Erwartungen von Politik als erwartungskonform wahrgenommen wird, eher positive Wertungen finden lassen, im gegenteiligen Fall eher negative Wertungen. Diese konnten tatsächlich beobachtet und damit die Annahme eines Zusammenhangs von Wertung und national generierter Erwartung bestätigt werden. Somit führte eine erfolgreiche Umdeutung der europäischen Realität auf der Grundlage nationaler Politikkonzepte zu einer positiven Bewertung, wie für eine europäische Währungsunion in der französischen Berichterstattung zu beobachten war. Auf der anderen Seite brachte eine Berichterstattung eine negative Bewertung, wenn das Objekt der Berichterstattung, die europäische „Wirklichkeit“, der Erwartung nur ungenügend entsprach. Damit ist die Annahme einer national beeinflussten Wahrnehmung und Bewertung europäischer Politik auch durch die Auswertung der wertenden Europaberichterstattung weitgehend gestützt und die Arbeitsthese positiv zu beantworten.

Die Antwort auf das erkenntnisleitende Interesse nach der gesellschaftlichen Integrationswirkung der europäischen Institutionen erfolgt in drei Schritten: Zunächst läßt sich als Deutung der Materialauswertung zusammenfassend konstatieren, daß die EG zwar eine Reihe von Institutionen hat, die in Struktur und Aufgabe den Institutionen von Nationalstaaten nahe kommen und daher auch Grundvorstellungen von Politik einer europäischen Gesellschaft wiedergeben bzw. repräsentieren könnten. Der Repräsentationsvorgang scheitert jedoch immer wieder aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Bezugsgröße. Die Grundvorstellungen von Politik sind, wie die Untersuchungen zeigen, nicht in allen Gesellschaften der Mitgliedstaaten dieselben. Die EG ruht in diesem Sinne also gar nicht auf einer europäischen Bevölkerung, sondern auf europäischen Bevölkerungen. Die Arbeitsfrage nach dem Einfluß national generierter Konzepte von Politik auf die Europaberichterstattung läßt sich daher positiv beantworten. In einem zweiten Schritt lassen sich auch einige Gemeinsamkeiten der politischen Kultur in

Deutschland und Frankreich feststellen, welche die Basis für eine europäische Symbolische Repräsentation abgeben könnten. Obwohl sich im Laufe der Geschichte gemeinsame Vorstellungen von Politik herausgebildet haben, kann die Repräsentation aber an der institutionellen Dynamik der EG scheitern. Bestimmte institutionelle Strukturen, verstanden als Institutionen, Politikfelder und Handlungstypen, verändern sich im Laufe der Integrationsentwicklung von Regierungskonferenz zu Regierungskonferenz und sind auch in den Phasen zwischen formalen Vertragsänderungen einer steten Dynamik unterzogen. Diese weniger stabilen Strukturen behindern eine auf längere Dauer konsistente Darstellung, da sie die darzustellende Komplexität erhöhen und damit den Prozeß der Perzeption insgesamt erschweren. Als Folge wird auch die Symbolische Repräsentation weniger leicht gelingen. Die relativ kleine Zahl der Berichte über das Europaparlament können so, abgesehen vom Faktor des geringen Einflusses des Europaparlamentes selbst, auch auf die instabile Rolle des Parlamentes in den institutionellen Entscheidungsprozessen zurückgeführt werden. Drittens ist festzuhalten, daß die Repräsentation immer noch an einer geringen Kommunikationsdichte scheitern kann, auch wenn einigermaßen stabile institutionelle Strukturen und gemeinsame Grundvorstellungen von Politik zusammenkommen. In vielen Details der Berichterstattung war die absolute Zahl der Berichte für die quantitative Analyse zu gering und die Vermittlung eines in sich konsistenten Europabildes kaum möglich. Die hier notwendige Medienebene ist für eine Kommunikation zwischen europäischen Institutionen und Gesellschaften außerdem nur unzureichend geeignet, da die Medien in nationalen Märkten strukturiert sind.

Diese drei Antwortschritte führen jedoch zu dem Schluß, daß die erfolgreiche Repräsentation von Werten und Ordnungsprinzipien, welche die deutsche und französische Gesellschaft teilen, in den untersuchten Medien nicht immer ausreichend erfolgt. Dieses Repräsentationsdefizit wirkt sich auch auf die Bewertung der EG durch die untersuchten Zeitungen aus. Sollte die Annahme stimmen, daß die Identifikation mit politischen Institutionen eine Voraussetzung für die Integration einer Gesellschaft ist und daß die Identifikation der europäischen Gesellschaften mit der EG wiederum an die Repräsentation von grundsätzlichen Werten und Ordnungsprinzipien gebunden ist, so ist die folgende Annahme richtig: Die aufgezeigten Defizite in der Repräsentation bestimmter Wertvorstellungen in den untersuchten Zeitungen ist insoweit zu verallgemeinern, als sie wahrscheinlich ein realistisches Bild der gesamten Medienkommunikation und damit der prägenden Kommunikation zwischen der EG und der deutschen und französischen Gesellschaft geben. Damit ist wahrscheinlich auch die Folge der Repräsentationsdefizite, nämlich eine schlechte Bewertung, in den Gesellschaften der beiden untersuchten Zeitungsmärkte anzutreffen. Die schlechte Bewertung

wiederum ist einer Identifikation auf der Grundlage der bewerteten Kriterien kaum zuträglich. Wenn man schließlich dieses Ergebnis auch auf die anderen Mitgliedstaaten ausdehnt, so kommt man in die Nähe einer Antwort auf die Frage, ob die gering ausgeprägte Integration der europäischen Gesellschaften auch auf die zu häufig erfolglos verlaufende Symbolische Repräsentation der europäischen Institutionen zurückzuführen ist. Auf der Grundlage der vorgestellten Untersuchungsergebnisse muß die Frage positiv beantwortet werden.

Drei Aspekte mildern die Konsequenzen des soeben festgestellten Dilemmas. Zunächst sind nicht die realen Sachverhalte allein prägend für die Perzeption und Bewertung der EG. Eine Reihe von korrigierenden Mechanismen der Wahrnehmung konnten benannt werden, die das Bild Europas entsprechend der Erwartung zurechtrücken. Die Elastizität der Perzeption ist in der Eigenart Symbolischer Repräsentation begründet, die ihren Ursprung im symbolischen, also überdeterminierten Charakter der Repräsentation hat. Zweitens ist keine absolute Homogenität von Erwartungen und Perzeption gefordert, will ein politisches System die Akzeptanz seiner Bürger finden. Solange einige tragende Elemente der Erwartung entsprechen, wird der so erzielte Erfolg der Repräsentation von Werten und Ordnungsprinzipien zur Stabilisierung ausreichend beitragen. Drittens ließ sich auch eine Interdependenz von europäischer Politik und der Entwicklung der nationalen politischen Kulturen wahrnehmen. Der Zukunft der europäischen Integration kann unter diesem Blickwinkel also vorsichtig optimistisch entgegen gesehen werden, zumindest was den Aspekt der Identifikation angeht.

Die Literatur über das demokratische Defizit der EG hebt neben anderen Punkten das Fehlen eines europäischen Kommunikationsraumes hervor⁸ oder kritisiert die Kommunikationspolitik der europäischen Akteure (Dacheux 1997). Im Gegensatz zu Nationalstaaten hat die Gemeinschaft eine Vielzahl von relativ unabhängigen Kommunikationsräumen, die sich mit den Mitgliedstaaten in etwa decken. Sie werden konstituiert durch Kommunikationsmedien wie Zeitungen, Fernsehen und Radio, aber auch durch privilegierte Kommunikationsteilnehmer wie Politiker oder Intellektuelle. Eine weitere Grundlage der Kommunikationsräume ist das Kommunikationsmedium Sprache, welches nicht nur die expliziten sprachlichen Äußerungen, sondern auch die referierten Denkmuster, symbolischen Räume und nichtverbalen Kommunikationsmedien umfaßt. Neben diesen national strukturierten Kommunikationsräumen existiert eine übergeordneter europäischer Kommunikationsraum, der eine Reihe von gesamtgemeinschaftlich ausstrahlenden Kommunikationsmedien, gemeinsame Kommunikationsakteure und über die direkte oder indirekte Übersetzungskompetenz seiner Teilnehmer auch eine aus mehreren Einzelsprachen gebildete gemeinsame „Sprache“ ausgebildet hat (Abélès–Bellier 1996: 440f).

⁸Seidel (1992: 142); Maastricht-Urteil des BVerfG, zitiert nach Joerges (1996: 85).

Dieser europäische Kommunikationsraum ist erweitert durch die Verknüpfung mit den nationalen Kommunikationsräumen, die in der Regel über die Europaberichterstattung, das Untersuchungsobjekt der vorliegenden Arbeit, geleistet wird. Der Fokus der Untersuchung wurde auf diesen Teilaspekt des europäischen Kommunikationsraumes gerichtet, weil davon auszugehen ist, daß der eigentliche Kern des Kommunikationsraumes nur relativ wenige direkte Kommunikationspartner umfaßt. Damit ist er in seiner Auswirkung auf die Identifikation der europäischen Gesellschaften mit den politischen Strukturen der Gemeinschaften eher beschränkt.

Zwar berichteten die Zeitungen über eine gemeinsame Wirklichkeit, es wurde jedoch angenommen, daß diese Wirklichkeit nur auf der Grundlage von unterschiedlichen nationalen Strukturierungsmechanismen darstellbar und verstehbar wird. Wo sich eine gemeinsame Darstellungen beobachten ließ, wurde diese als Resultat gemeinsamer Grundvorstellungen interpretiert. Allerdings könnten auch kommunikative Prozesse eine Ursache der ähnlichen Darstellung sein. Am Anfang der Homogenisierungsprozesse steht die Wiedergabe gemeinsamer Wirklichkeitsvorstellungen durch die Akteure der EU und durch Nachrichtenagenturen, die einen Großteil der Berichterstattung bestimmen. Außerdem wird die direkte und indirekte Interaktion der Korrespondenten und Redakteure eine Vereinheitlichung der Darstellung unterstützen. Im Verlauf der Arbeit wurde auch die Wirkung von Nachrichtenfaktoren, die in allen Ländern gleichermaßen wirken, aufgezeigt. Zuletzt bleibt tatsächlich eine ähnliche Vorstellung von politischer Wirklichkeit, die angesichts der jahrhundertealten europäischen Geschichte und damit einer ebenso langen Phase von Kommunikation, Austausch und Vermischung nationaler Politikvorstellungen nicht unwahrscheinlich ist. Es blieben jedoch auch Unterschiede in der Berichterstattung, die sich auf bestehende Unterschiede der politischen Kultur zurückführen ließen. Diese Unterschiede erwiesen sich trotz der oben angeführten Mechanismen der Konvergenz als dauerhaft, wenngleich sich in der Deutung für einige Bereiche einen Trend zur Veränderung beobachten ließ, der im europäischen Vergleich auf eine Anpassung an die europäischen Nachbarn (Außenpolitik in Deutschland, Währungspolitik in Frankreich), oder als gemeinsame Entwicklung beider nationalen Gesellschaften (Umweltpolitik) verstanden werden konnte. Für diese Veränderungs- und Annäherungsprozesse spielt die Kommunikation innerhalb des europäischen Kommunikationsraumes eine wichtige Rolle. Die kognitiven Referenzen werden in allen europäischen Gesellschaften ähnlicher. Sie werden wohl nie deckungsgleich, solange verschiedene, national bestimmte Kommunikationspartner und unterschiedliche Sprachen existieren.

VI. Der Bezug der Ergebnisse auf die theoretische Ebene der Europaforschung

Integration untersucht allgemein die Zunahme der Interaktion zwischen Individuen oder kollektiven Einheiten und Strukturelementen. In der Europaforschung beschäftigt sie sich hauptsächlich mit der Zunahme von Steuerungsleistungen auf einer Ebene, die über die nationale Ebene hinausgeht. Als Untersuchungsobjekt schließt dies eine Interaktion von politischen Akteuren ein, die nicht zielgerichtet auf bestimmte Steuerungsleistungen geschieht, sondern diese nur potentiell, zukunftsgerichtet beeinflusst. Schon außerhalb dieses instrumentellen Ansatzes steht die Erforschung von Interaktion auf Ebenen, die nicht eindeutig der Politik zugerechnet werden können. Diese Interaktionen betreffen Akteure, die nicht mit Blick auf und ohne direkte Folgen für politisches Handeln interagieren (z.B. Kommunikation und Begegnung bestimmter Berufsgruppen, Schüler und Studenten, Medienmacher etc.). Das erkenntnisleitende Interesse zielt auch hier auf die Veränderung der Rahmenfaktoren für eine instrumentelle Politikgestaltung. Zuletzt sind Konzepte zu erwähnen, welche die psychologischen Voraussetzungen oder Folgen der im weitesten Sinne instrumentellen Integration betreffen: Die Einstellungen der Bevölkerung zu europäischer Integration, die Unterschiede in den Vorstellung von Politik und Gesellschaft sowie die Wirkung europäischer Politik auf die jeweiligen Gesellschaften. Die soziale Integration läßt sich jedoch auch unabhängig von der instrumentellen Integration fassen. Sie bezieht sich auf die Identifikation der Mehrheit der Individuen einer Gesellschaft mit dieser Gesellschaft, wobei diese Identifikation nur unter der Bedingung einer geteilten Weltansicht und damit als Folge einer relativ dichten Kommunikation möglich ist. Sie muß mithin auch in Abhängigkeit einer, nun kommunikativen Interaktionsdichte verstanden werden.

Integration als theoretische Annahme des Modells bewegt sich innerhalb des so skizzierten Rahmens. Es geht in der vorliegenden Arbeit um eine Kombination mehrerer der oben angesprochenen Zielrichtungen: Gefragt wird nach den Voraussetzungen und Folgen der europäischen Integration in psychologischer Hinsicht, die mit der Einheit Intransitive Macht verbunden wurde. Das relevante Maß ist dabei die Identifikation mit Europa, seine Grundlage sind Werte und Ordnungsprinzipien oder Grundvorstellungen von Politik. In Rechnung gestellt wird die Ebene instrumenteller Integration, die sich in Institutionen und Akteure, institutionelles Handeln bzw. Handlungsstile und zuletzt in Politikziele oder materielle Politik ausdifferenzieren läßt. Instrumenteller Integration wird als gegeben angenommen und zunächst nicht nach ihrer Ursache und ihrem Verlauf gefragt. Hingegen kann von einer Dynamik der Integration ausgegangen werden, die vereinfacht als positive, auf ein höheres Integrationsniveau gerichtete Entwicklung

verstanden wird. Im Zentrum des Interesses steht die Wirkung der instrumentellen Integration, die als gegebene unabhängige Variable verstanden wird, auf die oben beschriebenen Voraussetzungen und Folgen, die erklärt werden sollen. Da von einem Muster komplexer Interaktion auszugehen ist, wird anschließend auf die Wechselwirkung beider Untersuchungsaspekte geschlossen, nämlich die Beeinflussung der instrumentellen Integration durch die Ebene der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Politik allgemein und insbesondere der europäischen Politik.

Das Modell führt gegenüber den traditionellen Ansätzen der Europaforschung zu Unvereinbarkeiten, die nach dem jetzigen Stand der Überlegungen neu diskutiert werden, um die Konsequenzen für das verwendete Modell zu benennen. Es wird angenommen, daß politische Kultur nicht nur auf die verinnerlichteten Grundvorstellungen von Politik zurückzuführen ist, sondern ebenso mit einer institutionellen Entwicklungsdynamik interagiert, die aus der Eigendynamik politischer Institutionen folgt. Damit sind die Konzepte, welche die Untersuchung der europäischen Integration auf der instrumentellen Seite angewendet hat, auch für die vorliegende Untersuchungen relevant. So sind *spillover*-Effekte als Resultate einer autonomen Integrationsdynamik zu verstehen, die sich auf die instrumentelle wie die soziale Integration beziehen. Ebenso fällt die Beschreibung der europäischen Institutionen als korporative Akteure (Schneider-Wehrle 1989) unter die Rubrik institutionelle Autonomie. Überlegungen, die den Transaktionskostenansatz in die Beschreibung der europäischen Integrationsentwicklung als stabilisierendes Element einbrachten (Pierson 1996: 144ff), können ebenso eingebunden werden wie spieltheoretische Überlegungen, wie bestimmte Verhandlungskonstellationen zu einem Integrationsgewinn führen, obwohl die Verhandelnden eigentlich kein subjektives Interesse an Kooperation haben sollten (Pierson 1996: 136ff). Insbesondere Mechanismen, die sich aus spezifischen, strukturellen Gegebenheiten der europäischen Integration ergeben, wirken sich im Sinne eines historisch verstandenen Institutionalismus auch auf die weitere Entwicklung aus und sind nur bedingt einer Veränderung von außen zugänglich (Pierson 1996: 132ff, 142ff). Sie wirken genauso auf die Perzeption und Vorstellung von europäischer Politik zurück und formen daher die Intransitive europäische Macht bzw. eine europäische politische Kultur.

Die Annahmen der verwendeten Institutionentheorie beziehen sich auf einen dynamischen Prozeß, der in seinen Aussagen zum Institutionenwandel anschlussfähig für Modelle institutioneller Entwicklungen wird. Im wesentlichen beziehen sich die anschlussfähigen Aussagen auf Bereiche, die auch von historisch-institutionellen Theorien bearbeitet werden und sich auf die Pfadabhängigkeit politischer Systeme und ihrer Institutionen und damit auf die Eigendynamik der Institutionen stützen (Pierson 1996; North 1990). Gegenüber den intentionalen

Einflüssen wird nun diejenige Seite institutionellen Wirkens stark gemacht, die in der Literatur unter dem Begriff *by-product* diskutiert wird (Shepsle 1989: 140f). Beide Aspekte, Intentionalität und *by-product* beschreiben institutionelle und gesellschaftliche Beziehungen und Wechselwirkungen, die auch auf den untersuchten Prozeß zutreffen. In der Untersuchung spielt der Institutionenwandel keine große Rolle, da ein relativ kurzer Zeitraum beobachtet wird. Allerdings umfaßt der Untersuchungszeitraum auch die Phase der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag und seiner Ratifikation. Hier ging es vor allem um Institutionenwandel, der Teil der Wahrnehmung von Institutionen wird. Damit bezieht sich die Symbolische Repräsentation der Institutionen der EG auf mehr als auf deren aktuelle Gestalt und ihre augenblicklichen Politikinhalte. Teil der Zielsetzungen, die sie repräsentieren, sind zukünftige Politikfelder, Kompetenzen und Institutionenstrukturen. Das europäische Beispiel wird zum Beleg für die Annahme, daß Intransitive Macht die Veränderung politischer Institutionen und den Institutionenwandel mitgestaltet. Hinzu kommt das Moment eines dynamisch verstandenen Institutionenbegriffs. Die Aufrechterhaltung dieses Institutionenverständnisses über längere Zeiträume kann bedenklich sein, wenn es in der Konsequenz zu einem verschwommenen Eindruck der Institution und nicht zu einem „Gewöhnungseffekt“ für den Bürger führt. Bisher jedoch hat der dynamische Eindruck der EG mobilisierende und identifikative Effekte gezeigt. Indem Europa als Zukunftsprojekt und als Überwindung alter, verkrusteter und Zwietracht sähender nationaler Politikmuster interpretiert wurde, konnte die europäische Einigung gerade bei jungen Bevölkerungsschichten beträchtliche Sympathien gewinnen. Auf jeden Fall gehört der dynamische Charakter für europäische Institutionen wesentlich zum Institutionenbild wie zur Institutionenwirklichkeit. Da zukünftige Erscheinungsformen von Institutionen wie alles Zukünftige nur schlecht präzise oder realistisch einzuschätzen sind, wird die Deutungsvarianz dieses Aspektes größer, als es schon für die gegenwartsbezogene Perzeption gilt. Die Perzeption gleicht stärker einem Wunschenken, welches von normativen, wertbezogenen Grundvorstellungen durchzogen und damit eher geeignet ist, Identifikation auf sich zu ziehen. Zukunftserwartungen von Institutionen wirken aber auch labiler, da sie nicht wirklich faßbar sind und die Identifikation mit der tatsächlich vorhandenen Institution nicht ersetzen, sondern nur mittelfristig stabilisieren können. Damit läßt sich dem dynamischen Charakter der europäischen Institutionen ein kurz- und mittelfristig positiver, langfristig jedoch negativer Effekt auf die Identifikation der Bürger zuschreiben.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Institutionenschöpfung und -wandel sowie der Genese Intransitiver Macht. Auf europäischer Ebene läßt sich beobachten, daß die Entwicklung des europäischen Institutionensystems

gleichzeitig zu einem neuen, jedoch noch wenig ausgeprägten *set* an europäischen Wertvorstellungen geführt hat, die als Basis einer zukünftigen europäischen Intransitiven Macht bezeichnet werden können. Die Genese Intransitiver Macht und der Institutionenwandel auf europäischer Ebene bedingen sich also gegenseitig. Zu Beginn der europäischen Integration steht der gemeinsame Wille der sechs Gründungsmitglieder, nach den Erfahrungen der schrecklichen Ereignisse zweier Weltkriege, die im wesentlichen europäische Kriege waren, nun zusammenzuarbeiten (Loth 1990:9ff). Ein Grundbestand an gemeinsamen Werten ist gegeben, der aus der oben angedeuteten gemeinsamen Geschichte und gemeinsamen Erfahrungen resultiert. Der Grundbestand ermöglicht die Schaffung gemeinsamer Institutionen, die eine gewisse Eigendynamik entwickelten und in einer Rückkopplungsschleife die Basis an gemeinsamen Werten langsam vergrößern. Dies wiederum führt zu neuem, stabilisierendem *input* in die Institutionenentwicklung, so daß sich eine Entwicklungspirale in Gang setzt, die einige Rückschritte und Phasen der Stagnation erlebt, aus der Rückschau aber erstaunlich geradlinig vorangeschritten ist (W. Wessels 1997). Institutionenwandel erscheint also als Anpassungsleistung, die den Erfolg Symbolischer Repräsentation gewährleistet, aber ebenso als Entwicklung neuer Werte und Ordnungsprinzipien begriffen werden kann, die über Symbolische Repräsentation an die Gesellschaft und ihre Intransitive Macht weitergegeben werden. Dabei kann die Transformation jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die Deutungsleistung, an die sie gebunden ist, auch erfolgt. Die Gesellschaft muß das Innovative der neuen Symbolischen Repräsentation auch als solches entschlüsseln können. Hier sind zwei Wege vorstellbar, die sich in der Praxis ergänzen. Zum einen werden gerade neue Werte explizit vermittelt. Die Institutionen, bzw. die sie verkörpernden Akteure, sind sich der Neuartigkeit ihrer Wertbotschaften bewußt und rahmen diese daher auch diskursiv ein (Göhler 1996b: 47ff). Dies Beispiel für die bewußte Einflußnahme von Institutionen auf gesellschaftliche Werte stellt ein riskantes Unternehmen für die Institutionenakteure dar, die eine ablehnende Haltung der Gesellschaft provozieren können. Wie die Geschichte der Bundesrepublik (Göhler 1996b: 47) zeigt, kann dies Unternehmen jedoch von Erfolg gekrönt sein. Ein zweiter Mechanismus der Wertveränderung stützt sich auf Strömungen innerhalb einer Gesellschaft, die den Diskurs dieser Gesellschaft im Augenblick nicht dominieren. Vertreter dieser Strömungen werden bei geeignetem Anlaß versuchen, die etablierte Deutungshoheit anderer Akteure anzugreifen und ihre eigene Interpretation der Wirklichkeit in symbolischen Kämpfen durchzusetzen. Damit steht ein Übersetzer zur Verfügung, der die Botschaft der Institutionen und somit ihre neuen Werte und Ordnungsprinzipien der Gesellschaft vermitteln kann. Die Übersetzung muß nicht der Intention der Institutionen entsprechen. Entweder stehen die Institutionen der einen wie der

anderen Interpretation neutral gegenüber, oder sie bevorzugen gar eine bestimmte Lesart. Auf jeden Fall sind symbolische Kämpfe um die Deutungshoheit innerhalb der Gesellschaft zu erwarten, die sich auf die vermeintlich neue Botschaft der Institutionen stützen. Sollte die Institution sich hier selbst als parteiischer Akteur einbringen, wird sich der symbolische Kampf möglicherweise zu einer Auseinandersetzung um die realen Strukturen und Kompetenzen der Institution ausweiten.

VII. Schluß

Die Wahrnehmung Europas in den Medien, so zeigt diese Untersuchung, wird bei allen Gemeinsamkeiten immer noch zu einem guten Teil durch nationale Politikgewohnheiten beeinflusst. Historisch gewachsene und von nationalen Erfahrungen bestimmte Wert- und Ordnungsvorstellungen prägen die Sicht der europäischen Politik und führen zu einer vorwiegend negativen Bewertung der europäischen Institutionen. Gleichzeitig nimmt der Prozentsatz der Entscheidungen, die überwiegend durch europäische politische Prozesse zustande kommen, stetig zu. Dieses Dilemma führt, trotz eines relativ stabilen „permissive consensus“ zugunsten der EU, zu einer tendenziell negativen Bewertung und geringen Identifikation mit der EU. In den neunziger Jahren haben ein wirtschaftlicher Abschwung, weiter steigende Arbeitslosenzahlen und die weitreichenden Entscheidungen des Maastrichter Gipfels zu einer sinkenden Zustimmung zum Integrationsprozeß geführt, die erst in den letzten Monaten langsam gestiegen ist. Solche Phasen des Zweifels werden die Integrationsbemühungen der EU auch in Zukunft weiter bremsen, solange die starken nationalen Einflüsse auf die Wahrnehmung und Bewertung der EU fort dauern. Die Angleichung der europäischen Wertvorstellungen vollzieht sich in einem sehr langsamen Prozeß der Einstellungsänderung, an dem veränderte politische Strukturen, persönliche Erfahrungen und symbolische Kämpfe der Wertdurchsetzung zusammenwirken. Beeinflusst wird dieser Prozeß, wie die vorliegende Untersuchung zeigte, von der Kommunikationsstruktur, mithin dem noch vorwiegend national strukturierten Medienmarkt. Auch an diesem Medienmarkt wird sich ein Wandel hin zu einer Europäisierung voraussichtlich ebenso langsam vollziehen. Nationale Politikkonzeptionen und nationale politische Kultur werden daher die europäische Politik auch weiterhin prägen. Wie die Herausbildung des Nationalstaates im 18. und 19. Jahrhundert scheint das Entstehen supranationaler Einheiten ein Prozeß zu sein, in dem die technische Integration der gesellschaftlichen vorseilt. Aber die Analogien zur Nationalstaatsbildung legen auch die Schlußfolgerung nahe, daß die Entstehung

einer supranationalen, einer europäischen Identität möglich ist, die sich neben den bisher dominanten regionalen und nationalen Identitäten voll etablieren kann.

Literatur:

- Abélès, Marc – Bellier, Irène 1996: „La Commission Européenne. Du compromis culturel à la culture politique du compromis“, *Revue Française de Science Politique* Vol. 46 (3/96), S. 431-456.
- Anderson, Benedict 1993: *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt
- Angelucci, Orietta 1993: „Die europäische Identität der Europäer: Eine sozialpsychologische Bestandsaufnahme“, in Bogdandy, Arnim von (Hg.): 1993, S.303-322.
- Arendt, Hannah 1970: *On Violence*, New York
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1983: *Demokratie und Repräsentation*, Hannover
- Bogdandy, Arnim von (Hg.) 1993: *Die europäische Option*, Baden-Baden
- Bourdieu, Pierre 1989: *Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen*, Berlin
- Dacheux, Eric 1997: „L'Europe en quête de sense“, in *Futuribles* N°223 (9/97), S. 39-60
- Delanty, Richard 1995: *Inventing Europe. Idea, Identity, Reality*, New York
- Donnat, Olivier – Cogneau, Denis 1990: *Les pratiques culturelles des Français 1973-1989*, Paris
- Duchesne, Sophie – Frogner, André-Paul 1995: „Is there a European Identity“, in Niedermayer, O. – Sinnor, R.: 1995, S. 193-226.
- Europäische Kommission 1994: *EUROBAROMETER 40 (1992)*, Brüssel
- Göhler, Gerhard (Hg.) 1994a: *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden
- Göhler, Gerhard 1994b: „Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen“, in ders. 1994a, S. 19-46.
- Göhler, Gerhard 1996a: „Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation“, und 1996b: „Wie verändern sich Institutionen? Revolutionärer und schleichender Institutionenwandel“, in ders. (Hg.) 1996: *Institutionenwandel*, Leviathan-Sonderheft 16; Opladen, S.21-56.
- Große, Ernst-Ulrich – Lüger, Heinz-Helmut 1997: *Frankreich verstehen*, Darmstadt
- Jachtenfuchs, Markus – Kohler-Koch, Beate (Hg.) 1996: *Europäische Integration*, Opladen

- Joerges, Christian 1996: „Das Recht im Prozeß der europäischen Integration“, in Jachtenfuchs–Kohler-Koch (Hg.) 1996, S. 73-108.
- Loth, Wilfried 1990: *Der Weg nach Europa*, Göttingen
- Niedermayer, Oskar 1994: „EP und öffentliche Meinung“, in Niedermayer, O. – Schmitt, H. (Hg.) 1994, S. 29-44.
- Niedermayer, Oskar – Schmitt, Hermann (Hg.) 1994: *Wahlen und europäische Einigung*, Opladen
- Niedermayer, Oskar – Sinnott, Richard 1995: Democratic Legitimacy and the European Parliament, in dies. (Hg.): *Public Opinion and Internationalised Gouvernance*, Oxford, S. 277-308
- North, D.R. 1990: *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*, Cambridge
- Pierson, Paul 1996: „The Path to European Integration“, in *Comparative Political Studies* (29/96), S.123-163.
- Reif, Karlheinz 1992: „Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG: Die drei Dimensionen des demokratischen Defizits“, *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 19/92, S.13 ff.
- Schissler, Jakob – Tuschhoff, Christian 1988: „Kognitive Schemata: Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschung für die Politikwissenschaft“, *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 52-53 (1988), S.3-13.
- Schneider, Volker – Wehrle, Raymund 1989: „Vom Regime zum korporativen Akteur“, in Kohler-Koch, Beate (Hg.) 1989: *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, S.409-434.
- Seidel, Martin 1992: „Zur Verfassung der Europäischen Gemeinschaft nach Maastricht“, *Europarecht*, Beiheft 1 (1992), S.125-145
- Shepsle; Kenneth A. 1989: „Studying Institutions. Some Lessons from the Rational Choice Approach“, *Journal of Theoretical Politics* Vol.1 (2/89), S.131-147
- Speth, Rudolf 1997: „Die symbolische Repräsentation“, in Göhler 1997
- Weber, Max 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen
- Wessels, Jan 1994: „Das Demokratieprinzip im Entscheidungsprozeß der EU unter besonderer Berücksichtigung des Öffentlichkeitsbegriffes“, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU-Berlin
- Wessels, Wolfgang 1994: „Institutionen der EG: Langzeittrends und Leitideen“, in Göhler 1994a, S.301-330.
- Wessels, Wolfgang 1997: „An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integrational Process“, *Journal of Common Market Studies* (2/97), S. 267-299.
- Wolton, Dominique 1993: *Naissance de l'Europe démocratique*, Paris

FERENC L. LENDVAI

UNGARN ALS VERMITTLER
ZWISCHEN WESTLICHER UND ÖSTLICHER KULTUR

Im ungarischen Historischen Nationalmuseum zu Budapest wird die ungarische Königskrone aufbewahrt, die von der öffentlichen Meinung auch heute noch als die Krone des ersten ungarischen Königs, Stephan des Heiligen, angesehen wird, obwohl Historiker ziemlich eindeutig nachgewiesen haben, daß die ihm aus Rom zugesandte Krone verloren ging und erst später durch die jetzige ersetzt worden ist. Die „Heilige Krone“ ist das Symbol des Königreiches Ungarn, sowie einer traditionellen ständischen Ideologie gemäß die Quelle allen Rechtes – und als spezifische Folge dieser Lehre wurde sie (als heraldische Absurdität) durch einen Beschluß des über eine konservative Mehrheit verfügenden Parlamentes selbst in das Wappen der heutigen Republik Ungarn einbezogen. Die Krone setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Den unteren Teil bildet eine offene byzantinische Krone, die durch den oberen Teil – wahrscheinlich ein Kreuzband eines römischen Reliquienschreins – zu einer geschlossenen gestaltet wird. In dieser seltsamen und die Phantasie anregenden Tatsache, daß nämlich die das ungarische Königreich symbolisierende Krone sowohl griechische als auch römische Bestandteile aufweist, erblickten bereits viele ein Symbol, u.a. zum Beispiel Benjámín Kállay, seinerzeit hervorragender Politiker und Publizist, sich großer Beliebtheit erfreuender Gouverneur des von Österreich-Ungarn okkupierten und später dann annektierten Bosnien-Herzegowina. Diese komplexe Gestaltung der Krone – schreibt er – symbolisiert vorzüglich die Lage Ungarns zwischen dem Osten und dem Westen, die Komplexität der Kultur des Landes.

Worin nun besteht diese Diskrepanz bzw. Zusammengesetztheit? Zunächst einmal in der anthropologischen und ethnischen Zusammensetzung. Die ungarische Sprache gehört zu den finno-ugrischen Sprachen und innerhalb jener zum ugrischen Sprachstamm. Die nächsten Verwandten sind die im heutigen Westsibirien lebenden und noch immer die Lebensweise der Jäger und Fischer verfolgenden Chanti (Ostjaken) und Manschi (Wogulen) (wobei der Wortstamm „many“ dieselbe Bedeutung hat, wie bei den Magyaren „magy“ – ursprünglich hieß das, so typisch für die uralten Sprachen, auch „Mensch“). Die Vorfahren der Magyaren aber zogen von der Uralgegend hin zum Kaukasus und änderten selbst ihre Lebensweise. Man wurde zum Nomadenvolk wie einst die Skythen oder später die Hunnen. (Diese sogenannte szythisch-hunnische Verwandtschaft eintwickelte

sich später zu einem beliebten Thema romantischer Chroniken und Ideologien.) Sie wurden eingegliedert in den Stammesbund der Kasaren und Onoguren. (Letzterem verdanken wir die für Magyaren in allen anderen Sprachen bekannte, im Ungarischen aber nicht existierende Bezeichnung „hungarus“ usw.) Die Stammesführer wiederum gehörten den Turkvölkern an. Den Gräbern aus der Zeit der Landnahme der Ungarn im Karpatenbecken sind zahlreiche anthropologische Skelette dieses Typs entnommen worden. Im Karpatenbecken trafen die Ungarn infolge Völkerwanderungen kaum Germanen an, sie stießen auf nur wenige Awaren bzw. hauptsächlich auf Pannon-Slawen (Slowenen); mit diesen war man innerhalb kurzer Zeit verschmolzen. Dabei aber blieb der finnisch-ugrische Charakter der ungarischen Sprache dominierend erhalten. Der das christliche Königreich gründende Heilige Stephan rief wiederum Siedler ins Land, in erster Linie Ritter und Geistliche, und hauptsächlich aus Deutschland. Die Assimilation ging ebenso schnell vonstatten, wie später jene der französischen und italienischen Siedler. Hinzu kamen außerdem deutsche und jüdische Einwanderer der Neuzeit oder auch die Assimilation der Nationalitäten im Lande (Slowaken, Serbo-Kroaten, Rumänen). Jene heute die ungarische Sprache sprechenden 15 Millionen Menschen (unter ihnen etwas mehr als 10 Millionen in Ungarn) sind also von Anfang an unterschiedlichster Abstammung.

Hinzu kommt dann noch die geographische Komplexität, die für das historische und gegenwärtige Ungarn gleichermaßen charakteristisch ist. Das historische Ungarn war gleichzusetzen mit dem Karpatenbecken, d.h. neben dem heutigen Ungarn gehörten ihm noch folgende gegenwärtige Territorien an: die Slowakei, Karpato-Ukraine, Siebenbürgen, die Woiwodina und das Burgenland; hinzu noch Kroatien, seit dem frühen Mittelalter in Personal- und Realunion mit Ungarn. Die heutige Situation ist Ergebnis des Friedens von Trianon im Anschluß an den ersten Weltkrieg: diese Gebiete gingen Ungarn deshalb verloren, weil wahrscheinlich schon von Anfang an und später noch in zunehmenden Maße vor allem nichtungarische Nationen hier ihre Heimat hatten, während das sich in der Mitte des Karpatenbeckens niederlassende Ungartum infolge der 150 Jahre andauernden Schreckensherrschaft der hier eindringenden Osmanen sowie ständiger Kriege riesige Verluste zu beklagen hatte. Vor der Eroberung der Türken bildeten die Ungarn die Mehrheit der Bevölkerung, nachdem die osmanische Herrschaft zerfiel, war nicht einmal die Hälfte der Einwohner ungarischer Abstammung. Davon abgesehen leben in den erwähnten, heute nicht mehr zu Ungarn gehörenden Gebieten auch gegenwärtig noch 3-4 Millionen Ungarn.

Dabei war das historische Königreich Ungarn grundsätzlich in einen östlichen und einen westlichen Teil geteilt – und das ist selbst heute für Ungarn noch der Fall. Der westliche Bereich erfaßte die Hügellandschaft Pannoniens, der sich im Norden die Berge und Täler der Karpaten anschließen. Bereits vor der ungarischen

Landnahme haben auf diesen Territorien zunächst die Römer und später dann die slawischen Vasallen der Franken Staategebilde angeregt. Der östliche Teil erstreckte sich bei der Großen Ungarischen Tiefebene, der westlichsten bewaldeten Steppe, die bis zur Landnahme der Ungarn von verschiedensten Nomadenstämmen – wie z.B. Jazygen, Awaren usw. – durchstreift wurde. Diesem Gebiet schloß sich im Osten Siebenbürgen an, das einstige Dakien, wo die Römer nur für kurze Zeit Fuß fassen konnten. In diesen westlichen und östlichen Landesteilen, die man in der Anfangsperiode des Königreiches auch als Nieder- und Oberungarn bezeichnete (welche Benennung sich später dann nicht auf die westlichen bzw. östlichen sondern die nördlichen und südlichen Landesteile bezog), haben sich Zivilisiertheit und Kultiviertheit bedeutend voneinander unterschieden, was selbst heute noch der Fall ist. Zum heutigen Ungarn gehören Transdanubien (das einstige Pannonien) und der zentrale Bereich der großen ungarischen Tiefebene mit seiner berühmten „Puszta“, die übrigens in ihrer gegenwärtigen Form erst seit den Verheerungen durch die Osmanen existiert.

Ein weiterer Zwiespalt kommt ebenso in jener Debatte zu Ausdruck, wohin denn nun das ganze Land gehöre: zu Osteuropa oder zu West- bzw. Mitteleuropa? Der Einfachheit halber verstehe ich unter Osteuropa die Region der einstigen sogenannten sozialistischen Länder (die ehemalige DDR ausgenommen), d.h. ich ziehe die Grenze zwischen Ost- und Westeuropa entlang der Oder--Leitha-Linie. Trotzdem differenziere ich innerhalb der osteuropäischen Region neben dem den echten Kern Osteuropas bildenden Russland das sich davon markant unterscheidende, sich unter skandinavischen Einfluß entwickelnde Nord-Osteuropa und das sich unter byzantinischer und osmanischer Einwirkung entwickelnden Süd-Osteuropa sowie das sich unter deutschem (preussischem bzw. österreichischem.) Einfluß entwickelnden sogenannten Mittel-Osteuropa (oft auch Ost-Mitteleuropa genannt). Bei dieser Unterscheidung spielen konfessionelle und geistlich-geographische Gesichtspunkte eine bedeutende Rolle: Russland und Süd-Osteuropa entfielen im großen und ganzen in den Wirkungsbereich des byzantinischen Christentums (wenn auch hinsichtlich letzteren die nordwestlichen Gebiete wie Kroatien usw. kaum noch oder schon gar nicht mehr), während die anderen beiden Regionen dem Bannkreis des römischen Christentums unterlagen. Die Auswirkungen der Reformation hingegen erwiesen sich allein in Nord-Osteuropa als dauerhafte: in Mittel-Osteuropa eroberte die Gegenreformation größtenteils erfolgreich die Positionen des Katholizismus zurück. In der Periode von Reformation und Gegenreformation haben die deutschen Städte im derzeitigen Oberungarn (praktisch in der heutigen Slowakei) sehr bald die Reformen Luthers übernommen. Ihnen schloßen sich sehr bald die meisten (ungarischen und slowakischen) adligen Familien an und damit gleichzeitig der Grossteil des zumeist slowakischen Bauerntums. (Die Ukrainer blieben Orthodox.) In Niederungarn

(praktisch dem heutigen Ungarn) reihten sich die ungarischen Edelleute und mit ihnen die ungarischen Bauern in die kalvinistische Bewegung ein, denn dies sicherte ihnen eine akzentuierte Identität sowohl den deutschen Bürgern als auch der deutschen Dynastie gegenüber. (Ähnlich wie den Polen der Katholizismus den orthodoxen Russen bzw. den protestantischen Deutschen gegenüber.) Aus ähnlichen Gründen kam in Siebenbürgen (das infolge der türkischen Eroberung zum Land ungarischer Vasallenherrscher wurde) der auf antitrinitären Traditionen aufbauenden „unitarischen“ Religion große Bedeutung bzw. zeitweise sogar eine hegemonistische Rolle zu. Schließlich kamen aber die dortigen Stände dahingehend überein, daß es vier „übliche“ Konfessionen (*religiones receptae*) gäbe und man jeder frei nachgehen könne. Hierbei ging es also nicht um eine im modernen Sinne verstandene Glaubensfreiheit, wie das die nationalistische Historiographie und Kirchengeschichtsschreibung darzustellen beliebt: der Bauer war praktisch gezwungen, immer die Religion seines Patrons zu befolgen. (Eine Ausnahme bildeten die orthodoxen Rumänen, bei denen man sich vergeblich mit der Reformierung oder Union versuchte, so daß schließlich ihr Glaube toleriert wurde.) Die Gegenreformation konnte in Ungarn deshalb Erfolge verzeichnen, weil sich die Stände in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts dem Habsburg-Haus gegenüber die vollkommene politische Freiheit erkämpften und die bis dahin völlig unberührt gelassene katholische Hierarchie konnte nun in den Dienst eingenger Interessen gestellt werden. Und mit der Habsburgermonarchie gelang ein formeller Ausgleich zumindest im Zeichen der gemeinsamen Konfession. In Siebenbürgen hingegen wird zum selben Zeitpunkt aus dem Calvinismus sozusagen eine Staatsreligion. Als dann in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Habsburger in Ungarn nach einer ganzen Reihe von inneren Zwistigkeiten und Verschwörungen um eine absolutistische Herrschaft bemüht sind, erscheint die reformierte Religion – obwohl sie eine der Minderheiten ist – als eine mit dem ungarische Nationalgedanken eng verschlungene konfessionelle Idee. Im 18. Jahrhundert schließlich gestaltet sich der katholische Gedanke des „*Regnum Marianum*“ zur offiziellen Ideologie des ungarischen ständischen Staates, demgegenüber es für einen Protestanten von vornherein bedeutet, eine Oppositionsstellung innezuhaben – gleichzeitig damit auch die Orientiertheit zum Westen bzw. deren Gegenteil zum Ausdruck bringend. Infolge der Aufklärung und der Säkularisation verloren diese religiösen Traditionen selbstverständlich unmittelbar an Bedeutung, sie spielten jedoch indirekt selbst bei der späteren Gestaltung der ungarischen Kultur und damit u.a. der ungarischen Philosophie eine Rolle. Das wiederum war das Ergebnis eines ziemlich komplizierten Prozesses.

In seinem umfassenden geschichtsphilosophischen Essay charakterisiert der ausgezeichnete ungarische Geschichtsphilosoph Lajos Prohászka in den 30-er Jahren in dem Werk mit dem Titel *Der Wandersmann und der Heimatlose* die

hervorragenden Kulturvölker Europas mittels der Methode historischer Typologie. Jedes dieser Völker erhält seine Bezeichnung aufgrund einer vom Autor als typisch erachteten Eigenschaft: so z.B. lautet das Epitheton für den Griechen der Antike „der Expressive“, für den Römer „der Organisator“, für die Gemeinschaft im mittelalterlichen Europa „der Pilgerer“ (in dieser Einteilung ist eindeutig der Geist Hegels zu spüren); unter den europäischen Völkern der Neuzeit steht dem Spanier der „Donquijottistische“, dem Franzosen „der Stilist“, dem Briten „der Kolonist“, dem Italiener „der Humanist“ zu. Und schließlich sind da noch die beidem im Titel des Buches aufgeführten Typen: „der Wandersmann“ – der Deutsche, sowie der „Heimatlose“ – der Ungar. Selbstverständlich könnte viel und lange darüber diskutiert werden, ob diese Charakteristiken nun zutreffende sind oder nicht. Ich nehme an, daß z.B. allein die Spanier selbst entscheiden könnten, ob es stimmt, „daß es eine große Differenz gibt zwischen dem mittelalterlichen Verhalten und den modernen Lebensverhältnissen der spanischen Seele“, welche symbolisch vom Helden des Cervantes verkörpert wird. Für uns jedoch ist im Augenblick nicht von Bedeutung, ob Prohászka mit all dem Recht hatte, sondern eher wichtig zu wissen, inwiefern für die ungarische Mentalität charakteristisch ist, was er behauptet, auch was das Verhältnis von ungarischer Geistigkeit und Philosophie betrifft – und noch dazu im Vergleich mit der deutschen Mentalität. Vielleicht lohnt es sich gerade deshalb, ein wenig detaillierter darauf einzugehen, wie der Verfasser das Verhältnis des deutschen „Wanderers“ und ungarischen „Landflüchtigen“ charakterisiert, denn Hauptmotiv und -thema des Buches ist eigentlich die Gegenüberstellung dieser beiden Typen. Laut Prohászka ist Grundcharakterzug der deutschen Kultur das Wandermotiv: der deutsche Geist ist auf der ständigen Suche nach und auf dem Wege zur Vollkommenheit der Klassik, um jene – wie es der Verfasser formuliert – „in einem unverhofften Augenblick“ zu gestalten. Demgegenüber ist zwar auch der Ungar nahezu ständig unterwegs – behauptet unser Geschichtsphilosoph –, doch ist er nicht auf der Suche wie der Deutsche, sondern er befindet sich auf der Flucht, hält sich verborgen: er flieht vor der Realität, entflieht den Aufgaben – er ist sich im klaren darüber, daß auch er die Klassik erschaffen müsste, doch er „schaut auf sie allein wie vom anderen Ufer, voll Mühsal und auf der Flucht“.

Warum ist das so? Erneut sollen an dieser Stelle die in der Einführung teilweise bereits erwähnten Grundmomente der geographischen und historischen Situation aufgezeigt werden, da wir eine Antwort in der spezifischen historischen und geopolitischen Lage des Ungartums finden. Das vom Osten her kommende Ungartum war tatsächlich um eine Assimilation mit dem Westen bemüht, doch waren, wie ersichtlich, in dieser Region jene ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen gar nicht bzw. in minimalem Umfange gegeben, welche in der Region des Westens noch von der römischen Zivilisation geschaffen worden waren. Das Ungartum kämpft also seit Jahrhunderten mit Problemen der Selbsteinschätzung

sowie mit Minderwertigkeitskomplexen. Um nochmals mit Prohászka zu formulieren: „Die ungarische Scholle duldet kein grosszügiges menschliches Leben mit universellem Weitblick. Wenn ein Ungar ein großer Poet ist, dann ist er: poeta absconditus.“ Keine ungarische Philosophie existierte, mehr noch, auch die Entfaltung einer ungarischen philosophischen Kultur stieß auf Schwierigkeiten. Die herrschende ungarische Elite war nämlich der Ansicht – was aus oben erwähnten Tatsachen folgte –, daß dem konkret denkenden, nüchternen ungarischen Geist eine abstrakt denkende, vage Philosophie als solche im allgemeinen fremd sei... Umso modernere oder gewagtere philosophische Gedanken jemand in Ungarn einzuführen wünschte, auf umso größeren Widerstand stieß derjenige. Oder er setzte sich sogar Gefahren aus. Schon dem ersten ungarisch schreibenden Philosophen, dem puritanen und kartesianischen János Csere Apácai drohte der Fürst von Siebenbürgen, ihn vom Festungsturm stürzen zu lassen, sollte er auch weiterhin seine gefährlichen Ideen verbreiten.

Nach den Versuchen der Übertragung der westlichen philosophischen Entwicklungsrichtungen – vor allem jener von Kant und Hegel – im Laufe des vergangenen Jahrhunderts, schlug erst zur Jahrhundertwende die Stunde der ungarischen Philosophie. Diese Epoche nämlich stellte Ungarn (genauer gesagt das derzeitige historische Ungarn, welches die eine Hälfte eines großen Staatsgebildes, der bizentralen, dualistischen sog. Österreichisch-Ungarischen Monarchie ausmachte) vor riesige Aufgaben: eine umfassende Modernisierung von Staat und Gesellschaft hätte unter Beibehaltung von Souveränität und Integrität erfolgen müssen. Die traditionelle ungarische politischelite und die zu ihr inzwischen ebenfalls herangewachsene zeitgenössisch-bürgerlich ungarische geistige Elite war gleichermaßen von einer absoluten Berechtigung des diesbezüglichen Berufungsbewußtseins des im Staatsgebilde praktisch eine Minderheit bildenden Ungartums überzeugt, obwohl man sich auch über drohende Gefahren im Zusammenhang mit diesem Missionsbewußtsein im klaren war. (Wie uns bekannt ist, erwiesen sich letztere als die stärkeren: nach dem an der Seite der Mittelmächte geführten und verlorenen Ersten Weltkrieg zerfiel der Staat.) Die moderne Elite gab der führenden literarischen Zeitschrift den Titel „Nyugat“ (Westen), traditionellere Elemente hingegen verwiesen auf den bedeutenden romantischen Reformers Graf Széchenyi (den Begründer der Ungarischen Akademie), laut dem die Ungarn eher ein „Volk des Ostens“ (Kelet népe) sind. Optimisten waren der Ansicht, daß Ungarn eine *Brücke* zwischen dem Osten und Westen sei, der Pessimisten gemäß aber eine *Fähre*, die mal vom Osten in Richtung Westen, dann ein andermal vom Westen nach Osten in ständiger Bewegung ist.

Seit den Kämpfen mit den Türken bzw. seit der Epoche der Reformation hat sich bei den ungarischen Intellektuellen ständig stärker ein tragisches Lebensgefühl bemerkbar gemacht, die messianistische Idee, von der auch die größten Dichter der

Nation des vergangenen Jahrhunderts wie Sándor Petőfi oder zur Jahrhundertwende Endre Ady nicht verschont blieben. Im Zeichen dieser Gedanken steht auch die in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts konzipierte Philosophie des György Lukács, des einzigen ungarischen Philosophen, der später auch international bekannt und anerkannt war. Schon der junge Lukács diskutiert entschieden die philosophiefindliche Auffassung der traditionellen ungarischen Elite, wenn er da schreibt: „Diese Attitüde, diese Vorausannahme, die Erwartung des Absoluten, diese Bereitschaft vor der Erscheinung in die Knie zu sinken, diese Einstellung zur Tiefeninbrunst – diese Attitüde fehlte bisher in unserer Literatur. Aber ist es gestattet, nur weil es das bisher nicht gab, nun auch zu sagen, daß es das auch nicht geben wird, nicht geben sollte? Weil schon das Bestreben danach an sich verdächtig ist: es ist nicht radikal ungarisch, deutsch?“ Später dann glaubte Lukács seinen eigenen Messianismus in der die Welt (wie es Fichte formulierte: die Welt der „vollendeten Sündhaftigkeit“) scheinbar erlösenden marxistischen Bewegung und in den infolge der russischen Revolution ihren Ausgang nehmenden, utopistischen Ziele verkündenden osteuropäischen gesellschaftlichen Veränderungen verwirklichen zu können. Dokumentiert wird das mit seinem berühmten Buch *Geschichte und Klassenbewußtsein*, welches einen großen Eindruck jedoch eher auf West- als auf Osteuropa ausübte. In jener Bewegung erblickte er, wie so viele andere ebenfalls, eine von Glaubenscharakter; im Kampf des Guten gegen das Böse. (Hier sollte auf die Beteiligung von Hemingway oder auch Orwell am Spanischen Bürgerkrieg hingewiesen werden.) Daß eventuell selbst die „antifaschistische“ Sowjetunion ein „Reich des Bösen sein könnte, das konnte schon allein aufgrund dieser Grundeinstellung für die meisten der Kommunisten oder nur allgemein linksgerichteten Intellektuellen nicht in Frage kommen. Der in der gefahrenschwangeren Sowjetemigration lebende Lukács verschwiegen den stalinistischen Terror, wohingegen der in bequemer amerikanischer Emigration lebende Ernst Bloch es direkt als richtig erachtete, die großen Prozesse in Schutz zu nehmen. Ja: „Extra ecclesiam nulla salus...“ In seinen späteren Werken (d.h. in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg) dann hat Lukács bereits eine Art „dritten Weg“ zwischen den Weltmächten des stalinistischen bzw. poststalinistischen Systems und dem *american way of life* gesucht, und zwar wie er es formulierte, die Möglichkeit des „tertium datur“.

Selbstverständlich hat Lukács sich geirrt. Sein philosophisches Lebenswerk ist nur eine Folge genialer Fragmente. Um es mit Prohászka zu formulieren: auch er vermochte nicht die klassische Erfüllung beim Schopfe zu fassen. Das für die Hauptströmung der ungarischen Intelligenz seit der Epoche der Reformation charakteristische tragisch- messianistische Lebensgefühl – das zuletzt vielleicht anlässlich des hoffnungslos- heroischen Volksaufstandes im Jahre 1956 entflammte – scheint gegenwärtig infolge des Fiaskos verschiedenster Illusionen verdrängt zu

werden. Das Land befaßt sich nicht mehr mit der Suche nach eigenen Wegen, man möchte einfach zurück bzw. endlich hin nach Europa. Was aber kann man dorthin mit sich nehmen, was als tatsächlich wertvolle Tradition eingestuft werden kann?

Eines der brennendsten gesellschaftlichen Kardinalprobleme im heutigen Westeuropa ist jenes vom Verhältnis der einheitlichen politischen Staaten zu den multikulturellen Gesellschaften. Nun, die Gesellschaften Osteuropas – und somit auch die Ungarns – waren schon von jeher multikulturelle, wenn auch nicht im modernen, sondern in einem patriarchalischen Sinne: bei der ungarischen Kultur handelte es sich immer um die Synthese verschiedener Kulturen und mehrerer Traditionen. Es war gelungen, diese unterschiedlichen Kulturen und Bräuche über Jahrhunderte hinweg harmonisch aufeinander abzustimmen. Und jetzt bieten sich in unseren Tagen den Ländern der Region nach den aufgezwungenen Friedensdiktaten im Anschluß an den Ersten Weltkrieg, nach dem aufgenötigten Pseudo-Internationalismus nach Abschluß des Zweiten Weltkrieges, sowie nach dem Verglühen gentilistischer Nationalismen im Anschluß an den Zerfall, vollkommen neue Möglichkeiten – damit gleichzeitig aber auch für eine Versöhnung zwischen Ost und West.

JUDIT HELL

FRAUEN UND MÄNNER IN DER UMBRUCHGESELLSCHAFT MITTEL- UND OSTEUROPAS

Stephan den Heiligen, den ersten staatsgründenden König Ungarns hat man am ersten Januar 1001 mit jener Krone gekrönt, die er von der führenden Macht des westlichen Christentums, dem Papst Sylvester II. erbeten und erhalten hatte. Bekannt ist ebenso, daß Stephan sich eine bayerische Gemahlin auserwählte. Diese Akte und Gesten historischer Bedeutung vor eben 1000 Jahren symbolisieren für das Ungartum unter anderem, daß das Schicksal dieses Volkes im Karpatenbecken vom Augenblick der Landnahme an wesentlich und durch freien Entschluß mit der derzeitigen zivilisierten westlichen Welt verknüpft wurde. Hinsichtlich der ungarischen nationalen Identität stellt seither die Zugehörigkeit zu Europa kontinuierlich das eine bestimmende Element dar, worunter wir im historisch-kulturhistorischen Zusammenhang in der ungarischen Sprache immer Westeuropa - als Paradigma der europäischen Entwicklung - verstehen. Mittels Verwendung der Begriffe von Zentrum und Peripherie kann gesagt werden, daß für das fortschrittliche Ungartum (welches aufgrund tragischer historischer Ereignisse in Folge über Jahrhunderte hinweg immer mehr aus dem Zentrum der europäischen Entwicklung verdrängt und in Richtung Peripherie abgedrängt wurde) doch bei jedweden Bestrebungen der Modernisierung immer Europa den Bezugspunkt dargestellt hat. Selbstverständlich hatte die Randlage ständig zur Folge, daß das westliche Modell in dieser Region mit Verzögerung und auf andere Art und Weise (abgewandelt) realisiert wurde und wird. Eine der bedeutendsten Anomalien unserer gesellschaftlichen Entwicklung der Neuzeit ist der bis heute zu verspürende Mangel an Herausbildung und Vorhandensein eines starken und hochentwickelten Bürgertums. Aus diesem Grunde gingen Modernisierungsversuche immer von oben aus, wurden vom Staat angeregt. Darüber hinaus hat die Mehrheit des ungarischen Volkes die Modernisierung seitens des Systems sowjetischen Typs immer als Diskontinuität der historischen Entwicklung aufgefaßt und erlebt, denn sie wirkte der Gestaltung der Zivilgesellschaft und ihrer Erstarkung geradezu entgegen.

Die Systemtransformation von 1989 bestätigte die Befreiungsversuche Mitteleuropas - und Polen, Tschechien sowie Ungarn haben es verdient, sich als erste an Westeuropa anzuschließen. Mit einer oftmals verwendeten Metaphora ausgedrückt: das Fährland Ungarn kann endlich wieder am Ufer Europas anlegen,

JUDIT HELL

Universität Miskolc, Lehrstuhl für Philosophie: Universitätsdozentin

hat heimgefunden. Im vergangenen Jahrzehnt war das Land Zeuge dreier freier Wahlen. Für das vor den Aufgaben der Modernisierung zur Jahrtausendwende stehende Land haben die die Führungskräfte vertretenden Parteien zwei Alternativen formuliert, welche sich aufgrund der sozialdemokratisch-liberalen und einer christlich-konservativen nationalen Ideologie abzeichnen.

Das Programm der Osterweiterung der Europäischen Union signalisiert einerseits, daß die Union geneigt ist, perspektivisch die Reformländer Ost-Mitteuropas als zu ihr gehörig anzuerkennen. Zum anderen stellt es für Ungarn eine ernsthafte Herausforderung dar, den von der Union gestellten Integrationsbedingungen zu entsprechen. Die Mitgliedschaft in der Union als letztendliches außenpolitisches Ziel also vermag das ungarische politische Leben und die Gesellschaft zu integrieren. Meinungsverschiedenheiten jedoch gibt es betreffs der zu gestaltenden Verhandlungspositionen und hinsichtlich der zu befolgenden Wertehierarchie. Es stellt sich somit die Frage, welche Werte und Werteordnungen von das Prinzip des Wertpluralismus vertretenden Gesellschaften westlichen Typs für uns eine Orientierungsfunktion versehen können. Seitens der westlichen Länder ergibt sich dasselbe Problem dermaßen, daß „sich in den liberalen demokratischen Gesellschaften die Debatten über fundamentale Werte und politische Prinzipien auf extreme Art und Weise verzweigen – und spannungsgeladen sind. Gerade deshalb ist es so schwer, für den Außenseiter ein spezifisch westliches Wertemodell zu propagieren“ (Gerhard Göhler: „Values of Liberal Democratic Societies“, Manuskript).

In Ungarn gibt es selbstverständlich bedeutende Gesellschaftsschichten, welche zahlreiche Bestandteile des westlichen Modells als nicht adaptierbar oder nicht zeitgemäß erachten. Es war zum Beispiel kein glücklicher Schachzug, während der einer Liquidierung der Todesstrafe vorausgehenden gesellschaftlichen Debatten sich auf verschiedene Verträge der Europäischen Union und die in Europa als universell erachteten Menschenrechte zu berufen, welche den ungarischen Abolizionisten als Basisargumente dienten. Wenn dies der Preis für den Anschluß an Europa ist - sagten viele - dann brauchen wir Europa nicht. Man kann sagen, daß im allgemeinen solche Werte der modernen Welt, wie Demokratie, Marktwirtschaft, Wohlstand-Wohlstandsstaat, Rechtsstaat, Pluralismus, Freiheit, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Leistungsprinzip, Rechtmäßigkeit, Allgemeinwohl, Solidarität, materielle und öffentliche Sicherheit, Menschenrechte sowie politische und individuelle Freiheitsrechte, Autonomie des Individuums usw. in den postkommunistischen Ländern auf Deklarationsebene zwar anerkannt wurden, doch zeigen sich hinsichtlich offizieller politischer Dimensionen und Weltbild des Alltagsmenschen gravierende Differenzen in bezug auf die Wertepreferenzen. Während des vergangenen Jahrzehnts waren wir sogar Zeuge dessen, daß Worte und Taten, Gesetz und Praxis, deklarierte Werte und

alltägliche Politik weit voneinander entfernt waren. Die heute eine Rolle in der Regierung spielende, eine christlich-konservative nationale Strömung befolgende Politik schöpft nach Belieben aus dem Wertereservoir der westlichen Welt. Ihre führenden Ideologen und Publizisten weisen zumeist u.a. die offene Gesellschaft zurück und tolerieren nur formell den Kult des Andersseins. Mittels einer flüchtigen Überprüfung wird sichtbar, daß für diesen Ideenkreis moderne europäische liberale Werte auszuschließen sind, da sie den nationalen Traditionen sozusagen fremd wären. In zahlreichen Fällen werden politische Werteordnungen und Programme der linksgerichteten und liberalen Parteien als nationalfeindlich eingestuft. „Ungarn ist nicht Amerika“ wird allgemein behauptet, was heißt, daß hier alles ein bißchen anders abläuft als in der westlichen Welt - und das ist gut so. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts stieg das Interesse Westeuropas an den Gesellschaften des Übergangs in Ost- und Ost-Mitteleuropa, an den in der Region vor sich gehenden Transformationsprozessen. Und auch das die gegenwärtige Konferenz fundierende Projekt ist ein Beweis dafür, den Gegenstand einer Analyse, welche vielseitiger und tiefergehender Prozesse diese Gesellschaften bilden. Das Interesse besteht selbstverständlich beiderseits. Ich selbst möchte in meinem Vortrag den Versuch unternehmen, skizzenhaft aufzuzeigen, wie sich die Transformationsprozesse in Ungarn auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen auswirken, mit welchem Ergebnis die europäischen Integrationsbestrebungen Ungarns den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Status der Frauen beeinflussen.

Aus Zeitgründen kann an dieser Stelle selbstverständlich nur auf einige Probleme eingegangen werden. Es ist zum Beispiel nicht möglich, ausführlich abzuhandeln, ob überhaupt von einer einheitlichen Frauengesellschaft mit kollektiver Identität die Rede sein kann, oder ob nun spezifische und gemeinsame Interessen sowie Werte der Frauen existieren. Eines ist jedoch gewiß - wir werden nicht allgemein als Mensch, sondern konkret als Jungen und Mädchen geboren. Darüber hinaus ist es wesentlich schwieriger, im Gegensatz zu den sich aufgrund verschiedener Identitäten bildenden Gemeinschaften, eine andere, auch Berufsgruppen erfassende, die Gemeinschaften in einer anderen Dimension bildende, Gruppen zusammenschweißende Kraft zu erblicken, welche auf gesellschaftlichen Klassen, ethnischer Basis, regionaler und ideologischer bzw. konfessioneller oder Zugehörigkeit zu Altersklassen beruht. Mit anderen Worten: es ist schwerer, die Gesellschaft getrennt nach Gesichtspunkten der beiden Geschlechter unter die Lupe zu nehmen und anstelle der Universalität der männlichen Anschauungsweise auch die spezifischen und auf Gruppenbasis erscheinenden Gesichtspunkte der Frauen in das Allgemeindenken einzubeziehen. Ungarn ist - wie unlängst eine unserer hervorragenden Soziologinnen schrieb - eine Republik der Männer, und obwohl es in der ungarischen Verfassung und im

Rechtswesen keine geschlechtsmäßig diskriminierenden Gesetze gibt, erfahren doch Männer und Frauen auf zahlreichen Gebieten eine unterschiedliche Einschätzung und Behandlung. Viele erkennen nicht die auf Kosten der Frauen erfolgenden Rechtsverletzungen, mehr oder weniger sichtbare Formen der Diskriminierung, andere erkennen diese nicht an (wobei überraschenderweise als Beispiel aufzuführende Fälle in beliebiger Anzahl hinsichtlich beider Geschlechter erwähnt werden könnten). Nur eine ganz kleine Minderheit hat den Mut, gegen derartige Diskriminierungen zu protestieren.

Warum gibt es in Ungarn gegenwärtig keine wohlorganisierte, effiziente, erfolgreiche Frauenbewegung? Warum umgibt seitens der gesamten Gesellschaft eine Mauer des Schweigens einen der elementarsten Problembereiche der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, die Frage der Gleichberechtigung der Frauen? Welch ein Druck gesellschaftlichen Ausmaßes ist dazu imstande, qualifizierte Frauen mit Diplom zu jener nüchternen Einsicht zu zwingen, daß es sich nicht lohne, den Kampf um Geld, Positionen und Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten aufzunehmen, sondern unter den möglichen Lebensstrategien die weniger konfliktreichen, traditionelleren zu wählen? Warum ist es so, daß derjenige, der sich zum Problem der Diskrimination auf Geschlechterbasis äußert, sofort einen Sturm entfacht? Warum zählt man sofort zu den sogenannten „aufmüpfigen Feministen“, zur „übertreibenden und irritierenden Minderheit“, wenn man seine Stimme erhebt? Warum ist man der Ansicht, daß es sich bei einer Gruppe von Feministen um eine Ansammlung sich langweilender intelligenter Frauen handelt, welche von den Männern nicht gewollt werden? Warum ist das Wort Feminismus ein Stigma? Warum ist Fakt, daß selbst in Kreisen der Intelligenz bezüglich verschiedenster feministischer Bewegungen unserer Tage die Unkenntnis allgemein verbreitet und erschreckend ist? Warum ist es so, daß Probleme der Beziehungen zwischen Männern und Frauen vom Durchschnittsmenschen mit albernem Gelächter und törichten Anmerkungen, dummen Witzen oder gar einer abweisenden Geste abgetan werden? Warum zählen heutzutage in Ungarn „Gender Studies“, „Woman’s Studies“ sowie Studien traditioneller Disziplinen vom Gesichtspunkt der Feministen her zu den mit Antipathie verfolgten Themen? Warum mangelt es an einem gegenseitigen regen, produktiven wissenschaftlichen Diskurs der das Thema untersuchenden, voneinander isoliert tätigen Forscher? Warum muß man sich an deutsche, österreichische, französische oder amerikanische Universitäten oder ihre Bibliotheken wenden, damit ein ungarischer Forscher auf gute Fachbücher und fachliche Beziehungen stößt? - Diese Fragen ergeben sich aufgrund negativer Erfahrungen und deprimierender Sachurteile.

Die Systemtransformation in Ost-Mitteleuropa, und ebenso in Ungarn, führt auch hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen, familiären und der damit

verbundenen menschlichen Beziehungen zu einem Wandel. Der vom früheren wesentlich abweichende Kurs des Landes, die über Jahrzehnte hinweg steigenden offenen oder unterdrückten Spannungen, die oftmals unangenehmen Voraussetzungen für Außenwirtschaft-Außenhandel haben vereint mit der Katarsis der Umstellung zahlreiche explosionsreife Situationen hervorgerufen sowie heroische Kraftanstrengungen erfordert. Die Bilanz der Transformation weist in erster Linie nicht eine Trennung ihrer Gewinner oder Verlierer nach der Zugehörigkeit zu Geschlechtern aus, doch treffen etliche, markant in Erscheinung tretende Folgen mehr oder weniger das eine oder andere Geschlecht. Die demokratischen Systeme beruhen auf der Idee der Ermöglichung und Gewährung gleicher Chancen. Von den westlichen Demokratien wird uns bestätigt, daß der Ausbau der Demokratie die Beseitigung gesetzlicher Hindernisse der Chancengleichheit verspricht und damit die Realisierung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Anhand der Aufführung einiger konkreter Themen möchte ich nachweisen, daß es vorläufig nur geringen Grund für den im voraus suggerierten Optimismus gibt, der vom Selbstbildnis sich demokratisch und pluralistisch gebender Gesellschaften geboten wird. Die Erkenntnis der Interessen, Ziele und Werte der Frauen, deren Verbreitung und Vertretung mittels Organisation von unten in einer atomisierten Frauengesellschaft kann unter den gegebenen Umständen ausschließlich ein langsam gärender Prozeß sein. Mangels einer starken Frauenbewegung ist auch seitens der politischen Macht die Fähigkeit der Erkenntnis der Situation und/oder die Absicht zur Tat eine nur schwache. Gerade dies aber vermag jenem Gedankengang Bedeutung zu verleihen, welcher die Ursachen für das Fehlen einer heimischen erfolgreichen Frauenbewegung aufzudecken wünscht. Es sollen nun einige repräsentative Meinungen zur Unausgegorenheit der heimischen Feministenbewegung folgen:

(1) Die Organisierung von Bewegungen der Zivilgesellschaft steht in Ungarn allgemein auf einer sehr niederen Stufe (obwohl seit dem Systemwandel einige wesentliche Veränderungen zu verzeichnen sind), was in einem engen Zusammenhang mit dem Charakter der Gesellschaft während der vergangenen vier Jahrzehnte steht. Eine der grundlegenden Voraussetzungen für den Erhalt von Systemen sowjetischen Typs war die Atomisierung der Gesellschaft, die Verkümmerng jedweder zivilen Anregung und Selbstorganisation, die Aufrechterhaltung kontrollierbarer und formbarer Quasi-Organen der Interessenvertretung innerhalb streng kontrollierter Rahmen. Zu diesen, von oben gegründeten Organen der Interessenvertretung, zählte unter anderem der Landesverband Ungarischer Frauen, welcher als offizielle Frauenbewegung eine Monopolstellung einnahm und sich den politisch-ideologischen Erwartungen der staatssozialistischen Macht anpaßte.

(2) Die von der Staatspartei über vierzig Jahre hinweg vorgeschriebene gesellschaftliche Zwangslaufbahn verursachte allgemein Überdruß, Enttäuschung und Mißtrauen und das Abwenden von jedweder (politischen) Bewegung.

(3) Da der Parteistaat neben dem familiären Beziehungssystem praktisch keinen anderen gemeinschaftlichen Zusammenhalt duldet, haben bei uns die Probleme der vergangenen Jahrzehnte immer auf individueller oder familiärer und keinesfalls kollektiver Ebene zu Lösungen geführt. Es scheint, daß selbst gegenwärtig noch oftmals diese Methode die erfolgreichere ist.

(4) Obwohl eines der Grundprinzipien des kommunistisch-sozialistischen Systems die in politischem und wirtschaftlichem Sinne aufgefaßte Emanzipation der Frauen war - und sich dementsprechend Wahlrecht sowie Wählbarkeit entsprechend entfaltet, darüber hinaus oftmals sogar Frauenquoten in Institutionen oder Körperschaften festgelegt waren, die Frauen massenweise die Arbeit aufnahmen und ihnen der Weg zur Weiterqualifizierung offenstand, so daß sich für immer mehr Frauen die Möglichkeit für gut bezahlte Arbeitsplätze, die fachliche Karriere und die Schaffung der existentiellen Unabhängigkeit bot - so hat doch die von oben erfolgende gewaltsame Modernisierung der Rolle der Frauen und der Gesellschaft gleichzeitig Frust und Unzufriedenheit bei den Frauen hervorgerufen. Das auf dem Familienmodell mit zwei Verdienern basierende Lohnsystem erwartete von den Frauen die Vollbeschäftigung, während sozialistische Mangelwirtschaft, die verhältnismäßig dürftige Ausstattung der Haushalte, Uniformisierung und Seelenarmut solcher Institutionen zur Unterstützung der Familie wie Kinderkrippen und Kindergärten zur Folge hatten, daß die Frauen nicht ihren eigenen Erwartungen - weder im Beruf noch in der Familie - entsprechen konnten. Darüber hinaus hat das System mal der werktätigen Frau, mal der ihr Kind zu Hause erziehenden Mutter ein Denkmal gesetzt: auf diese Weise wurden Frauen im Vergleich zu den Männern in immer größerer Anzahl Opfer von Depression, Neurose und Alkoholismus.

(5) Der Feminismus, von der offiziellen Propaganda als kapitalistische Geistesströmung abgestempelt, war im Allgemeindenken ausschließlich in den sich vorhandenen alten Klischees erstarrt: es handelt sich um eine Ansammlung aggressiver männerhassender Frauen, die sich ihm verschreiben, weil sie nichts Besseres zu tun haben.

(6) Der sich infolge der Systemtransformation herausbildende zügellose Kapitalismus, für den in erster Linie den wirtschaftlichen und politischen Systemwandel betreffende Aufgaben im Vordergrund stehen, bzw. die Gewährung der mit dem neuen System kompatiblen Wirtschafts- und Politrechte, weist im Vergleich zu den westlichen kapitalistischen, liberalen Demokratien eine ziemlich bedeutende Asynchronität auf. Auch in Ungarn ist ein Minimum an hochentwickelter Industriegesellschaft und postindustrieller Werteordnung

vonnöten, damit das Problem des Feminismus überhaupt aufgeworfen werden kann. Es ist also kein Zufall, wenn die Feministenbewegungen und ebenso ihre theoretischen Reflexionen heute noch als haltlos, fremd und „westlicher Import der postmodernen kulturellen Globalisierung“ angesehen werden. Die unterschiedlichsten Frauenorgane sind sich übrigens darüber einig, daß die Eigenorganisation der Frauen Ungarns nicht den westlichen, als klassisch anzusehenden Weg einschlagen wird (Abhängigkeit - Abhängigkeitsfeindlichkeit - Selbständigkeit bzw. gegenseitige Abhängigkeit). Die berühmten amerikanischen Beispiele sind ihrer Exzesse und Radikalität wegen sowieso abschreckende - wie z.B. radikaler und separatistischer Feminismus oder die in Übersee langsam abklingende PC (politisch korrekte)-Verhaltensweise und ein ebensolcher Sprachschatz in bezug auf Männer und Frauen.

(7) Anderer Ansichten gemäß ist der Feminismus bei uns deshalb nicht in der Lage, umfassende gesellschaftliche Schichten zu mobilisieren, weil es wenige solcher zugespitzter Situationen gibt, in denen eine massive Konfrontation der Interessen und offene Stellungnahme seitens der Betroffenen endgültig unumgänglich wäre. Geeignet wäre hierzu im Verlaufe der vergangenen Jahre das mehrmals auf der Tagesordnung stehende Gesetz über die Abtreibung, doch war aufgrund der Verabschiedung der sogenannten B-Variante (mittelmäßig streng) - im Gegensatz zu den Ereignissen in Polen - keine Demonstration der Massen vonnöten. Daß aus dem ethischen Recht der Frau auf die Verfügung über ihren eigenen Körper letztendlich ein Menschenrecht wird, das ist vielleicht ein sich erst später verwirklichender Wunschtraum, als die Realisierung der sozialen Marktwirtschaft in unserer Heimat.

(8) Laut Meinung anderer wiederum bietet der Feminismus den ungarischen Frauen eventuell deshalb keine inspirierenden und zu befolgenden Ideen, weil in Ungarn sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert der halb bürgerliche, halb feudale Charakter der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ideen der dominierende war, während das kommunistische System vom Westen einströmendes Gedankengut nahezu hundertprozentig eliminierte. Fast unberührt blieb das ungarische geistige Leben und Allgemeindenken von der neolinken Bewegung Westeuropas in den 60er Jahren, der sich in deren Zeichen entfaltenden Modernisierung, der Revolutionierung der Lebensweise und dem grundlegenden Wandel der Lebensart vor allem Jugendlicher im Frühjahr 1968. Allgemein bekannt ist, daß im Jahre 1968 die sogenannte sexuelle Revolution begann, der moderne Feminismus war geboren, es kam zum „Coming out“, der Alterungsprozeß war nicht mehr „in“, ab diesem Zeitpunkt gibt es die Familienplanung, seither wohnen die Jugendlichen vor oder anstelle der Ehe zusammen, und von da an wird die Idee von der Vielfalt und den Alternativen der Lebensformen anerkannt. Die mit der Systemtransformation zustandekommenden

neuen Demokratien bezeichnen zwar, wie zuvor bereits erwähnt, die Wohlstandsstaaten als ihr Ideal, funktionieren jedoch praktisch auf der Grundlage der bisher befolgten Ideologien und ihrer Werte im 20. Jahrhundert. Diese sind bei uns folgende: reaktionäre, christlich-konservative, sozialistisch-sozialdemokratische und liberale Varianten. Die ersten beiden jener verkörpern zum Großteil die traditionelle Werteordnung, welche auch von den Frauen die traditionelle Rolle fordert. Liberale Ideen wurden historisch zumeist in Kreisen des Bürgertums anderer Herkunft (Deutsche, Juden) sowie durch sie vertreten, weshalb weite Kreise der Bevölkerung - mit Ausnahme einer gewissen Intelligenzlerschicht - dieses Gedankengut auch heute noch als fremd erachten. Es darf weiterhin nicht vergessen werden, daß die Kirche auf bedeutende Schichten einen starken Einfluß ausübt und die römisch-katholische Konfession die größte im Lande ist, deren traditionell-patriarchalische Werteordnung auf die Weltanschauung von Generationen Einfluß hat (wenn auch nur geringen auf die Jugend). In den Staaten der Region hat nach dem Systemwandel praktisch überall der Konservatismus einen bemerkenswerten Status zu verzeichnen, welcher unter anderem der gefährlichen sogenannten „Biopolitik“ den Weg bereitet. „Biopolitik“ heißt, daß das Leben und das Überleben Priorität vor der Freiheit genießen, außerdem erhalten der Körper und die Rasse einen politischen Inhalt - wie in der Ideologie „Blut und Boden“. In diesem Sinne dann gestaltet sich die Geschichte zu genetischer Geschichte, innerhalb der gesamten Bevölkerung des Ungarums wird historisch die Gestaltung des genetischen Bestandes untersucht. Auf diese Weise geht man an das Problem der Abtreibung nicht vom Gesichtspunkt des Freiheitsrechtes der Frauen heran, sondern definiert und erhellt es vom Aspekt der demographischen Biopolitik her.

(9) Auffälliger als je zuvor ist, daß die Erforschung des Frauenproblems oder im weiteren Sinne die Untersuchung der Gestaltung der Beziehungen der gesellschaftlichen Geschlechter (Gender) keineswegs die jungen gelehrten Frauen in großer Zahl mobilisiert, obwohl doch sie am wirksamsten Interessen und Werte einer möglichen Frauenbewegung vertreten könnten. Die im ungarischen wissenschaftlichen Leben aktiven Frauen haben erkannt, daß viel mehr Frauen an der Erforschung der Differenzen zwischen den Geschlechtern und ihren Folgen interessiert sind als Männer - wobei diese Erkenntnis sich in der proportionalen Aufteilung von 80:20 % der Forscher nach Geschlecht eindeutig widerspiegelt. Trotz alledem nehmen es doch allgemein nur wenige wissenschaftliche Forscherinnen und Lehrkräfte auf sich, sich mit der Wahl erwähnter Themen sozusagen in die Nesseln zu setzen, denn auch im ungarischen wissenschaftlichen Leben dominieren die Männer. Ein Beweis dafür ist der prozentuale Anteil der Männer unter den Forschern, der maskuline Charakter der betreffenden Wissenschaftszweige, wissenschaftlicher Probleme und der Herangehensweise an jene oder auch der Anteil der Geschlechter an den verschiedensten führenden

Positionen, wie Leitung von Lehrstühlen und Instituten, wissenschaftlicher Forschungsgruppen, die Mitgliedschaft im Präsidium von Kuratorien, die Beteiligung in Kommissionen der wissenschaftlichen Qualifikation usw. Es gehören eine große Portion Mut und Entschlossenheit sowie selbstverständlich zu erringende Geldbeträge dazu, um von Männern nicht präferierte Forschungsthemen aufzugreifen. Es sind sowieso die Frauen, die in größerer Anzahl zur Aufgabe der wissenschaftlichen Karriere gezwungen sind oder aufgrund ihrer andersgearteten Mentalität oftmals nicht in der Lage sind, ihrem Talent entsprechende Leistungen zu erbringen. Warum dann also die sowieso bestehenden Schwierigkeiten noch mit der Auswahl und Bearbeitung von heiklen, unangenehmen, von Männern mit Antipathie verfolgten Themen erhöhen? Es ist oftmals die Pikanterie der den Feminismus als Bewegung und wissenschaftliches Thema begleitenden Vorurteile, daß sie in den Kreisen der Frauen zumindest ebenso weit verbreitet sind. (In gewissem Sinne ergreifen viele deshalb die Gelegenheit zur Flucht aus der Weiblichkeit in die Männlichkeit.) Sich mit bestimmten Themen befassende Forscherinnen gehen auf die aufgeworfenen Fragen als sich zumeist diskret in den Hintergrund ziehende Experten ein. Nur wenige stehen für ihre feministische Position, ihre Rednerstellung und die vom Thema geforderte Wertverpflichtung ein. In diesem Sinne erscheinen ihre Studien im Vergleich zu jenen der amerikanischen Feministen eher als männliche.

(10) Selbstverständlich setzte die gesellschaftlich untergeordnete Rolle der Frau nicht mit der Systemtransformation ein, doch hat sich der Feminismus mangels einer die Bewegung zu formieren vermögenden geistig-ideellen Strömung weder im Kádár-Regime noch in den ersten Jahren nach dessen Zusammenbruch entfaltet. Selbst im Rahmen der dem Kádár-Regime gegenüber auftretenden demokratischen Oppositionsbewegung waren Disparitäten in bezug auf die Geschlechter zu verzeichnen. Die das System kritisierenden Anti-Ideologien wurden von Männern erarbeitet, die Erstellung von Programmen, die Aufgabenbereiche der Führung und konspirativen Planung blieben den Männern überlassen, während die Frauen zumeist traditionell ihnen zugewiesene Aufgabenbereiche der Betreuung Gebrechlicher versahen (wie z.B. Subventionsfonds für Arme) oder das „Hinterland“ bedeuten für jene die Aura einer verbotenen politischen Tätigkeit verbreitenden sowie die Folgen von Risikoübernahme und Spannung der Illegalität ertragenden Männer.

(11) In der vordersten Linie des Kräftefeldes der Macht sind die politischen Parteien zu finden. Es ist kein Zufall, daß sich als Vorläufer der Systemtransformation zuerst die politischen Parteien formiert haben. Wenngleich sowohl die christlich-konservativ-nationale Koalition als auch die sozialistisch-liberale Strömung wissentlich Frauen als Kandidaten zur Erlangung des Abgeordnetenstatus im Parlament aufstellten, kann doch behauptet werden, daß

die Frauenbewegung gemeinsam mit anderen Gruppierungen der Interessenvertretung nicht in den von den Parteien vertretenen Hauptstromkreis eingeschaltet ist. Gegenwärtig gibt es bereits spektakuläre Abstimmungen zwischen Parteien und Frauensektionen der Gewerkschaften über unabhängige Frauenorganisationen, doch leider kommt es kaum zur Zusammenarbeit oder gemeinsame Interessen verlaufen im Sand.

(12) Spezifische (weniger direkt systemabhängige) Ursache der Rückständigkeit bezüglich einer Entwicklung des Feminismus in Theorie und Praxis ist zum einen die umfassende, sich aus der Doppelaufgabe ergebende Belastung der Frauen und zum anderen die geringe Anzahl der Frauen mittleren Alters, die sich ins organisierte Leben einschalten könnten. Meinen Erfahrungen nach entstammen jene über mehr als durchschnittlichen Mut verfügenden Frauen, welche weder der sogenannte Sexismus der Gesellschaft zurückschrecken kann und die für ihre feministischen Ansichten einstehen, entweder den jüngeren Altersklassen (25-28jährige) oder es handelt sich um durch Familienbande schon weniger eingeeengte, über reiche Lebenserfahrungen, ein persönliches und/oder auch wissenschaftliches Prestige verfügende Frauen im Alter von 50-55 Jahren.

(13) Selbstverständlich ist ebenso eine Bagatellisierung der Bedeutung der feministischen Bewegung und ihres Gedankengutes zu verzeichnen. Man sagt, daß es um vieles wichtigere gemeingesellschaftliche Probleme gebe, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit, Kriminalität und öffentliche Sicherheit, ständig steigende infrastrukturelle Gebühren, Inflation und tausend andere Probleme.

(14) Im parteistaatlichen System sowjetischen Typs hat die von oben erzwungene Gleichberechtigung, die Deklaration der - auf biologische und soziologische Differenzen der Geschlechter einfühlsam reagierenden - bürgerlichen Psychologie zur Pseudowissenschaft, überhaupt die Negierung der aus der Universalität der Gesetze abgeleiteten Differenzen nicht zur Egalität geführt, sondern zur Verdrängung der Differenzen, zur Verneinung der eigenen Identität, zum Programm der konfliktfreien Anpassung und Uniformisierung.

(15) Ein spezifisches Hindernis für die Verbreitung des Feminismus in der Region stellte die Tatsache dar, daß nur wenige die fremdsprachige Fachliteratur lasen (wobei verhältnismäßig gute Möglichkeiten nur den wenigen Student/inn/en der Anglistik-Amerikanistik geboten waren), Stipendien im Ausland konnte man im ungarischen Hochschulwesen vor 1989 nur äußerst selten erwerben und für die Übersetzung im Westen erscheinender Werke auf erwähnten Fachgebieten kann erst in den letzten Jahren mittels guter Verbindungen eine geringfügige Subvention erlangt werden.

(16) Es soll nicht verschwiegen werden, daß eine der Erklärungen für die Antipathie dem Feminismus gegenüber sein kann, daß ein Teil der zur Spitze des

ungarischen geistigen Lebens zählenden Intelligenz für die gestiegene Anzahl destruktiver Scheidungen in Ungarn, die massenweise Entgleisung der Sozialisierung der Kinder, die Optimalisierung der sich an die Wahrscheinlichkeit von Scheidungen anpassenden Geburtsraten usw. die aus dem Westen importierten feministischen Parolen verantwortlich macht. Diese Art von Meinung erachtet man als „die Anzweifelung differenzierter Bestimmungen der beiden Geschlechter und die Störung des Berufungsbewußtseins als gesellschaftsphilosophisches Vergehen sowie gesellschaftspolitisches Verbrechen“. Man ist der Ansicht, daß die Berufung auf Rechtsgleichheit zumeist die Ansammlung solcher Rechte bedeutet, die niemand den Frauen verwehrt hat, oder daß die Frauen diese Rechte ohne ihren Verpflichtungsinhalt zu erlangen wünschen. Für Vertreter dieses Standpunktes ist nur noch die Tatsache unverständlicher und empörender, daß vor allem jene Frauen die „Unterdrückung der Frauen“ anprangern (siehe den Verband Chancengleichheit der ungarischen gelehrten Frauen), die weit weniger unterdrückt werden, als die tatsächlich an die Peripherie der Gesellschaft gedrängten Männer und Frauen. Übrigens - so sagen sie weiterhin - wird die geringfügigere Rolle der Frauen in Politik und Wirtschaftsleben einerseits im sogenannten Privatleben kompensiert und andererseits ist es nicht schwer nachzuweisen, daß jene Frauen, die zu den Führungskräften zählen möchten, dieses Ziel auch ungestört erreichen (z.B. Margaret Thatcher, Rita Süßmuth, Indira Gandhi usw.). Nur eben die Massen der Frauen treten nicht in den Dienst solcher Zwecke, was nachweislich ein freiwilliger Entschluß ist und es wurde wissenschaftlich nachgewiesen, daß diese Tatsache letztendlich hormonelle, genetische Ursachen hat. Ich zitierte hier die Ansichten eines bekannten ungarischen Schriftstellers und Publizisten: zusammenfassend kann gesagt werden, daß dieser Meinung nach eine männliche Dominanz - falls es sie geben sollte - genetisch determiniert ist und der Feminismus, als letztendliche Ursache alles Schlechten, wünscht ausgerechnet die von Natur her fundierte Berufung, die durch das biologische Geschlecht vorbestimmte „Identität“ zu demolieren. Dieser Logik gemäß scheint es, als könne uns niemand auf der Welt erklären, wer aus welchem Grunde den vom Westen her einsickernden, das Hirn der ungarischen Frauen vernebelnden Feminismus erfunden hat.

Mittels der Untersuchung einiger repräsentativer Bereiche zeigen wir im weiteren auf, wie die Transformationsprozesse des Systemwandels Situation, Möglichkeiten, Identitätsbewußtsein, Werteordnung, Ziele und Sehnsüchte der Frauen beeinflussten. Die zu untersuchenden Bereiche können offensichtlich nur rein didaktisch voneinander getrennt werden, denn gemäß eines wohlbekanntes Grundprinzips des Feminismus existieren für das Individuum Allgemeinsphäre und Privatleben nicht getrennt voneinander, sondern diese beeinflussen sich gegenseitig sowie vielfältig und auch eine Untersuchung einzelner gesellschaftlicher Subsysteme

vom Aspekt der Geschlechter her beweist, daß der Status der Frauen im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und alltäglichen Leben (sowohl auf individueller als auch kollektiver Ebene), Chancen und Möglichkeiten bzw. ihr Mangel in enger Verbindung zueinander stehen. Obwohl es in Ungarn keine bedeutende feministische Bewegung gibt und auch die sich im Rahmen der verschiedensten Gesellschaftswissenschaften nach Geschlechtern getrennt herausbildenden Hierarchien kaum untersucht werden, können wir doch nicht behaupten, daß die ungarischen Frauen die für sie nachteilige Diskrimination nicht spüren oder bemerken und ihrer untergeordneten Rolle nicht bewußt wären. Die allmähliche und kontinuierliche Beseitigung einer Ungleichheit gesellschaftlicher Chancen auf sämtlichen Gebieten ist die eine Grundvoraussetzung für alle auf den Beitritt in die Union wartenden Länder, und zwar im selben Maße wie Rechtsharmonisierung oder die Erreichung sonstiger, zum Beispiel in der Wirtschaft vorgegebener Parameter. Es gibt einen wesentlichen Unterschied in der Frauenpolitik der zweiten bzw. dritten Regierung seit den ersten freien Wahlen (mit der ersten befassen wir uns an dieser Stelle nicht). Während zuvor die Regierung der sozialistisch-liberalen Koalition im Rahmen des Ministeriums für Arbeit eine umfassend selbständig und frei tätige Institution schuf und unterstützte, die im wesentlichen linksgerichtete Werte vertrat (das Sekretariat für Chancengleichheit), hat die gegenwärtige, manchmal eine christlich-konservative Ideologie vertretende Regierungskoalition dieses Organ aufgelöst und es mit dem Sekretariat der Frauenvertretung im Rahmen des Ministeriums für Sozial- und Familienwesen ersetzt. (Schon die Bezeichnung der Institution ist weniger markant und bezeichnend für das inhaltliche Profil der Tätigkeit.) Letzteres Organ war bisher nicht in der Lage, oder zeigte nicht den dazu erforderlichen politischen Willen, zivile Frauenorgane in das Wirken für eine rechtskräftige Chancengleichheit einzubeziehen, ja das Verhältnis zu jenen ist oftmals ausgesprochen feindsinnig. Seitens der liberalen Feministen wird in erster Linie die Konzeption der Familien- und Beschäftigungspolitik kritisiert. (Das traditionelle, idealisierte Modell der Familie mit 3-4 Kindern, die Einführung der Institution der hauptberuflichen Mutter, die Streichung des nicht allzu hohen Betrages des Lehrgeldes an Universitäten - was vor allem die Mittelschichten begünstigt, denn sie können im größten Umfange die Ausbildung der Kinder auf sich nehmen, anstelle der Einführung von Familiensteuern wurde das bisherige individuelle Steuersystem beibehalten.) Vor allem die Mütter sind durch die Änderung des Arbeitsrechts benachteiligt, da im Gegensatz zu früher auch während des Krankheitsfalles das Arbeitsverhältnis des Krankgeschriebenen aufgelöst werden kann. In der Praxis ist es üblich, daß vor allem die Frauen sich krank schreiben lassen, wenn das Kind erkrankte. Darüber hinaus gingen Mütter vieler Kinder des Zusatzurlaubs verlustig, welcher dazu dienen sollte, den doppelt belasteten Frauen

ihre Lage zu erleichtern. Eine vorrangige Aufgabe der Beschäftigungspolitik wäre, mittels eines Reorganisationsprogrammes nach der Babypause die an den Arbeitsplatz Zurückkehrenden zu unterstützen, Hilfe wäre zu leisten bei der Schaffung der Möglichkeit von Fern- und Teilarbeit. Dabei wiederum können nur wenige die Teilzeitbeschäftigung wegen der damit verbundenen niederen Löhne bei uns in Anspruch nehmen (obwohl auch in Westeuropa ähnliche Erfahrungen gemacht werden).

Besonders nachteilig trifft Frauen und Mütter jener Bereich wirtschaftlicher Sparmaßnahmen der ansonsten freizügigen Regierungsverwaltung, welche zur Zusammenlegung oder gar Schließung von Schulen und Kindergärten führen. (Mangels finanzieller Mittel ist u.a. eine ganze Reihe von Kindergärten für geistig Zurückgebliebene und/oder spezifisch Behinderte geschlossen worden.) In diesem Falle nehmen wohlbetuchte Eltern Privatinstitutionen, die Armen gar keine in Anspruch. Dies führt erneut zu Disparitäten bei Frauen und verschiedensten Frauengruppen. Das moralische Freiheitsrecht der Frauen, konkret das der Verfügung über ihr eigenes Leben, den eigenen Körper, wird von der Sozialversicherung eingeschränkt, indem man das übrigens bedeutende demographische Problem mittels solcher drastischer Mittel zu lösen versucht, daß äußerst teure Antibabypillen nicht subventioniert werden. Dagegen unterstützt man paradoxerweise die Abtreibungskosten im Falle der in ärmeren Verhältnissen lebenden Frauen unter Berufung auf ihre soziale Lage. Man wünscht, zwecks Verschärfung des Abtreibungsparagraphen jene Fälle zu definieren, in denen die Genehmigung des Abortus als Krisensituation anzusehen ist. Gemäß des mittelmäßig strengen Abtreibungsgesetzes in Ungarn nämlich kann der Abortus praktisch immer unter Berufung auf die Krisensituation genehmigt werden. Jetzt werden anstelle der Staatsbürgerinnen Regierungsorgane entscheiden, was in ihrem Leben, für ihre Person als Krisensituation anzusehen ist. Der Minister für Familien- und Sozialwesen ist übrigens ein Mann. Die in Westeuropa eingeführte und unter klinischen Verhältnissen angewandte, eine gewisse Diskretion gewährende Abtreibungstablette darf nicht in Umlauf gebracht werden - die Frauen hat man nicht nach ihrem Willen gefragt. Viagra, die potenzsteigernde, weltweit erfolgverheißende Tablette hingegen wurde innerhalb weniger Monate registriert und aus den USA importiert. Zweifelsohne gibt es in Ungarn sehr viele Abtreibungen (auf 100.000 Lebendgeburten entfallen 74.000) - eine Tatsache, die auf bestehende Probleme im Gesundheitswesen, moralische Krisen und/oder Gleichgültigkeit sowie eine niedrige Sexualkultur hinweist. Strengere Maßnahmen allein werden aber voraussichtlich ebensowenig die von der Regierung erwarteten Ergebnisse mit sich bringen, wie die beispiellose Strenge in bezug auf die Drogenpolitik.

Während der Amtszeit der nach den zweiten freien Wahlen an die Macht gelangenden Regierung gab es u.a. folgende vorteilhafte Ergebnisse in bezug auf die Rechtsregelung: (1) Unter der Leitung des Sekretariats für Chancengleichheit hat man in der Angelegenheit der Frauendiskrimination am Arbeitsplatz einen Probestreik im Arbeitswesen geführt und gewonnen. (2) Sexuelle Gewalt in der Ehe wird gesetzlich gestraft. Nachteilig trifft arbeitnehmende Frauen die seit der Systemtransformation vorgenommene Hebung des Rentenalters von 55 auf 62 Jahre. Ursprünglich wünschte man die Frauen von der Doppelbelastung Arbeitsplatz/Haushalt früher zu entlasten. Das Rentengesetz also wirkt sich vor allem auf Frauen nachteilig aus, deren Durchschnittsalter in Ungarn um etwa 9-10 Jahre höher liegt als das der Männer. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Landes sind die Rentenbeträge nur geringfügig erhöht worden, was bei den allein lebenden Witwen zur weiteren Verschlechterung des an sich schon unter dem Durchschnitt liegenden Lebensstandards führte. Kurz zusammengefaßt kann gesagt werden, daß laut Untersuchung der Expertengruppe Ost-Mitteleuropa des Internationalen Organes für Arbeitswesen die Gruppe der arbeitnehmenden Frauen in Ungarn am meisten diskriminiert ist, wobei seit dem Systemwandel weiterhin eine sowohl offene als auch versteckte Diskrimination zu verzeichnen ist. Obwohl die Arbeitslosigkeit Frauen in relativ geringerem Maße als die Männer trifft (des Arbeitskräfteabbaus in vor allem Männer beschäftigenden Krisenwirtschaftszweigen wegen), so sind doch die Frauen im Nachteil, was Karrierechancen und Lohnniveau angeht. Ihr Anteil an Führungskräften ist im Vergleich zu ihrer Anzahl an den Arbeitsplätzen und ihrer Qualifikation viel geringer, als man annehmen sollte. Bei Firmen verschiedensten Typs kommt z.B. jene traditionelle Konstellation zur Geltung, daß der Stellvertreter neben der männlichen Führungskraft eine Frau ist. In der öffentlichen Verwaltung gibt es in führenden Positionen kaum Frauen, während sie im Gesundheitswesen 18 % ausmachen - bei einem Angestelltenverhältnis von 81 % zugunsten der Frauen. Frauen machen zumeist in der zweiten Reihe Karriere - oder in Beschäftigungszweigen von geringerem Prestige, die ihnen von den Männern aufgrund der schlechten Verdienstmöglichkeiten sowieso überlassen werden. Seit Beginn der 90er Jahre ging die Beschäftigungsrate der Frauen von 45 % auf 31 % zurück, obwohl man sich freuen kann, daß während die Hälfte der Arbeitnehmer Frauen sind, sie nur 50 % der Arbeitslosen ausmachen. Typisch ist aber auch, daß sie sich viel schwerer auf dem Arbeitsmarkt behaupten können und nach der Geburt von Kindern nicht so einfach integrierbar sind wie früher. Die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen widerspiegelt im wesentlichen den Durchschnitt der Europäischen Union und in Ungarn bleibt ebenso vor allem das Lohnniveau qualifizierterer Frauen hinter jenem der Männer zurück. Ein Großteil der ungarischen Frauen besteht nicht ausschließlich aus finanziellen Gründen auf einem Arbeitsplatz (auch

wenn das selbständige Einkommen Unterpfand der Unabhängigkeit ist, was im Angesicht der hohen Scheidungsraten nahezu als lebensnotwendig anzusehen ist), sondern weil man das Wirken außer Haus aufgrund früherer sozialisierender Auswirkungen als Teil seines Lebens und unabkömmliche Voraussetzung der Entwicklung seiner selbst erachtet.

Die Beteiligung der Frauen am politischen, am öffentlichen Leben ist stark eingeschränkt. In der Legislaturperiode 1994-1998 zum Beispiel waren nur 11 % der Abgeordneten Frauen, durch Artikulation und Vertretung der Interessen offensichtlich nicht ausreichend unterstützt. Immer größere Aufgaben warten deshalb auf zivile Frauenorganisationen (von denen es bereits etwa 60 gibt), für welche bedauerlicherweise aber einheitlich charakteristisch ist, daß sie schwache Stützen der Schwachen sind. Staatliche Unterstützung erhalten sie nämlich kaum. Jene Gelder, die hier und da zur Verfügung stehen, stammen meist aus ausländischen Quellen (wie z.B. PHARE-Subventionen der Europäischen Union). Für Eigenwerbung verbleibt den meisten Organen nicht ein Pfennig, so daß es scheint, als würde die Kunde von ihrer Tätigkeit die Betroffenen gar nicht erst erreichen. In das Profil erwähnter Organisationen entfallen Rechtsschutz, Rechts- und Seelenhilfe, telefonische Ratgebung, Vorbereitung auf eine Rolle im öffentlichen Leben und Weiterbildung, Formung der kulturellen und öffentlichen Meinung, Hilfeleistung für Gewaltopfer inner- und außerhalb der Familie, umweltbewußter Gesinnungswandel, Unterstützung weiblicher Unternehmer usw. Auf Umstände der Realisierung der Emanzipation in der Privat- und Intimsphäre kann ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht eingehen. Die Gewährung politischer, sozialer und der Zivilrechte ebenso wie der Chancengleichheit, ein formelles und institutionelles Verbot jedweder Diskrimination der Geschlechter ermöglichen den Fortschritt der Emanzipation der Frauen in Europa sowie Ungarn gleichermaßen. Von ebenso positiver Bedeutung bzw. eine formelle Voraussetzung wäre als Ergänzung und Gegenpart der Deklaration der allgemeinen Menschenrechte die Verabschiedung der Deklaration der allgemeinen Pflichten des Menschen seitens der UNO. In der Einführung der Zusammenfassung der Verpflichtungen des Menschen wird wie folgt formuliert: "Jedermann, der über ausreichende Kraftquellen verfügt, ist verpflichtet, diese im Interesse der Beseitigung von Armut, Unterernährung, Unwissenheit und Ungleichheit einzusetzen." Ähnlich wird in bezug auf die Frauen im Entwurf der neuen UNO-Deklaration nicht betont, daß sie gleiche Rechte wie die Männer hätten (was nämlich bereits bei den Menschenrechten aufgeführt ist), sondern es heißt, daß die Männer verantwortlich und verpflichtet seien, tatsächlich die gleiche Behandlungsweise für Männer und Frauen zu garantieren. Das Wesen dieser Charta liegt somit darin, daß jene Erwartungen, die man zuvor als Menschenrechte niederschrieb, nun für die Betroffenen und Verantwortlichen als Pflichten

formuliert werden. Zahlreiche politische Strömungen der modernen Welt basieren auf dem Anspruch auf Anerkennung bzw. fordern diese geradezu. Der Forderung nach Anerkennung verleiht die hypothetische Verbindung zwischen Anerkennung und Identität Nachdruck. Teilweise wird ja unsere Identität durch die Anerkennung oder deren Mangel, oftmals durch die Anerkennung in negativem Sinne geformt. Eine Person oder Gruppe kann wahrhaft deformiert werden, wenn andere oder die unmittelbare Gesellschaft ein beschränktes, minderwertiges und verächtliches Spiegelbild aufzeigen. Ausbleibende Anerkennung oder auch eine im falschen Sinne kann zu einer Art der Unterdrückung führen, zur Zwängung in falsche, verzerrte, allzu simplifizierte Lebensweisen, kann schmerzhafte Wunden aufreißen und die Opfer mit ruinierendem Selbsthaß erfüllen. Deshalb handelt es sich bei dem Bestreben des Feminismus um Anerkennung des gleichberechtigten Status der Frauen - wie Charles Taylor formuliert - nicht simpel um irgendein Höflichkeitsproblem, zu dessen Lösung wir als Mitmenschen verpflichtet sind, sondern um ein wahres, existentielles humanes Bedürfnis.

INA KERNER¹

POSTKOLONIALE IDENTITÄTSKONSTRUKTIONEN
– DENKANSTÖßE FÜR EUROPA?

Der Begriff der Postkolonialität scheint mir für Europa einen unmittelbaren Sinn zu haben, wo sich doch die ganzen alten Imperien seit Mitte des Jahrhunderts langsam auflösen und den Umstand einer eurozentrischen Wirtschaftsmigration nach sich ziehen, denn sobald die Herren weggehen, wird die Wirtschaft kaputt gemacht.
Gayatri Spivak¹

Am Ende des zweiten Jahrtausends, einer Zeit, in der die Rede von der globalisierten Welt selbst deren entlegenste Winkel erreicht hat, ist man allerorten auf Identitätssuche. Die Geographie der Erde hat sich innerhalb weniger Jahre grundlegend verändert, und ein Ende der Wandlungsprozesse ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht; und so sind auch in der alten Welt Europa vormalige Selbstgewißheiten brüchig geworden. Anerkennungskämpfe ganz unterschiedlicher Ausmaße und Dramatik beschäftigen die Politik. Und während man sich gezwungen sieht, auf allen Ebenen neue Modelle, Institutionen und Strukturen nicht nur zu erdenken, sondern auch zu etablieren, geht der Blick zurück. Man erinnert sich, reflektiert überkommene Geschichte(n), weist zugeschriebene Gemeinsamkeiten zurück, legt lang verdeckte wieder bloß, sucht nach alten und neuen tragfähigen Gemeinschaften. Kollektive Identität wird dabei als Übereinstimmung gefaßt – sei sie nun kulturell oder politisch.

Postkoloniale Kritik intendiert hinsichtlich des soeben skizzierten Szenarios eine Perspektivverschiebung. Identitätskonstruktionen betreffend fokussiert dieser junge und dezidiert emanzipatorische Theoriestrom statt Gemeinsamkeiten interne Brüche und Differenzen; und bezieht sich dabei sowohl auf individuelle als auch auf kollektive Identitäten.

Postkoloniale Kritik wagt den Blick von unten, von den gesellschaftlichen Rändern aus. Die „Anderen“, diejenigen, die „Minderheiten“ genannt werden und aus den kollektiven Selbstvergewisserungsprozessen in Europa bislang weitgehend ausgeschlossen waren, erheben in und mit diesem Projekt ihre Stimme und einen Anspruch auf Sichtbarkeit, Anerkennung und Auseinandersetzung.

¹ INA KERNER

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft: wissenschaftliche Mitarbeiterin

¹ Spivak 1997b: 117.

Eine Rezeption postkolonialer Ansätze im deutschsprachigen Raum hat sehr zaghaft Mitte der neunziger Jahre begonnen. Der Großteil der Arbeiten aus dieser Denkrichtung stammt aus dem angelsächsischen Raum und thematisiert – grob vereinfacht – diskursiv beziehungsweise kulturell vermittelte sowie überlagerte Machtverhältnisse im Mutterland und den ehemaligen Kolonien des British Empire. Auch die Nachwirkungen des französischen Kolonialismus – inklusive Migration – sind Thema postkolonialer Kritik.

Der folgende Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte. Ich werde zunächst eine relativ allgemein gehaltene Einführung geben in die junge Denkrichtung "Postkoloniale Kritik". In einem zweiten Schritt werde ich postkoloniale Theoretisierungen von Identitätskonstruktionen vorstellen.

Im dritten und letzten Teil schließlich soll es dann um die Titelfrage gehen, darum, ob und falls ja, welche Denkanstöße wir aus den vorgestellten Identitätstheoretisierungen für ein Nachdenken über Europa aufnehmen können und eventuell sollten.

1. Postkoloniale Kritik

Eine knappe, überblicksartig zusammenfassende und gleichzeitig adäquate These darüber zu formulieren, was die Postkolonialen eigentlich tun und wollen, ist schwierig. Das diffuse und ausdifferenzierte Theoriefeld, das manchmal mit „postkoloniale Kritik“, manchmal mit 'Postkolonialismus' und oft, noch allgemeiner, mit *postcolonial studies* überschrieben wird und in dem sich hauptsächlich LiteraturkritikerInnen und KulturwissenschaftlerInnen, doch zunehmend auch (Kolonial-)historikerInnen und kritische EthnologInnen und SozialwissenschaftlerInnen tummeln, ist schwer greifbar – vor allem dann, wenn man bemüht ist, nicht durch vorschnelle Verallgemeinerungen Spezifika und Differenzen auszublenzen. Nachweis und Kritik solcher Ausblendungen in weiten Bereichen des abendländischen Wissens sind ein Anliegen, das so gut wie alle – so viel Verallgemeinerung muß hier erlaubt sein – postkolonialen KritikerInnen teilen. Die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Ansätze postkolonialer Kritik sind natürlich nicht auf diesen Aspekt beschränkt. Zur Annäherung an das Themenfeld ist eine Beschreibung hilfreich, die Kirsten Holst Petersen formuliert hat. Nach Petersen bedeutet Postkolonialismus "the fight against neo-colonialism, particularly in its cultural aspect" (Petersen 1984: 252).

Die Fokussierung kultureller Aspekte und diskursiv vermittelter Machtverhältnisse, die fast alle postkolonialen Arbeiten bestimmt, impliziert dabei keinesfalls die Geringschätzung ökonomischer Analysen. Einige der einflußreichsten postkolonialen KritikerInnen rechnen sich dezidiert einer

marxistischen Strömung zu. Besonders Gayatri Spivak betont die Wirkungsmacht der Weltwirtschaftsordnung und die Bedeutsamkeit marxistischer Analysen immer wieder.² Und selbst der weltstheoretisch argumentierende Historiker Arif Dirlik, der dem Postkolonialismus als akademischer Bewegung skeptisch gegenübersteht, konstatiert: "Postcolonial critics insist that they are Marxists" – wenn auch "Marxists who reject the 'nineteenth-century heritage' of Marxism with its universalistic pretensions that ignored historical differences" (Dirlik 1994: 342).³

Hinsichtlich des theoretischen Stellenwerts bleibt anzumerken, daß Ansätze postkolonialer Kritik, die vielfach die Dekonstruktion (neo)kolonialer Texte vorsehen, ebensowenig wie die übrigen dekonstruktivistischen Unternehmungen mit dem Anspruch verfaßt werden, 'große' Theorien mit umfassendem Erklärungsanspruch zu produzieren. Sie werden vielmehr als kritisches Beiwerk anderer, in unterschiedlichen Weisen und Kontexten dominanter Erklärungsversuche positioniert. Somit verhalten sie sich additiv zu diesen Ansätzen und intendieren nicht unbedingt, sie zu ersetzen.

Wer genau zu den postkolonialen KritikerInnen zählt und wer nicht, ist schwer zu sagen. Im Post-Colonial Studies Reader zum Beispiel, einer Sammlung gekürzter Aufsätze, die wie viele andere akademische Trends vom Routledge Verlag produziert wurde, sind Texte von 74 verschiedenen AutorInnen versammelt.⁴ In Anlehnung an Robert Youngs einflußreiche, an angelsächsischen Universitäten als Lehrbuch verwendete Monographie *White Mythologies*⁵ werden oft Homi Bhabha, Edward Said und Gayatri Spivak als die wichtigsten VertreterInnen der Strömung bezeichnet.⁶ Im Sammelband *Postcolonial Discourse and Changing Cultural*

² Siehe zum Beispiel die Interviews, die in dem Band *The Postcolonial Critic* (Spivak 1990) zusammengefaßt sind.

³ Daß historische und geographische Besonderheiten auch Marxismus-Verständnisse selbst prägen, wird dabei durchaus reflektiert. So erklärte Spivak in einem Vortrag, den sie in Graz hielt: „An dieser Stelle, an diesem Ort – nächste Station: Slowenien – über Marxismus zu sprechen, ist eine unter Anführungszeichen zu setzende Angelegenheit. Lassen Sie mich *meine* Wegmarken schildern. Ich komme aus Westbengalen, wo es seit den zwanziger Jahren einen internationalen aktiven kommunistischen Partei gibt. Wir haben seit über zwanzig Jahren eine Linksfrent-Regierung ohne Revolution. [...] Und so jemand geht dann, in einem beeinflussbaren Alter, in die Vereinigten Staaten, die das Paradies eines gewissen total unpolitischen liberal-zentristischen Marxismus darstellen. So jemand spricht anders über Marxismus, Sie werden mir also verzeihen. Die Verbindung von Kindheits- und Erwachsenenenerfahrung hat dem Wort Marxismus in meiner Sprache ein ganz anderes Gewicht verliehen, als es bei einigen von Ihnen hier im Publikum geschah. Setzen Sie das Wort 'Marxist' in Anführungszeichen, wenn es sein muß.“ (Spivak 1997b: 128)

⁴ Vgl. Ashcroft–Griffiths–Tiffin 1995.

⁵ Young 1990.

⁶ Im Vorspann zum bereits im letzten Kapitel erwähnten Aufsatz von Sabine Grimm in den *Blättern des iz3w* werden Bhabha, Said und Spivak sogar als „die 'holy trinity' der Postcolonial Studies“ beschrieben. Siehe Grimm 1997a.

Contexts, der in Neuseeland herausgekommen ist, betont Judie Newman, "any discussion of postcolonial writing will draw on British-based theorists: Stuart Hall, Paul Gilroy, Homi Bhabha, Benita Parry, amongst others" (Newman 1995: 47). Im Documenta-Katalog politics-poetics. das Buch zur documenta X schließlich sind in den Kapiteln (post)-kolonial 1 und (post)-kolonial 2 Texte von James Clifford, Pierre Mabille, Frantz Fanon, Amílcar Cabral, Gérard Chaliand und Edward Said nachgedruckt; vornehmlich also von französischen Theoretikern, die sich mit der Algerien-Problematik befaßt haben.⁷

Schon diese kleine Auswahl von Versuchen, postkoloniale Namen zu nennen, deutet an, daß eine trennscharfe Eingrenzung der an diesem Diskurs beteiligten TheoretikerInnen ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen darstellt. Hilfreicher für eine behutsame Annäherung an Kernaussagen postkolonialer kritischer Entwürfe ist die Durchsicht einführender Texte. Die Literaturwissenschaftlerin Doris Bachmann-Medick beispielsweise beschreibt, wie die Intentionen der postkolonialen TheoretikerInnen mit denen postkolonialer LiteratInnen zusammenspielen:

"Ganz entgegen Samuel Huntingtons Vision vom Zusammenprall kultureller Bollwerke arbeiten hier die neueren Literaturen der Welt (Rushdie, Achebe, Marquez, Naipaul, Walcott usw.) Hand in Hand mit den postkolonialen Theorien (Aijaz Ahmed und vor allem Homi Bhabha). Sie plädieren dafür, die Auseinandersetzung zwischen den Kulturen nach dem Modell des Aushandelns kultureller Differenzen zu gestalten, nicht aber nach dem Modell des Festschreibens von Differenzen zum Zwecke kultureller Abgrenzung und Ausgrenzung." (Bachmann-Medick 1996)

In einem anderen der immer noch wenigen deutschsprachigen Einführungstexte, dem Editorial der Zeitschrift *Das Argument* zum Themenschwerpunkt „*Postkoloniale Kritik*“, wird deren Programm folgendermaßen beschrieben:

"Die unausweichliche Einbindung in die Welt-'Markt'-Gesellschaft bedeutet für viele Regionen des Südens und Ostens, daß sie aus einem ökonomischen und industriellen Entwicklungsgefälle heraus (das oftmals von der kolonialen Ausbeutung herrührt) nun 'zu gleichen Chancen' mit den ehemaligen Kolonisatoren konkurrieren. Die Globalisierung des kulturellen Zeichenhaushalts, von der Warenästhetik allgegenwärtiger Firmen-'Logos' bis zu den Verbreitungs- und Verwertungsmechanismen des gedruckten Wortes (und erst recht der bewegten Bilder) hat zur Folge, daß unvergleichbare Lebensformen, Ethnien und Religionen sich ein und demselben Code medialer Repräsentation unterwerfen müssen, wenn

⁷ Vgl. Documenta 1997. Der Katalog enthält eine Fülle von Texten, die sich mit kulturellen Ausprägungen von (Neo-)Kolonialismus befassen.

sie überleben wollen. Diese Konstellation neuer, 'nachkolonialer' Ungleichheiten und die Frage nach möglichen emanzipativen Strategien, die das Kräfteverhältnis zugunsten der Subalternen verschieben können, sind das Interesse der 'postcolonial studies'. („Editorial“, *Argument* 215/1996: 333f.)

In einer „General Introduction“ zum Post-Colonial Studies Reader versuchen schließlich die HerausgeberInnen desselben, ihr Themengebiet wie folgt zu umschreiben:

“Post-colonial theory involves discussion about experience of various kinds: migration, slavery, suppression, resistance, representation, difference, race, gender, place, and responses to the influential master discourses of imperial Europe such as history, philosophy and linguistics, and the fundamental experiences of speaking and writing by which all these come into being. None of these is 'essentially' post-colonial, but together they form the complex fabric of the field.” (Ashcroft-Griffiths-Tiffin 1995: 2)

All diese Beschreibungen, die je andere Aspekte postkolonialen Theorieschaffens betonen und im Zusammenspiel das Feld relativ gut umreißen, datieren aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Bereits 1992 machte Sara Suleri eine Verschiebung des Bedeutungsgehalts des Begriffs postcolonialism – Suleri bezieht sich auf englischsprachige Diskurse – aus. Sie stellte fest: “Where the term once referred exclusively to the discursive practices produced by the historical fact of prior colonization in certain geographically specific segments of the world, it is now more of an abstraction available for figurative deployment in any strategic redefinition of marginality.” (Suleri 1992: 274) Es geht also um eine strategische Redefinition von Marginalität. Von nachkolonialen Situationen im historisch-geographischen Sinne wird in den Arbeiten im Theoriefeld Postkoloniale Kritik zumeist abstrahiert.

Bezogen auf die sich natürlich aufdrängende Frage nach dem „post“ in „postkolonial“ – auch hierzu gibt es natürlich eine Vielzahl divergierender Positionen –, möchte ich mich kurz auf Kwame Anthony Appiah beziehen, der einen seiner Aufsätze unter die Frage stellte: “Is the Post- in Postmodernism the Post- in Postcolonial?” (Appiah 1991: 336) – und diese verneinte.

Mit Bezug auf postrealistische postkoloniale Romane aus dem frankophonen Afrika der späten 60er und der 70er Jahre, die sich von einer ersten, explizit realistischen, nationalen und nativistischen Phase nach- und anti-kolonialen Literaturschaffens abhoben, charakterisiert Appiah das postkoloniale Projekt zunächst einmal als explizit antinationalistisch: “Far from being a celebration of the nation, then, the novels of the second stage – the postcolonial stage – are novels of delegitimation: rejecting the Western imperium, it is true; but also rejecting the nationalist project of the postcolonial national bourgeoisie.” (Appiah 1992: 122)

Da sie die Nation delegitimieren, würden postkoloniale Autoren – so Appiah – oft für postmodern gehalten. In seinen Augen ist das ein glatter Fehlschluß:

“Postrealist writing; postnativist politics; a transnational rather than a national solidarity. And pessimism: a kind of postoptimism to balance the earlier enthusiasm for *The Suns of Independence*. Postcoloniality is after all this: and its post, like postmodernism's, is also a post that challenges earlier legitimating narratives. And it challenges them in the name of the suffering victims of 'more than thirty republics'. But it challenges them in the name of the ethical universal; in the name of humanism, 'la gloire pour l'homme'. And on that ground it is not an ally for Western postmodernism but an agonist: from which I believe postmodernism may have something to learn.” (Appiah 1992: 123)

Appiahs Rede vom „Postoptimismus“ enthält den bedeutenden Hinweis, daß das Hinaustreten der 'post'-Bewegung keine entgeltige Entkoppelung bewirken kann. Die Ablehnung des kolonialen Projekts durch die postkolonialen TheoretikerInnen, die jenes in seinen nach-kolonialen wie seinen neo-kolonialen Ausprägungen erleben, ist durch das Bewußtsein geprägt, daß sie den Kolonialismus nie vollends überwinden und schon gar nicht in einer einfachen Operation abschütteln können: “just as the word post-colonialism holds within it its own 'contamination' by colonialism, so too does the culture itself” (Hutcheon 1989: 135).

Die postkoloniale Kultur wird also gedacht als verunreinigt. Aus der Perspektive postkolonialer Kritikansätze führt die politische Dekolonisation, in der neue staatliche Organe geschaffen, die Eliten ausgewechselt und vielleicht Bereiche der Ökonomie nationalisiert werden, noch nicht automatisch zu einer Dekolonisation der Kulturen, individuellen und kollektiven Identitäten.

Im nächsten Teil soll es deshalb darum gehen, wie in postkolonialen Entwürfen die Wirkung des (Neo-)Kolonialismus – Edward Said spricht in diesem Zusammenhang mittlerweile von Imperialismus⁸ – auf Kultur und Identitäten beschrieben wird.

2. Hybridität und unreine Identitäten

Der Gedanke der Unreinheit von Kultur und Identitäten, der oben schon in Linda Hutcheons Proklamation der contamination postkolonialer Kulturen durch den Kolonialismus anklang, findet sich in verschiedenen Ausprägungen und unter verschiedenen Bezeichnungen in einer Vielzahl postkolonialer Ansätze. Kulturelle Unreinheit wird dabei – und das ist ein bedeutender Punkt – eher als Chance denn

⁸ Siehe sein aktuelles Werk *Culture and Imperialism*, Said 1993.

als Problem aufgefaßt. Der Gedanke wendet sich somit gegen all diejenigen Auffassungen, welche die Vorstellung homogener kultureller Gefüge hegen, für wertvoll oder gar für unabdingbar halten. Am schönsten hat den Gedanken der Unreinheit Salman Rushdie formuliert, als er auf die Vorgänge reagierte, die um seinen Roman „Die Satanischen Verse“ entbrannten:

„Jene, die den Roman heute am heftigsten bekämpfen, sind der Meinung, daß ein Vermengen mit anderen Kulturen unweigerlich die eigene Kultur schwächen und ruinieren muß. Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung. Die Satanischen Verse feiern die Bastardisierung, die durch neue, unerwartete Kombinationen von Menschen, Kulturen, Ideen, politischen Richtungen, Filmen oder Liedern entsteht. Das Buch erfreut sich am Mischen der Rassen und fürchtet den Absolutismus des Reinen. Melange, Mischmasch, ein bißchen von diesem und ein bißchen von jenem, das ist es, wodurch das Neue in die Welt tritt. [...] Die Satanischen Verse plädieren für Veränderung durch Fusion, Veränderung durch Vereinigung. Sie sind ein Liebeslied auf unser Bastard-Ich. Während der ganzen Menschengeschichte haben die Apostel der Reinheit, jene, die behaupten, eine hundertprozentige Erklärung zu haben, Verheerendes unter den verwirrten Menschen angerichtet.“ (Rushdie 1992: 457f.)

Homi Bhabha hat zur Benennung dieser Unreinheit die Bezeichnung ‘Hybridität’ geprägt, die sich seither als Schlüsselbegriff durch fast alle Veröffentlichungen postkolonialer AutorInnen zieht.⁹ Bhabha hat sein sperriges Hybriditätskonzept aus der Lektüre von Edward Saids Orientalismus entwickelt. In diesem Buch befaßt sich Said mit der diskursiven Produktion des Orients und greift zu diesem Zweck auf die Machtanalytik Michel Foucaults zurück. Bhabha kritisiert nun Saids Schlußfolgerung, die orientalistischen Diskurse, die den Orient hervorgebracht haben, hätten eine hegemoniale Wirkung entfaltet. Saids Suggestion, koloniale Macht habe ausschließlich in den Händen der Kolonisatoren gelegen, hält Bhabha für zu hermetisch und simplifizierend. Im Bestreben, die binare Gegenüberstellung von Mächtigen und Machtlosen zu verflüssigen, durchsucht er Saids Text nach Nachweisen für eine ambivalente Repräsentation des Orients in den Diskursen des Westens. Diese Ambivalenz findet er darin, daß der Orient als ‘das Andere’ in den Diskursen des Westens gleichzeitig als Objekt der Ablehnung und des Begehrens erscheint. Koloniale Diskurse sind deshalb nach Bhabha nicht Ausdruck einer klaren Intention der Kolonisatoren, sondern immer widersprüchlich.

Nicht nur bezogen auf die Struktur kolonialer Diskurse, auch bezüglich der Annahmen über ihre Wirkungsweisen setzt sich Bhabha kritisch von (seiner Lesart) der Auffassung Saids ab. Die Konstruktion kolonialer Identitäten ist nach Bhabha

⁹ Vgl. hierzu Dirlik 1994: 333.

kein gradliniger Prozeß, der stattfindet, indem undifferenzierte Stereotype den Komplexitäten wirklicher Völker übergestülpt werden und native Traditionen unterdrücken. Die Konstruktion kolonialer Identitäten ist vielmehr von Brüchen und wechselseitigen Anerkennungen und Nicht-Anerkennungen von Differenzen geprägt.¹⁰ Die Identitäten und Kulturen, die in diesem Prozeß entstehen, bezeichnet Bhabha als hybrid. Aufgrund der Beschaffenheit der Hybridität lokalisiert Bhabha in ihr einen subalternen Handlungsspielraum, der die Möglichkeit der Subversion birgt. Hybridität beschreibt Bhabha wie folgt:

“Hybridity is the sign of the productivity of colonial power, its shifting forces and fixities; it is the name for the strategic reversal of the process of domination through disavowal. [...] Hybridity is the revaluation of the assumption of colonial identity through the repetition of discriminatory identity effects. It displays the necessary deformation and displacement of all sites of discrimination and domination. It unsettles the mimetic or narcissistic demands of colonial power but reimplicates its identifications in strategies of subversion that turn the gaze of the discriminated back upon the eye of power. For the colonial hybrid is the articulation of the ambivalent space where the rite of power is enacted on the site of desire, making its objects at once disciplinary and disseminatory.” (Bhabha 1994: 112)

Die Subversion des kolonialen Diskurses kann – nach Bhabha – vor diesem Hintergrund dadurch stattfinden, daß innerhalb dieses Diskurses diskriminierte Stimmen in der Lage sind, die dominanten Stimmen zu imitieren, parodieren, ironisieren und damit ihre Autorität zu unterminieren. Mit Hilfe dieser Strategien könne also die auf den ersten Blick binäre Opposition von Identitäten und kulturellen Zuschreibungen (“The West and the Rest”) aufgebrochen werden.

Elisabeth Bronfen und Benjamin Marius, die Herausgeber eines Sammelbandes zum Thema *Hybride Kulturen: Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, in dem auch drei Aufsätze von Bhabha übersetzt und nachgedruckt sind, sprechen in diesem Zusammenhang von der “disruptiven Kraft des ausgeschlossen-eingeschlossenen Dritten”, die sich “realgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Beobachtungen und natürlich auch der eigenen Lebenserfahrung [das bezieht sich auf Bhabha, I.K.] als ‘anglisiertes postkolonialer Migrant, der zufällig ein Literaturwissenschaftler mit leicht französischem Einfluß ist’ verdanke” (Bronfen – Marius 1997: 8). Diese Dritten repräsentierten dann weder das Eine noch das Andere – sondern ein Dazwischen.

Bedeutend ist an dieser Konstruktion von Hybridität nicht nur die Theoretisierung der Position der Dritten, sondern auch der Hinweis darauf, daß Differenz keineswegs lediglich Angelegenheit der Anderen ist. Bhabha argumentiert

¹⁰ Vgl. hierzu Young 1990: 142f.

im Anschluß an Lacan, daß Selbstdefinierungsprozesse, die Herausbildung von Identität prozessual und in Verbindung mit der Identifizierung des 'Anderen' und einer damit verbundenen Auseinandersetzung mit dem 'Anderen' geschieht. Damit kann Abgeschlossenheit nicht erreicht werden: "I try to talk about hybridity through a psychoanalytic analogy, so that identification is a process of identifying with and through another object, an object of otherness, at which point the agency of identification – the subject – is itself always ambivalent, because of the intervention of that otherness" (zit. nach Küster 1998: 199). Hybrid sind nach Bhabha nicht nur die Identitäten einzelner, sondern auch nationale Identitäten im Westen. Seine emphatische Schlußfolgerung: "Die westliche Metropole muß ihrer postkolonialen Geschichte, die von den in sie hineinströmenden Nachkriegsmigranten und Flüchtlingen erzählt wird, als einer einheimischen Narrative begegnen, die ihrer nationalen Identität inhärent ist" ("Verortung der Kultur", in Bronfen – Marius 1998: 130). Bronfen und Marius formulieren diese Forderung noch pointierter, und erklären:

"Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Es geht heute nicht darum, ob wir kulturelle Hybridität für erstrebenswert halten oder nicht, sondern einzig darum, wie wir mit ihr umgehen. Von diesem Standpunkt aus kann dann auch Autochthonie höchstens noch als relative Autochthonie verstanden werden, als ein hybrides Gebilde, sofern es relativ lange Zeit konstant geblieben ist. Und schließlich darf theoretisch wie politisch eben gerade nicht auf die moralische Besserung der 'Autochthonen' gesetzt werden, weil darin die Gefahr besteht, sämtliche Stereotypisierungen, die der koloniale Diskurs entlang der Achse zwischen westlichem Ich und kolonialem Anderen vorgenommen hatte, intern zu reproduzieren. Sondern am Anfang muß die Einsicht stehen, daß keine Kultur von der globalen Zirkulation von Menschen, Dingen, Zeichen und Informationen unberührt geblieben ist; heutige Kultur ist hybrid. Innerhalb eines solchen Theorierahmens ist es unmöglich, den Staat als eine Gesellschaft mit einer Kultur anzusehen." (Bronfen – Marius 1998: 18)

Die Einforderung der Assimilation von sogenannten Minderheiten halten Bronfen und Marius nicht nur politisch für falsch, sondern auch theoretisch für zu kurz gegriffen, denn: "An genau welche Kultur und Gesellschaft sollte sich denn etwa ein (vorübergehend?) in die Bundesrepublik migrierter irischer Elektroingenieur oder ein asylsuchender anglo-indischer Intellektueller anpassen? An das französisch beeinflusste Großbürgertum Hamburgs oder besser an die Kanaken-Rap-Kultur der Frankfurter Kinder türkischer Gastarbeiter?" (Bronfen – Marius 1998: 19) In etwas weniger polemischen Worten: "Das Konzept der Assimilation tendiert dazu, die komplexen Wechselwirkungs- und Rückkoppelungsprozesse in der kulturellen Evolution zu übersehen und sie zu einem asymmetrischen, teleologischen Vorgang

zwischen zwei überzeitlichen Wesenheiten zu reduzieren.” (Bronfen – Marius 1998: 19)

3. Denkanstöße für Europa?

Die programmatischen postkolonialen Einwände beziehen sich – dies sollte deutlich geworden sein – auf Europa hinsichtlich zweier, wenn auch miteinander verknüpfter Dimensionen. In Homi Bhabhas Hybridisierungsthese geht es um nationale europäische Identitäten, um Hybridisierungsmomente, die den westlichen Metropolen inhärent seien. Gayatri Spivak fügt den Bhabhaschen Überlegungen sehr explizit eine internationale Dimension hinzu. Sie betrachtet die “eurozentrische Wirtschaftsmigration” nicht vornehmlich bezogen auf ihre kulturellen Effekte auf die “westlichen Metropolen”, sondern argumentiert: “Die globale Front von heute ist das, was man ‘das Land’ nennen kann, und keineswegs die Stadt. Dies zu erkennen heißt, von der Postkolonialität zum Globalismus überzugehen, zu einem Globalismus von unten.” (Spivak 1997b: 130) Kritisch gegenüber der in erster Linie kulturalistischen Argumentation vieler postkolonialer Überlegungen betreibt sie Kollegen-Schelte und erklärt:

“Die Frage der Globalisierung, an sie sich kulturtheoretische Schriftsteller im Sinne inländischer Gerechtigkeit für die Unterklasse der eurozentrischen Migration klammern und dabei meist nicht einmal den Narzißmus der gutsituierten, sogenannten postkolonialen Intellektuellen berühren, sie sich dann mit eben dieser Unterklasse identifizieren, übersieht den Umstand, daß der Einheimische im Süden es direkt mit der globalen Gier aufnimmt.” (Spivak 1997b: 124f.)

“Der Postkolonialismus”, lautet daher auch das Eingangszitat dieses Beitrags weiter, “läßt sich demnach als ein Sich-Kümmern um unsere alten kolonialen Bürger verstehen. Denn wir wissen nun, oder auch nicht, daß wir ihnen Unrecht getan haben, oder auch nicht – jedenfalls waren wir es, die sie aufgezogen haben” (Spivak 1997b: 118). Nimmt man postkoloniale Denkanstöße ernst, ergeben sich somit Implikationen sowohl für die Theoretisierung europainterner Probleme als auch für Überlegungen über das Verhältnis zwischen Europa und dem Süden, – the west and the rest.

Empirisch wäre zunächst zu fragen, bezogen auf welche Kulturen Europas die These, “heutige Kultur ist hybrid” in welchem Maße eine angemessene Beschreibung darstellt. Interessant wäre außerdem die Anschlußfrage, ob Hybriditätsmomente diesen Kulturen bewußt sind, ob sie in deren Selbstbeschreibungsversuchen, ihren Identitätsbildungsprozessen überhaupt

vorkommen. Folgt man den Einsprüchen der postkolonialen TheoretikerInnen prinzipiell, ergeben sich weitere Konsequenzen.

Zunächst bezogen auf die nationale Ebene: Von Bronfen und Marius selbst formuliert und bereits erwähnt wäre hier zunächst die Forderung – oder eben auch der Denkanstoß – zu nennen, theoretisch wie politisch von Konzepten der Assimilation von Minderheiten ebenso Abstand zu nehmen wie von Multikulturalismuskonzeptionen, die 'Minderheiten' / die Anderen mit festen kulturellen Zuschreibungen versehen und ihnen einen bestimmten, vordefinierten Platz in der als letztendlich kulturell weitgehend homogen konstruierten Mehrheitskultur zuweisen. Stattdessen wären institutionelle Rahmen zur Aushandlung von Differenzen, zu kulturellen Auseinandersetzungen zu erfinden und schaffen – postkoloniale Kritik trüge mit diesem Fokus, mit der Betonung von Differenzen und durchaus nicht konfliktfreien kulturellen Aushandlungsprozessen somit zu einer Erklärung der Grenzen der inzwischen allerdings auch schon mehrfach kritisierten Vorstellung des bunten friedlichen Nebeneinanders in der Multikulti-Idylle bei.

Die Kehrseite dieses Aspekts ist nicht minder gewichtig und wird besonders von Homi Bhabha betont. Folgt man der These, Identität sei stets ambivalent, muß die Schlußfolgerung in der Tat lauten, daß die westliche Metropole sich nicht als unabhängig von ihrer "postkolonialen Geschichte", der "Nachkriegsmigration" beziehungsweise der "eurozentrischen Wirtschaftsmigration" definieren kann. Denn allein schon die Tatsache, daß die westlichen Metropolen mit ihren MigrantInnen umgehen, sich zu ihnen verhalten mußten und weiterhin müssen, legt dann die Schlußfolgerung nahe, daß ihre kulturellen Identitäten von diesem Umstand nicht unberührt geblieben sein können. Nicht nur die 'Migrantenkulturen' unterscheiden sich deutlich von den Kulturen in den Herkunftsländern der jeweiligen EinwanderInnen, sondern auch die 'Mehrheitskulturen' gehen aus dem Aufeinandertreffen nicht unberührt hervor; wobei Reaktionen immer wieder Gegenreaktionen hervorrufen.¹¹

Auch hinsichtlich der Konstruktion einer europäischen Identität ergeben sich Konsequenzen aus den Anmerkungen postkolonialer KritikerInnen. Bezugspunkt der Kritik sind dabei vor allem diejenigen Modelle europäischer Identität, die mit dem Gedanken einer 'Festung Europa' harmonieren, die sich gegenüber dem Rest

¹¹ Interessant ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die heftige Debatte, die Ende der 90er Jahre in der Bundesrepublik darüber entstanden ist, ob islamische Lehrerinnen in deutschen Schulen unterrichten dürfen, ohne ihr Kopftuch abzulegen. Denn die Entscheidung junger Deutsch-Türkinnen, ein Kopftuch zu tragen, wird vielfach als identifikatorische kulturelle Praktik vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Situation als Angehörige einer immer noch marginalisierten 'Minderheiten' gewertet.

der Welt wappnen müsse, um nicht ihre Stellung und Errungenschaften zu verlieren.

Bezieht man sich zur Beschreibung der "europäischen Identität" auf das 1973 von den EG-Außenministern verabschiedete "Dokument über die Europäische Identität", so stehen in deren Zentrum unter anderem "das gemeinsame Erbe und die eigenen Interessen"; betont wird außerdem "der bereits erreichte Grad des Zusammenhaltes gegenüber der übrigen Welt" (zit. nach Pfetsch 1998: 3). Die durchaus moralisierend vorgetragene postkoloniale Kritik intendiert nun eine Politisierung dieser zunächst neutral oder gar positiv aufgefaßten Merkmale: Argumentatorisch gewappnet mit einem der zentralen Ansprüche der europäischen Moderne selbst, Gerechtigkeit, werden die Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen in den Blickpunkt gerückt, die gerade durch dieses gemeinsame Erbe sowie durch den eigeninteressengeleiteten Zusammenhalt gegenüber der übrigen Welt entstanden sind und entstehen. Dabei geschehen zwei – wenn auch miteinander verknüpfte – Dinge. Erstens wird dem sich selbstvergewissernden Europa seine koloniale und imperiale Geschichte in Erinnerung gerufen mit all ihren Macht- und Herrschaftseffekten. Aus der Perspektive der Kolonisierten und vor dem Hintergrund der Einforderung von globaler Gerechtigkeit wird diese Geschichte zum Vorwurf; ob sie dann noch eine positive Integrationsfunktion übernehmen kann, ist fraglich.¹² Zweitens wird Europa vor dem Hintergrund seiner Geschichte und seiner historisch begründeten materiellen Besserstellung in der Welt in die Pflicht genommen, die globale Verwobenheit seiner Positionierung zur Kenntnis zu nehmen. Die materielle Dimension dieses Aspektes – "der Postkolonialismus läßt sich als ein Sich-Kümmern um unsere alten kolonialen Bürger verstehen" – liefere konsequenterweise auf die Forderung nach Formen der globalen Umverteilung¹³ und die Erleichterung

¹² Zwei Anmerkungen in diesem Zusammenhang: Erstens wäre es interessant, in diesem Kontext die lebhaften Diskussionen aufzuarbeiten, die innerhalb der letzten Jahre in Großbritannien um die eigene imperiale Geschichte geführt wurden. Zweitens ist natürlich klar, daß Kolonialismus und Imperialismus längst nicht die einzigen Aspekte des gemeinsamen europäischen Erbes sind. Was jedoch das spezifisch europäische an diesem Erbe sein könnte, ist wiederum umstritten. Rémi Brague beispielsweise vertritt die These, daß es unmöglich sei, das Eigene Europas zu fassen, wenn man versuchte, es von seinen Quellen her zu bestimmen; für Europa sei „das Eigene nichts anderes als die Bewegung einer Aneignung“ (Brague 1997: 28). Als Definition zur Bestimmung Eigene der europäischen Kultur schlägt er daher die Formel „schöpferisches Fremdheitserlebnis“ (Brague 1997: 35) vor. Damit ist man wieder bei Homi Bhabhas Hybriditätsthese angelangt.

¹³ In Zeiten, in denen die europäischen Regierungen ihre entwicklungspolitischen Etats mit dem Argument, es gebe geographisch weit naheliegendere und gleichermaßen schwerwiegende Probleme, sukzessive senken, ist dies eine sehr praktische politische Forderung. Entwicklungspolitische Maßnahmen als Sich-Kümmern zu verstehen, wird jedoch seit geraumer Zeit dafür kritisiert, das

von Einwanderungsbedingungen hinaus. Die kulturelle Dimension weist zurück auf die Hybriditätsthese Homi Bhabhas: eine Beantwortung der Frage, welche Anteile des "gemeinsamen Erbes" Europas genuin europäisch sind – und gegen welche Teile der "übrigen Welt" Europa auf dieser Grundlage überhaupt zusammenhalten kann und sollte – ist sowohl historisch-analytisch als auch politisch schwierig.

Literatur:

- Appiah, Kwame Anthony 1991: „Is the Post- in Postmodernism the Post- in Postcolonial?“, *Critical Inquiry* 17: Winter, S. 336-357.
- Appiah, Kwame Anthony 1992: „The Postcolonial and the Postmodern“, in Ashcroft – Gareth – Tiffin 1995, S. 119-124.
- Ashcroft, Bill – Griffiths, Gareth – Tiffin, Helen (eds.) 1995: *The Postcolonial Studies Reader*, London–New York
- Bachmann-Medick, Doris 1996: „Weltweite Vogelperspektive. Anthropologische und postkoloniale Herausforderungen der Literaturwissenschaft“, *Frankfurter Rundschau* 10.12.1996.
- Bhabha, Homi 1994: *The Location of Culture*, London–New York.
- Brague, Rémi: „Sohnland Europa“, in Peter Koslowki – Rémi Brague: *Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt*, Wien 1997, S. 19-40.
- Bronfen, Elisabeth – Marius, Benjamin (Hg.) 1997: *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, Tübingen
- Dirlik, Arif 1994: „The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism“, *Critical Inquiry* 20: Winter, S. 328-356.
- Documenta-und-Museum-Fridericianum-Veranstaltungs-GmbH (Hg.) 1997: *politics-poetics. Das Buch zur Documenta X*, Ostfildern
- Fanon, Frantz 1966: *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt (französischsprachige Originalausgabe 1961)
- Fanon, Frantz 1980: *Schwarze Haut, weiße Masken*, Frankfurt (französischsprachige Originalausgabe 1952)
- Gates, Henry Louis 1991: „Critical Fanonism“, *Critical Inquiry* 17: Spring, S. 457-470.
- Grimm, Sabine 1997: „Einfach hybrid! Kulturkritische Ansätze der Postcolonial Studies“ (Teil 1), *Blätter des iz3w* 223, S. 39-42.

Image eine almosen-bedürftigen Südens zu konstruieren und damit koloniale Hierarchien zu reproduzieren; ein schwer lösbares Dilemma.

- Grimm, Sabine 1997a: „Nation hybrid. Kulturkritische Ansätze der Postcolonial Studies“ (Teil 2), *Blätter des iz3w* 224, S. 37-39.
- Hutcheon, Linda 1989: „Circling the Downspout of Empire“, in Ashcroft – Griffiths – Tiffin 1995, S. 130-135.
- Küster, Sybille: „Wessen Postmoderne? Facetten postkolonialer Kritik“, in Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): *Kurskorrekturen: Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne*, Frankfurt 1998, S. 178-214.
- Landry, Donna – Maclean, Gerald (Hg.) 1996: *The Spivak Reader*, London–New York
- Newman, Judie 1995: „The Colonial Voice in the Motherland“, in Rajan – Mohanram, S. 47-57.
- Petersen, Kirsten Holst (1984): „First Things First. Problems of a Feminist Approach to African Literature“, in Ashcroft – Griffiths – Tiffin 1995, S. 251-254.
- Pfetsch, Frank 1998: „Die Problematik der europäischen Identität“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25-26/98, S. 3-9.
- Rajan, Gita – Mohanram, Radhika (eds.) 1995: *Postcolonial Discourse and Changing Cultural Contexts*, Westport
- Rushdie, Salman 1992: *Heimatländer der Phantasie. Essays und Kritiken 1981 – 1992*, München
- Said, Edward 1981: *Orientalismus*, Frankfurt–Berlin–Wien
- Said, Edward 1994: *Culture and Imperialism*, London
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1988: *In Other Worlds. Essays in Cultural Politics*, London–New York
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1990: *The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues*, London–New York.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1997a: „Vom Politischen zum Poetischen. Gayatri Chakravorty Spivak, Jean-François Chevrier und Françoise Joly im Gespräch“, in *Documenta-und-Museum-Fridericianum-Veranstaltungs-GmbH* 1997, 760-769.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1997a: „Achtung: Postkolonialismus!“, in Peter Weibel – Slavoj Žižek (Hg.): *Inklusion:Exklusion. Probleme des Postkolonialismus und der globalen Migration*, Wien 1997
- Suleri, Sara (1992): „Woman Skin Deep. Feminism and the Postcolonial Condition“, in Ashcroft – Griffiths – Helen Tiffin 1995, S. 273-280.
- Young, Robert 1990: *White Mythologies. Writing History and the West*, London–New York

INHALT

| | |
|--|-----|
| <i>Gerhard Göhler</i> : Faktoren des Institutionenwandels in Umbruchprozessen..... | 5 |
| <i>Mattias Iser</i> : Verfassungspatriotismus ernstgenommen..... | 23 |
| <i>Tamás Tóth</i> : Nation und Transformation. Ethnisch-nationale Identität im postkommunistischen Europa..... | 47 |
| <i>Jan Wessels</i> : Der Einfluss nationaler Politikkonzepte auf die Wahrnehmung Europas. Eine Medienanalyse deutscher und französischer Tageszeitungen..... | 87 |
| <i>Ferenc L. Lendvai</i> : Ungarn als Vermittler zwischen westlicher und östlicher Kultur..... | 123 |
| <i>Judit Hell</i> : Frauen und Männer in der Umbruchgesellschaft Mittel- und Osteuropas..... | 131 |
| <i>Ina Kerner</i> : Postkoloniale Identitätskonstruktionen – Denkanstöße für Europa?..... | 147 |